

Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen

Band 25

Impressum

Herausgeber :
Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:
Bianca Oswald, Hans Lohmann

Preis der gedruckten Ausgabe: 11,00 EUR
Eine kostenlose PDF-Version dieser
Ausgabe finden Sie zum Download
im Webshop des LDS NRW.

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-4481/4431
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.lds.nrw.de>
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:
0211 9449-4429/4436

Zentraler Informationsdienst:
0211 9449-4457/4406

© Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW, Düsseldorf, 2005

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet. Die Verbrei-
tung, auch auszugsweise, über elek-
tronische Systeme/Datenträger bedarf
der vorherigen Zustimmung. Alle üb-
rigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestell-Nr. Z 08 1 2005 57

ISSN 1619-506X

Inhalt

editorial	5
Auswirkungen des demografischen Wandels Teil I	
1 Vorbemerkungen	7
2 Die demografische Entwicklung	8
2.1 Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit	8
2.1.1 Wachstum der Bevölkerung seit 1950	8
2.1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Regionen von NRW	9
2.1.3 Altersstrukturverschiebung seit 1950	10
2.2 Komponenten der demografischen Entwicklung	12
2.2.1 Komponente I: Geburten	12
2.2.1.1 Geburtenentwicklung in Deutschland und Europa	14
2.2.1.2 Entwicklung der Geburten in Nordrhein-Westfalen	15
2.2.2 Komponente II: Lebenserwartung/Sterblichkeit	16
2.2.2.1 Steigerung der Lebenserwartung als globales Phänomen	16
2.2.2.2 Sterblichkeitsentwicklung in Nordrhein-Westfalen	18
2.2.3 Komponente III: Wanderungen	19
2.2.3.1 Wanderungsbilanzen in der jüngeren deutschen Vergangenheit	20
2.2.3.2 Wanderungsbewegungen in Nordrhein-Westfalen	20
2.3 Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung	21
2.3.1 Annahmen der Vorausberechnung des LDS NRW	21
2.3.2 Rückgang der Bevölkerung	21
2.3.3 Alterung der Bevölkerung	23
2.3.4 Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen	25
2.4 Aussagekraft der Bevölkerungsvorausberechnungen	30
2.4.1 Ex-post-Analyse der Vorausberechnung mit Basisbevölkerung 1988	30
2.4.2 Ex-post-Analyse der Vorausberechnung mit Basisbevölkerung 1992	31
2.5 Die demografische Entwicklung im Lebensverlauf	32
3 Vorstellung der Themenbereiche und methodisches Vorgehen	37
4 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung der privaten Haushalte	39
4.1 Informationen zum Mikrozensus	40
4.2 Entwicklung der Haushalte bis 2003	40
4.3 Künftige Entwicklung der Privathaushalte	42
4.3.1 Haushalte nach Größe	43
4.3.1.1 Methodik der Modellrechnungen	43
4.3.1.2 Unterschiedliche Entwicklung bei Haushalten verschiedener Größe	43
4.3.1.3 Entwicklung der Haushalte in den Regionen bis 2020	45
4.3.2 Altersstruktur der Einpersonenhaushalte	48
4.3.2.1 Zuwachs an Haushalten mit älteren Personen	48
4.3.2.2 Regionale Entwicklung der Einpersonenhaushalte mit Senioren ab 70 Jahren	49

	Noch: Künftige Entwicklung der Privathaushalte	
4.3.3	Haushalte nach Familientyp	51
4.3.3.1	Methodik der Modellrechnungen	51
4.3.3.2	Rückgang bei den Haushalten mit Kindern	51
4.3.3.3	Regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Haushaltstypen	53
4.3.4	Haushalte nach dem Alter des jüngsten Kindes	57
4.3.4.1	Methodik der Modellrechnung	57
4.3.4.2	Rückgang der Zahl der Haushalte mit Kindern über alle Alterstufen	57
4.4	Fazit	58
5	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung des Wohnungsbedarfes	59
5.1	Aktueller Wohnungsbestand	60
5.2	Methodik der Modellrechnung	62
5.3	Ergebnisse der Vorausberechnung	62
5.3.1	Rückgang des Gesamtbedarfs an Wohneinheiten ab 2020	62
5.3.2	Altersstrukturverschiebung der Inhaber von Wohneinheiten	63
5.3.3	Regional unterschiedliche Nachfrage nach Wohneinheiten	65
5.4	Fazit	67
6	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zahl der Erwerbspersonen	68
6.1	Entwicklung der Erwerbspersonen seit den 1970er-Jahren	69
6.2	Methodik der Modellrechnungen	70
6.3	Ergebnisse der Vorausberechnung	70
6.3.1	Rückgang der Erwerbspersonenzahl	70
6.3.2	Veränderte Altersverteilung der Erwerbspersonen	71
6.3.3	Entwicklung der Erwerbspersonen in den Regionen	73
6.4	Fazit	74
7	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Struktur der Wählerinnen und Wähler	75
7.1	Methodik der Modellrechnung	75
7.2	Ergebnisse der Vorausberechnung	75
7.3	Fazit	78
8	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit	78
8.1	Statistik zur Erfassung der Pflegebedürftigkeit	78
8.2	Entwicklung der Pflegebedürftigkeit bis heute	79
8.3	Methodik der Modellrechnung	82
8.4	Ergebnisse der Vorausberechnung	83
8.4.1	Anstieg der Pflegebedürftigkeit	83
8.4.2	Verschiebung der Alters- und Geschlechterverhältnisse	84
8.4.3	Veränderungen in den Pflegestufen und Pflegeformen	85
8.4.4	Regionale Unterschiede im Pflegebedarf	87
8.5	Fazit	88
9	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zahl der Krankenhausfälle	89
9.1	Entwicklung der Krankenhausfälle seit 1994	90
9.2	Methodik der Modellrechnungen	94
9.3	Ergebnisse der Vorausberechnung	94
9.3.1	Anstieg der Patientenzahlen bis 2020	94
9.3.2	Unterschiedliche Entwicklungen in den Fachabteilungen	96
9.3.3	Erhöhung des Krankenhaustagevolumens bei Konstanz der Verweildauer	98
9.3.4	Konstanz des Krankenhaustagevolumens bei Reduktion der Verweildauer	100
9.4	Fazit	101
10	Anhang	101
10.1	Methodische Anmerkungen	101
10.1.1	Modellrechnungen „Haushalte nach Größe“	101
10.1.1.1	Datengrundlage	101
10.1.1.2	Mitgliederquotenverfahren	101
10.1.1.3	Trends in den Mitgliederquoten	102
10.1.1.4	Eigenwirkung der Parameter	102

	Noch: Methodische Anmerkungen	
10.1.2	Modellrechnungen „Haushalte nach Typen“	102
10.1.3	Modellrechnung „Haushalte nach Alter des jüngsten Kindes“	103
10.1.4	Modellrechnung „Wohnungsbedarf“	103
10.1.5	Modellrechnungen „Erwerbspersonen“	105
10.2	Weitere Anmerkungen	105
10.2.1	Faktoren der Wahlbeteiligung	105
10.2.2	Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisbevölkerung 1. 1. 1998	106
10.2.3	Mittlere Pflegequoten	106
10.2.4	Krankenhaushäufigkeiten	106
11	Literatur	106
	Anhangstabellen	
1.	Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante	111
2.	Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante	122
3.	Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante	133
4.	Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020	142
5.	Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Größe der Wohnfläche	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020	150
6.	Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante	157
7.	Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen	
	Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020	176
8.	Bevölkerung, stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage nach Altersgruppen und Geschlecht	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040	190
9.	Berechnungs- und Belegungstage nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie Varianten	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040	193
10.	Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen	
	Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040	196
	Index	203

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

editorial

Mit diesem Beitrag stellt das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW eine ausführliche Studie über die Auswirkungen des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen vor. Ausgehend von den Entwicklungen in der Vergangenheit werden anhand von Modellrechnungen bis zum Jahre 2020/2040 die Bereiche Haushalte, Wohnungsbedarf, Erwerbspersonen, Wählerstruktur, Pflegebedürftigkeit und Krankenhauswesen betrachtet.

Neben der vorliegenden Langfassung erschien bereits eine Kurzfassung der Ergebnisse der Modellrechnungen im Band 21 dieser Veröffentlichungsreihe. Beide Bände können kostenlos unter <http://www.lids.nrw.de/shop/index.html> downgeloadet werden. Weitere Modellrechnungen für die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwerbstätigkeit sind geplant.

Mein besonderer Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre Auskünfte – vor allem in den Erhebungen des Mikrozensus – dazu beigetragen haben, eine aussagekräftige Datenbasis für diese zukunftsgerichteten Betrachtungen zu schaffen.

Jochen Kehlenbach

Präsident

Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil I

Dipl.-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH
Dipl.-Mathematiker Paul Berke

Um die Auswirkungen der künftigen demografischen Entwicklungen, insbesondere des Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung, auf verschiedene Gesellschaftsbereiche quantitativ abschätzen zu können, wurden Modellrechnungen, auch in regionaler Differenzierung, durchgeführt. Sie bauen auf einer Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 bzw. 2040 auf. Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse der Modellrechnungen für die Bereiche Haushalte, Wohnungsbedarf, Erwerbspersonen, Wählerstruktur, Pflegebedürftigkeit und Krankenhauswesen vorgestellt.

1 Vorbemerkungen

Das Thema des demografischen Wandels steht erst seit einigen Jahren auf der politischen Agenda. Langfristigkeit und Trägheit der Entwicklung werden als wichtigste Gründe dafür genannt, warum das Sujet Demografie vom öffentlichen Interesse bisher so wenig beachtet wurde. Inzwischen haben sich die Vorzeichen umgekehrt: Wohl ist es noch wenig angebracht, von einem medialen Ereignis zu sprechen, doch die zunehmende Beschäftigung in Journalen, Zeitungen und TV-Sendungen mit den eventuellen Ursachen und möglichen Auswirkungen der demografischen Entwicklung weist auf eine verstärkte Bewusstseinsbildung in der öffentlichen Meinung hin.¹⁾

Der Tenor der Meldungen variiert jedoch beträchtlich: Von Schreckensszenarien einer ergrauenden und erlahmenden Masse von Alten, welche die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft unterminieren und die ohnehin schon

1) Vgl. hierzu eine vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführte Umfrage im Zeitraum vom 30. 3. bis 13. 4. 2004, in welcher den Folgen des demografischen Wandels aus Sicht der Bevölkerung nachgegangen wurde. Die Ergebnisse besagen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darüber informiert ist, dass die demografische Entwicklung „dramatische Folgen“ haben wird. Erwähnt werden steigende Beiträge der Renten- und Krankenversicherungen, die Notwendigkeit einer längeren Lebensarbeitszeit sowie die Einführung einer Grundrente. Differenziertere Ergebnisse finden sich in dem kürzlich vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung publizierten Sonderheft „Einstellungen zu demografischen Trends und bevölkerungsrelevanten Politiken“, in welchem Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland aufbereitet sind (Dobritz u. a. 2005).

leeren Kassen der sozialen Sicherungssysteme plündern, ist auf der einen Seite die Rede, aber auch von optimistischen Bildern auf der anderen Seite, in denen über kreative und vorausschauende Maßnahmen der Umgestaltung der zwangsläufige Wandel als Chance, als Potenzial für Weiterentwicklung und Reformen gesehen wird.

Wie die Entwicklung verlaufen *könnte* bzw. welche Auswirkungen sich auf verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ergeben *könnten*, soll in dieser Veröffentlichung thematisiert werden. Besonders angeraten ist eine Sensibilisierung für das Thema vor dem Hintergrund einer weder kurz- noch mittelfristig möglichen Umkehrung der Entwicklung, da diese im gegenwärtigen Altersaufbau der Gesellschaft bereits angelegt ist.

Die Brisanz der bevorstehenden Entwicklungen hatte insbesondere in letzter Zeit eine erhöhte Aufmerksamkeit nicht nur von Seiten der Politik, sondern auch der Wirtschaft zur Folge.²⁾ Denn unbestritten ist, dass der demografische Wandel in den kommenden Dekaden zu tief greifenden Änderungen in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Le-

2) Vgl. hierzu z. B. die Berichte der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Auch die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Sachsen haben bereits Handlungsempfehlungen herausgegeben. In Nordrhein-Westfalen wurden ebenfalls zahlreiche Aktionen und Informationsveranstaltungen zum Thema durchgeführt.

bens führen wird. Damit stellt er für Bund, Länder und Gemeinden eine enorme Herausforderung dar.

Drei Veränderungssymptome lassen sich *direkt* anhand der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung diagnostizieren:

- 1) Aufgrund einer langfristig niedrigen Geburtenrate ist von einer Schrumpfung der Bevölkerung auszugehen.
- 2) Angesichts der stetig steigenden Lebenserwartung und der geringen Geburtenzahlen wird es zu einer Alterung der Gesellschaft kommen, d. h., es wird zukünftig deutlich mehr ältere als jüngere Menschen geben.
- 3) Anzunehmende hohe Zuwanderungsströme können zu einer Internationalisierung führen.

Die drei Komponenten – Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderung – verweisen infolge ihrer Effekte – Schrumpfung, Alterung und Internationalisierung – auf zahlreiche weitere Gesellschaftsfelder u. a. aus den Bereichen der sozialen Sicherung, der Erwerbstätigkeit und Qualifizierung, der Infrastruktur und Konsumwirtschaft, die *indirekt* von der künftigen Bevölkerungsentwicklung betroffen sind. Alle diese Felder bedürfen einer verstärkten Fokussierung, um geeigneten Handlungsbedarf zu erkennen und zu initiieren.

Die möglichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf unterschiedliche Felder des sozialen und ökonomischen Lebens zu quantifizieren ist das Ziel des hier vorliegenden ersten Bandes einer als Reihe konzipierten Veröffentlichung. Über Modellrechnungen (vgl. nähere Erläuterungen in Kap. 3) sollen Eckwerte vorausgeschätzt werden, die Anhaltspunkte liefern können, in welchem Ausmaß die Bevölkerungsentwicklung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Einfluss

nehmen kann. Als Basis der zu leistenden Modellrechnungen fungiert die vom LDS NRW vorgenommene Bevölkerungsvorausberechnung für Nordrhein-Westfalen (vgl. Kap. 2.3.1).

In diesem Band werden Modellrechnungen zu demografisch bedingten Veränderungen aus den Bereichen (1) Haushalte, (2) Wohnungswesen, (3) Erwerbspersonen, (4) Wahlbevölkerung, (5) Pflegebedürftigkeit und (6) Krankenhausfälle behandelt. In einer zweiten Publikation folgen voraussichtlich die Berechnungen für die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwerbstätigkeit.

Mit dieser Veröffentlichung möchte das LDS NRW seiner Aufgabe nachkommen, über eine geeignete Nutzung des vorhandenen Datenmaterials gesellschaftlich relevante Prozesse zu dokumentieren, um den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft Orientierungs- und Entscheidungshilfen für eine zukunfts-gerechte Planung an die Hand zu geben.

2 Die demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung bestimmt die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes sowie ihre Alterszusammensetzung. Sie wird beeinflusst von drei Faktoren: (1) der Zahl der lebend geborenen Kinder, (2) der Lebenserwartung bzw. der Sterblichkeit und (3) dem Verhältnis der Einwanderungen zu den Auswanderungen. Diese drei Komponenten – Fertilität, Mortalität und Migration – bilden in ihrer jeweiligen Ausprägung und ihrem spezifischen Zusammenwirken das Fundament einer Bevölkerung: in quantitativer Hinsicht bezogen auf die Anzahl und in qualitativer Hinsicht bezogen auf die Altersstruktur. Sie liefern auch die Grundlage sowohl für die Berechnung der gegenwärtigen Bevölkerung und ihrer Altersverteilung als auch für die Vorausberechnungen in den nächsten Dekaden.

2.1 Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit

Im Folgenden soll dargelegt werden, wie sich die Bevölkerung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat. Dabei wird auch das Verfahren der Fortschreibung als methodische Grundlage zur Bestimmung der Bevölkerungszahl skizziert. Anschließend werden die drei genannten Komponenten in ihrem gegenwärtigen Stand sowie ihrer vergangenen Entwicklung vorgestellt. Dabei wird, soweit möglich, die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen mit der gesamtdeutschen verglichen. Aufbauend auf der Darlegung der Komponenten wird in einem dritten Abschnitt die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung beschrieben. Hier wird also konkret auf die Vorausberechnung der Bevölkerung bis 2040 für Nordrhein-Westfalen bzw. bis 2020 für die kreisfreien Städte und Kreise eingegangen, wie sie das LDS NRW im Jahr 2004 vorgelegt hat.

Fortschreibung der Bevölkerung

Die Fortschreibung der aktuellen Zahl der Bevölkerung und damit die Ermittlung der Einwohnerzahlen in den Ländern und Gemeinden ist als Aufgabe der statistischen Ämter im Bevölkerungsstatistikgesetz gesetzlich festgeschrieben. Die Fortschreibung basiert auf der 1987 bisher zum letzten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik vorgenommenen Volkszählung. Die dort ermittelte Einwohnerzahl wird monatlich fortgeschrieben: alle lebend geborenen Kinder werden addiert, die Gestorbenen werden subtrahiert. Entsprechend wird mit den Zu- und Fortgezogenen verfahren. Die auf diese Weise nun seit 17 Jahren angewandte Fortschreibungsmethode ist zwar zahlreichen Fehlerquellen unterworfen, angesichts fehlender Alternativen wird jedoch weiterhin auf dieses Verfahren zurückgegriffen.

Weil die während der Volkszählung 1987 ermittelte Einwohnerzahl nicht mit der in den Einwohnermeldere-

gistern erfassten Bevölkerungszahl abgeglichen wurde, ergeben sich Unterschiede, die bis heute fortgeschrieben werden.

Weitere Verzerrungsmöglichkeiten bestehen innerhalb der Wanderungsbewegungen. Der wichtigste Grund hierfür ist, dass die Meldungen über Zu- und Fortzüge – im Gegensatz zu den Meldungen über Geburten und Sterbefälle – auf Informationen der Bürgerinnen und Bürger beruhen. Das Ausfüllen der Meldebescheinigungen bei Umzügen erfolgt jedoch von den jeweiligen Personen oft inkorrekt oder unvollständig. Eine Richtigstellung gelingt meist nicht in allen Fällen und mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung, so dass Qualität und Genauigkeit der Wanderungssalden als eine Komponente der Fortschreibung stets genau überprüft werden müssen.

2.1.1 Wachstum der Bevölkerung seit 1950

In Deutschland lebten 2003 über 82,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, im früheren Bundesgebiet etwa 65 Millionen. 1950 betrug die Einwohnerzahl in den alten Bundesländern knapp 51 Millionen; umgerechnet auf das heutige Gebiet von Deutschland lag sie bei weniger als 70 Millionen, d. h., seit diesem Zeitpunkt hat sich die Zahl um über 12 Millionen oder fast 20 % in Gesamtdeutschland bzw. um fast 15 Millionen oder 30 % im früheren Bundesgebiet erhöht. Eine in früheren Jahren hohe Geburtenrate und Zuwanderungsgewinne sind dafür verantwortlich.

Von der Entwicklung einer steigenden Bevölkerungszahl ist Nordrhein-Westfalen nicht ausgenommen. Hier fiel die Steigerung im Vergleich mit den gesamtdeutschen Daten sogar deutlich höher aus. Heute hat NRW ca. 18,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Vor etwa 50 Jahren wohnten dagegen nur 13,2 Millionen in NRW, knapp fünf Millionen Menschen weniger. Mit einer Steigerungsdynamik

von fast 40 % hat sich die Einwohnerzahl in Nordrhein-Westfalen also etwa doppelt so stark erhöht wie in Gesamtdeutschland. Der wichtigste Grund hierfür ist der positive Zuwanderungssaldo, d. h., dass mehr Menschen nach Nordrhein-Westfalen gezogen als abgewandert sind.

Der Zeitverlauf macht deutlich, dass die stärksten Steigerungen der Einwohnerzahlen von 1950 bis 1970 stattgefunden haben. Sowohl Deutschland als auch Nordrhein-Westfalen hatten 1970 bereits zwei Drittel der Steigerungsrate erreicht.

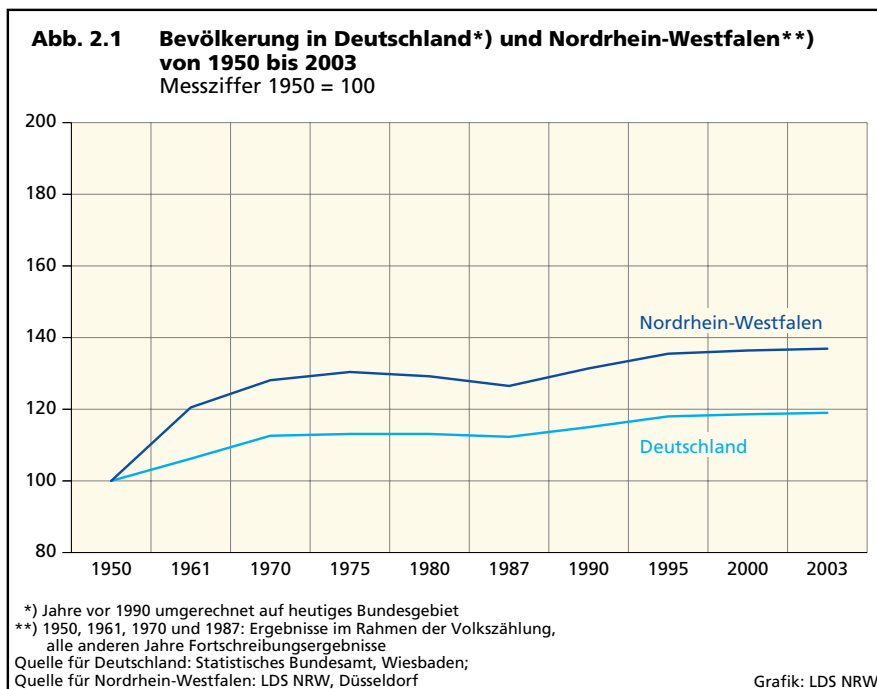
zwischen den einzelnen Gebieten. Auffällig ist zunächst der deutliche Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und Kreisen (siehe Abb. 2.2). In den Kreisen stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner von 1939 bis heute kontinuierlich um fast 100 % oder 5,2 Millionen auf knapp 10,7 Millionen. Mit dieser Steigerung waren die Kreise zu 85 % an dem Wachstum von Nordrhein-Westfalen seit 1939 beteiligt.

Die kreisfreien Städte verzeichneten dagegen einen wirklichen Aufschwung der Bevölkerungszahlen

kerungszahl seit 1939 in den kreisfreien Städten um nur etwa 900 000 erhöht und beträgt heute etwa 7,4 Millionen.

Diese Entwicklung bedeutet auch, dass sich das Verhältnis der Einwohnerzahlen zwischen kreisfreien Städten und Kreisen zugunsten der eher ländlichen Gegenden der Kreise verschoben hat. Lebten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges noch deutlich mehr Menschen in den kreisfreien Städten von NRW (54 %), so führten u. a. verstärkte Wanderungsbewegungen dazu, dass bereits Mitte der 1960er-Jahre die Mehrheit der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in den Kreisen wohnte. Heute hat sich dieser Anteil auf fast 60 % erhöht.

Die dargestellte Entwicklung der Kreise und kreisfreien Städte überlagert auch die Bevölkerungsentwicklung in den fünf großen Verwaltungseinheiten von NRW (siehe Abb. 2.3). Die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf, die durch eine größtenteils städtische Struktur geprägt sind, sind in den vergangenen Dekaden zwar auch gewachsen, doch im regionalen Vergleich nur sehr moderat. Ihr gemeinsamer Anteil an der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen von fast 57 % Ende der 1930er-Jahre fiel auf knapp 50 % heute. Im Gegenzug konnten die übrigen drei Regierungsbezirke Köln, Detmold und Münster – und



2.1 Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 1950 bis 2004*) nach Altersgruppen						
Alter von ... bis unter ... Jahren	1950	1961	1970	1980	1990	2004
unter 20	3 940 652	4 512 679	5 089 350	4 578 208	3 560 779	3 837 852
20 – 40	3 744 916	4 804 410	4 743 385	4 719 506	5 391 892	4 839 226
40 – 60	3 748 513	4 114 063	4 037 029	4 571 966	4 585 664	4 957 196
60 – 80	1 645 060	2 248 823	2 851 065	2 759 061	2 943 888	3 702 673
80 und mehr	117 035	221 703	284 022	388 334	621 365	742 739
Insgesamt¹⁾	13 207 787	15 912 420	17 004 851	17 017 075	17 103 588	18 079 686

*) Volkszählung am 13. 9. 1950 und 6. 6. 1961; andere Jahre: Ergebnisse der Fortschreibung jeweils zum 1. 1. – 1) Für 1950 und 1961 weicht das Landesergebnis von der Summe über die Altersgruppen ab, weil bei der Umrechnung auf den heutigen Gebietsstand für die Altersjahre ein anderes Umrechnungsverfahren verwendet wurde als für das Gesamtergebnis.

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Regionen von NRW

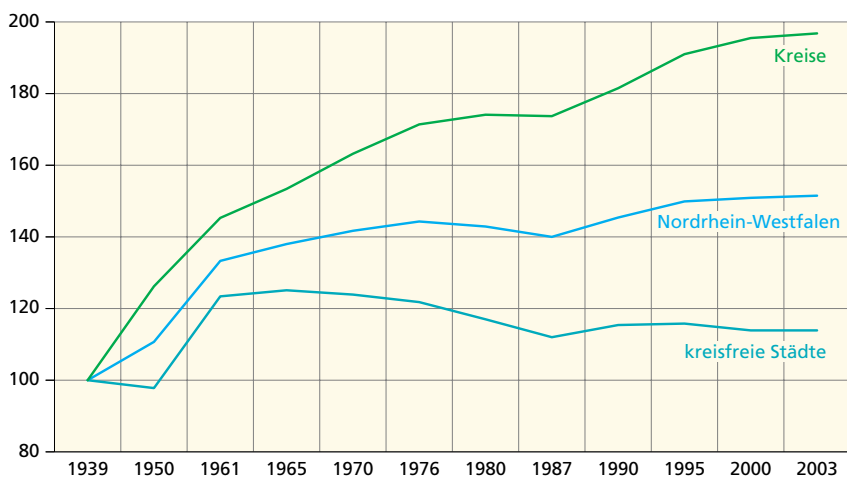
Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ist seit Beginn des Zweiten Weltkrieges in den meisten Regionen gewachsen – die Geschwindigkeit und Dynamik des Wachstums variierte jedoch teilweise beträchtlich

nur im Jahrzehnt des nachkriegszeitlichen Wirtschaftswunders zwischen 1950 und 1960. Bis 1965 stieg ihre Einwohnerzahl um ein Viertel (25,2 %) oder 1,6 Millionen. In den Jahren danach blieb die Bevölkerung annähernd konstant bzw. war seit den 1970er-Jahren sogar leicht rückläufig. Insgesamt hat sich die Bevöl-

dies insbesondere durch Zuwanderungen in ihren Kreisen – ihren Anteil an der nordrhein-westfälischen Bevölkerung vergrößern.

Eine enorme Wachstumsdynamik verzeichnete der Regierungsbezirk (RB) Detmold; seine Einwohnerzahl stieg um 85 % oder knapp ei-

Abb. 2.2 Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens von 1939 bis 2003*
Messziffer 1939 = 100



*) 1939, 1950, 1961, 1970 und 1987: Ergebnisse im Rahmen der Volkszählung, alle anderen Jahre Fortschreibungsergebnisse; Ergebnisse der Jahre vor 1976 umgerechnet auf heutigen Gebietsstand

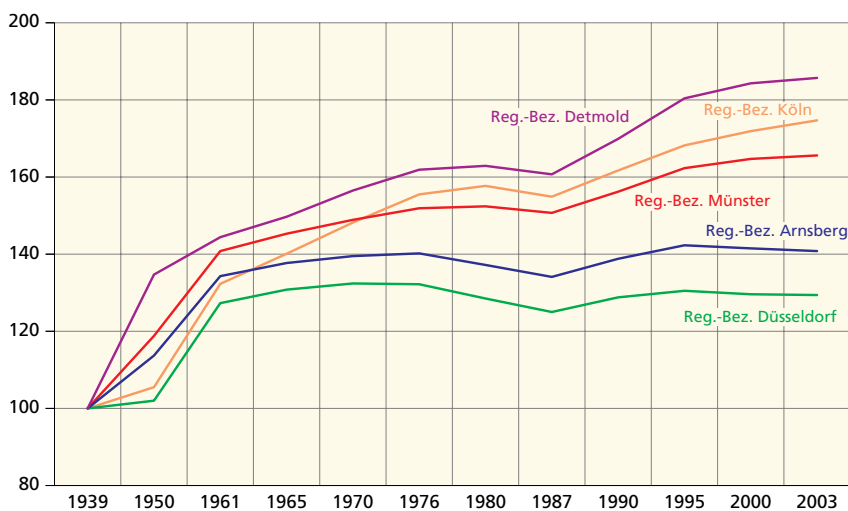
Grafik: LDS NRW

ne Million Personen auf über zwei Millionen. Auch die Steigerungen des RB Köln von 74 % (1,8 Millionen Personen auf 4,35 Millionen) waren enorm – der RB Köln holte damit in den 1970er-Jahren sogar das Bevölkerungswachstum des RB Münster von insgesamt 65 % (über eine Million Personen auf 2,6 Millionen) auf. Durch diese Entwicklung erhöhte Köln seinen Anteil an der nordrhein-westfälischen Bevölkerung um drei Prozentpunkte auf fast ein Viertel. Münster und Detmold gewannen im Laufe der letzten Jahrzehnte jeweils einen Prozentpunkt beim Anteil an der Gesamtbevölkerung von NRW hinzu.

2.1.3 Altersstrukturverschiebung seit 1950

Charakteristisch für die Bevölkerung in der Vergangenheit war der hohe Anteil an jungen Menschen und ein relativ geringer Anteil an älteren und hochaltrigen Personen. Seit 1950 hat sich in Deutschland der Anteil von Personen im Alter von 60 und mehr Jahren von fast 15 % auf über 20 % erhöht. Das bedeutet, dass bundesweit heute bereits jede fünfte Person 60 Jahre oder älter ist. Im Gegenzug verringerte sich der Anteil der unter 20-Jährigen von 30,4 % auf 26,8 %.

Abb. 2.3 Bevölkerung in den Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens von 1939 bis 2003*
Messziffer 1939 = 100



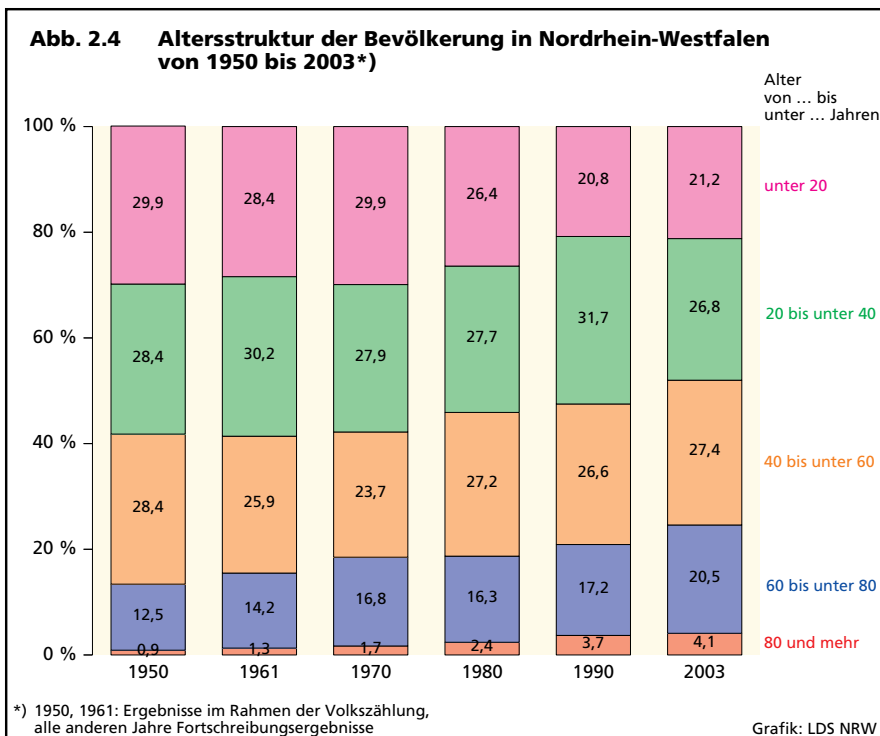
*) 1939, 1950, 1961, 1970 und 1987: Ergebnisse im Rahmen der Volkszählung, alle anderen Jahre Fortschreibungsergebnisse; Ergebnisse der Jahre vor 1976 umgerechnet auf heutigen Gebietsstand

Grafik: LDS NRW

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Verschiebung der Altersstruktur seit den 1950er-Jahren im Vergleich zu Deutschland noch stärker vollzogen. Der 1950 in NRW überdurchschnittlich hohe Anteil an jüngeren Einwohnerinnen und Einwohnern (unter 40 Jahre alt) von 58,3 % hat sich bis heute auf 48,0% verringert. Dieser Rückgang von 10 Prozentpunkten liegt fünfmal höher als der Rückgang der Bevölkerungszahlen in dieser Altersgruppe auf Bundesebene. Gleichzeitig hat sich der ehemals unterdurchschnittliche Anteil der nordrhein-westfälischen Bevölkerung mit 60 und mehr Jahren von 13,4 % auf ein Viertel (24,6 %) der Bevölkerung erhöht. Der Anteil der 80-Jährigen und Älteren hat sich dabei mehr als vervierfacht von 0,9 % (1950) auf 4,1 % (2003). Diese Steigerung liegt damit deutlich über dem Vergleichswert des Bundesgebietes von 1,7 Prozentpunkten.

Während für Deutschland die Steigerung bei den Personen im Alter ab 60 Jahren bei 100 % (fast 13,2 Millionen) liegt, zeigt Nordrhein-Westfalen für diese Altersgruppen seit 1950 Zuwächse von über 150 % (2,7 Millionen) auf. Im Gegensatz dazu hat sich bundesweit in diesem Zeitraum die Zahl der jüngeren Personen im Alter von unter 20 Jahren um rund 20 % (4,2 Millionen) verringert, wohingegen Nordrhein-Westfalen nur Rückgänge um 3 % (100 000) verbuchte. Dass in NRW trotzdem der Anteil der unter 20-Jährigen so stark zurückging, liegt daran, dass sich die enorme Erhöhung der Anteile Älterer zu Lasten der Anteile Jüngerer vollzieht.

Die vergleichsweise geringfügigen Unterschiede bezüglich der relativen Steigerung für die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter (20- bis unter 60-Jährige) zwischen NRW (+ 30 % oder fast 2,3 Millionen) und Deutschland (+ 20 % oder 7,15 Millionen) weisen darauf hin, dass der überproportionale Zuwachs an Einwohnerinnen und Einwohnern in Nordrhein-Westfalen einerseits auf die Steigerungen bei den älteren Personen und andererseits auf geringe Verluste durch Wegzug von jün-



geren Menschen zurückzuführen ist. Die Geburtenrate, die in Nordrhein-Westfalen bis zu Beginn der 1990er-Jahre sogar leicht unterhalb des deutschen Durchschnitts lag, zeigt in diesem Zusammenhang keinen Einfluss.

Zur Beschreibung des gesellschaftlichen Altersaufbaus werden gemeinhin zwei Kennziffern verwendet: der so genannte Altenquotient, welcher das Verhältnis von Senioren zu potenziell Erwerbsfähigen (zu jeweils definierten Altersgrenzen) abbildet

und der so genannte Jugendquotient, der das Verhältnis von Kindern und Jugendlichen zu potenziell Erwerbsfähigen (zu jeweils definierten Altersgrenzen) beschreibt. Eine Betrachtung dieser beiden Kenngrößen zeigt, wie einschneidend sich die strukturellen Änderungen der Alterszusammensetzung seit den 1950er-Jahren in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vollzogen haben (siehe Abb. 2.6).

Eine Beobachtung des zeitlichen Verlaufs macht deutlich, dass sich

Nordrhein-Westfalen von einem gemessen am Bundesdurchschnitt relativ jungen Land zu einem bezogen auf das Alter auf dem Durchschnitt liegenden Bundesland entwickelt hat. 1950 kamen in Nordrhein-Westfalen auf 100 Personen im potenziell erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 60 Jahren nur 24 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren. Bundesweit lag der Altenquotient bei 27 Älteren, so dass damals Nordrhein-Westfalen als vergleichsweise junges Land galt. Heute hat sich dieser Wert fast verdoppelt und bezieht sich sowohl in NRW als auch in Deutschland auf 45.

Parallel ist im gleichen Zeitraum der Jugendquotient sehr deutlich gesunken: Vor etwa 50 Jahren standen in Nordrhein-Westfalen 100 potenziell Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren 53 unter 20-Jährige gegenüber; heute sind es nur noch 39. In Deutschland hat sich bedingt durch die Transformationen in den neuen Ländern das Verhältnis zwischen unter 20-Jährigen und potenziell Erwerbsfähigen noch drastischer entwickelt. Von ehemals 55 unter 20-Jährigen, die in den 1950er-Jahren auf 100 potenziell Erwerbsfähige gezählt wurden, ist der Wert unter das nordrhein-westfälische Niveau auf 37 gesunken.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen der nordrhein-westfälischen und der gesamtdeutschen Altersstruktur in den vergangenen 50 Jahren geringer geworden.

Das Verhältnis zwischen Jüngeren und Älteren hat sich im Laufe der Zeit eindeutig hin zu den Letztgenannten verschoben. Der Umkehrzeitpunkt ist in den 1990er-Jahren zu verorten, als die zahlenmäßig großen Geburtskohorten der 1960er-Jahre in das erwerbsfähige Alter eintraten und der Geburtenrückgang der 1970er-Jahre bewirkte, dass die nachfolgenden Jahrgänge deutlich schwächer besetzt waren.

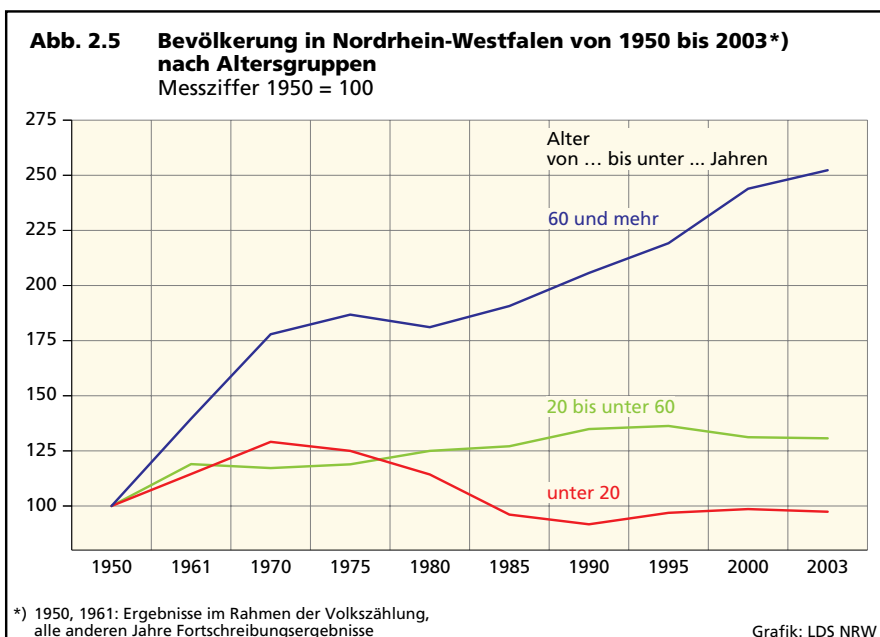
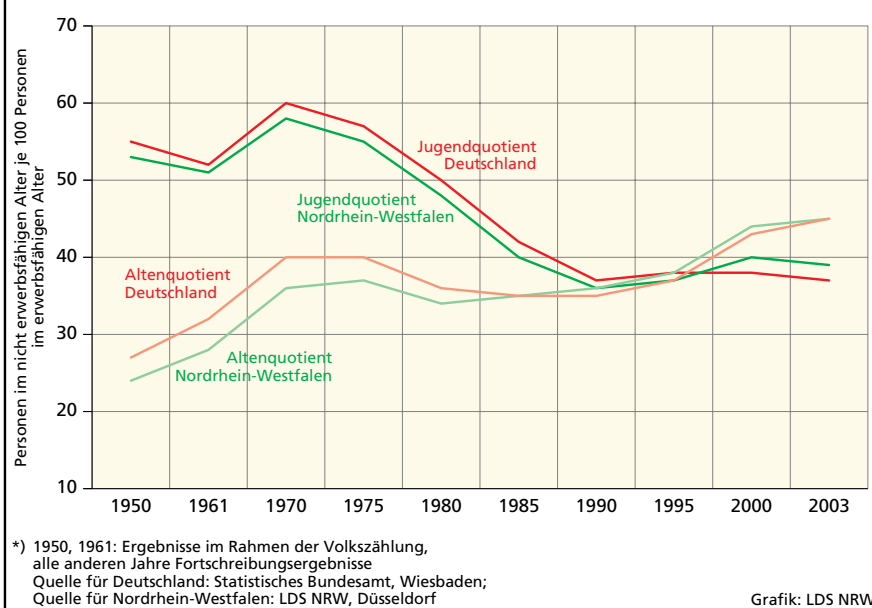


Abb. 2.6 Altenquotient und Jugendquotient in Deutschland und Nordrhein-Westfalen von 1950 bis 2003*)



2.2 Komponenten der demografischen Entwicklung

Wie sich in den folgenden Jahren die Zahl der Bevölkerung sowie ihre Alterszusammensetzung entwickeln werden, kann über Vorausberechnungen eingeschätzt werden. Das LDS NRW legt hierzu in mehrjährigen Abständen Vorausschätzungen vor. Die aktuellste datiert aus dem Jahr 2004 und berechnet künftige alters- und geschlechtsdifferenzierte Bevölkerungszahlen auf Landesebene bis zum Jahr 2040 bzw. auf regionaler Ebene der kreisfreien Städte und Kreise bis 2020.

Bevölkerungsbezogene Prozesse vollziehen sich langsam und schwerfällig, aber gleichzeitig kontinuierlich und quasi unwiderruflich. In diesem Sachverhalt von Langfristigkeit und Zwanghaftigkeit verbergen sich mehrere Besonderheiten: Demografische Entwicklungen sind in ihrem zukünftigen Ausmaß – unabhängig davon, ob es sich um eine Zu- oder Abnahme, um eine Überalterung oder eine Verjüngung handelt – bereits frühzeitig zu erkennen. Sie formieren ihre Voraussetzungen in der Vergangenheit, und ihre Effekte prägen quasi naturgemäß den Bevölkerungsprozess im Zeitverlauf der folgenden Jahrzehnte.

In der Konsequenz werden derart träge und unsichtbare Prozesse nur schwer wahrgenommen. Andererseits können Projektionen für die Zukunft auf den sich langfristig entwickelnden Komponenten der Vergangenheit aufsetzen und weisen deshalb eine deutlich höhere Treffsicherheit auf als beispielsweise Wirtschaftsprognosen, die massiv von einer Vielzahl kurzfristiger Veränderungen abhängig sind.

Damit soll jedoch nicht der Standpunkt vertreten werden, Bevölkerungsvorausberechnungen könnten zielgenau die künftige Entwicklung der Bevölkerung prognostizieren. Stattdessen handelt es sich bei allen bevölkerungsbezogenen Zukunftsprojektionen um eine Darstellung von möglichen, unter bestimmten Annahmen als wahrscheinlich angenommenen Entwicklungstrends und Orientierungspunkten für die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die Altersstruktur und die Relationen zwischen den Generationen.

Bevölkerungsvorausberechnungen können nicht mit dem Anspruch eines gesicherten Eintreffens der berechneten Ergebnisse auftreten, weil diese zwangsläufig an die der Berechnung zugrunde gelegten Bedingungen geknüpft sind: Nur unter diesen Bedingungen ist das Eintref-

fen der berechneten Zahlen als wahrscheinlich anzusehen. Aus diesem Grund kommt den einer Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde liegenden Annahmen eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Annahmen – Fertilität, Mortalität und Migration – sollen im Folgenden näher vorgestellt werden. Dabei wird auf die vergangene Entwicklung der Komponenten sowohl in Deutschland als auch in Nordrhein-Westfalen eingegangen.

2.2.1 Komponente I: Geburten

Die Zahl der lebend Geborenen pro Frau gilt als eine der wichtigsten Einflussgrößen auf die demografische Entwicklung. In erheblichem Maße unterliegt dieser Wert historischen Einflüssen oder sozialen Krisensituationen. Wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland noch durchschnittlich fünf Kinder pro Frau geboren, so führte ein Zusammenspiel von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen zu einem langfristigen Absinken der Geburten auf durchschnittlich unter zwei Kinder pro Frau.³⁾

Mit einer zusammengefassten Geburtenziffer⁴⁾ von unter zwei Kindern pro Frau kann sich eine Generation allein durch die Geburten nicht vollständig ersetzen. Zur Bestandserhaltung einer Elterngeneration benötigt eine entwickelte Gesellschaft heute mindestens eine zusammengefasste Geburtenziffer von 2,08 Kindern. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag das Bestandserhaltungsniveau aufgrund einer hohen Säuglingssterblichkeit viel höher, bei fast 3,5 Kindern pro Frau (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004). Mit

3) Vgl. zu den Gründen des langfristigen Geburtenrückgangs im 19. und 20. Jahrhundert u. a. Marschalck (1985), Birg (2003).

4) Die zusammengefasste Geburtenziffer oder Gesamtgeburtenziffer (Total Fertility Rate) gibt die Zahl der Kinder an, die 1 000 Frauen in ihrem so genannten gebärfähigen Alter von 15 bis unter 45 Jahren zur Welt bringen würden, wenn sie sich entsprechend der altersspezifischen Geburtenziffer des Beobachtungsjahres verhielten. Wird dieser Wert durch 1 000 dividiert, so kann er interpretiert werden als die Anzahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich zur Welt bringt. In diesem Sinne wird die Kennziffer hier verwendet.

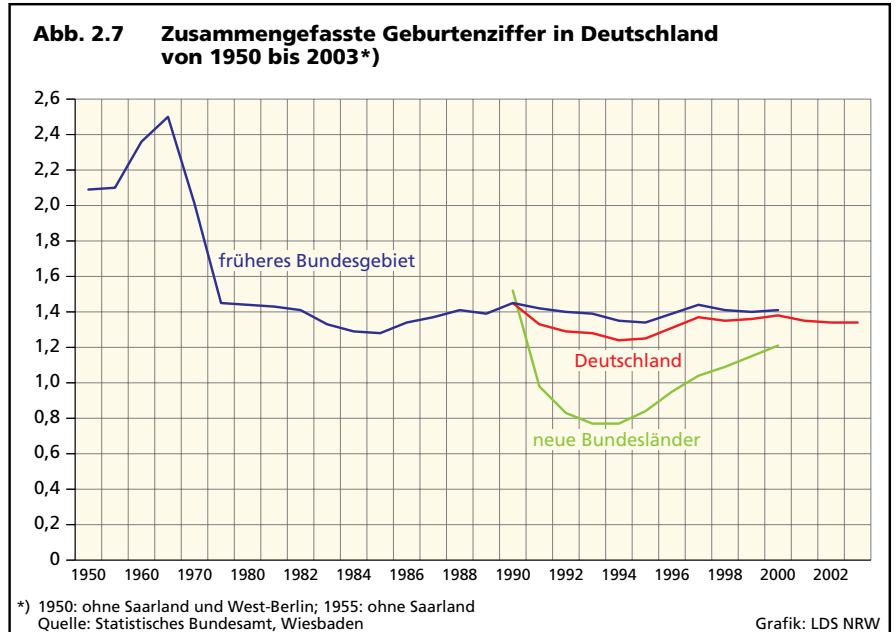
einer aktuellen zusammengefassten Geburtenziffer von 1,34 in Deutschland wird dagegen die Elterngeneration nur zu etwa 67 % ersetzt, so dass allein aufgrund der Geburtenentwicklung die Bevölkerung bereits seit Jahren schrumpft.

Ein wichtiger Grund für die langfristige Abnahme der Geburten liegt in der nicht mehr zwingend vorhandenen Notwendigkeit, die eigene Familie für die Funktion eines sozialen Netzes zu nutzen. Eine Absicherung der Lebensrisiken Krankheit, Unfall und Alter muss heute nicht mehr innerhalb der eigenen Großfamilie bewerkstelligt werden, denn im Zuge der modernen Erwerbsarbeit implementierte der Staat ein soziales Sicherungssystem, das vor den finanziellen Folgen solcher Risiken in gewissem Umfang schützt.

Hinzu kam, dass im beginnenden 20. Jahrhundert Kinder ihre Rolle als Arbeitskräfte zur Unterstützung des Lebensunterhaltes verloren. Der Einzug von rationalen Verhaltensweisen in einer säkularisierten und zunehmend industriell ausgerichteten Gesellschaft führte auch dazu, das eigene Leben als individuell gestaltbar anzusehen. Dabei wurden Bildung und Erziehung als wichtige Werte generiert, die es – so das Ziel – den nun *wenigen* Kindern der Familie zu ermöglichen galt.

Langfristige Abnahme der Geburten

Die durchschnittliche Zahl der Geburten pro Frau lag in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts bei 2,92. Dieser Wert wurde jedoch nicht kontinuierlich über die Jahrzehnte gehalten; tief greifende soziale Krisen wie die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise sorgten vielmehr für teilweise gravierende Rückgänge auf bis zu 1,6 Kinder pro Frau (vgl. Birg 2003). Diese aufgrund exogener Einflüsse eintretenden kurzfristigen Geburtentiefs wurden jeweils dann wieder aufgeholt, wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse erholt hatten. Dieses Aufholen wird als Timing-Effekt beschrieben.



Zu Beginn der Nachkriegszeit bis in die 1960er-Jahre hinein zeigte sich eine vergleichsweise hohe Gesamtgeburtenziffer von über zwei Kindern pro Frau. Mitte der 1960er-Jahre wurden sogar durchschnittlich 2,5 Kinder pro Frau geboren. Die Gründe hierfür liegen zum einen darin, dass die Mütter dieser Generation ihre Sozialisationserfahrungen in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg machten. Die dort vermittelten rollenadäquaten Verhaltensweisen und der Wert der Familie prägten das generative Verhalten der Frauen dieser Geburtenjahrgänge (vgl. Birg 2003). Hinzu gezählt werden muss in diesem Zusammenhang auch die positive Stimmung im Rahmen des Wirtschaftswunders, die materielle Sicherheit für Familien schuf, so dass es zu einem bislang letzten Geburtenhoch für Deutschland kam. Diese Phase, in der die zahlenmäßig großen so genannten Babyboomer-Generationen zur Welt kamen, wird gemeinhin als „Golden Age of Marriage“ bezeichnet.

Nach 1965 begannen die Geburtenziffern erneut zu sinken. Über die Gründe wird bis heute diskutiert, zumal dieser Prozess fast flächendeckend in ganz Europa einsetzte. Als zum Teil erklärende Variablen kann der Einsatz fortschrittlicher Verhütungsmethoden herangezogen werden. Aus diesem Grund wird der drastische Geburtenrückgang der

1960er-Jahre auch mit dem Begriff „Pillen-Knick“ bezeichnet.

Der in Westdeutschland Mitte der 1970er-Jahre erreichte Wert von 1,4 Kindern pro Frau blieb mit geringen Schwankungen bis heute konstant. Dass sich der Wert seit über 30 Jahren auf diesem niedrigen Niveau hält, hat viele miteinander verknüpfte Gründe. Sie alle sind im Spannungsfeld von Kosten der Kinder, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstverwirklichungstendenzen der Eltern und familiengerechten Strukturen zu platzieren.⁵⁾

Zu erwähnen ist jedoch, dass manche Länder nach dem europaweiten Geburtenrückgang wieder einen Anstieg verzeichnen konnten, so beispielsweise auch die ehemalige DDR. Dieser wird auf familienpolitische Maßnahmen mit pronatalistischem Charakter zurückgeführt.

Nach der Wiedervereinigung kam es infolge des Systemzusammenbruchs und einer anschließenden massiven Unsicherheit im Hinblick auf die Transformation der Erwerbsarbeits-sphäre, den wirtschaftlichen Strukturwandel und veränderte Qualifikationsanforderungen im Osten von

5) Vgl. hierzu u. a. die Forschungen des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung zu strukturellen und finanziellen Anreizen auf die Wunschkinderzahl sowie Studien des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zu Gründen von Kinderlosigkeit.

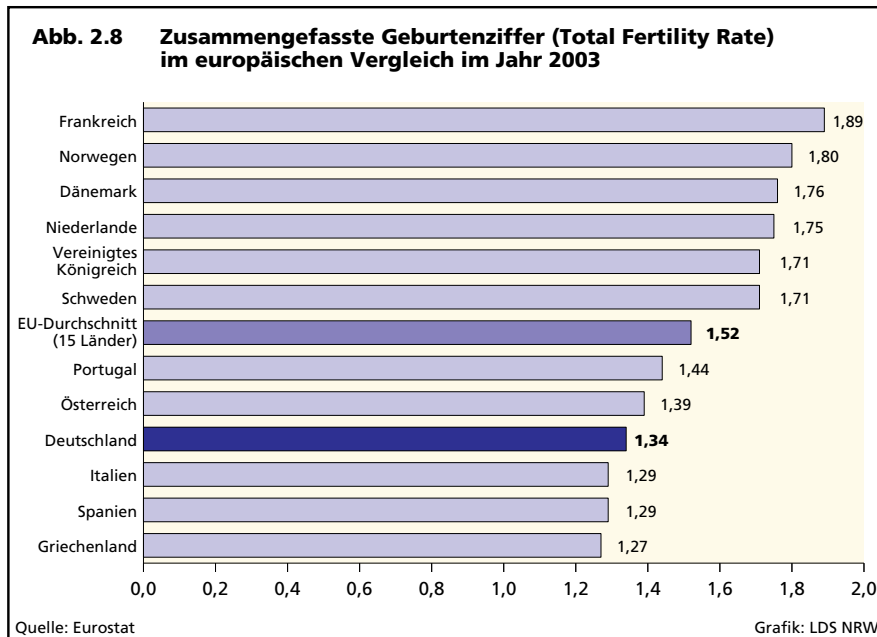
Deutschland zu einem erdrutschartigen Rückgang der Geburtenzahlen (vgl. u. a. Schulz 2000a). Für die zwischen 1991 und 1994 gemessene Gesamtgeburtensziffer von 0,77 – die niedrigste jemals in einem Land – wurde der Begriff „Demographic Shock“ geprägt. Seit 1995 steigen die Geburtenziffern in den neuen Bundesländern wieder an; für das Jahr 2000 betrug der Wert im Osten 1,21. Das Fruchtbarkeitsverhalten ostdeutscher Frauen und Männer scheint sich langsam dem Niveau von Westdeutschland anzunähern, so dass in Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes ab 2010 von einer gesamtdeutschen zusammengefassten Geburtenziffer von 1,4 ausgegangen wird.

2.2.1.1 Geburtenentwicklung in Deutschland und Europa

Mit einer aktuellen gesamtdeutschen Geburtenziffer von 1,34 liegt Deutschland deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts (1,52).

Eine historische Betrachtung der Gesamtgeburtensziffern in den umliegenden europäischen Staaten zeigt, dass zwar insgesamt in allen Ländern die Geburten zurückgegangen sind, die jeweilige Dynamik jedoch deutlich differiert. Den stärksten Rückgang weisen die südeuropäischen, ehemals sehr kinderreichen Länder auf. Spanien steht hier stellvertretend für die weiteren Mittelmeerländer Italien, Portugal und Griechenland. Diese Länder wiesen sogar noch bis in die Mitte der 1970er-Jahre – als in Mittel- und Nordeuropa die Fertilität bereits einen Tiefpunkt erreicht hatte – eine hohe Gesamtgeburtensziffer von über zwei Kindern pro Frau auf. Doch der anschließende Rückgang vollzog sich in einem solchen Ausmaß, dass heute Spanien, Italien und Griechenland die niedrigsten Geburtenziffern in Europa haben.

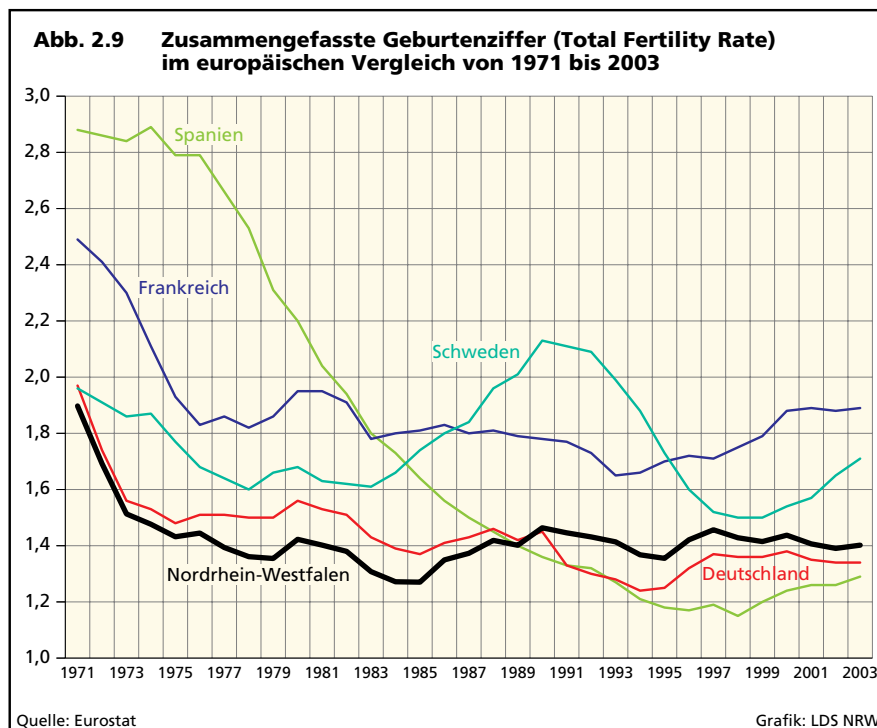
Die skandinavischen Länder – Schweden bildet hier die Entwicklung seiner Nachbarstaaten ab – hatten schon in den 1960er- und 1970er-



Jahren ein vergleichsweise niedriges Ausgangsniveau der Geburten, welches in den 1990er-Jahren auf teilweise über zwei Kinder pro Frau anstieg. Aktuell weisen die Schweden eine Gesamtgeburtensziffer von 1,71 auf. Auch Frankreich und die Benelux-Staaten haben nach dem allgemeinen Rückgang während der letzten drei Dekaden eine konstante Geburtenzahl auf relativ hohem Niveau: Frankreich liegt aktuell bei 1,89.

Nordrhein-Westfalen wies für die Jahre vor 1990 die in der betrachte-

ten Vergleichsgruppe niedrigste Gesamtgeburtensziffer auf. Anfang der 1980er-Jahre wurden zeitweilig nur 1,27 Kinder pro Frau geboren – ein Wert, der sogar weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt lag. Nach einer leichten Erholung auf bis zu 1,46 Kinder pro Frau liegt Nordrhein-Westfalen seit der Wiedervereinigung oberhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts. Dies ist jedoch ausschließlich auf den rapiden, den gesamtdeutschen Schnitt senkenden Geburtenrückgang in den neuen Ländern zurückzuführen.



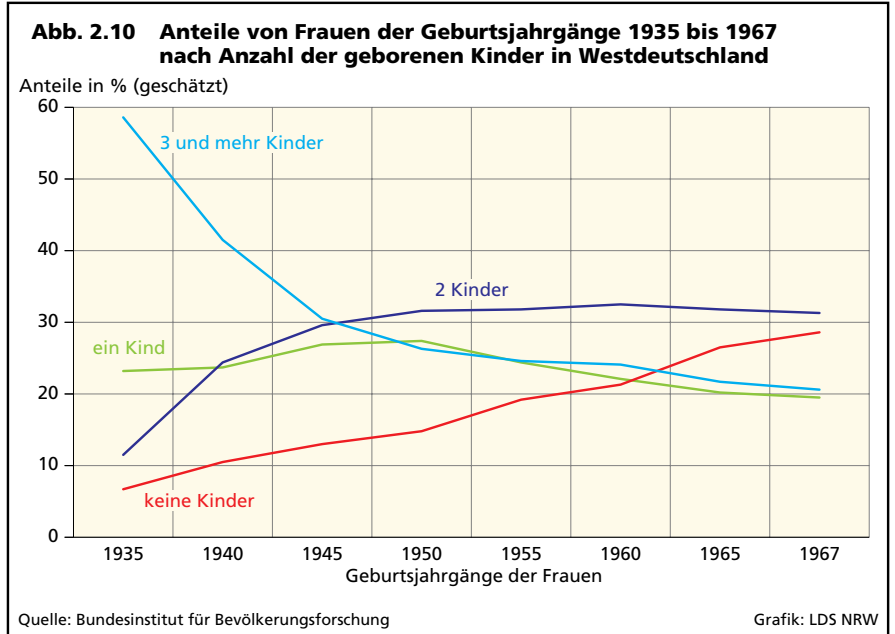
Kinderlosigkeit als demografisch relevantes Problem

Bei der Suche nach den Gründen für den niedrigen Geburtenstand in Deutschland fällt – neben den Umbrüchen in der ehemaligen DDR – das Phänomen eines wachsenden Anteils an kinderlosen Frauen auf, der als der höchste in Europa eingeschätzt wird (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004).

Der Anteil kinderloser Frauen hat sich seit den 1930er-Jahren in Deutschland mehr als vervierfacht und beträgt heute fast 30 %, d. h., fast jede dritte Frau bleibt während ihres Lebens kinderlos. Forschungen zeigen, dass der Weg in die Kinderlosigkeit meist über ein wiederholtes Aufschieben der Geburt des ersten Kindes führt, bis sich ein Lebensstil etabliert hat, zu dem keine Kinder mehr passen, oder bis keine mehr möglich sind (vgl. Max-Planck-Institut für demografische Forschung 2004c). Als von Kinderlosigkeit betroffene Gruppen gelten auf der einen Seite die akademisch gebildeten Frauen (vgl. u. a. Wirth/Dümmler 2004) und auf der anderen Seite Männer mit geringen Bildungsqualifikationen.⁶⁾

Während der Anteil der Kinderlosen kontinuierlich angestiegen ist, ging der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern massiv zurück: für Frauen der Geburtskohorten 1935 bis 1967 von fast 60 % auf ca. 20 %. Für dieselben Geburtskohorten stieg jedoch mit etwa der gleichen Dynamik der Anteil der Frauen mit zwei Kindern. Die Parallelität von Anstieg und Rückgang lässt erkennen, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen und sozialisierten Frauen nicht mehr mehrheitlich drei oder mehr Kinder bekamen, sondern im Schnitt mindestens ein Kind weniger als ihre Mütter, und dass sie damit den Geburtenrückgang einleiteten. Im Gegensatz zu den genannten Schwankungen ist der Anteil der Frauen mit nur einem Kind über die Jahre verhältnismäßig konstant geblieben.

6) Vgl. zur Forschung zu Kinderwünschen und ihrer Verwirklichung bei Männern u. a. Lippe/Fuhrer (2003).



Die nach dem Ende des Babybooms lange Zeit als ideal angesehene Zahl von zwei Kindern in der Familie wurde zum Leitbild in Europa und hielt sich auch in den vergangenen zwei Dekaden, als die Gesamtgeburtensziffer sank. Nun zeigen neuere Studien, dass die als wünschenswert angesehene Kinderzahl insbesondere bei jüngeren Frauen sinkt und für Westdeutschland im Mittel 1,7 (neue Länder 1,6) beträgt. Damit liegt Deutschland gemeinsam mit Österreich auf einer Rangliste dieses Indikators der Alt-EU-Länder auf dem letzten Platz. In den anderen europäischen Ländern werden dagegen weiterhin zwei Kinder als ideale Zahl für eine Familie angesehen (vgl. Max-Planck-Institut für demografische Forschung 2004a).

2.2.1.2 Entwicklung der Geburten in Nordrhein-Westfalen

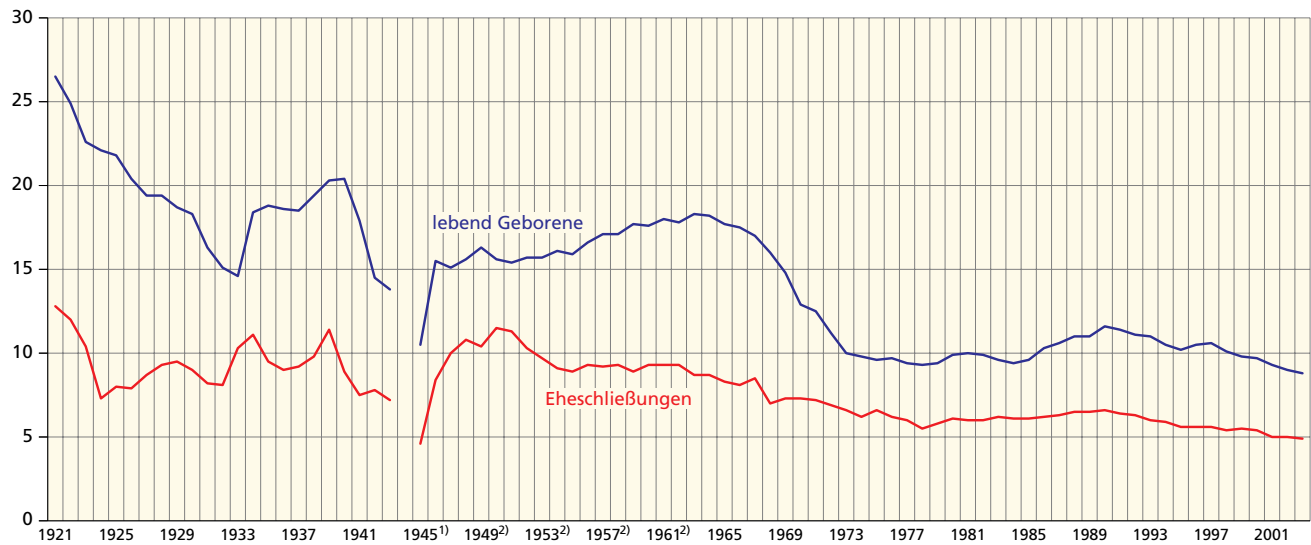
Für Nordrhein-Westfalen lässt sich die Entwicklung der Geburtenzahlen seit Beginn der 1920er-Jahre verfolgen (siehe Abb. 2.11). Während 1921 auf 1 000 Einwohner noch 26 Kinder geboren wurden, sank in den folgenden Jahrzehnten diese Zahl dramatisch. Heute wird ein Wert von neun geborenen Kindern pro 1 000 Einwohner erreicht.

Dem deutlichen Rückgang von 26 (1921) auf 15 Kinder (1933) pro 1 000

Einwohner folgte in der Zeit des Nationalsozialismus aufgrund einer strategischen Bevölkerungspolitik eine leichte Steigerung auf 20 Kinder (1940) je 1 000 Einwohner. Der heftige Einbruch während des Zweiten Weltkrieges auf nur noch 10 Kinder pro 1 000 Einwohner erscheint ebenso deutlich in den Daten wie die Zeit des so genannten Babybooms Mitte der 1960er-Jahre, als pro 1 000 Einwohner 18 Kinder geboren wurden. Der im Anschluss folgende Rückgang führte zu einer Halbierung dieser Geburtenrate, deren damit erreichter Wert bis heute nahezu konstant geblieben ist. Die leichte Erhöhung in den 1990er-Jahren ist in diesem Sinne auch keine Einleitung eines neuen Trends, sondern darauf zurückzuführen, dass in diesem Zeitraum die zahlenmäßig großen Frauengenerationen der 1960er-Jahre in das gebärfähige Alter kamen. Die höheren Geburtenraten dieser Zeit resultieren also nicht aus einer Verhaltensänderung, sondern sind ein Effekt der bereits vorhandenen demografischen Struktur.

Recht deutlich ist in Abbildung 2.11 zunächst die enge Beziehung zwischen den Zahlen der geschlossenen Ehen und der geborenen Kinder. Die Parallelität wurde jedoch in den 1950er-Jahren aufgehoben, als eine Erhöhung der Kinderanzahl mit einer Verringerung der Zahl der Eheschließungen einherging. Diesem Phäno-

Abb. 2.11 Lebend Geborene und Eheschließungen je 1 000 Einwohner in Nordrhein-Westfalen von 1921 bis 2003*)



*) Für 1944 liegt kein Ergebnis vor. – 1) 1942, 1943 einschließlich Eupen und Malmédy; 1945 nur unvollständige Meldungen der Standesämter
2) 1949 – 1963 ohne die vom 23. 4. 1949 unter der Verwaltung Belgiens (bis 28. 5. 1958) und der Niederlande (bis 1. 3. 1963) stehenden Gebiete

Grafik: LDS NRW

men folgte der massive Geburteneinbruch ab Mitte der 1960er-Jahre, der jedoch nur von einem moderaten Rückgang der Eheschließungen begleitet wurde.

Strukturelle Änderungen der Familienbildungsprozesse zeigen sich jedoch nicht nur in sinkenden Geburtenzahlen über die Zeit, sondern auch in der Veränderung des Durchschnittsalters, in dem die Familienbildung – die Geburt eines Kindes – in den eigenen Lebenslauf integriert wird. Dieser Zeitpunkt hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich nach hinten verschoben. Abbildung 2.12 zeigt, dass 1961 nicht nur deutlich mehr Kinder als heute ge-

boren wurden, sondern dass die Mütter Anfang der 1960er-Jahre zum Zeitpunkt der Geburt meist auch erheblich jünger waren. 1961 lag die höchste altersspezifische Geburtenhäufigkeit bei 25 Jahren; rd. 40 Jahre später – im Beobachtungsjahr 2002 – lag sie bei 29 Jahren.

2.2.2 Komponente II: Lebenserwartung/ Sterblichkeit

Die zweite wichtige Komponente der aktuellen demografischen Entwicklung sind die steigende Lebenserwartung oder, anders ausgedrückt, die sinkenden Sterbewahrscheinlich-

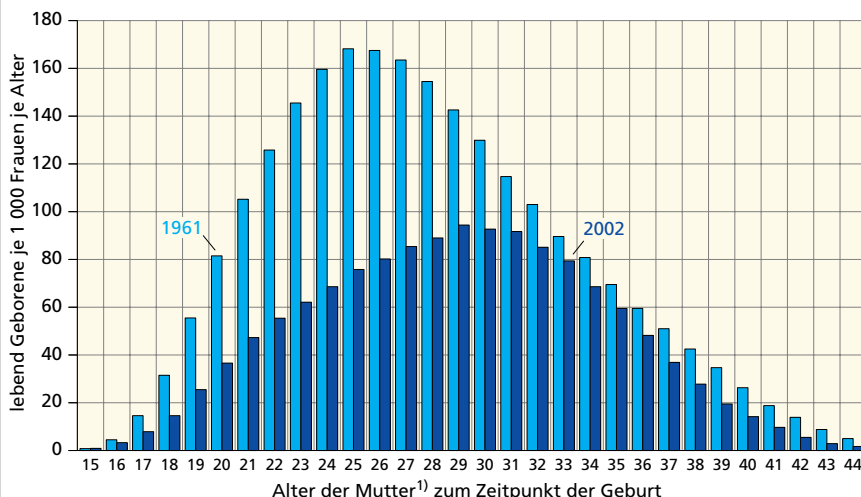
keiten. Die Suche nach historischen Vorläufern für eine Berechnung der Lebenserwartung führt in das ausgehende 17. Jahrhundert. Erhalten ist eine Sterbetafel – damals bezeichnet als „Lebenstabelle“ –, die für die Jahre 1687 bis 1691 eine Lebenserwartung von nur 29 Jahren errechnete (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004).

Die Steigerungen innerhalb der letzten drei Jahrhunderte sind enorm: Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes liegt die Lebenserwartung in Deutschland für heute geborene Mädchen bei über 80 Jahren und für Jungen bei fast 75 Jahren. Die fernere Lebenserwartung, d. h. die anzunehmenden noch zu erlebenden Jahre für 65-Jährige, wird für Frauen mit knapp 20 Jahren und für Männer mit knapp 16 Jahren angenommen. Für beide Indikatoren werden auch in Zukunft Steigerungen erwartet (vgl. Statistisches Bundesamt 2003).

2.2.2.1 Steigerung der Lebenserwartung als globales Phänomen

Die Steigerung der Lebenserwartung ist bis auf einige (als temporär anzunehmende) Ausnahmen weltweit zu beobachten. Die Lebenserwartung gilt als wichtiger Indikator für die Einschätzung gesellschaftl-

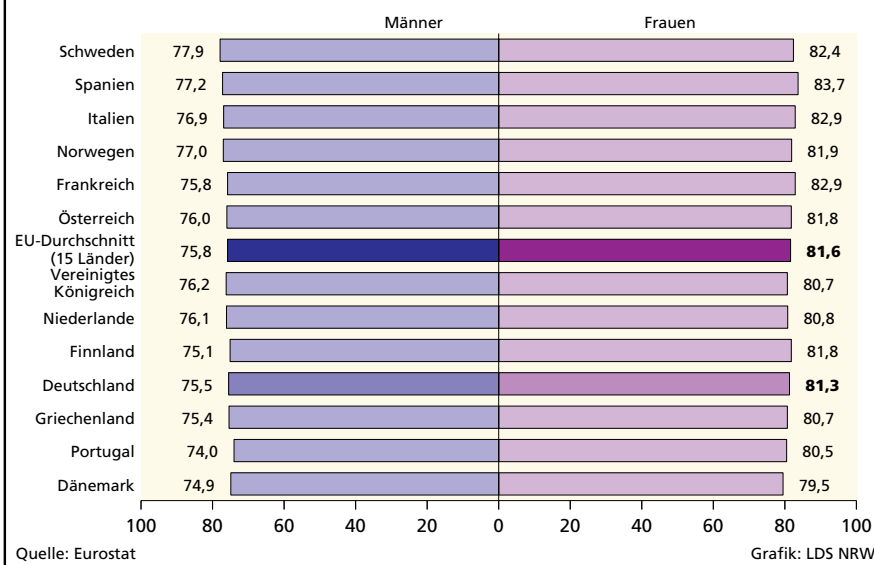
Abb. 2.12 Altersspezifische Geburtenziffern in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1961 und 2002



1) ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr: z. B. 2002: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1987; 16 = 1986 usw.

Grafik: LDS NRW

Abb. 2.13 Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt im europäischen Vergleich im Jahr 2003 nach Geschlecht



cher Entwicklungen oder sozialer Ungleichheiten. So weist die Lebenserwartung beispielsweise eindeutige Zusammenhänge mit dem Bildungs- oder Einkommensniveau auf (vgl. u. a. Mielck 2000). Ebenso verzeichnete die Lebenserwartung infolge des Systemzusammenbruchs in den ehemaligen Ostblockstaaten und der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung, z. B. in Russland, einen massiven Einbruch (vgl. u. a. Lohdal 2000).

In den neuen Bundesländern liegt die Lebenserwartung gegenwärtig noch etwas niedriger als im früheren Bundesgebiet, doch insbesondere durch das Aufholen der ferneren Lebenserwartung gleicht sich das Ni-

veau zwischen Ost- und Westdeutschland immer mehr an (vgl. Max-Planck-Institut für demografische Forschung 2004b). Im europäischen Vergleich befindet sich Deutschland hinsichtlich der Lebenserwartung im unteren Drittel.

Die Steigerung der Lebenserwartung ist hauptsächlich bedingt durch einen Wandel der hygienischen Verhältnisse in den vergangenen Jahrhunderten. Die Einführung eines Abwassersystems in den Städten und damit die Erhöhung der Wasserqualität, die Verbesserung der Wohnverhältnisse, d. h. der Rückgang der Personenzahl pro m² Wohnfläche, und damit eine verminderte Ansteckungsgefahr, die Verbreitung eines

Bewusstseins für eine „private Hygiene“, die Möglichkeiten der Haltbarmachung von Lebensmitteln durch z. B. Kühlung und natürlich die erweiterte und leichter zugängliche Gesundheitsversorgung mit der Einführung von Impfungen und der Verabreichung von Antibiotika gelten als die wichtigsten Ursachen für die Verringerung der Sterblichkeit und damit die höhere Lebenserwartung (vgl. Siegrist 1995).

Die größten gesundheitlichen Effekte der genannten Veränderungen ergaben sich für die Säuglinge und Kleinkinder, so dass die Reduktion der Säuglingssterblichkeit und die Eindämmung der Kinderkrankheiten den größten Anteil an der enormen Steigerung der Lebenserwartung haben. Diese Entwicklung hat sich ebenfalls flächendeckend in ganz Europa ausgebreitet: 1960 lag die Sterblichkeit für unter 1-Jährige europaweit noch bei fast 35 je 1 000 lebend Geborene. Heute liegt sie in Deutschland bei 4,3 Säuglingen und damit genau auf dem EU-Durchschnitt der alten Mitgliedstaaten. Nordrhein-Westfalen weist aktuell eine Säuglingssterblichkeit von 5,1 je 1 000 lebend Geborene auf und liegt damit über dem deutschen und dem europäischen Durchschnitt von 4,3.

Entsprechend diesen zum Teil eher gesellschaftlich bedingten denn medizinischen Gründen für die Verbesserung des Gesundheitszustandes ist der größte Zuwachs an zu erwartenden

Abb. 2.14 Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt von 1871 bis 2001 nach Geschlecht

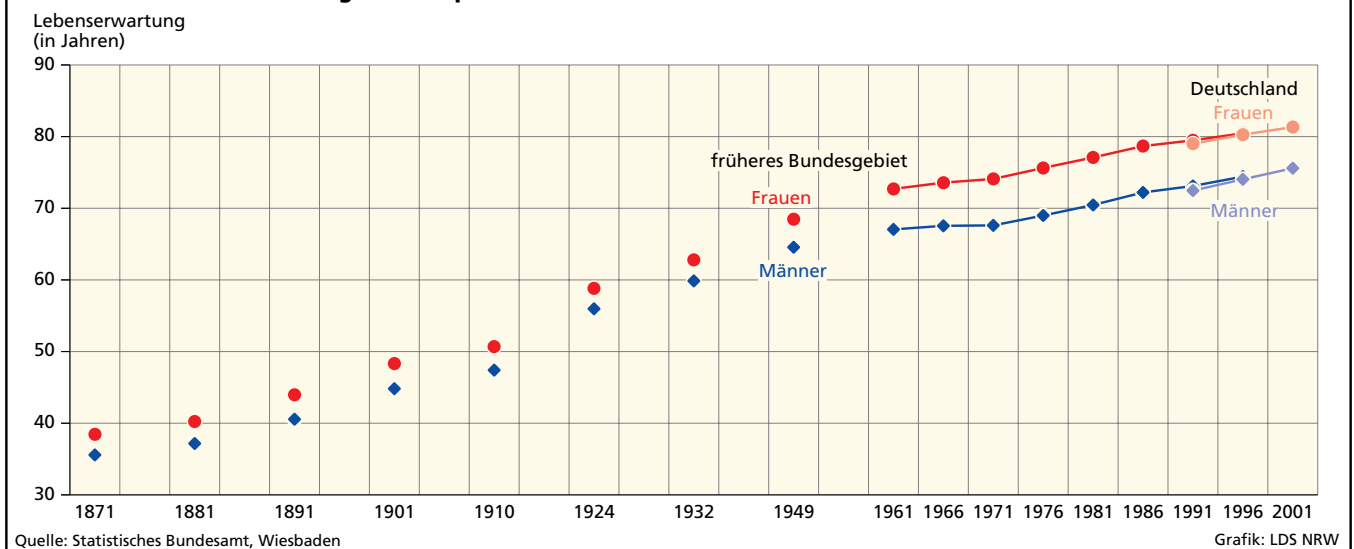
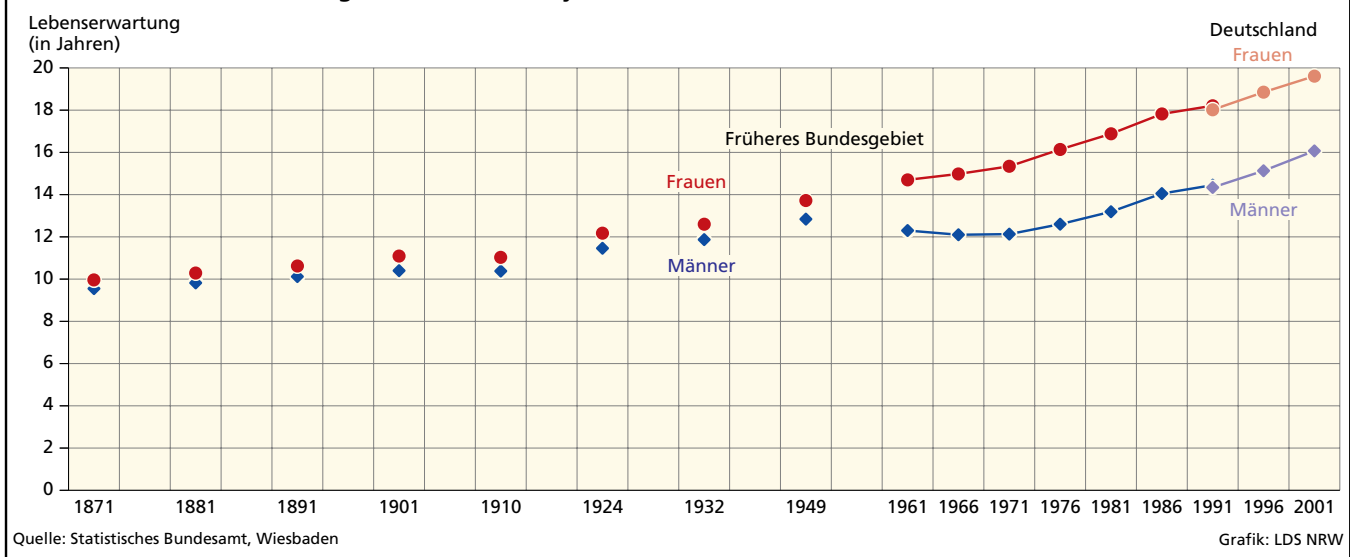


Abb. 2.15 Lebenserwartung ab dem 65. Lebensjahr von 1871 bis 2001 nach Geschlecht



den Lebensjahren in der Phase zwischen 1900 und 1950 zu verzeichnen: Die Lebenserwartung stieg in diesen 50 Jahren sowohl für Männer als auch für Frauen um 20 Jahre. In den letzten 50 Jahren wurde nur noch eine relativ verhaltene Steigerung um 10 Jahre gemessen (siehe Abb. 2.14).

Geschlechtsspezifische Unterschiede der Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist weltweit gekennzeichnet durch geschlechtsspezifische Unterschiede. Aus diesem Grund werden die Zahlen zur Lebenserwartung immer separat für Frauen und Männer ausgewiesen. Die Differenzen zwischen Männern und Frauen in Deutschland werden besonders deutlich in der Entwicklung der Lebenserwartung ab dem 65. Lebensjahr. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verlief die Steigerung der Lebenserwartung für Frauen und Männer fast parallel. Seit etwa 1950 verzeichneten die Männer jedoch für die fernere Lebenserwartung für etwa zwei Jahrzehnte einen leichten Rückgang, während die Frauen auf eine kontinuierliche Steigerung zurückblicken können. Diese Differenz wurde von den Männern bis heute nicht aufgeholt. Erst seit einigen Jahren zeichnet sich ab, dass die Männer leicht höhere Zuwächse haben als die Frauen und sich damit die Unterschiede langfristig verringern werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2004a).

Die Übersterblichkeit der Männer ist neben diskutierten hormonellen Unterschieden u. a. der höheren Säuglingssterblichkeit geschuldet: Sie betrug z. B. 2003 in Deutschland je 1 000 Säuglinge 4,6 bei Jungen und 3,7 bei Mädchen. Das heißt, auf 100 verstorbene Mädchen im ersten Lebensjahr kommen 124 verstorbene männliche Säuglinge. Ein weiterer Grund ist der höhere Anteil Männer, die vor dem 65. Lebensjahr durch zum Teil verhaltensbedingte Todesfälle ums Leben kommen, z. B. durch Unfälle, Suizid, Herzinfarkt, Leberzirrhose oder Lungenkrebs. Im Zusammenhang mit der ungleichen Lebenserwartung werden auch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen diskutiert (vgl. u. a. Kolip 2003).

Gibt es eine biologische Grenze für das Lebensalter?

Die beschriebene Entwicklung wirft gerade vor dem Hintergrund einer anhaltenden Steigerung der Zahl hochaltriger Personen ab 100 Jahren die Frage nach einer biologischen Grenze für das menschliche Lebensalter auf. Bisher bleibt diese Frage im wissenschaftlichen Diskurs umstritten. Eine Seite meint, die höchstmögliche durchschnittlich erreichbare Lebenserwartung liege zwischen 85 und 95 Jahren. Dabei wird davon ausgegangen, dass die absolute Al-

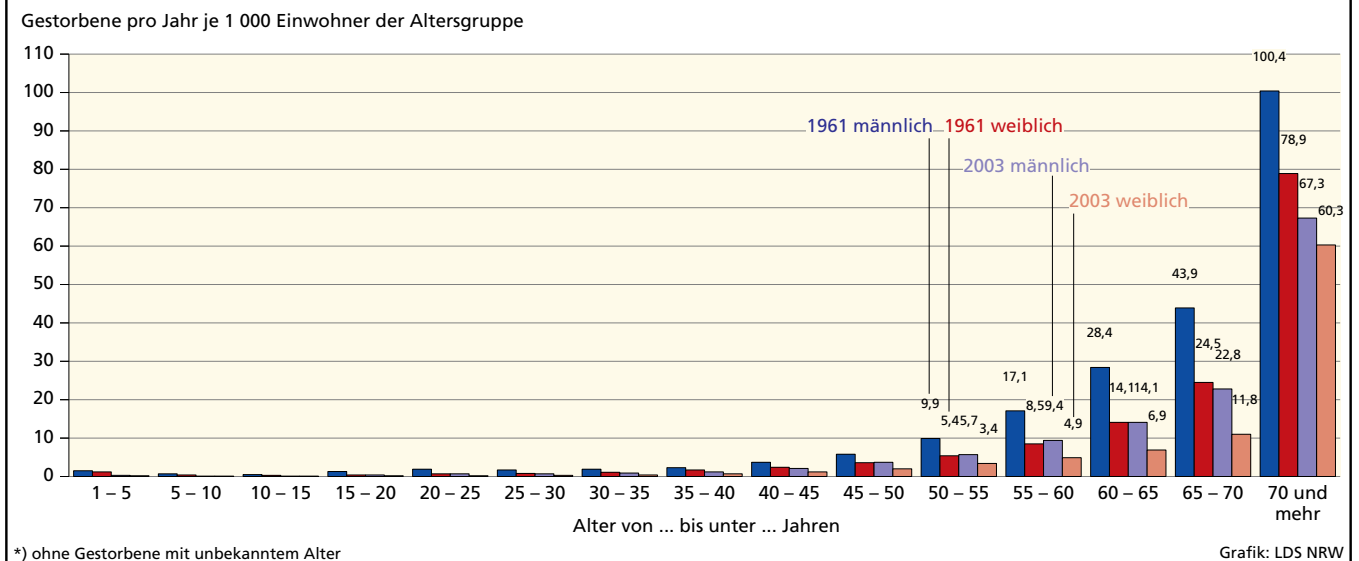
tersgrenze bei 115 bzw. 130 Jahren liege. Biologische Aspekte weisen in die Richtung eines „natürlichen“ Endes der Steigerung der Lebenserwartung aufgrund endogener, unvermeidlicher Alterungsprozesse im physiologischen Bereich unseres Körpersystems (vgl. Schwartz/Walter 2003). Andere Stimmen gehen davon aus, dass entsprechend der Entwicklung in der Vergangenheit quasi unbegrenzt mit einer weiteren Steigerung der Lebenserwartung gerechnet werden könne (vgl. Oeppen/Vaupel 2002).

2.2.2.2 Sterblichkeitsentwicklung in Nordrhein-Westfalen

In den einzelnen Bundesländern werden aufgrund einer geringeren Bevölkerungszahl nur selten die aufwändig zu erstellenden Sterbetafeln berechnet, aus denen die Lebenserwartung hervorgeht. Für Nordrhein-Westfalen hat das LDS NRW die letzte Sterbetafel 1988 im Jahr nach der Volkszählung erstellt. Die für die Bevölkerungsvorausrechnungen notwendigen Annahmen zur Lebenserwartung werden stattdessen über Sterbewahrscheinlichkeiten abgeleitet.

Ein Vergleich der Sterblichkeitsziffern von 1961 und 2003 in Nordrhein-Westfalen zeigt, wie deutlich das Sterberisiko in allen Altersgruppen gesunken ist. Von 1 000 70-Jäh-

Abb. 2.16 Altersspezifische Sterbehäufigkeiten je 1 000 Einwohner*) in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1961 und 2003 nach Geschlecht



ringen oder älteren Männern starben Anfang der 1960er-Jahre pro Jahr noch 100; heute sterben nur noch 67. Ein etwas weniger starker Rückgang zeigt sich für die Frauen in dieser Altersgruppe. Für die Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen haben sich in den vergangenen vier Jahrzehnten die Sterblichkeitsziffern pro 1 000 Personen sowohl für Männer als auch für Frauen um je ca. die Hälfte reduziert.

Im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsbewegungen, also der Geburten und Sterbefälle, verzeichnete Nordrhein-Westfalen in den Jahren von 1921 bis 1971 mit Ausnahme der Krisensituation des Zweiten Weltkrieges einen positiven Saldo. Das

heißt, es wurden hier immer mehr Kinder geboren als Personen gestorben sind. Doch seit dem einschneidenden Geburtenrückgang der 1960er-Jahre ist nun ein negativer Saldo zu beobachten. Dass die nordrhein-westfälische Bevölkerung trotzdem weiter wächst, liegt an den Wanderungen.

2.2.3 Komponente III: Wanderungen

Die neben den Geburten und der Lebenserwartung dritte Komponente, welche die Bevölkerungsentwicklung bestimmt, sind die Wanderungen. Hierbei ist insbesondere die Differenz aus Zu- und Fortgezogenen –

die Nettozuwanderung – relevant. Wanderungen können über Staatsgrenzen erfolgen, sie können aber auch innerhalb von Deutschland über Grenzen der Bundesländer und innerhalb der Länder über Gemeinde- und Kreisgrenzen vollzogen werden. Beide Arten von Wanderungen sind für eine Vorausberechnung von Bedeutung, denn oftmals interessiert nicht nur das Ergebnis der Vorausberechnung für das gesamte Land. Entscheidend für politische Handlungsmöglichkeiten und vorausschauende Maßnahmen ist die Dokumentation regionaler Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung. Aus diesem Grund hat das LDS NRW in seiner aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung neben den Wanderungssalden

Abb. 2.17 Lebend Geborene und Gestorbene je 1 000 Einwohner in Nordrhein-Westfalen von 1921 bis 2003*)

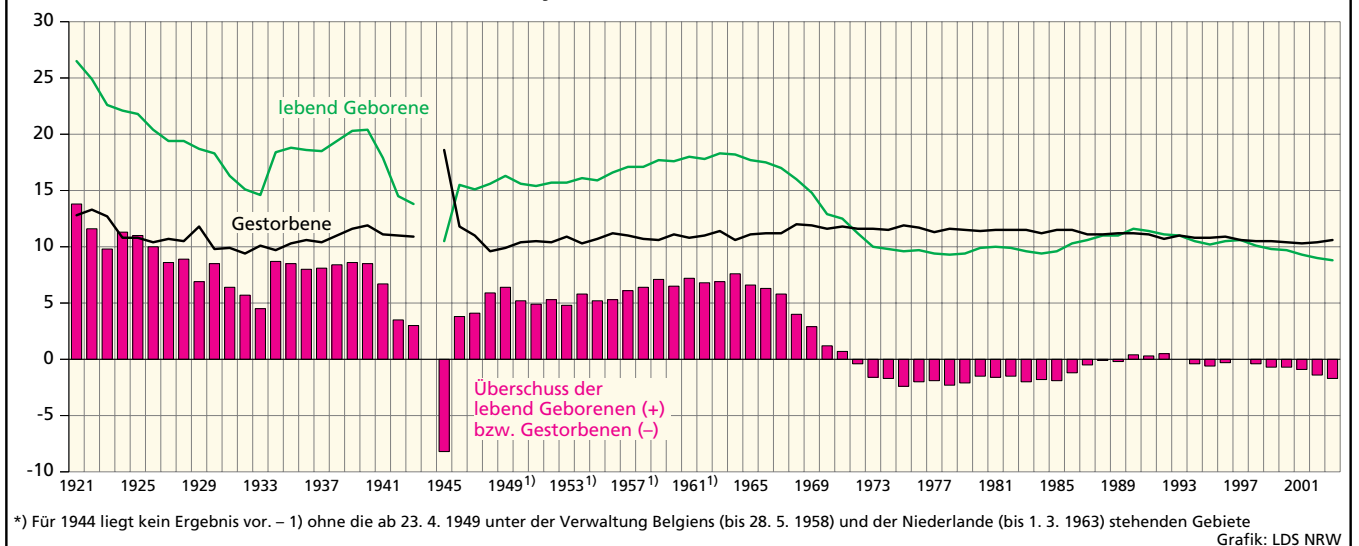
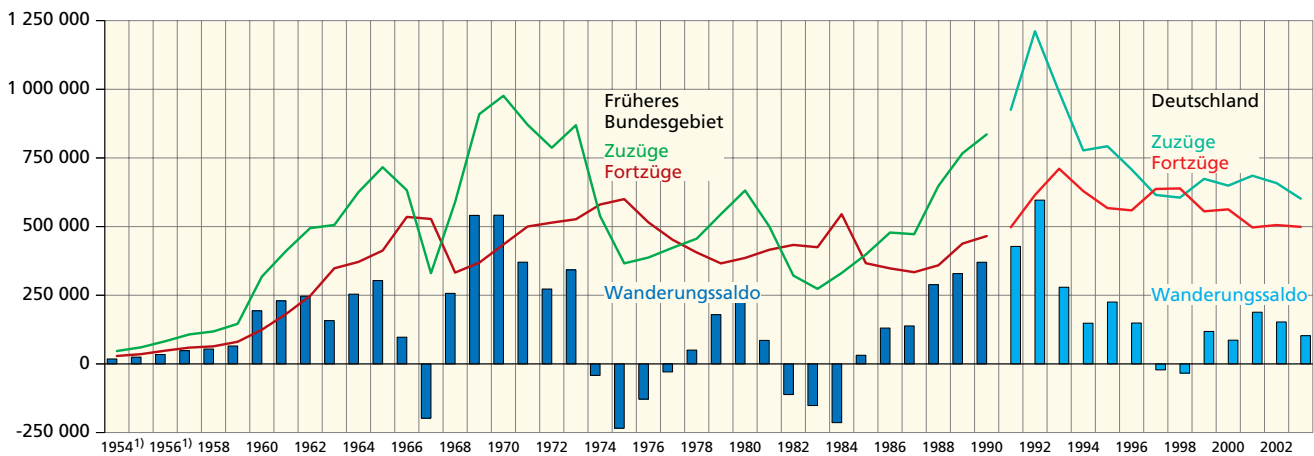


Abb. 2.18 Wanderungen von Ausländern zwischen Deutschland und dem Ausland*) von 1954 bis 2003



*) Bis 1990 ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“, ab 1991 einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. Bis 1974 ohne Ostgebiete des Deutschen Reiches. – 1) 1954 – 1957 ohne Saarland
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Grafik: LDS NRW

gegenüber dem Ausland und den anderen Bundesländern auch die Binnenwanderungen innerhalb Nordrhein-Westfalens einbezogen.

Nicht nur aufgrund der Vielzahl denkbarer Möglichkeiten von Wanderungsbewegungen, insbesondere infolge der Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Entwicklungen, ist die Vorhersage von Zu- und Fortzügen mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet. Während für die Bildung von Annahmen zu den künftigen Geburtenzahlen und Sterbewahrscheinlichkeiten auf relativ eindeutige und langfristige Entwicklungen aus der Vergangenheit zurückgegriffen werden kann, ist der Bereich Migration meist von sehr kurzfristigen, nicht sicher vorhersehbaren Einflüssen bestimmt.

2.2.3.1 Wanderungsbilanzen in der jüngeren deutschen Vergangenheit

In Deutschland lebten 2003 insgesamt 7,34 Millionen Menschen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 8,9 %. Gegenüber 1989 hat sich diese Zahl um rund 2,3 Millionen erhöht.

Ein Blick in die jüngere Vergangenheit nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt für Deutschland erhebliche Schwankungen der Wanderungsge-

winne und -verluste. Eine inhaltliche Analyse lässt erkennen, dass die Änderungen immer in Verbindung mit äußeren Faktoren, also wirtschaftlichen Entwicklungen oder politischen Entscheidungen, standen (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004).

Im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schlossen die damaligen Bundesregierungen zahlreiche Vereinbarungen zur Arbeitskräfte-rekrutierung ab, u. a. mit Italien (1955), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964) und dem damaligen Jugoslawien (1968). Diese Anwerbeabkommen führten bis Anfang der 1970er-Jahre zu einem enormen Zustrom von so genannten Gastarbeitern. Als 1973 das Ende der aktiven Anwerbepolitik ausgerufen wurde, sanken in den Folgejahren die Zuzüge. Gestattet wurden von da an nur noch Zuwanderungen im Rahmen der Familienzusammenführung. Anfang der 1980er-Jahre versuchte die Politik über das so genannte Rückkehrergesetz, durch bestimmte Anreize die Gastarbeiter zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen. Dies gelang jedoch nur partiell, so dass Deutschland insgesamt auf eine positive Wanderungsbilanz von 7,2 Millionen zugewanderten Ausländern seit 1954 zurückblicken kann.

In Abb. 2.18 wird deutlich, dass die Wanderungsbewegungen sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung

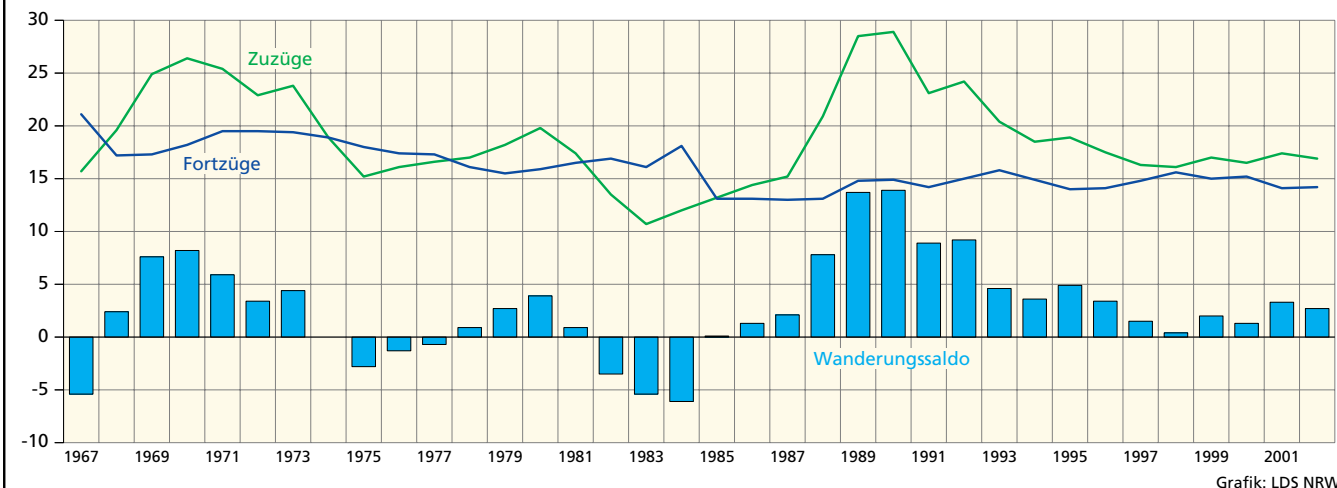
abhängen. In ökonomisch schwachen Jahren um 1967, 1974 und 1983 lag entgegen dem langfristigen Trend die Zahl der Fortgezogenen höher als die Zahl der Zugezogenen.

Seit der Wiedervereinigung sind die Wanderungsbewegungen einerseits geprägt durch Zuzüge von Personen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks und andererseits durch Asylsuchende und Flüchtlinge aus Ländern, in denen Krieg, soziale Notlagen oder politische Verfolgung herrschen. Weiterhin ist ein Überschuss der Zuzüge gegenüber den Fortzügen zu verzeichnen, der nur 1997 und 1998 unterbrochen wurde, als große Teile der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in ihre Heimat zurückkehrten.

2.2.3.2 Wanderungsbewegungen in Nordrhein-Westfalen

Die Wanderungsdaten für Nordrhein-Westfalen ab 1967 entsprechen in weiten Strecken der oben dargelegten Entwicklung in Deutschland. Die Maxima der Positivsalden der nordrhein-westfälischen Wanderungsbilanzen finden sich zum einen 1970, kurz bevor das Ende der aktiven Anwerbepolitik eingeleitet wurde, und in den Jahren 1989 und 1990, als der „eiserne Vorhang“ fiel und die vermehrten Zuströme aus den ehemals kommunistischen Staaten einsetzten. Bemerkenswert ist die relative Kontinuität der Fortzüge

Abb. 2.19 Wanderungen je 1 000 Einwohner über die Grenzen Nordrhein-Westfalens von 1967 bis 2002



aus Nordrhein-Westfalen, deren Spannweite sich seit 1967 zwischen 14 und 21 Fortzügen je 1 000 Einwohner hält.

2.3 Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung

Die zukünftige demografische Entwicklung kann anhand der drei dargelegten Komponenten vorausberechnet werden. Dabei wird immer von der aktuellen Ist-Situation ausgegangen, deren Stand über die Jahre fortgeschrieben wird. Für den künftigen Zeithorizont werden – basierend auf der jeweiligen vergangenen Entwicklung – Annahmen hinsichtlich der Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung sowie der Wanderungsbewegungen erarbeitet, die der Vorausberechnung zugrunde gelegt werden.

Vorausberechnung der Bevölkerung für Nordrhein-Westfalen

Die aktuelle Bevölkerungsvoraus-schätzung des LDS NRW basiert auf der alters- und geschlechtsdifferenzierten Bevölkerungsfortschreibung zum 1. 1. 2002. Ihr Berechnungshorizont reicht auf Landesebene bis zum Jahr 2040 und in regionaler Gliederung der kreisfreien Städte und Kreise bis 2020.

Eine räumliche Differenzierung erweist sich insofern als sinnvoll, als sich innerhalb des Landes sehr deut-

liche regionale Unterschiede hinsichtlich der Bevölkerungszahl und ihrer Altersstruktur finden. Bevölkerungsbezogene Indikatoren gelten als wichtige wirtschaftsgeographische Größen, deren Kenntnis nicht nur Aufschluss über das Wachstumspotenzial einer Region gibt, sondern z. B. für Flächen- und Siedlungsanalysen von großer Bedeutung ist.

2.3.1 Annahmen der Vorausberechnung des LDS NRW

Die Annahmen der Vorausberechnung des LDS NRW werden in Kooperation mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Prognosen“ der Landesregierung abgestimmt. Bei der Fortschreibung der drei Komponenten der Bevölkerungsentwicklung werden vornehmlich konstante Werte verwendet bzw. solche, die sich über einen langen Zeitraum gleichförmig ändern. Entsprechend werden künftig mögliche ereignisbedingte Schwankungen nur wenig berücksichtigt. Für den Berechnungszeitraum der aktuellen Vorausschätzung wurden folgende Annahmen getroffen:

Geburten

Bis zum Jahr 2040 wird für Nordrhein-Westfalen von einer gleich bleibenden Geburtenentwicklung von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau ausgegangen. Diese Zahl ist ein Aggregat der kreisspezifischen Geburtenziffern, die jeweils leicht unterschiedlich ausfallen.

Lebenserwartung/Sterblichkeit

Bezogen auf die Komponente der Sterblichkeit wird angenommen, dass es in den ersten 10 Jahren zu einer Reduzierung der alters- und geschlechtsspezifischen Sterberaten um 10 % kommt. Ab 2012 werden die Mortalitätsziffern konstant gehalten.

Wanderungen

Hinsichtlich der Wanderungen wird bis 2040 von einem jährlichen (Außen-)Wanderungsüberschuss von 37 000 Personen ausgegangen. Die nahezu 400 000 Binnenwanderungsverflechtungen haben zwar keine Auswirkungen auf den (Außen-)Wanderungssaldo für NRW – in regional differenzierter Perspektive sind sie jedoch von Bedeutung, weil auf diese Weise die Bevölkerungszahlen verschiedener Regionen wachsen, während sie in anderen Gebieten schrumpfen. Mittels einer Binnenwanderungsmatrix aus alters- und geschlechtsspezifischen Fortzugswahrscheinlichkeiten werden die Wanderungen innerhalb des Landes geschätzt.

2.3.2 Rückgang der Bevölkerung

Unter den dargelegten Annahmen wird im nach der Einwohnerzahl größten deutschen Bundesland bis zum Jahr 2040 mit einem Rückgang der Bevölkerung von etwa 18,1 Millionen im Jahr 2002 auf ca. 16,9 Millionen Personen zu rechnen sein. Der eigentliche Schrumpfungsprozess setzt

2.2 Bevölkerung von 1990 bis 2002 bzw. 2020/2040 nach Altersgruppen

Jahr (1. 1.)	Bevölkerung					
	insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		unter 20	20 – 40	40 – 60	60 – 80	80 und mehr
Fortschreibung des Bevölkerungsstandes						
1990	17 103 588	3 560 779	5 391 892	4 585 664	2 943 888	621 365
1995	17 816 079	3 776 097	5 529 503	4 724 198	3 073 332	712 949
2000	17 999 800	3 893 370	5 176 562	4 731 656	3 563 612	634 600
2002 ¹⁾	18 052 092	3 877 995	5 016 638	4 780 052	3 681 626	695 781
Vorausberechnung der Bevölkerung 2002 bis 2020/2040						
Berechnungshorizont auf Regionalebene						
2005	18 078 000	3 812 800	4 736 000	5 048 700	3 706 600	773 900
2010	18 073 500	3 597 200	4 384 800	5 516 100	3 647 200	928 100
2015	18 046 000	3 382 500	4 428 600	5 440 400	3 755 300	1 039 200
2020	17 950 300	3 265 800	4 519 800	5 109 400	3 826 600	1 228 800
weitergehende Modellrechnung auf Landesebene						
2025	17 780 000	3 238 700	4 434 200	4 693 700	4 146 100	1 267 300
2030	17 531 400	3 227 600	4 220 200	4 368 000	4 522 400	1 193 200
2035	17 217 100	3 161 000	4 007 400	4 415 000	4 406 700	1 226 900
2040	16 857 500	3 050 600	3 892 100	4 499 900	4 083 800	1 331 100

1) Ergebnis der Fortschreibung zum 1. 1. 2002 (Basisstichtag der Vorausberechnung)

jedoch erst ab 2007 ein. In den Jahren zuvor wird es sogar zu einer leichten Steigerung der Bevölkerungszahl um etwa 28 000 Personen kommen.

Bis in 35 Jahren wird die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen um fast 7 % schrumpfen. Damit fällt die Bevölkerungsschrumpfung rund zwei Prozentpunkte stärker aus als der Rückgang in Gesamtdeutschland, wie er vom Statistischen Bundesamt in der 10. koordinierten Bevölkerungsvo-

rausberechnung (mittlere Variante) vorausgeschätzt wurde.⁷⁾

Der Schrumpfungprozess wird hauptsächlich auf den Verlust von nachrückenden geburtenstarken Jahrgängen zurückgeführt. Die Rückgänge in den jüngeren Altersklassen bis 40 Jahre haben bereits eingesetzt und betragen bis zum Jahr 2040 über 20 % oder

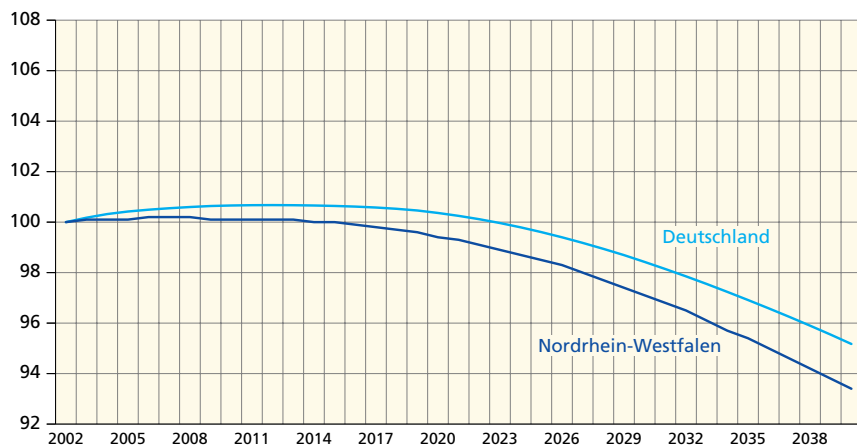
7) Vgl. zur Vorausberechnung der Bevölkerung für Deutschland Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2003.

etwa zwei Millionen Personen. Im Gegensatz dazu fällt die bis 2040 um etwa 300 000 Personen sinkende Zahl der Altersgruppe von 40 bis unter 60 Jahren kaum ins Gewicht. Hier beginnt die Schrumpfung – gemessen an 2002 – erst im Jahr 2024.

Starke Zuwächse verzeichnen dagegen die Altersklassen ab 60 Jahren. Die Gruppe der 60- bis unter 80-Jährigen hat bis 2020 noch relativ geringe Zuwachsraten; ab dann ist eine deutlichere Steigerung zu erwarten, wenn nämlich die stark besetzten Geburtenjahrgänge der Babyboomer in das Rentenalter eintreten. Nach einem Anstieg um 850 000 Personen oder 23 % ist das Maximum im Jahr 2031 erreicht, bevor die Zahlen dieser Altersgruppe dann langsam wieder absinken.

Für die Älteren mit 80 und mehr Jahren sind die Steigerungen ebenfalls beträchtlich: Die Zahl an Hochaltrigen wird sich fast verdoppeln und beträgt 2040 rund 1,3 Millionen. Damit steht dann zwei jungen Menschen im Alter von unter 20 Jahren in etwa eine hochaltrige Person im Alter von 80 oder mehr Jahren gegenüber.

Abb. 2.20 Bevölkerung in Deutschland*) und Nordrhein-Westfalen) von 2002 bis 2040**
Messziffer 2002 = 100

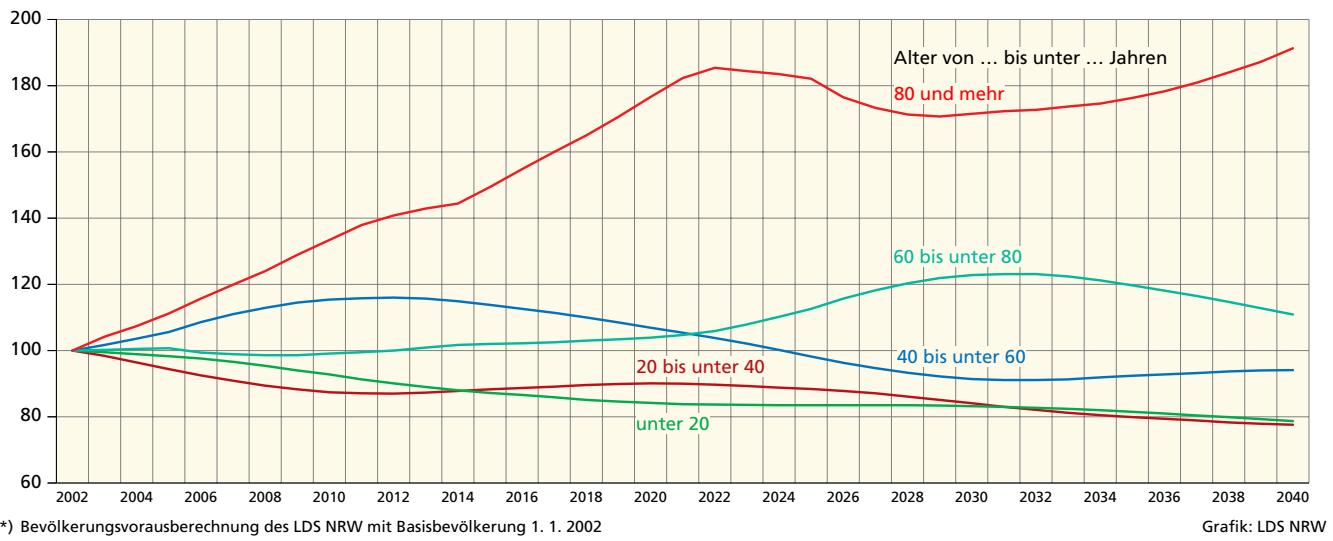


*) Quelle: Statistisches Bundesamt, Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung unter Annahme der mittleren Variante (jährlicher Wanderungsüberschuss von 200 000 Personen; durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 81 Jahren für Männer und 87 Jahren für Frauen)

**) Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW mit Basisbevölkerung 1. 1. 2002

Grafik: LDS NRW

Abb. 2.21 Bevölkerung von 2002 bis 2040*) nach Altersgruppen
Messziffer 2002 = 100



2.3.3 Alterung der Bevölkerung

Die bereits beschriebene Altersstrukturverschiebung in Richtung der älteren Menschen wird sich in den kommenden Jahren in verschärfter Form fortsetzen. Der Altenquotient (Personen ab 60 Jahre je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren) steigt in Nordrhein-Westfalen von aktuell 45 auf 65 im Jahr 2040. Damit wird sich dieser Wert seit 1950 – damals betrug er 24 – fast verdreifachen.

Zwar in nicht so dramatischer, aber dennoch nicht zu vernachlässigender Weise wird der Jugendquotient sinken. Die für 2002 errechnete Zahl von 40 Kindern und Jugendlichen (unter 20 Jahre alt), die 100 potenzi-

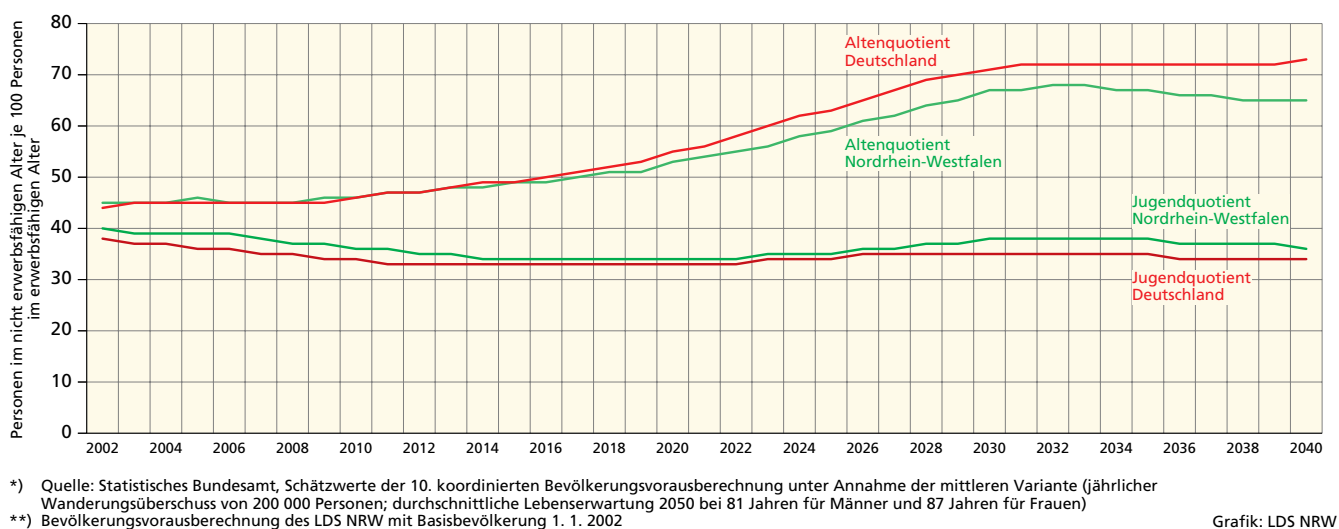
ell Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren gegenüberstehen, wird sich bis 2040 auf 36 reduzieren. Entsprechend der Vorausberechnung wird der Jugendquotient 2040 um 17 niedriger sein als 1950.

Wesentliche Unterschiede zwischen Deutschland und Nordrhein-Westfalen bezüglich dieser Kenngrößen zeigen sich erst ab dem Jahr 2015 und nur für den Altenquotienten. In Deutschland wird sich dessen Wert ab diesem Zeitpunkt noch eindeutiger in Richtung der Älteren entwickeln. Das bedeutet, dass Nordrhein-Westfalen nach den aktuellen Vorausschätzungen bis zum Jahr 2040 eine geringfügig jüngere Bevölkerung aufweisen kann als Gesamt-

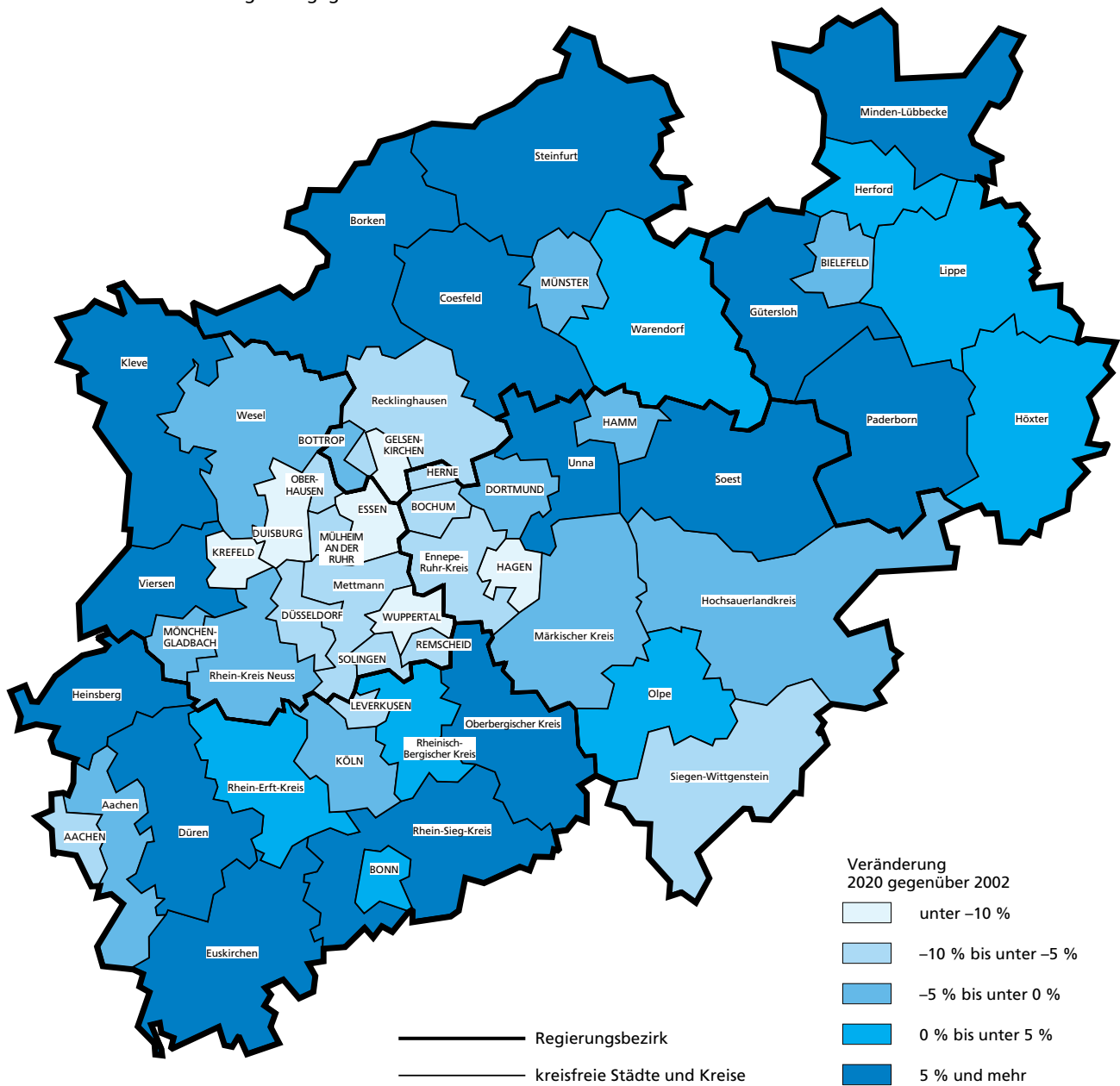
deutschland. Bis 2040 erreicht der gesamtdeutsche Altenquotient einen Höhepunkt von 73, d. h., dann werden in Deutschland 73 Personen im Seniorenalter 100 potenziell Erwerbsfähigen gegenüberstehen. In Nordrhein-Westfalen wird mutmaßlich der höchste Wert bereits im Jahr 2032 mit 68 Älteren je 100 Erwerbsfähige erreicht werden; dann fällt der nordrhein-westfälische Altenquotient ab, während der gesamtdeutsche weiter ansteigt.

Der Altenquotient ist abhängig von den definierten Altersgrenzen. Die bei den dargestellten Zahlen getroffene Wahl ist aufgrund der gegenwärtigen Frühverrentungspraxis angemessen, denn durch die von Un-

Abb. 2.22 Altenquotient und Jugendquotient in Deutschland*) und Nordrhein-Westfalen) von 2002 bis 2040**

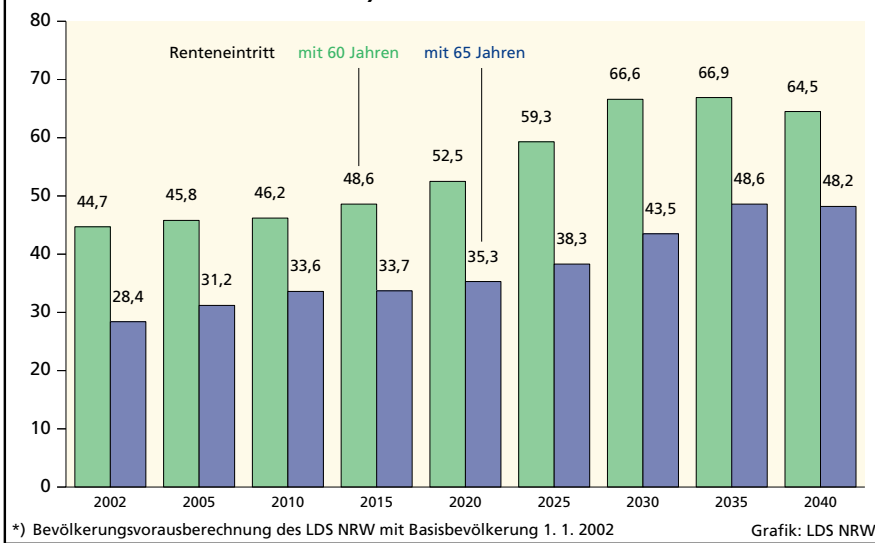


Karte 2.1 Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

Abb. 2.23 Altenquotient bei verschiedenen Altersabgrenzungen für das Renteneintrittsalter in Nordrhein-Westfalen von 2002 bis 2040*



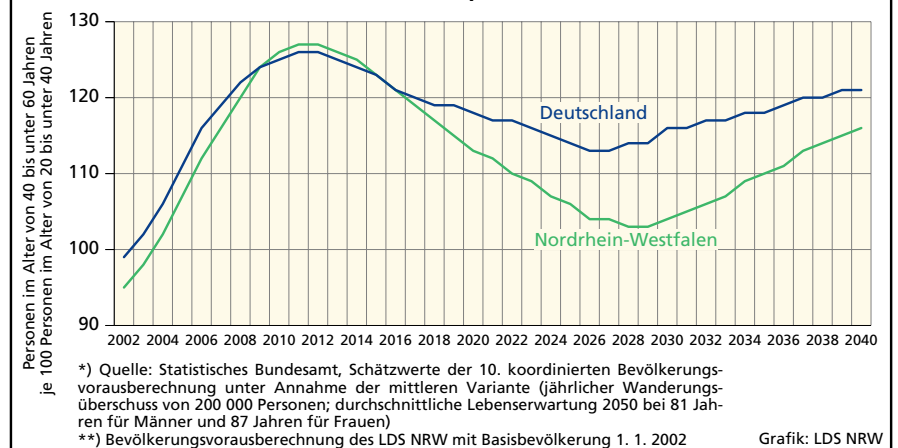
ternehmen und öffentlichem Dienst forcierten Möglichkeiten des vorzeitigen Ruhestandes wird das gesetzlich definierte Renteneintrittsalter von 65 Jahren nach vorne verschoben.

Für die Zukunft wird jedoch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung damit gerechnet, dass sich das Renteneintrittsalter wieder nach hinten verlagert, mindestens bis auf die gesetzlich festgelegte Grenze. In diesem Fall würde der Altenquotient zwar bis 2040 einen ähnlichen Verlauf haben, sein Niveau würde jedoch deutlich moderater ausfallen. Anstelle eines Verhältnisses von 65 älteren Personen, die im Jahr 2040 in Nordrhein-Westfalen 100 potenziell Erwerbsfähigen gegenüberstünden, läge der Altenquotient mit der Altersabgrenzung 65 Jahre nur bei 48. Das hieße im Fall einer faktischen Renteneintrittsaltersgrenze von 65 Jahren, dass 2040 zwei potenziell Erwerbsfähigen weniger als eine Person mit eventuellen Rentenansprüchen gegenüberstehen würde.

Die Alterung der Gesellschaft zeigt sich jedoch nicht nur in einer Zunahme bei den Senioren und in einer Abnahme bei den Kindern und Jugendlichen, sondern auch innerhalb der Altersgruppe der potenziell Erwerbsfähigen. Seit den 1960er-Jahren war das Verhältnis zwischen jün-

geren (20 bis unter 40 Jahre alt) und älteren (40 bis unter 60 Jahre alt) potenziell Erwerbsfähigen in Nordrhein-Westfalen leicht zugunsten der jüngeren verteilt. 1960 kamen beispielsweise auf 100 jüngere potenziell Erwerbsfähige 86 ältere. Dieses Verhältnis hielt sich mit kleinen Schwankungen fast konstant bis vor knapp 10 Jahren. Seit Mitte der

Abb. 2.24 Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland* und Nordrhein-Westfalen) von 2002 bis 2040**



1990er-Jahre steigt die Zahl der älteren potenziell Erwerbsfähigen, und aktuell wird der Wendepunkt dieses Verhältnisses angesteuert. 2002 kamen in Nordrhein-Westfalen auf 100 jüngere potenziell erwerbsfähige Personen 95 ältere; im Bundesgebiet lag diese Zahl schon bei 99.

Für die kommenden Jahre ist sowohl für Nordrhein-Westfalen als auch für

Deutschland mit einer starken Überzahl der potenziell Erwerbsfähigen im Alter von 40 und mehr Jahren zu rechnen. Bis in 10 Jahren steigt die Zahl der älteren potenziell Erwerbsfähigen relativ zu 100 jüngeren auf 126 in Nordrhein-Westfalen und auf 127 in Deutschland.

Ab 2012, wenn Teile der stark besetzten Babyboomer-Jahrgänge 60 Jahre alt werden und bereits den Ruhestand anstreben, wird das Verhältnis wieder etwas ausgeglichener sein. Hier sind allerdings deutliche Unterschiede zwischen Deutschland und Nordrhein-Westfalen zu erwarten. In Nordrhein-Westfalen sinkt die Zahl der älteren potenziell Erwerbsfähigen bezogen auf 100 jüngere bis 2030 auf 104 ab, um danach wieder auf 116 anzusteigen. Ein zumindest temporär derart ausgeglichenes Verhältnis wird für Deutschland aufgrund der spezifischen Geburtenentwicklung in den 1990er-Jahren in den neuen Ländern nicht vorausberechnet: Bis 2027 sinkt die entsprechende Zahl nur bis auf 113, steigt dann wieder an und erreicht 2040 fast wieder das Niveau aus den Jahren um 2010.

2.3.4 Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen

Die künftige demografische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ist geprägt durch einen strukturellen Schnitt, der zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen verläuft. Damit wird auch in Zukunft die Entwicklung weitergeführt, die sich be-

reits seit Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen vollzieht: die Abnahme der städtischen Einwohnerzahlen und die Zunahme der Bevölkerung in den eher ländlichen Gegenden der Kreise.

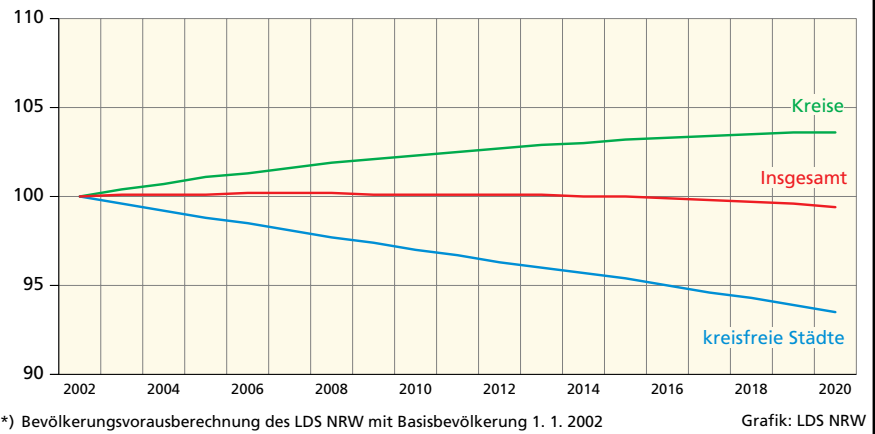
Die Berechnungen zeigen, dass der demografische Wandel in den Kreisen weit weniger drastisch verläuft als in den kreisfreien Städten. Dies gilt sowohl für den Bevölkerungsrückgang als auch für die Altersstrukturverschiebung. Die Ursachen hierfür liegen in unterschiedlich starken Zuwanderungsströmen bzw. verschieden hohen Geburtenziffern. In den Kreisen liegt der Gestorbenenüberschuss insgesamt bei nur 3,6 %, der infolge der Wanderungsgewinne von 7,3 % mehr als ausgeglichen wird. Im Gegensatz dazu wird in den kreisfreien Städten der hohe Gestorbenenüberschuss von insgesamt 5,1 % durch einen negativen Wanderungssaldo von 1,4 % noch verstärkt. Die kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens haben also in verstärktem Maße mit den Folgen des demografischen Wandels zu kämpfen.

In dieser Situation zeigt sich das Ruhrgebiet als besonders problematische Region, die als Agglomeration von Städten die demografisch nachteiligen Prozesse negativer Wanderungssalden und niedriger Geburtenziffern in jeweils hoher Ausprägung miteinander kombiniert.⁸⁾ Besonders betroffene Städte mit einem Bevölkerungsrückgang um mehr als 10 % bis zum Jahr 2020 sind die Ruhrgebietsstädte Duisburg, Essen und Gelsenkirchen sowie die kreisfreien Städte Hagen, Krefeld und Wuppertal (siehe Karte 2.1).

In den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens lebten 2002 etwa 7,4 Millionen Menschen, das entspricht etwa 40 % der Gesamteinwohnerzahl des Landes. Bis zum Jahr 2020 wird diese Zahl um knapp eine halbe Million oder 6,5 % sinken. In den Kreisen beginnt der Schrumpfungsprozess erst nach 2020. Bis dahin wird die Einwohnerzahl von 10,6 Millionen (2002)

8) Es gilt zu beachten, dass die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Unna mit einem nicht näher quantifizierbaren Fehlriskiko behaftet sind. Dieses ist auf die Sondereinflüsse durch die dortige Aufnahme-stelle für Spätaussiedler (starke Fluktuation, überdurchschnittliche Zu- und Fortzüge) zurückzuführen.

Abb. 2.25 Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens von 2002 bis 2020*)
Messziffer 2002 = 100

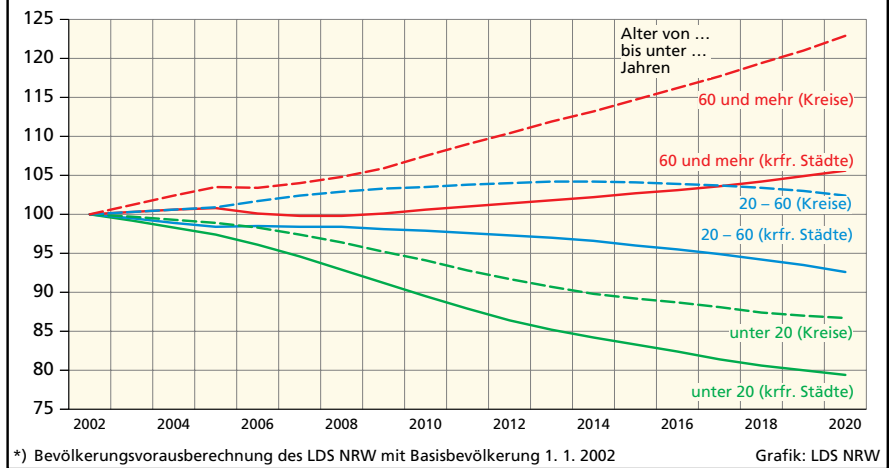


noch um fast 400 000 oder 3,6 % ansteigen. Damit verschiebt sich der Bevölkerungsanteil um 2,5 Prozentpunkte noch weiter zugunsten der Kreise.

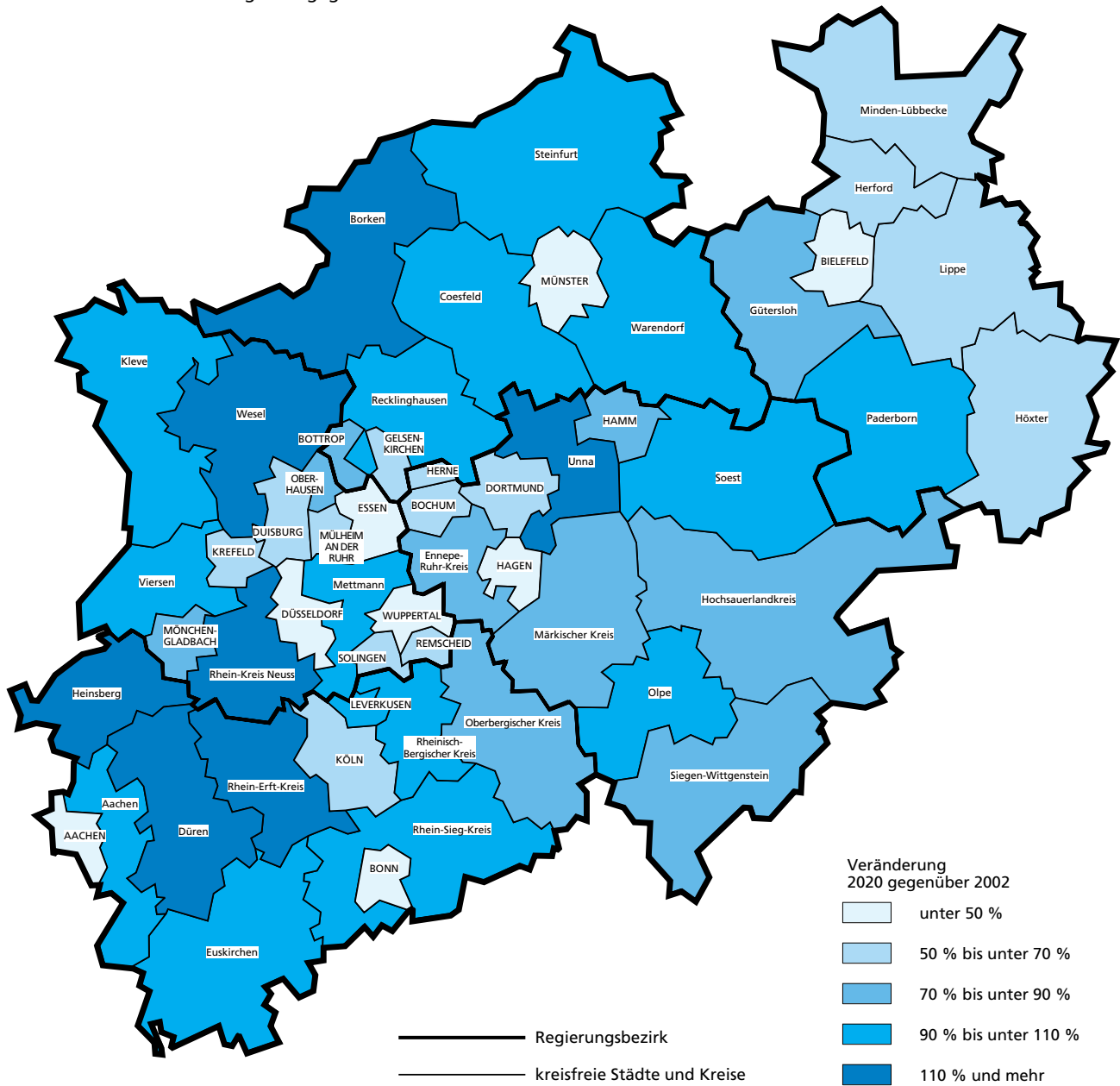
In den städtischen Ballungsgebieten fällt nicht nur der Bevölkerungsrückgang insgesamt deutlich stärker aus als in den eher ländlichen Gegenden der Kreise – er betrifft dort vor allem den jüngeren Teil der Einwohnerinnen und Einwohner. Zwar sind für unter 20-Jährige in allen Teilen Nordrhein-Westfalens rückläufige Zahlen festzustellen, doch in hohem Ausmaß von über 20 % und in regional konzentrierter Form betrifft der Verlust an jungen Menschen besonders das Ruhrgebiet sowie die umliegenden Regionen. Außerhalb dieses Bereiches ist nur noch in den kreisfreien Städten Aachen, Hamm und Münster sowie im Kreis Siegen-Wittgenstein ein so starker Rückgang bei den unter 20-Jährigen zu erwarten (siehe Karte 2.2).

Der Rückgang der Einwohnerzahlen für die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen beziffert sich in den Kreisen insgesamt auf 13 % oder etwa 320 000 Personen; in den kreisfreien Städten wird er sogar auf über 20 % (ca. 290 000 Personen) geschätzt. Dort wird auch für die Gruppen der 20- bis unter 60-Jährigen mit Rückgängen um fast 8 % (ca. 300 000 Personen) gerechnet, wobei sich die sinkenden Zahlen ausschließlich auf die 20- bis unter 40-Jährigen beziehen. Die Personengruppe im Alter von 40 bis unter 60 Jahren bleibt zahlenmäßig nahezu konstant. In den Kreisen steigt die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen bis 2020 sogar leicht an von 5,7 Millionen auf 5,8 Millionen. Dies bezieht sich allerdings hauptsächlich auf die Personengruppe der 40- bis unter 60-Jährigen, für die Steigerungen um über 10 % erwartet werden, während die Zahlen in der Gruppe der

Abb. 2.26 Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens von 2002 bis 2020*) nach Altersgruppen
Messziffer 2002 = 100



Karte 2.3 Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

2.3 Bevölkerung von 1990 bis 2002 bzw. 2020/2040 in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Altersgruppen (Messziffer 2002 = 100)

Jahr (1. 1.)	Bevölkerung											
	insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 20		20 – 40		40 – 60		60 – 80		80 und mehr	
	krfr. Städte	Kreise	krfr. Städte	Kreise	krfr. Städte	Kreise	krfr. Städte	Kreise	krfr. Städte	Kreise	krfr. Städte	Kreise
Fortschreibung des Bevölkerungsstandes												
1990	100,3	90,9	97,0	88,7	111,4	104,6	102,2	91,6	86,7	75,0	95,6	84,2
1995	101,9	96,5	100,3	95,6	112,0	108,9	102,6	96,2	87,6	80,4	106,0	99,6
2000	100,3	99,3	100,7	100,2	103,0	103,3	100,0	98,3	98,1	95,8	91,9	90,6
2002 ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Vorausberechnung der Bevölkerung 2002 bis 2020/2040												
Berechnungshorizont auf Regionalebene												
2005	98,8	101,1	97,4	98,9	93,3	95,3	104,1	106,6	99,5	101,5	107,6	114,2
2010	97,0	102,3	89,5	94,1	85,9	89,1	111,3	118,2	96,0	101,4	123,8	141,2
2015	95,4	103,2	83,3	89,2	85,0	90,9	108,4	117,6	96,4	106,2	134,0	162,0
2020	93,5	103,6	79,4	86,7	85,5	93,7	100,6	111,3	95,9	109,9	154,1	195,1
weitergehende Modellrechnung auf Landesebene												
2025	98,5		83,5		88,4		98,2		112,6		182,1	
2030	97,1		83,2		84,1		91,4		122,8		171,5	
2035	95,4		81,5		79,9		92,4		119,7		176,3	
2040	93,4		78,7		77,6		94,1		110,9		191,3	

1) Ergebnis der Fortschreibung zum 1. 1. 2002 (Basisstichtag der Vorausberechnung)

20- bis unter 40-Jährigen in fast ebensolchem Maße abnehmen.

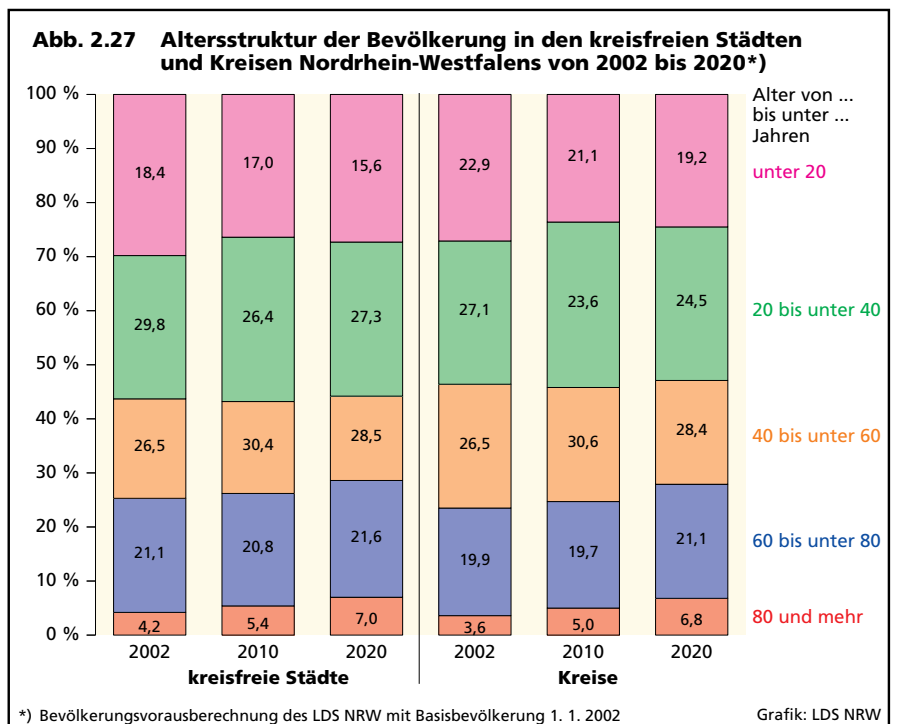
Erhebliche regionale Unterschiede zeigen auch die Vorausschätzungen für die Älteren. Hier holen die Kreise in den nächsten Jahren bis 2020 eine Entwicklung nach, welche die kreisfreien Städte und insbesondere jene des Ruhrgebietes bereits kennen: die starke Zunahme der Älteren. Die Steigerungsraten betragen für die 60- bis unter 80-Jährigen knapp 10 % (+200 000 Personen) und für die über 80-Jährigen fast 100 % (+360 000 Personen). Das heißt, in den Kreisen wird in absehbarer Zeit eine Verdoppelung der Zahl der Hochaltrigen stattfinden. Damit wird auf Kreisebene 2020 ein Wert von fast 750 000 Personen im Alter von 80 und mehr Jahren erreicht. In den kreisfreien Städten liegt die Zahl der Hochaltrigen nach einer Steigerung um über 50 % bis 2020 bei etwa 480 000 Personen.

Die dargestellten Entwicklungen führen sowohl in den Kreisen als auch in den kreisfreien Städten zu einer Verschiebung der Altersstruktur. In den Kreisen erhöht sich der Anteil der 60-Jährigen und Älteren um 4,4 Prozentpunkte, in den kreisfreien Städten um 3,3 Prozentpunk-

te. Insgesamt wird diese Altersgruppe 2020 sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Kreisen etwa 28 % ausmachen; der Anteil der Hochaltrigen mit 80 und mehr Jahren liegt dann jeweils bei etwa 7 %. Gleichzeitig verringert sich der Anteil der unter 20-Jährigen; in den kreisfreien Städten liegt er 2020 bei 15,6 %. Das heißt, nur etwa jede sechste Person wird dann in den

kreisfreien Städten unter 20 Jahre alt sein. In den Kreisen hat 2020 immerhin etwa jede fünfte Person (19,2 %) dieses Alter.

Von der demografischen Alterung bis 2020 sind insbesondere die Regionen betroffen, deren gegenwärtige Altersstruktur noch relativ ausgeglichen ist. Hier verhält sich der Alterungsprozess also deutlich dynami-



scher als in Gegenden, in denen aktuell bereits eine relativ alte Bevölkerung lebt (siehe Karte 2.3). Von einer sehr dynamischen Alterung betroffen sind etliche Kreise Nordrhein-Westfalens: Borken, Wesel, Heinsberg, Düren, Unna sowie der Rhein-Kreis Neuss und der Rhein-Erft-Kreis zeigen Steigerungen bei den Hochaltrigen (80 und mehr Jahre alt) um über 110 %.

Dass im Gegenzug z. B. die Städte Essen, Düsseldorf, Wuppertal und Hagen vergleichsweise geringe Steigerungen bei den Personen im Alter von 80 und mehr Jahren aufweisen, liegt daran, dass in diesen Gebieten die Altersstrukturverschiebung bereits jetzt erheblich weiter fortgeschritten ist. Hier wird in absehbarer Zeit infolge der steigenden Zahl von Sterbefällen das primäre demografische Problem der Rückgang der Bevölkerungszahlen sein.

Bis zum Jahr 2020 steigt das Durchschnittsalter um 3,4 Jahre auf 44,5 Jahre an. Mülheim an der Ruhr (47,5 Jahre) und Bochum (46,5 Jahre) haben dann die älteste Bevölkerung; im Kreis Borken und im Kreis Gütersloh liegt das Durchschnittsalter mit 42,2 Jahren am niedrigsten.

Insgesamt zeigt die regionale Differenzierung, dass vornehmlich Teile des Ruhrgebietes der demografischen Entwicklung des gesamten Landes bereits um Jahre voraus sind.

2.4 Aussagekraft der Bevölkerungsvorausberechnungen

Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung sind stets mit relativ großen Unsicherheiten behaftet, denn der Eintritt von unvorhergesehenen gesellschaftlichen Entwicklungen – als Beispiel sei hier die Wiedervereinigung angeführt – kann zu einer Vielzahl von Veränderungen führen, die auch die Entwicklung der Komponenten betreffen können, auf denen eine Vorausschätzung basiert. So ist z. B. die in der ehemaligen DDR relativ hohe Geburtenrate seit 1990 erdrutschartig gesunken –

eine solche Entwicklung hätte niemand voraussehen und in die Bevölkerungsvorausberechnung einbeziehen können. Auch die Wanderungen gelten allgemein als unsichere Komponente bei Vorausschätzungen. Aufgrund dieser Situation kann es zu mehr oder minder großen Abweichungen zwischen der Vorausberechnung und der über die Fortschreibung ermittelten tatsächlichen Bevölkerungszahl kommen.

Für Nordrhein-Westfalen war im Zuge des unvorhergesehenen Ereignisses der Wiedervereinigung insbesondere die Komponente der Wanderungen als Unsicherheitsfaktor von Relevanz. Nach der Wiedervereinigung und dazu parallel dem Zerfall des so genannten Ostblocks sind viele Menschen aus den ehemals kommunistischen Ländern Richtung Westen und auch nach Nordrhein-Westfalen gezogen. Diese Entwicklung war nicht absehbar und konnte entsprechend auch in die Annahmenbildung der Vorausberechnungen aus den Jahren vor 1989 nicht einbezogen werden.

Weil jede Vorausschätzung für die Zukunft zwangsläufig mit dem Problem von unvorhergesehenen Ereignissen umgehen muss, ist es wichtig nachzuvollziehen, wie stark Vorausberechnungen von der tatsächlichen Entwicklung abweichen. Mit anderen Worten: Es ist notwendig, die Aussagekraft von Vorausberechnungen zu hinterfragen. Die Qualität von Vorausberechnungen zu prüfen, kann mit Hilfe einer Ex-post-Analyse gelingen. Eine Ex-post-Analyse vergleicht die Ergebnisse der Fortschreibung mit den Schätzungen der Vorausberechnung.

An dieser Stelle soll eine solche Analyse für zwei vergangene Bevölkerungsvorausberechnungen des LDS NRW vorgenommen werden. Die Wahl fiel auf zwei Vorausberechnungen mit der Basisbevölkerung vom 1. 1. 1988 bzw. 1. 1. 1992, so dass jeweils eine zeitlich vor und eine zeitlich nach der Wiedervereinigung durchgeführte Berechnung herangezogen werden. Außerdem kann aufgrund der zeitlichen Nähe zur Volks-

zählung 1987 von einer relativ großen Genauigkeit der Fortschreibungsergebnisse ausgegangen werden.

2.4.1 Ex-post-Analyse der Vorausberechnung mit Basisbevölkerung 1988

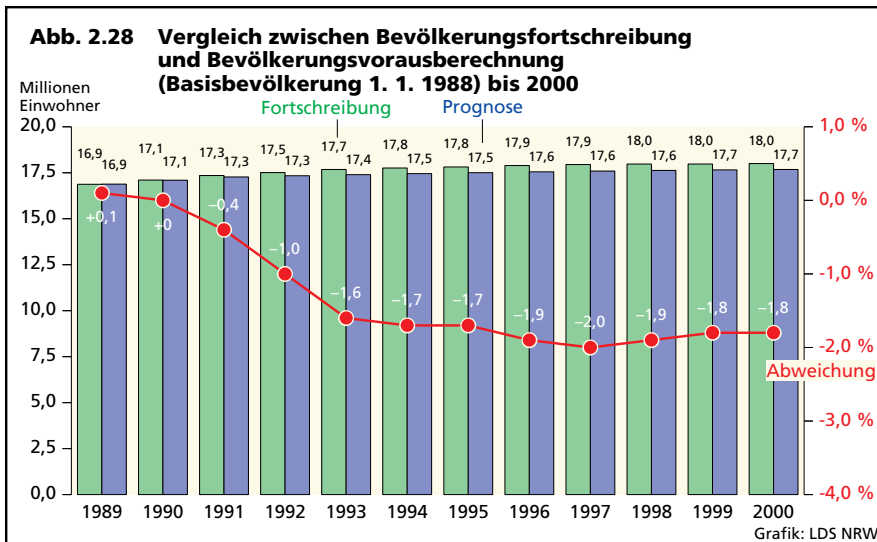
Die Bevölkerungsvorausberechnung mit der Basisbevölkerung von 1988 hat einen Berechnungshorizont bis zum Jahr 2015. Die Berechnung erfolgte getrennt nach deutscher und nicht deutscher Bevölkerung. Dies ist wichtig im Zusammenhang mit der Geburtenentwicklung, da ausländische gegenüber deutschen Frauen eine höhere Geburtenziffer aufweisen. Für die deutschen Frauen wurde eine Nettofortproduktionsrate (NRR) – diese Zahl gibt an, wie viele Mädchen eine Frau durchschnittlich zur Welt bringt – von 0,62 einbezogen. Für die Ausländerinnen wurde eine Anpassung an das generative Verhalten der deutschen Frauen angenommen: Bis zum Jahr 2000 wurde die NRR von 1,01 konstant gehalten, dann wurde ein Rückgang auf 0,81 eingerechnet.

Für die Komponente der Sterblichkeit wurde eine Verringerung der alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten um 17 % bis zum Jahr 2000 zugrunde gelegt. Dann erfolgte eine Konstanzhaltung der Werte. Dies entspricht einer Zunahme der Lebenserwartung um etwa zwei Jahre.

Als (Außen-)Wanderungssaldo für NRW wurde bis zum Jahr 2000 eine positive Entwicklung von +17 000 Personen jährlich unterstellt, wobei ab 2000 eine allmähliche Reduktion auf einen Saldo von +10 000 Personen bis 2015 einberechnet wurde.

Die Ex-post-Analyse zeigt, dass die geschätzten Ergebnisse der Vorausberechnung mit der Basisbevölkerung 1988 bezogen auf die Gesamtbevölkerung für den Betrachtungshorizont bis 2000⁹⁾ gegenüber den tatsächlichen Fortschreibungsergebnissen eine relative Abweichung

⁹⁾ Für die Jahre 2000 bis 2015 wurden die Bevölkerungszahlen nur noch in 5-Jahres-Schritten veröffentlicht.

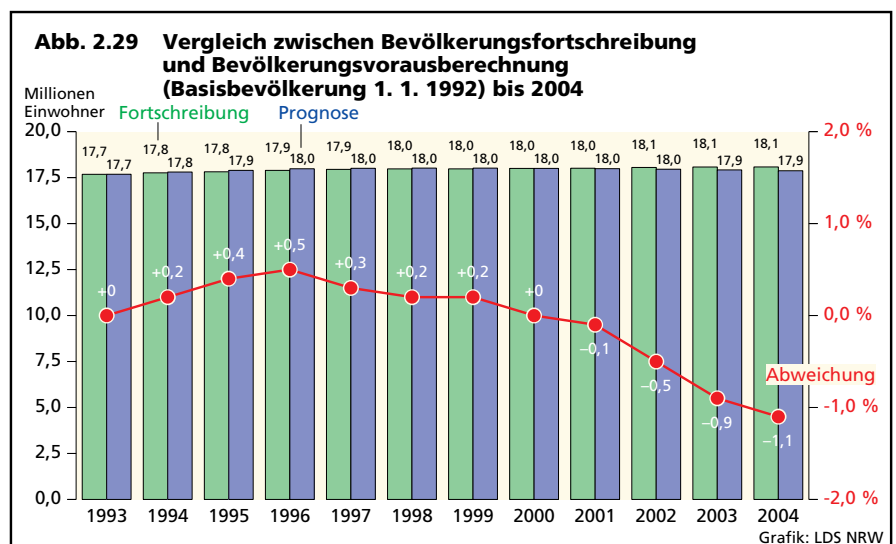


derungsgewinn von 707 200 Personen für Nordrhein-Westfalen insgesamt bis zum Jahr 2020 angenommen.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Vorausberechnung und der Fortschreibung zeigt bezogen auf die Gesamtzahl jeweils für alle Jahre des Betrachtungshorizonts mit Ausnahme des letzten eine sehr geringe relative Abweichung von unter 1 %. In den Anfangsjahren wurden die Wanderungsgewinne leicht überschätzt – die größte Differenz ergab sich 1996 mit knapp 90 000. Seit dem Jahr 2000 wurden die Wanderungsgewinne geringfügig unterschätzt. Für 2004 liegt die Vorausberechnung etwa 200 000 Personen niedriger als die Zahl der Fortschreibung.

zwischen 0,1 % und 2,0 % pro Jahr aufweisen. Sehr deutlich ist zu erkennen, dass die Abweichungen größer werden, je weiter der Betrachtungszeitraum reicht. Die relativ geringen Unterschiede auch in späteren Jahren des Betrachtungshorizontes sind um so erstaunlicher, als in den Jahren nach 1990 die großen Wanderungsströme aus den neuen Bundesländern sowie den osteuropäischen Gebieten kamen, die nicht in die Vorausberechnung einbezogen werden konnten. Aufgrund dieser unvorhergesehenen Wanderungsgewinne für Nordrhein-Westfalen liegen die Schätzungen der Vorausberechnung in den Jahren nach 1993 über 300 000 Personen niedriger, als in der Fortschreibung später ermittelt wurde. Insgesamt ist die Aussagekraft der Ergebnisse dieser Vorausberechnung als gut zu bewerten.

der Wanderungen wurde in der hier verwendeten Basisvariante ein Wan-



2.4.2 Ex-post-Analyse der Vorausberechnung mit Basisbevölkerung 1992

Die Vorausberechnung mit der Basisbevölkerung von 1992 umfasst einen Berechnungszeitraum bis 2020. Die der Berechnung zugrunde liegende künftige Geburtenentwicklung wurde für die deutschen Frauen mit einer NRR von 0,64, für die ausländischen Frauen mit einer NRR von 1,01 bzw. ab 2002 von 0,83 festgelegt. Die Sterblichkeit wurde bis zum Jahr 2001 linear um 15 % reduziert und dann konstant gehalten. Bezüglich

2.4 Vergleich zwischen Bevölkerungsfortschreibung und Bevölkerungsvorausberechnungen (Basisbevölkerung 1. 1. 1988 bzw. 1. 1. 1992)

Jahr (1. 1.)	Ergebnis der Fortschreibung	Vorausberechnung mit Basisbevölkerung			
		1988		1992	
		voraus-berechnete Bevölkerung	Abweichung gegenüber Fortschreibung	voraus-berechnete Bevölkerung	Abweichung gegenüber Fortschreibung
		Anzahl	%	Anzahl	%
1988	16 743 956	x	x	x	x
1989	16 874 059	16 882 800	+0,1	x	x
1990	17 103 588	17 095 900	-0	x	x
1991	17 349 651	17 273 200	-0,4	x	x
1992	17 509 866	17 337 800	-1,0	x	x
1993	17 679 166	17 397 300	-1,6	17 682 100	+0
1994	17 759 300	17 453 400	-1,7	17 802 800	+0,2
1995	17 816 079	17 504 900	-1,7	17 893 400	+0,4
1996	17 893 045	17 551 700	-1,9	17 981 400	+0,5
1997	17 947 715	17 592 900	-2,0	18 006 000	+0,3
1998	17 974 487	17 627 900	-1,9	18 017 000	+0,2
1999	17 975 516	17 656 700	-1,8	18 015 500	+0,2
2000	17 999 800	17 679 000	-1,8	18 000 700	+0
2001	18 009 865	x	x	17 986 700	-0,1
2002	18 052 092	x	x	17 956 200	-0,5
2003	18 076 355	x	x	17 918 600	-0,9
2004	18 079 686	x	x	17 872 700	-1,1

Das Ergebnis der Ex-post-Analyse zeigt, dass die Annahmen der Vorausberechnung mit der Basisbevölkerung von 1992 erheblich treffsicherer ausgefallen sind als jene der Vorausschätzung mit der Basisbevölkerung von 1988. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das veränderte Wanderungsverhalten als Folge der Wiedervereinigung bereits bekannt war und in die Annahmehildung einbezogen werden konnte. Insgesamt betrachtet ist die Qualität und damit die Aussagekraft der Vorausberechnung mit der Basisbevölkerung 1992 als sehr gut einzuschätzen.

2.5 Die demografische Entwicklung im Lebensverlauf

Die Vorausberechnungen des LDS NRW zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie gravierend die künftigen Prozesse der Schrumpfung und Alterung ausfallen. Auf diese Entwicklung Einfluss nehmende Maßnahmen müssen einen langen Atem beweisen und wirken sich erst in Jahrzehnten aus. Dieser Ausgangspunkt hat jedoch gerade aufgrund seiner Unabänderlichkeit einen Vorteil: Er kann und muss als Anlass dienen, sich über die eintretenden Konsequenzen Gedanken zu machen.

In einem ersten Schritt soll über die vorhandenen Zahlen zur zukünftigen Bevölkerungsstruktur exemplarisch ausgeführt werden, wie die demografische Entwicklung Einfluss nimmt auf die einzelnen Lebensphasen unterschiedlicher Generationen. Die demografisch bedingten Auswirkungen setzen nämlich dort bereits an, wo Mitglieder verschiedener Geburtskohorten allein schon deswegen differente Erfahrungen machen, weil sich die Stärke ihrer Jahrgänge unterscheidet. Denn die Bevölkerungsanzahl einer Geburtskohorte beeinflusst u. a. die gesellschaftliche Integration bzw. die Möglichkeiten der Interessenwahrnehmung und -durchsetzung.¹⁰⁾

¹⁰⁾ Vgl. hierzu z. B. die Lebenslaufstudien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Mayer 1990).

Der Lebenslauf als standardisierte Abfolge sequenzieller Phasen

Der Lebenslauf wird hier verstanden als Abfolge der Stufen, Phasen und Übergänge im Leben von der Geburt bis zum Tod. Für die Mehrzahl der heute in der westlichen Welt lebenden Personen ist der Lebenslauf in seiner zeitlichen Abfolge weitgehend vorbestimmt; er gilt als institutionalisiert (vgl. Kohli 1985). Die Stufen frühe Kindheit, Kindheit und Jugend, die geprägt sind durch den Schulbesuch, die Postadoleszenz mit der Phase der Ausbildung, das jüngere und mittlere Erwachsenenalter mit dem Eintritt in die Erwerbstätigkeit, der Übergang in den Ruhestand und schließlich das Seniorenalter bzw. das hohe Alter folgen sequenziell aufeinander. Diese Einteilung entspricht auch in weiten Teilen den alltäglichen Mustern der eigenen Wahrnehmung von Lebensphasen und Statusübergängen.

Im Zuge des Trends zur Individualisierung und Flexibilisierung in den letzten Jahrzehnten haben sich an den Übergängen der Lebensabschnitte die Wahlmöglichkeiten des Einzelnen ebenso wie seine Risiken erhöht. Als Folge tritt die Vereinheitlichung und Vorbestimmtheit der zeitlichen Abfolge von Lebensphasen zunehmend zurück zugunsten individueller so genannter Patchwork-Lebensläufe. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sich die Altersabgrenzungen der einzelnen Lebensphasen verschieben, die Abgrenzung von weiblichen und männlichen Lebensläufen schwieriger wird, einzelne Phasen ganz übersprungen bzw. später nachgeholt werden und Ähnliches (vgl. u. a. Heinz 2000).

Trotz dieser verstärkten Individualisierungstendenzen sind weiterhin große Teile des Lebenslaufes standardisiert. Diese Strukturgebung erhält der Lebenslauf in Deutschland nicht nur durch die Erwerbsarbeit und das wohlfahrtsstaatliche Sicherungssystem – die Schulpflicht und die Regelungen des Ruhestandes sind hier zwei wichtige Beispiele einer Einflussnahme – sondern auch

infolge tradierter Normen und Werte, wie z. B. der Notwendigkeit einer Ausbildung und der Wichtigkeit der Familie.

Im Folgenden soll analog der zeitlichen Abfolge eines *idealtypischen* Lebenslaufes dargelegt werden, wie sich die Bevölkerungszahlen in den einzelnen Lebensabschnittsphasen künftig verändern werden.

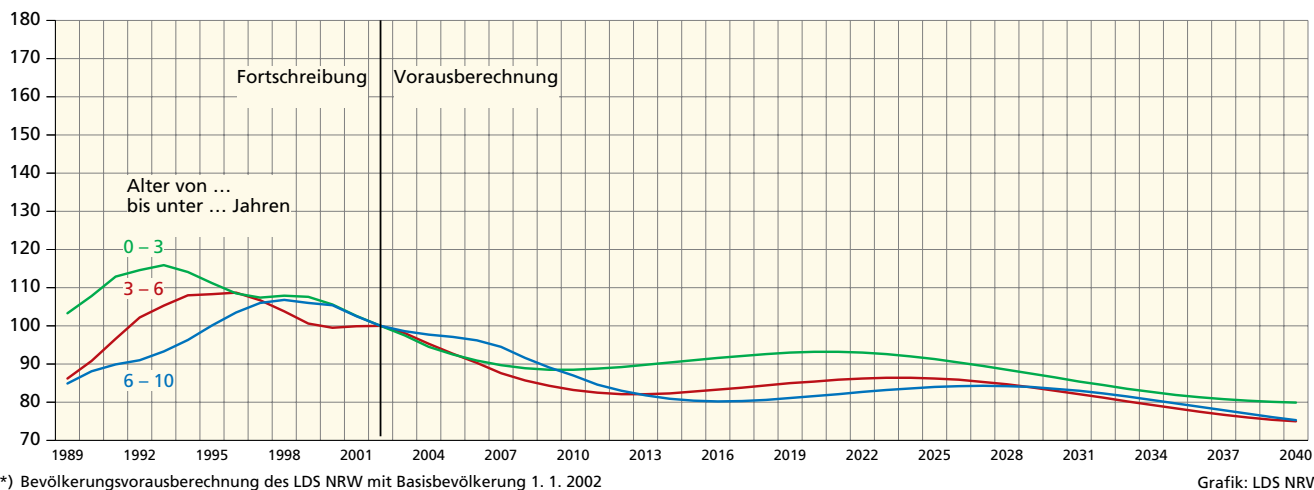
Lebensphase frühe Kindheit, Kindheit und Jugend

2002 lebten in Nordrhein-Westfalen rund eine halbe Million *unter 3-Jährige*. Das Alter von 0 bis unter 3 Jahren wird – insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen und der landesweit verstärkten Bestrebungen einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf – als das so genannte Krippenalter wahrgenommen. Die Versorgungsquote von Kindern in diesem Alter in Betreuungseinrichtungen liegt in Deutschland aktuell noch sehr niedrig bei 10 %. Für die Altersgruppe von 3 Jahren bis zum Einschulungsalter ist die Betreuungssituation deutlich besser; die Quote wird auf 78 % geschätzt (vgl. Buck u. a. 2002).

Die Zahl der unter 3-Jährigen ist kurzfristig gekoppelt an die Geburtenzahlen, die in den letzten Jahren stets rückläufig waren. Entsprechend fällt die Zahl der Säuglinge und Kleinkinder im Jahr 2002 um etwa 20 000 geringer aus als noch 1989. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verstärken. Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der unter 3-Jährigen um weitere 20 % oder über 100 000 sinken.

Zwar wird in der Vorausberechnung des LDS NRW von einer gleich bleibenden Geburtenentwicklung ausgegangen, doch der hier entscheidende Parameter ist die Anzahl der potenziellen Mütter, und diese Zahl wird in den kommenden Jahren weiter abnehmen. Die leichte Erholung in den Jahren von 2018 bis 2023 ist in diesem Sinne auch auf einen Struktureffekt und nicht auf ein ver-

Abb. 2.30 Kinder von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen
Messziffer 2002 = 100



ändertes Gebärverhalten zurückzuführen. In diesen Jahren kommt nämlich eine verhältnismäßig stark besetzte Frauengeneration in das gebärfähige Alter. Es handelt sich um die Generation, die zwischen 1991 und 1996 geboren wurde, und zwar als Kinder jener Mütterkohorten, welche Mitte der 1960er-Jahre – also noch vor dem großen europaweiten Geburtenrückgang – zur Welt kamen.

Zeitlich versetzt, d. h. als Kohorteneffekt erkennbar, ist diese Entwicklung einer temporären leichten Steigerung auch für die Altersgruppen der Kinder im Kindergarten- sowie im Grundschulalter zu beobachten.

Insgesamt wird es bis 2040 ein Viertel (25,0 %) weniger Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren geben. Die absolute Zahl in dieser Altersgruppe sinkt bis 2040 um etwa 140 000. Auch die Zahl der Kinder im Grundschulalter (6 bis unter 10 Jahre¹¹⁾) wird bis zum Jahr 2040 deutlich abnehmen. Während von 1989 bis 2002 die Zahl der Jungen und Mädchen dieser Altersgruppe um fast 120 000 oder etwa 18 % gestiegen ist, wird für die kommenden Jahrzehnte ein Rückgang um über 190 000 oder 25 % erwartet.

11) Es ist anzumerken, dass dieser Indikator nur einen Näherungswert für die Anzahl der potenziellen Schülerinnen und Schüler darstellt. Zwar ist diese Klassifikation gebräuchlich, jedoch bildet sie die tatsächliche Schüleranzahl aufgrund unterschiedlicher Einschulungspraktiken bzw. Seiten- und Quereinstiege nur ungenügend ab. Dieser Hinweis gilt auch für die weiteren in diesem Kapitel verwendeten Indikatoren.

Auch die künftigen Jugendlizenzen sinken in den kommenden Jahren (siehe Abb. 2.31). Sehr deutlich wird dieser Rückgang für die 10-bis unter 16-Jährigen, die potenziellen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I. Bis 2020 ist eine starke Abnahme um knapp 25 % oder fast 300 000 zu erwarten, dann halten sich die Zahlen in dieser Altersgruppe jedoch relativ konstant.

Die Gruppe der Jugendlichen in der Phase der Adoleszenz (16 bis unter 19 Jahre alt) erlebt von 2002 bis 2010 noch einen Zuwachs um 10 % oder fast 60 000. Dies ist auch ein Effekt der hohen Geburtenzahlen in den 1990er-Jahren. Danach werden die Zahlen bis 2030 um über 20 % absinken, bevor sie wieder leicht ansteigen und 2040 einen Wert erreichen, der 65 000 Personen oder 11 % unterhalb der Bevölkerungszahl des Jahres 2002 dieser Altersgruppe liegt.

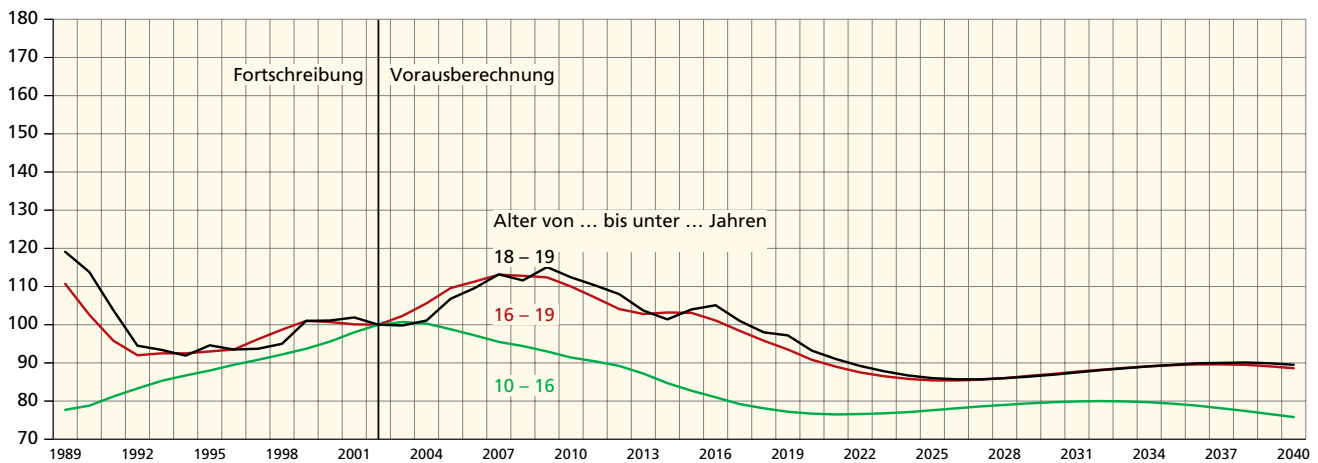
Aus der Bevölkerung der 16- bis unter 19-Jährigen rekrutieren sich einerseits die potenziellen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II bzw. bei gelungenem Abschluss die potenziellen Zugangsberechtigten für die Hoch- und Fachhochschulen. Der andere Teil dieser Altersgruppe wird in den meisten Fällen eine Ausbildung im dualen System anstreben. Die Zahlen legen nahe, dass auch in den kommenden Jahren bis 2010/2015 alleine aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, d. h. ungeachtet eines eventuell zukünftig verstärkten Trends zu höheren Studierendquoten¹²⁾, mit einem erhöhten Bedarf an Ausbildungs- und Studienplätzen zu rechnen sein wird.

12) Vgl. zum Thema einer wachsenden Notwendigkeit sowie einer stärkeren Neigung zu einer qualifizierten Ausbildung bzw. einem abgeschlossenen Studium u. a. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“.

2.5 Bevölkerung im Alter von unter 19 Jahren von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen						
Jahr	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	unter 3	3 – 6	6 – 10	10 – 16	16 – 19	18 – 19
1989	538 416	487 801	659 540	967 450	632 526	228 338
2002	521 348	565 878	776 796	1 244 419	571 139	191 642
2005	482 000	524 400	753 900	1 229 700	626 200	204 600
2010	461 500	470 700	675 600	1 137 700	628 300	215 400
2015	474 600	468 300	624 600	1 029 000	588 800	199 400
2020	485 700	483 500	633 700	954 900	518 600	178 700
2025	476 000	487 900	652 200	965 600	487 800	164 900
2030	450 800	469 800	648 900	992 000	497 600	166 600
2035	427 100	443 500	619 200	986 700	510 800	171 600
2040	416 500	424 200	585 200	943 400	506 000	171 600

*) Für 1989 und 2002: Ergebnisse der Fortschreibung jeweils zum 1. 1.; ab 2005 Vorausberechnung mit Basisstichtag 1. 1. 2002

Abb. 2.31 Jugendliche von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen
Messziffer 2002 = 100



*) Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW mit Basisbevölkerung 1. 1. 2002

Grafik: LDS NRW

In die Lebensphase der Adoleszenz fällt auch der Führerscheinwerb im Alter von i. d. R. 18 Jahren. Das hohe Niveau Anfang der 1990er-Jahre von fast 230 000 Personen dieser Altersgruppe (18 bis unter 19 Jahre) wird bis zum Jahr 2010 fast wieder erreicht. Dann jedoch sinken die Zahlen rapide ab und erreichen im Jahr 2028 den Tiefpunkt von nur noch 160 000 18-Jährigen. Damit sinkt die Zahl der potenziellen Führerscheinwerberinnen und -erwerber gemessen an 1989 bis zu diesem Zeitpunkt um fast 30 %.

nenalter vollzieht sich u. a. über Stadien der Ausbildung oder des Studiums, und am Ende steht in den meisten Fällen der gelungene Eintritt in die Erwerbstätigkeit. Die Bevölkerungszahlen für Nordrhein-Westfalen zeigen, dass sich bereits in den 1990er-Jahren ein erheblicher Rückgang der Gruppe der 20- bis unter 32-Jährigen vollzogen hat. In den vergangenen Jahren sank die Zahl der Postadoleszenten (19 bis unter 23 Jahre alt) und Berufseinsteigenden (23 bis unter 27 Jahre alt) um jeweils ca. 30 % oder etwa 300 000 bzw. 400 000 auf jeweils ungefähr 800 000. Der verglichen mit der Situation in den 1990er-Jahren aktuell niedrige Stand der Bevölkerungszahl in diesen Altersgruppen ist das Ergebnis der niedrigen Geburtenzahlen in den 1970er- und 1980er-Jahren.

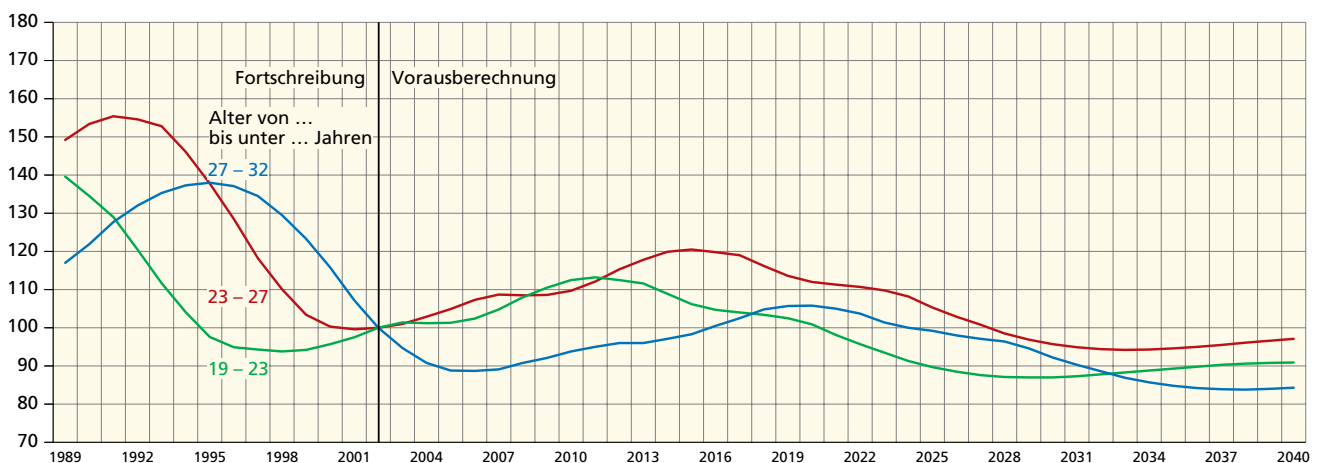
Die Gruppe der 27- bis unter 32-Jährigen gilt für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes als wichtiges Fundament, weil sich aus ihr die akademisch gebildeten Berufseinsteiger rekrutieren. Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt, aber insbesondere der Rückgang der jüngeren potenziell Erwerbsfähigen von 2002 bis 2040 um 16 % oder über 180 000 Personen gilt als Grund für einen zukünftig anzunehmenden Mangel an hoch qualifizierten Nachwuchsfachkräften (vgl. u. a. Börsch-Supan 2004).

Auch in der Gruppe der 19- bis unter 23-Jährigen – sie stehen in einer Lebensphase, in welcher die im dualen System Ausgebildeten ihren Berufseinstieg vollziehen – sind Rückgänge

Lebensphase Postadoleszenz und Erwachsenenalter

Der Übergang von der Jugend über die Postadoleszenz in das Erwachse-

Abb. 2.32 Jüngere Erwachsene von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen
Messziffer 2002 = 100



*) Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW mit Basisbevölkerung 1. 1. 2002

Grafik: LDS NRW

2.6 Bevölkerung im Alter von 19 bis unter 32 Jahren von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen			
Jahr	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren		
	19 – 23	23 – 27	27 – 32
1989	1 108 401	1 177 802	1 346 392
2002	793 859	789 170	1 150 332
2005	804 000	828 200	1 021 700
2010	893 400	865 800	1 078 700
2015	843 400	951 200	1 131 100
2020	801 100	884 100	1 217 600
2025	712 000	831 300	1 140 700
2030	691 000	755 500	1 061 100
2035	709 200	746 300	975 400
2040	721 800	766 000	969 700

*) Für 1989 und 2002: Ergebnisse der Fortschreibung jeweils zum 1. 1.; ab 2005 Vorausberechnung mit Basisstichtag 1. 1. 2002

in Höhe von fast 10 % oder über 70 000 zu erwarten.¹³⁾ Dies bedeutet, dass die Rekrutierungsspielräume von Unternehmen in den jüngeren Alterskohorten bereits heute begrenzt sind und zukünftig in noch stärkerem Maße eingeschränkt sein werden.

Für den Bereich der Erwerbstätigkeit zeigen sich ähnliche Entwicklungen wie für die oben genannten Bereiche der Auszubildenden, Studierenden und in den Beruf Einstiegenden. In der Gruppe der jüngeren potenziell Erwerbsfähigen im Alter von 19 bis unter 35 Jahren hat der große Rückgang bereits seit 1989 eingesetzt. Von 1989 bis 2005 sanken die

13) Vgl. zu den Folgen des demografischen Wandels für das Handwerk eine Studie der Handwerkskammer Hamburg (2001) im Rahmen des vom BMBF geförderten Projektes „Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demografischer Wandel“.

Bevölkerungszahlen dieser Altersgruppe um knapp eine Million oder über 20 %. Von 2002 aus betrachtet wird die Zahl der jüngeren potenziell Erwerbsfähigen bis 2020 relativ konstant bleiben; ab da verringert sie sich bis zum Ende des Berechnungshorizontes um ca. 16 % oder fast 600 000.

Der Anteil der jüngeren potenziell Erwerbsfähigen (19 bis unter 35 Jahre alt) an der Gesamtzahl der Erwerbsfähigen (19 bis unter 65 Jahre alt) betrug 1989 noch knapp 40 %; 2002 lag er bereits um acht Prozentpunkte niedriger.

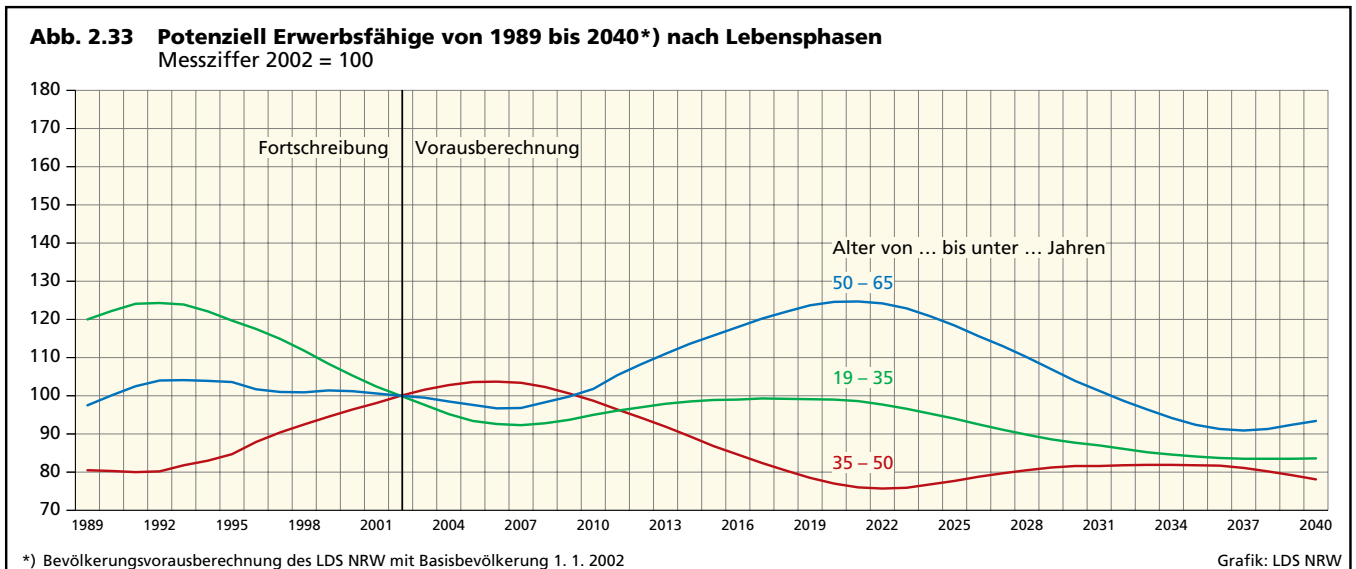
Die Zahl der potenziell Erwerbsfähigen im Alter von 35 bis unter 50 Jahren steuert mit gegenwärtig (2005) 4,4 Millionen Personen dem zahlenmäßigen Höhepunkt zu. Ab 2007 sinkt sie jedoch deutlich ab und erreicht 2022 nur noch 3,2 Millionen. Bis 2040 verändert sich die Zahl dann nur noch relativ wenig. Insgesamt muss jedoch festgehalten werden, dass die betrachtete Altersgruppe von 2002 bis 2040 um etwa 22 % oder fast eine Million Personen schrumpfen wird.

Zwar haben viele Unternehmen in den vergangenen Jahren durch die Möglichkeiten der Frühverrentung sowie durch gezielte Einstellung von Jüngeren ihre Personalstruktur erheblich verjüngt, doch ist für die Zukunft mit einer Altersstrukturverschiebung innerhalb der Gruppe der

potenziell Erwerbsfähigen und damit der Belegschaften zu rechnen. 100 Personen im jüngeren erwerbsfähigen Alter (19 bis unter 35 Jahre) standen 1989 nur 75 Personen im älteren erwerbsfähigen Alter (50 bis unter 65 Jahre) gegenüber. 2020 werden es 116 sein, d. h., das Verhältnis von relativ neu in den Beruf Eingestiegenen zu Erwerbsfähigen in der Phase vor dem Ruhestand wird sich bereits 2020 zugunsten der Älteren umgekehrt haben. Dies wird in abgeschwächter Form mindestens bis zum Jahr 2040 so bleiben. Diese Umkehrung des Verhältnisses zwischen jüngeren und älteren potenziell Erwerbsfähigen resultiert aus der Parallelität einer Abnahme bei den Jüngeren und einer Zunahme bei den Älteren.

Bis 2020 wird es zu Steigerungen bei der Bevölkerungsgruppe der 50-bis unter 65-Jährigen um fast 25 % oder über 800 000 kommen. Dann erreichen jedoch auch diese zahlenmäßig großen Kohorten den Ruhestand und die Zahlen sinken von 4,2 Millionen (2020) auf 3,1 Millionen (2040). Nicht zuletzt dadurch bedingt sinkt ab 2020 auch die Gesamtzahl der potenziell Erwerbsfähigen. Nach einer Phase relativer Konstanz sind ab dem genannten Zeitpunkt Rückgänge um 14 % bis 2040 zu erwarten.

Aussagen zu den alternden Belegschaften werden oft aus einer jugendzentrierten Sichtweise heraus



2.7 Bevölkerung im Alter von 19 bis unter 65 Jahren von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen			
Jahr	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren		
	19 – 35	35 – 50	50 – 65
1989	4 364 232	3 432 786	3 257 504
2002	3 636 566	4 261 691	3 340 692
2005	3 397 100	4 415 700	3 259 300
2010	3 452 900	4 204 700	3 401 000
2015	3 594 800	3 697 600	3 869 300
2020	3 598 900	3 280 400	4 162 300
2025	3 418 700	3 311 600	3 954 500
2030	3 190 400	3 477 100	3 471 200
2035	3 058 600	3 488 200	3 086 400
2040	3 041 400	3 329 600	3 121 700

*) Für 1989 und 2002: Ergebnisse der Fortschreibung jeweils zum 1. 1.; ab 2005 Vorausberechnung mit Basisstichtag 1. 1. 2002

bewertet, welche davon ausgeht, dass jüngere Menschen ein höheres Innovationspotenzial in die Arbeitswelt einbringen als ältere. Älteren werden dagegen nachlassende kognitive Fähigkeiten und eine abnehmende Lern- und Leistungsbereitschaft unterstellt. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass ältere Erwerbsfähige ihr möglicherweise defizitäres technisches Know-how durch ihr Erfahrungswissen und verstärkte Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten ausgleichen.¹⁴⁾

Die für Arbeitgeber bestehenden Möglichkeiten, die Entwicklung einer Gleichsetzung von Alterung im Betrieb und Verminderung der Pro-

14) Vgl. hierzu ein umfangreich angelegtes, vom BMBF gefördertes Forschungsprojekt zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt. Einen Überblick über die Vielzahl der Projekte enthält Pack u. a. (1999) und www.demotrans.de.

duktivität zu durchbrechen, liegen vor allem in konkret auf die jeweiligen Stärken und Schwächen zugeschnittenen Weiterbildungsmaßnahmen für Ältere. Unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“¹⁵⁾ sollen die künftigen Qualifizierungsbedarfe der Arbeitswelt mit den Strukturen der Aus-, Fort- und Weiterbildung verknüpft werden.¹⁶⁾

Lebensphase Seniorenalter

Nur bei der Gruppe der hochaltrigen Personen im Alter von 75 und mehr Jahren zeigen sich langfristig noch Steigerungen. Diese beziffern sich von 2002 bis zum Jahr 2020 auf etwa 670 000 Personen (50,7 %) und bis 2040 auf über eine Million (75,5 %). Das heißt, in den kommenden Jahren ist mit einem enormen Zuwachs der Gruppe der Hochaltrigen auf insgesamt 2,34 Millionen Personen zu rechnen, was wiederum eine erhöhte Nachfrage nach Kranken- und Pflegeversorgung erwarten lässt. Als in diesem Zusammenhang wichtiges Handlungsfeld gilt vor dem Hintergrund steigender Zuwanderungen auch die Pflegeversorgung von Migranten (vgl. hierzu u. a. Kühnert 1997).

15) Vgl. hierzu u. a. den OECD-Bericht zum lebenslangen Lernen, die Ergebnisse der Expertenkommission zur Finanzierung des lebenslangen Lernens sowie Implementierungsstrategien unter <http://www.bmbf.de/de/411.php> [22. 3. 2005].

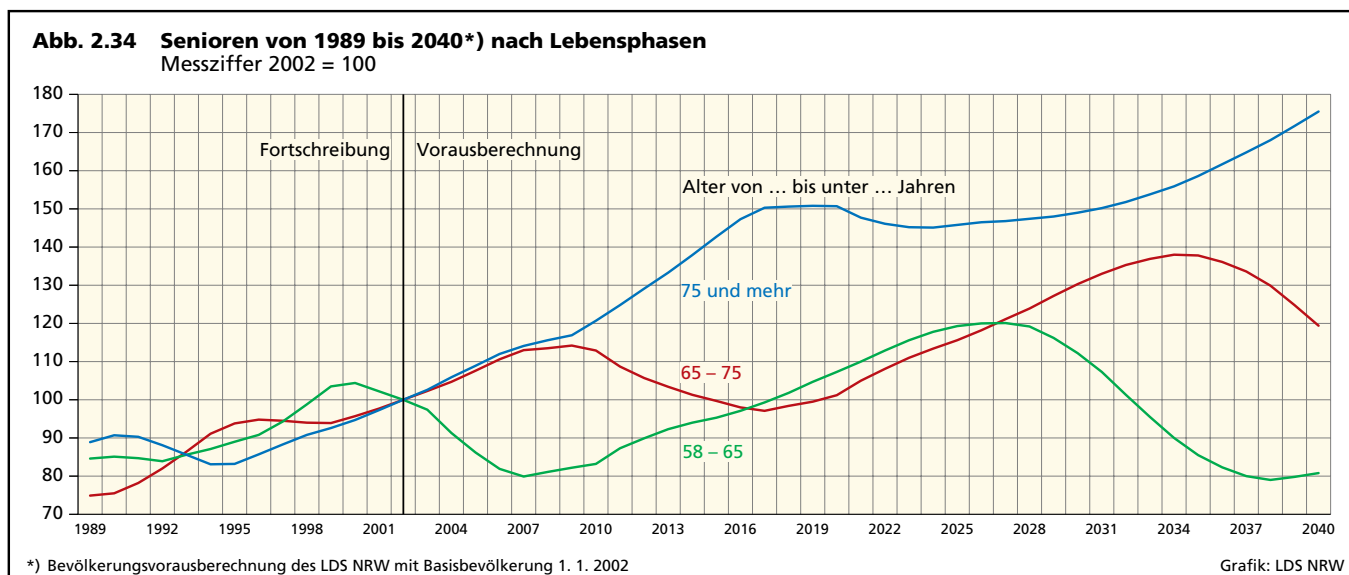
16) Vgl. zu weiteren Möglichkeiten eines Umgangs mit alternden Erwerbspersonen u. a. Naegele (2001).

2.8 Bevölkerung im Alter von 58 und mehr Jahren von 1989 bis 2040*) nach Lebensphasen			
Jahr	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren		
	58 – 65	65 – 75	75 und mehr
1989	1 402 902	1 347 524	1 186 280
2002	1 658 276	1 798 440	1 335 123
2005	1 430 300	1 935 800	1 454 000
2010	1 379 800	2 030 000	1 611 200
2015	1 580 700	1 793 300	1 905 800
2020	1 779 600	1 820 000	2 012 100
2025	1 978 100	2 078 600	1 946 900
2030	1 861 000	2 343 700	1 989 900
2035	1 418 100	2 478 900	2 117 700
2040	1 339 400	2 146 900	2 342 600

*) Für 1989 und 2002: Ergebnisse der Fortschreibung jeweils zum 1. 1.; ab 2005 Vorausberechnung mit Basisstichtag 1. 1. 2002

Die Zahl der jüngeren Senioren im Alter von 65 bis unter 75 Jahren, die oft frisch in den Ruhestand eingetreten sind, in der überwiegenden Mehrheit wenige gesundheitliche Einbußen aufweisen und infolge ihres Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit tendenziell eine stärkere Beteiligung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben erwarten lassen, steigt von 2002 bis zum Jahr 2035 sehr deutlich von 1,8 auf fast 2,5 Millionen. Dann ist ein leichter Abfall zu erwarten; insgesamt erreicht diese Altersgruppe 2040 ein Niveau, das ca. 350 000 Personen mehr zählt als 2002.

Die Gruppe der Personen, die sich im Übergang zum Ruhestand befinden – hier angenommen als die Altersphase von 58 bis unter 65 Jahre –, erreicht 2027 nach Steigerungen um



etwa 20 % ihr Maximum und fällt dann sehr deutlich unter das Ausgangsniveau von 2002 zurück. Es ist anzunehmen, dass diese bis ca. 2030 anteilmäßig wachsende Personengruppe eine öffentliche Diskussion ihrer Rentensicherung anstoßen wird.

3 Vorstellung der Themenbereiche und methodisches Vorgehen

Die demografische Entwicklung zeigt sich nicht nur in dem beschriebenen Bevölkerungsrückgang oder in der dargelegten Verschiebung der Altersstruktur. Diese Prozesse werden zwar als direkte Folgen des demografischen Wandels wahrgenommen und diskutiert. Viel wichtiger – weil weitreichender – ist jedoch, dass diese Prozesse nicht nur als Folge, sondern auch als Ursache für zahlreiche weitere Veränderungen auftreten werden. Diese Veränderungen umfassen nahezu alle gesellschaftlich relevanten Teilbereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Arbeitsmarkt, Finanzen, Sozialsysteme u. a. Sie beziehen sich auf Fragen nach dem Produktionspotenzial, auf zukünftige Bedarfe im Gesundheits- und Pflegebereich, auf Fragen der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherung, auf den Umfang von Qualifizierungsstrategien und vieles mehr.

Die Schlussfolgerung einer grundsätzlichen Folgenverkettung aufgrund der demografischen Entwicklung in vielen Lebensbereichen erscheint unmittelbar einsichtig. Dies wird in zahlreichen öffentlichen Diskussionen thematisiert. Weitgehend ungeklärt bleibt dabei jedoch meistens, in welchem quantifizierbarem Ausmaß sich die Konsequenzen der demografischen Entwicklung vollziehen werden. Die Wirkungen des demografischen Wandels mit empirischen Daten abzuschätzen wird hier versucht. Die Vielfalt der Bereiche der amtlichen Statistik erlaubt es, für konkrete gesellschaftliche Teilbereiche Modellrechnungen zu erstellen, die skizzenhaft und näherungsweise die jeweils demografisch

bedingten Veränderungen vorausschätzen können.

Es gilt zu betonen, dass es sich in den nachfolgend vorzustellenden Vorausberechnungen nicht um prognostizierte Werte handelt, sondern um modellhafte Analysen, deren Ergebnisse nur dann als wahrscheinlich anzunehmen sind, wenn sich 1. die vom LDS NRW vorausgeschätzte Bevölkerungsentwicklung so oder in ähnlicher Weise vollzieht und 2. die angegebenen der jeweiligen Modellrechnung zugrunde liegenden Annahmen erfüllen. Weil aus diesen Gründen die Vorausberechnungen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, können die Ergebnisse nur als Orientierungswerte und Eckpunkte und nicht als Tatsachen interpretiert werden.

Im Folgenden werden jene Bereiche kurz vorgestellt, für die in diesem Band Modellrechnungen durchgeführt werden. Es werden die zugrunde liegenden Statistiken skizziert, auf die jeweilige demografische Relevanz aufmerksam gemacht und anknüpfende gesellschaftspolitische Handlungsfelder angerissen.

Entwicklung der Haushalte nach Größe und nach Typ

Der demografische Wandel hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung der Haushalte. Dabei ist vor dem Hintergrund der angenommenen Schrumpfungsprozesse der Bevölkerung jedoch nicht nur die zukünftige Gesamtzahl der privaten Haushalte interessant, sondern auch die infolge der Altersstrukturverschiebung zu erwartende Veränderung bezüglich Größe und Zusammensetzung der Haushalte.

Die Änderungen in den Strukturen der Haushalte werden seit einigen Jahren auch durch andere als bevölkerungsbezogene Entwicklungen forciert. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang z. B. auf die Auflösung der traditionellen Familienstrukturen, auf erhöhte Scheidungsquoten, eine wachsende Mobilität junger Menschen oder auf den stetigen An-

stieg der Lebenserwartung bzw. eine erhöhte Akzeptanz von Möglichkeiten der ambulanten Pflege. Dies betrifft die Lebens- und damit Haushaltsformen von allein Erziehenden, Singles, Studierenden oder Auszubildenden genauso wie die von älteren Menschen. In den Modellrechnungen wird versucht, Teile dieser gesellschaftlichen Entwicklungen einzubeziehen.

Wie sich die privaten Haushalte zukünftig sowohl zahlenmäßig als auch strukturell entwickeln werden, wird auf Grundlage des Mikrozensus – der amtlichen Repräsentativstatistik von jährlich 1 % der Haushalte – vorausgeschätzt.

Entwicklung des Wohnungsbedarfes

Die aufgrund des demografischen Wandels anzunehmenden strukturellen Effekte auf die Entwicklung der Haushalte sind insbesondere für den Wohnungsmarkt bedeutsam. Dieses auch wirtschaftspolitische Handlungsfeld knüpft insofern direkt an die Haushaltsentwicklung an, als hier nicht Einzelpersonen, sondern Haushalte als Nachfrager auftreten. In diesem Sinne scheinen vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl von Hochaltrigen vor allem altersgerechte Wohnungen zukunftssträftig.

Im Zusammenhang mit dem Immobilienmarkt werden auch die Binnenwanderungsbewegungen wichtig, um dem drohenden Leerstand zu begegnen bzw. auf eine alternative Nutzung gestaltend einzuwirken. Eine kleinräumig differenzierte Modellrechnung zur Entwicklung des künftigen Wohnraumbedarfes wird aus diesem Grund als sinnvoll und notwendig erachtet. Als Datengrundlage dient wieder der Mikrozensus.

Entwicklung der Erwerbspersonen

Das demografische Szenario im Bereich von Arbeit und Arbeitsmarkt gruppiert sich um Stichpunkte wie

Fachkräftemangel, sinkende Innovationsfähigkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit sowie Finanzierungspässe der sozialen Sicherungssysteme. Die zurückgehende Bevölkerungszahl und insbesondere die steigende Unterpräsenz von jüngeren Erwerbspersonen mit den Vorzügen eines hohen Innovations- und Leistungspotenzials nähren diese Vorstellungen.

Weil unter dieser Perspektive die demografische Entwicklung gerade im Kontext der Erwerbstätigkeit dazu führen kann, das wirtschaftliche und soziale Fundament des Landes zu untergraben, ist eine modellhafte Quantifizierung der zukünftigen Entwicklung des Erwerbspersonenvolumens geboten. Die Zahlen zu den Erwerbspersonen werden hier aus der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren aus dem Datenbestand des Mikrozensus abgeleitet.

Entwicklung der Wählerstruktur

Die demografische Entwicklung wird sich direkt auf Umfang und Zusammensetzung der Wahlbevölkerung auswirken, denn aus der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit rekrutieren sich die potenziellen Wählerinnen und Wähler bei den Landtags- und Bundestagswahlen. In diesem Zusammenhang spielt insbesondere die Alterung eine Rolle, denn auf diese Weise wird sich auch die Altersstruktur der künftigen Wählerinnen und Wähler erheblich zu höheren Altersgruppen hin verschieben.

Inwieweit sich infolge der Alterung der Wählerschaft auch die Wahl der politischen Themen ändern wird, ob also die Interessen von älteren Wählerinnen und Wählern nun verstärkt auf der politischen Agenda erscheinen werden, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Die Modellrechnung zur künftigen Struktur der Wählerschaft kann aber zeigen, welche Altersgruppen zukünftig als Majorität und welche künftig als Minorität auftreten werden.

Entwicklung der Pflegebedürftigkeit

Die aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der sinkenden Geburtenzahlen prognostizierten Veränderungen der Altersstruktur zeigen für die Zukunft eine beträchtliche Steigerung der Anteile alter und hochaltriger Menschen auf. Mit wachsendem Lebensalter erhöht sich auch das Risiko, auf fremde Hilfe bei der Verrichtung der Aufgaben des täglichen Lebens angewiesen zu sein, mit anderen Worten: Es erhöht sich das Risiko der Pflegebedürftigkeit.

Mitte der 1990er-Jahre wurde die gesetzliche Pflegeversicherung in das deutsche Sozialversicherungssystem eingeführt. Die Anzahl der Pflegebedürftigen wird seitdem in der amtlichen Statistik erhoben. Sie dient der hier vorzunehmenden Modellrechnung als Grundlage.

Zwar nehmen zusätzlich zur demografischen Komponente auch Entwicklungen im medizinischen Bereich Einfluss auf das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit bzw. darauf, ob die gewonnenen Lebensjahre in besserer Gesundheit oder mit erhöhter Mobilität verbracht werden können – unabhängig davon ist vor dem Hintergrund der demografischen Alterung jedoch mit einer deutlichen Steigerung des Pflegebedarfes zu rechnen. Informationen über das zu erwartende Ausmaß der künftigen Pflegebedürftigkeit können aus diesem Grund bei der Planung der pflegespezifischen Infrastruktur sehr hilfreich sein. Weil die absehbaren Herausforderungen an Planung und Umgestaltung in sehr starkem Maße die Kommunen betreffen, ist eine Regionalisierung der Ergebnisse der Modellrechnung von besonderem Interesse.

Entwicklung der Krankenhausfälle

Wie bereits im Bereich der Pflege angedeutet, ist das Gesundheitssystem in besonders starkem Maße von der strukturellen Verschiebung des Al-

tersaufbaus betroffen. Zwar ist die Klientel der Krankenhäuser vom Alter her deutlich heterogener einzuschätzen als jene der Pflegeeinrichtungen, doch älter werdende Menschen benötigen vor allem im stationären Bereich des Gesundheitssystems ein erhöhtes Maß an zeitintensiver Versorgung.

Um die notwendig werdenden Kapazitäten möglichst frühzeitig abschätzen zu können, sollen die modellhaften Vorausberechnungen der langfristigen Krankenhausfallzahlen dazu beitragen, eine Fehlbelastung des Gesundheitssektors zu vermeiden sowie eine auch zukünftig gleich bleibende Qualität der medizinischen Versorgung in Krankenhäusern zu gewährleisten.

Die anzustellenden Modellrechnungen erfolgen über Daten der amtlichen Krankenhausdiagnosestatistik. Angelehnt an die Krankheitsklassifikationen ICD-9 bzw. seit 2000 ICD-10 werden in dieser Statistik alle Krankenhausfälle von Nordrhein-Westfalen alters- und geschlechtsdifferenziert erhoben.

Weitere Bereiche

In einer zweiten vom LDS NRW geplanten Veröffentlichung zum Themenkomplex demografischer Wandel werden voraussichtlich die demografischen Auswirkungen auf die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Ausbildung, Studium sowie Erwerbstätigkeit behandelt.

Methodische Vorbemerkungen

Modellrechnungen im Anschluss an Bevölkerungsvorausberechnungen erlauben nicht nur Einsichten in demografische Entwicklungen einschließlich ihrer möglichen gesellschaftsstrukturellen Folgen; sie liefern auch die Grundlage von Szenarien mit einem zukünftigen Zeitbezug, die den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft Beurteilungskriterien für unterschiedliche Handlungsoptionen an die Hand geben.

Trotz des implizierten Anspruchs dieser Veröffentlichung, Anknüpfungspunkte für Entscheidungsträger zu bieten, muss gleichermaßen betont werden, dass es sich bei den hier vorgenommenen Vorausschätzungen um Modellrechnungen in relativ schlichtem Design handelt. In diesem Sinne darf in keinem Fall von einem gesicherten Eintreten der Vorausschätzung ausgegangen werden, sondern es gilt, die Berechnungen als Simulationen unter jeweils gewählten Annahmen zu interpretieren. Die jeweiligen den Modellrechnungen zugrunde liegenden Annahmen wurden für jeden Bereich individuell und themenspezifisch im Rahmen der Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ des LDS NRW erarbeitet. Alle hier vorzustellenden Berechnungen sind also als Schätzungen mit prognostischem Bezug zu betrachten, deren Eintreten nur unter den künstlichen Bedingungen eines Zugrundelegens ganz bestimmter Prämissen als wahrscheinlich angenommen wird.

Weil die so genannte Verhaltenskomponente – die kaum vorhersagbaren gesellschaftlichen und/oder verhaltensspezifischen Entwicklungen jenseits des demografischen Wandels – eine Unbekannte bleibt, wurde in den meisten Fällen auf Status-quo-Annahmen zurückgegriffen. Bei Zugrundelegen von Status-quo-Annahmen wird von einer Konstanz aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen ausgegangen; nur die bevölkerungsbezogenen Änderungen treten in den Mittelpunkt. Auf diese Weise gelingt es, die von anderen Entwicklungen gereinigten Effekte des demografischen Wandels – Bevölkerungsrückgang und Altersstrukturverschiebung – zu erkennen.

Neben der Basisvariante der Modellrechnungen unter Status-quo-Bedingungen wurden in einigen Bereichen auch weitere Varianten gerechnet, bei denen nicht von einer Konstanz aller anderen Einflüsse ausgegangen wird, sondern z. B. ein nachgewiesener Trend fortgeschrieben wird oder bestimmte als wahr-

scheinlich anzunehmende Änderungen fiktiv in die Berechnungen eingebunden werden. Diese zusätzlich zur Basisvariante ermittelten so genannten Trendvarianten wurden für Bereiche berechnet, in denen potenzielle Veränderungen oder Entwicklungen jetzt bereits absehbar sind bzw. über einen vergangenen Stützraum als statistisch signifikant nachgewiesen werden können. Durch diese Bandbreite an Ergebnissen sollen innerhalb eines geeigneten thematischen Rahmens jeweils mögliche unterschiedliche Szenarien abgebildet werden.

Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur ist regional sehr unterschiedlich: Differente Geburten- und Sterblichkeitsraten liegen diesem Sachverhalt genauso zugrunde wie individuelle Präferenzen der Wohnortsuche, verschiedene infrastrukturelle Bedingungen oder unterschiedlich günstige Arbeitsmarktsituationen, was wiederum Einfluss auf die Zu- und Abwanderungsbewegungen nimmt. In der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW wird diese regionale Verschiedenheit auch sehr deutlich abgebildet. Damit Städte und Kommunen eine Möglichkeit bekommen, ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen adäquat an die jeweils regional unterschiedlichen Gegebenheiten anzupassen, versucht das LDS NRW auch an dieser Stelle, die Modellrechnungen aus den vorgestellten Bereichen kleinräumig zu gliedern.

Weil mit einer tiefer gegliederten Analyse die Basiszahlen jedoch immer kleiner werden und sich damit die Fehlerquellen erhöhen, geht mit der räumlichen Ausdifferenzierung eine erhebliche methodische Unsicherheit einher, zumal es sich hier um Modellrechnungen für die Zukunft handelt und nicht um bereits erhobene Daten, die Vergangenes abbilden. Aus diesem Grund musste in einigen Bereichen auf eine Regionalisierung verzichtet werden, da massive methodische Vorbehalte dagegen stehen.

In den folgenden Abschnitten zu den einzelnen thematischen Berei-

chen wird auf die Methodik der Berechnungen näher eingegangen sowie die Annahmenbildung vorgestellt. Detailliertere Informationen zum methodischen Vorgehen finden sich in einem Methodenanhang am Schluss des Berichtes.

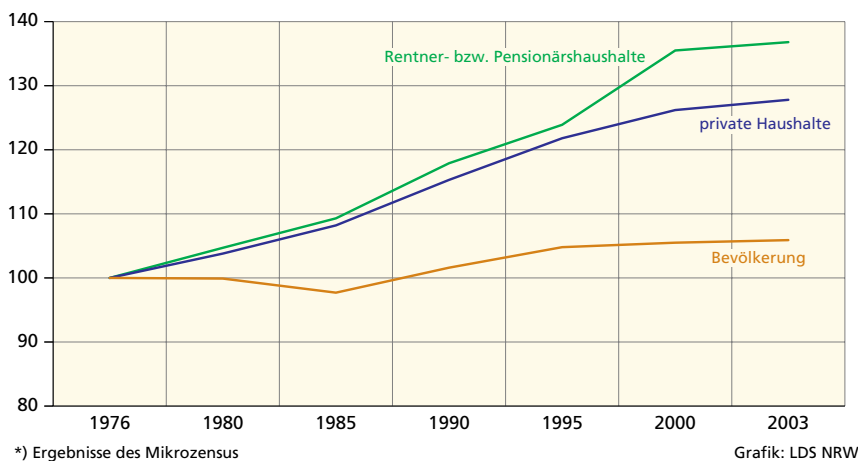
4 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung der privaten Haushalte

Die privaten Haushalte stellen nicht nur eine zentrale wirtschaftliche Größe im Land dar, sie gelten auch als Adressat für viele politische Entscheidungen. Auf wichtigen Märkten, z. B. im Bereich Wohnen und Immobilien, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Wasser- und Stromversorgung, wird die Nachfrage mehr über Haushalte als über Individuen bestimmt. Aber auch der Konsum von anderen Gütern oder Dienstleistungen entscheidet sich häufig auf Haushaltsebene. Entsprechend ist die Erwerbsbeteiligung bzw. Einkommensnotwendigkeit direkt mit den privaten Haushalten verknüpft. Die jeweils unterschiedliche Haushaltszusammensetzung bietet auch Orientierungspunkte für die Umverteilung von Geldern (z. B. in der Sozialhilfe).

Private Haushalte bestehen aus zusammen wohnenden Personen, die gemeinsam wirtschaften. Das Kennzeichen des gemeinsamen Wirtschaftens dient als Abgrenzungsmerkmal der privaten Haushalte gegenüber Institutionen, wie z. B. Jugend- oder Pflegeheimen. Im Regelfall besteht ein Privathaushalt nur aus einer Familie.

Angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung von Privathaushalten ist eine kontinuierliche Beobachtung der Entwicklungen und Veränderungen der Haushalte und ihrer Strukturen notwendig. Die statistische Datengrundlage dafür liefert der Mikrozensus, der auch für die hier anzustellenden Vorausberechnungen zur künftigen Entwicklung der Haushalte herangezogen wurde.

Abb. 4.1 Privathaushalte, Rentner- und Pensionärshaushalte und Bevölkerung von 1976 bis 2003*)
Messziffer 1976 = 100



*) Ergebnisse des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

4.1 Informationen zum Mikrozensus

Der Mikrozensus ist als repräsentative Mehrzweckstichprobe von etwa 1 % aller Haushalte in Deutschland konzipiert. In Nordrhein-Westfalen werden rund 75 000 Haushalte mit ca. 160 000 Personen befragt. Jeder dieser Haushalte ist für vier Jahre Teil der Stichprobe. Durch das Verfahren der partiellen Rotation bleibt jedoch nicht die gesamte Stichprobe über vier Jahre erhalten; jedes Jahr wird ein Viertel der Haushalte ausgetauscht.

Die Auswahl der Haushalte erfolgt über eine so genannte Flächenstichprobe, d. h., es werden spezifische Regionen ausgemacht, aus denen die zu befragenden Haushalte rekrutiert werden. Grundsätzlich ist es so, dass alle Haushalte die gleiche Chance haben, in die Erhebung einbezogen zu werden. Die jeweiligen Regionen oder Auswahlbezirke werden über Ergebnisse der Volkszählung von 1987 bestimmt. Für die neuen Bundesländer gibt es eine vergleichbare Auswahlgrundlage. Über die Bautätigkeitsstatistik werden die Auswahlregionen aktualisiert, um z. B. Neubaugebiete adäquat zu berücksichtigen.

Inhaltlich liefert der Mikrozensus Informationen über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Das jährliche Grundprogramm der Erhebung umfasst u. a. Daten zur Haushalts- und Familienzusammensetzung, zur Erwerbstätigkeit, zu Quellen des Lebensunterhaltes, zu Ausbil-

dungsabschlüssen oder zum monatlichen Nettoeinkommen. Ergänzend wird jährlich ein Zusatzprogramm mit einem Erhebungshorizont von meistens vier Jahren angelegt mit Schwerpunkten aus den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Pendler und mit zusätzlichen Fragen zur Erwerbstätigkeit.

4.2 Entwicklung der Haushalte bis 2003

Verhältnis der Haushalte zur Bevölkerung

Die Entwicklung der privaten Haushalte in Nordrhein-Westfalen in den letzten drei Jahrzehnten zeigt einen stetigen Anstieg um fast 30 % von 6,6 Millionen auf 8,4 Millionen. Damit wuchs die Zahl der Haushalte deutlich stärker als die nordrhein-westfälische Bevölkerung, die seit 1976 nur einen Zu-

wachs um knapp 6 % erreichte. Dies deutet darauf hin, dass die Haushalte kleiner wurden.

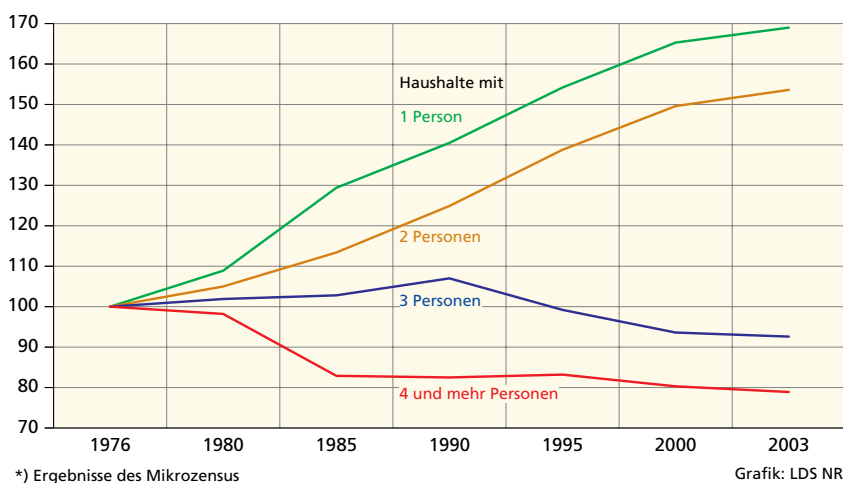
Änderung der Haushaltsgröße

Die Steigerung der Gesamtzahl der Haushalte ist ausschließlich auf die Veränderungen bei den kleineren Haushalten zurückzuführen. Seit 1976 kam es zu einer Steigerung der Zahl der Einpersonenhaushalte um annähernd 70 % von 1,8 Millionen auf über drei Millionen. Die Zahl der Zweipersonenhaushalte erhöhte sich um knapp eine Million ebenfalls auf fast drei Millionen. Das entspricht einer Steigerung um etwa 50 %.

Auf der anderen Seite sank die Zahl der Haushalte mit drei Personen von 1976 bis 2003 um 7 %. Ein wirklicher Rückgang setzte jedoch erst mit Beginn der 1990er-Jahre ein. Die Zahl der Haushalte mit vier oder mehr Personen ging bis Mitte der 1980er-Jahre sehr deutlich um fast 18 % zurück, dann verlangsamte sich der Rückgang. Insgesamt hat sich die Zahl der Haushalte mit vier oder mehr Personen seit 1976 um über 20 % oder fast 350 000 verringert.

Die Gründe für die Verringerung der Zahl großer Haushalte sind vielschichtig. Aufgrund niedriger Geburtenziffern steigt die Zahl der Kinderlosen und sinkt die Anzahl der Haushalte mit Kindern; insbesondere Großfamilien mit drei oder mehr Kindern gibt es immer seltener.

Abb. 4.2 Haushalte von 1976 bis 2003 nach ihrer Größe*)
Messziffer 1976 = 100



*) Ergebnisse des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

Gleichzeitig leben ältere Menschen häufig nicht mehr im familiären Kreis, sondern im späteren Lebensalter alleine und werden im Pflegefall ambulant versorgt. Die steigende Lebenserwartung verstärkt diese Entwicklung. Zudem führen grundlegende Änderungen in den Beziehungsstrukturen sowie erhöhte Scheidungsraten zu einer wachsenden Zahl von Singlehaushalten bzw. Haushalten von allein Erziehenden.

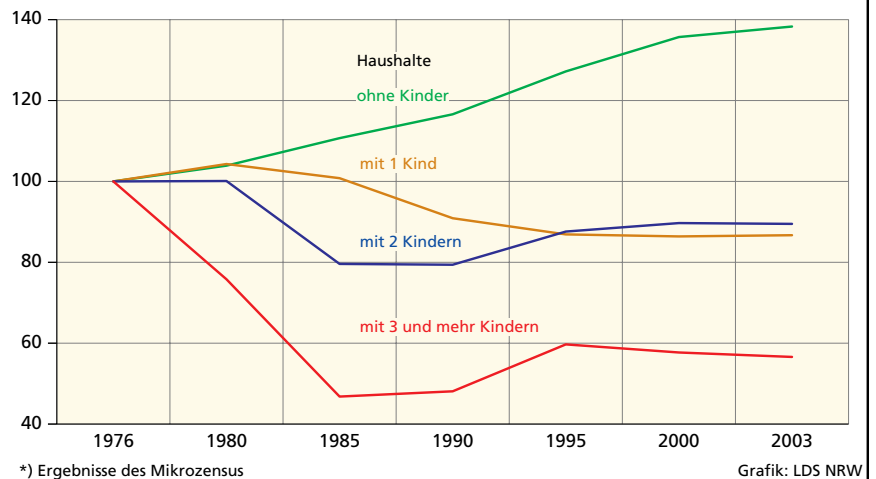
Die Anzahl der Haushalte ohne Kinder hat sich von 1976 bis 2003 um fast 40 % oder 1,2 Millionen erhöht, wohingegen sich die Zahl der Haushalte mit Kindern verringert hat: bei den Haushalten mit einem Kind um 13 % (150 000), mit zwei Kindern um fast 11 % (knapp 90 000) und mit drei oder mehr Kindern sogar um über 40 % (fast 200 000).

Mit diesen Veränderungen innerhalb der letzten drei Jahrzehnte stieg der Anteil der kinderlosen Haushalte von 56 % auf fast 70 %. Der Anteil der Haushalte mit einem Kind sank von ca. 20 % auf 15 %, der Anteil der Haushalte mit zwei Kindern rutschte von 15 % auf ungefähr 12 % und der Anteil der Haushalte mit drei oder mehr Kindern verringerte sich von etwa 8 % auf 4 %.

Eine Betrachtung des generationenübergreifenden Wohnens zeigt, dass sich die Zahl der Personen in Haushalten, in denen mehrere Generationen gemeinsam wirtschaften, verringert hat.¹⁷⁾ Seit 1976 ist nicht nur die Zahl der Personen in Einpersonenhaushalten gestiegen – um fast 70 % auf über drei Millionen. Auch die Zahl der Bevölkerung in Haushalten, in denen nur eine Generation lebt, hat seit 1976 um fast 40 % oder 1,2 Millionen auf 4,4 Millionen zugenommen. Im Gegenzug sank die Zahl der Personen in Haushalten mit zwei Generationen um 17 % oder 1,9 Millionen auf 9,3 Millionen ab, die Zahl der Personen in Haushalten mit drei Generationen sogar um mehr als 50 % oder über 250 000 auf 240 000.

17) Vgl. zum Verhältnis der Generationen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels u. a. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“.

Abb. 4.3 Haushalte von 1976 bis 2003 nach Anzahl der Kinder*)
Messziffer 1976 = 100



Steigende Anzahl der Rentner- und Pensionärshaushalte

Als eine spezielle Form der privaten Haushalte gelten die so genannten Rentner- und Pensionärshaushalte, also Haushalte, in denen die Bezugsperson¹⁸⁾ bereits im Ruhestand ist. In den vergangenen drei Jahrzehnten ist die Zahl solcher Haushalte überproportional angestiegen (siehe Abb. 4.1). Der Anteil der Rentner- und Pensionärshaushalte an der Gesamtzahl der Haushalte stieg von 35,2 % (1976) auf 37,6 % (2003). Während seit 1976 die Zahl der Gesamthaushalte um 27,8 % anstieg, erhöhte sich die Zahl der Haushalte mit Rentnern oder Pensionären um 36,8 % oder über 850 000. Insbeson-

dere ab 1995 stieg die Zahl der Rentner- und Pensionärshaushalte deutlich stärker an als die Gesamtzahl der Haushalte.

Der überproportionale Zuwachs an Haushalten mit Personen im Ruhestand kann bereits als ein Effekt der demografischen Entwicklung bewertet werden: Die steigenden Zahlen älterer Menschen führen zu einer höheren Zahl von Haushalten mit älteren Bewohnern. Die Zeitreihen in Abbildung 4.5 zeigen, dass seit 1991 die Zahl der Männer und Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren in Einpersonenhaushalten um 24 % oder 450 000 auf 2,3 Millionen angestiegen ist. Die Zahl der Einpersonenhaushalte mit einer Person im Alter von unter 35 Jahren nahm dagegen um etwa 15 % oder fast 280 000 auf 1,5 Millionen ab.

18) Als Bezugsperson wird die im Rahmen des Mikrozensus zuerst befragte erwachsene Person eines Haushalts bezeichnet. Die Reihenfolge der Befragung erfolgt unabhängig vom Alter und Haupteinkommensbezug der Personen.

Abb. 4.4 Mitglieder in Einpersonenhaushalten bzw. in Haushalten mit einer oder mehreren Generationen von 1976 bis 2003*)
Messziffer 1976 = 100

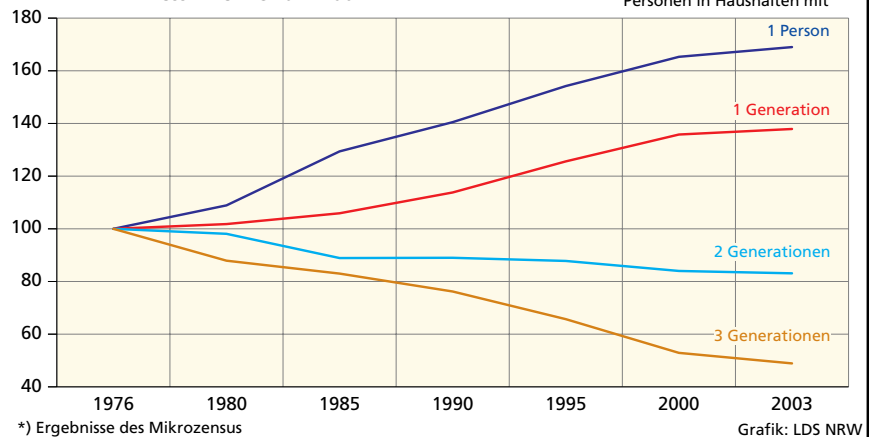
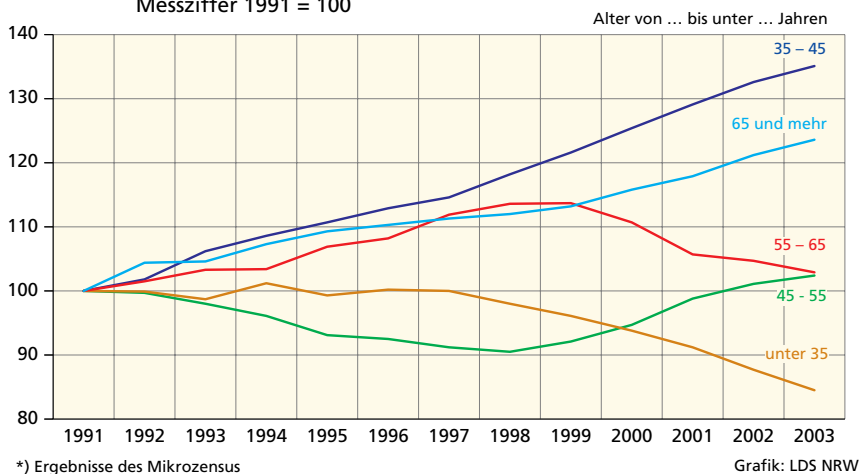


Abb. 4.5 Einpersonenhaushalte von 1991 bis 2003 nach Altersgruppe der Person*)
Messziffer 1991 = 100

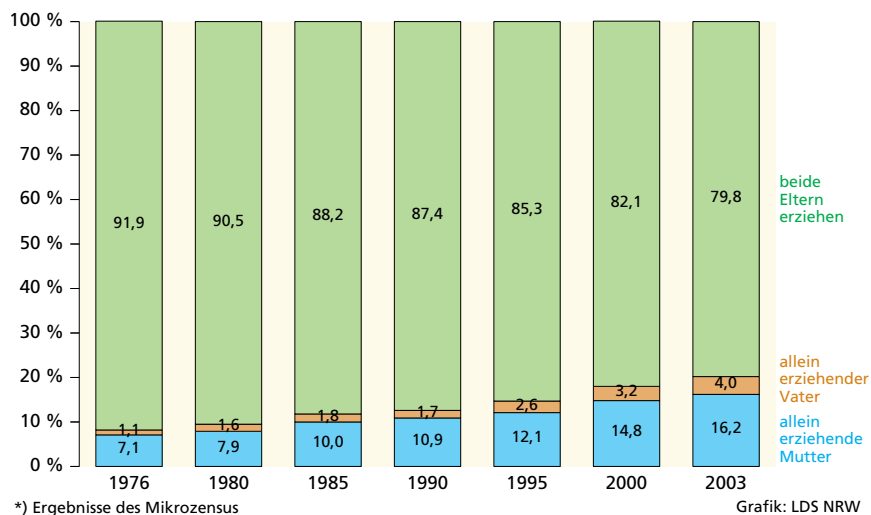


Steigende Zahlen von Haushalten mit allein Erziehenden

Veränderungsprozesse vollziehen sich auch hinsichtlich der Aufgliederung der Haushalte nach Typen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die allein Erziehenden von Bedeutung. Mitte der 1970er-Jahre war der Familientypus Alleinerziehung mit anteilig 8,2 % sehr gering vertreten. Seitdem hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt. Das Geschlechterverhältnis bezüglich der alleinigen Betreuung von Kindern ist jedoch weiterhin unausgewogen.

Bemerkenswert ist bei einer Betrachtung der allein Erziehenden auch der jeweilige Familienstand. Von den allein Erziehenden Mitte der 1970er-Jahre waren über 80 % verwitwet oder geschieden. Ledige oder getrennt lebende allein Erziehende gab es damals nur zu einem sehr geringen Anteil. Während der Anteil der geschiedenen allein Erziehenden über die Jahrzehnte relativ konstant geblieben ist, nahm der Anteil der verwitweten allein Erziehenden um 27,1 Prozentpunkte ab auf 7,7 %. Im Gegenzug verzeichneten die Anteile der ledigen allein Erziehenden eine Verdreifung auf 30 % und der getrennt lebenden allein Erziehenden eine Verdoppelung auf fast 20 %.

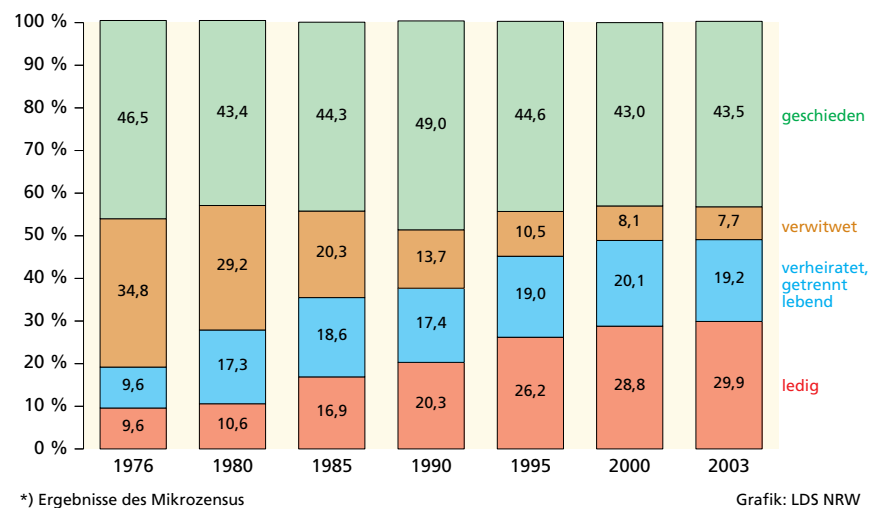
Abb. 4.6 Haushalte von 1976 bis 2003 nach Erziehungstypen*)



4.3 Künftige Entwicklung der Privathaushalte

Im Folgenden wird anhand der Ergebnisse der Modellrechnungen dargestellt, wie sich die Haushalte zukünftig in Nordrhein-Westfalen entwickeln werden. Dabei wird nicht nur die Gesamtzahl der Haushalte thematisiert, sondern auch die Entwicklung von unterschiedlichen Haushaltstypen. Die Typisierung der Haushalte erfolgt nach Merkmalen, die u. a. einen Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung aufweisen: (1) die unterschiedliche Haushaltsgröße, (2) die Altersstruktur der Einpersonenhaushalte, (3) verschiedene Familien- bzw. Lebensformen sowie (4) das Alter des jüngsten im Haushalt lebenden Kindes.

Abb. 4.7 Allein Erziehende von 1976 bis 2003 nach Familienstand*)



Allen Modellrechnungen liegt ein ähnliches methodisches Vorgehen zugrunde, das jeweils zu Beginn des thematischen Abschnitts kurz erläutert wird. Für detaillierte Fragen zur Methodik sei auf den Anhang verwiesen.

4.3.1 Haushalte nach Größe

4.3.1.1 Methodik der Modellrechnungen

Für Vorausberechnungen zur Entwicklung der Haushalte wird in den meisten Fällen das so genannte Mitgliederquotenverfahren verwendet.¹⁹⁾ Bei dieser Methode kann der enge Zusammenhang zwischen bestimmten nach Alter und Geschlecht differenzierten Bevölkerungsgruppen und der Haushaltsgröße genutzt werden. So leben z. B. Kinder und Jugendliche meist in Mehrpersonenhaushalten, während ältere Menschen, und hier vor allem Frauen, häufig alleine leben.

In einem ersten Schritt wird die Bevölkerung am jeweiligen Hauptwohnsitz auf die Bevölkerung in Privathaushalten umgerechnet. Hierzu wird mittels Umrechnungsfaktoren die Bevölkerung in institutionellen Einrichtungen – wie z. B. in Pflege- oder Jugendheimen – abgezogen und die Bevölkerung in Nebenwohnsitzen dazugefügt. Die Berechnung erfolgt sodann über eine alters- und geschlechtsdifferenzierte Verteilung dieser Bevölkerung auf verschiedene Haushaltstypen. Die Haushalte werden differenziert nach Größe; üblich ist die Einteilung in vier Kategorien der Haushalte mit ein, zwei, drei und vier oder mehr Personen. Anschließend wird die Summe der einem bestimmten Haushaltstyp nach alters- und geschlechtsspezifischen Quoten zugeordneten Personen durch die jeweilige durchschnittliche Haushaltsgröße dividiert. Die Quoten wurden gebildet ausgehend von den Mittelwerten der Jahre 2001 bis 2003 mit der Zentrierung des Basisjahres 2002.

19) Vgl. zur näheren Erläuterung von an die Bevölkerungsvorausberechnung anschließenden Modellrechnungen zur Entwicklung der Haushalte Berke (1977).

Um bei den Schätzungen zur künftigen Haushaltsentwicklung eine Bandbreite an Ergebnissen aufzuzeigen, wurden zwei Varianten mit unterschiedlichen Annahmen berechnet. In der ersten Variante (konstante Variante) wurden die mittleren Haushaltsmitgliederquoten konstant gehalten. In dieser Version werden also eventuelle Entwicklungen in der Haushaltszusammensetzung, z. B. die Tendenz zu kleineren Haushalten, wie sie oben beschrieben wurde, nicht berücksichtigt; nur die demografische Entwicklung spielt stattdessen eine Rolle.

In einer zweiten Version (Trendvariante) werden zusätzlich zur Bevölkerungsveränderung die Entwicklungen einberechnet, die sich aus der Trendstatistik als signifikant herausgestellt haben. Um die Schwierigkeiten der Setzung von Annahmen zu umgehen, wurden für diese Modellrechnung Zeitreihen ab 1996 mithilfe statistischer Verfahren dahingehend untersucht, ob es sich bei empirisch beobachtbaren Entwicklungen, welche die Haushaltsgröße betreffen, um einen statistisch signifikanten Trend handelt oder nicht. Die wichtigste statistische Voraussetzung für das Vorhandensein eines Trends besteht darin, dass die jeweiligen Datenreihen im hier gewählten Stützzeitraum möglichst glatt verlaufen, d. h. keine allzu großen Sprünge aufweisen.

Über dieses Verfahren wurden etwa 2 000 Trends von insgesamt über 6 000 untersuchten Zeitreihen ausge-

schlossen. Zusätzlich wurden alle bogenförmigen Trends ausgesondert, d. h. Entwicklungen, deren Verlauf in der Mitte der Zeitreihe einen Höhepunkt aufweist und an den Enden jeweils abflacht.

Aufgrund des verbleibenden hohen Anteils an einbezogenen Trends ergaben sich deutlich sichtbare Unterschiede zwischen der Trend- und der von einer Konstanzannahme ausgehenden Variante. Die Trendvariante kann als realistischere Variante eingeschätzt werden, da sie nicht nur die Effekte des demografischen Wandels berechnet, sondern auch andere Entwicklungen einbezieht.

Analog zur Bevölkerungsvorausberechnung werden für Nordrhein-Westfalen die Schätzungen der Haushalte für den Berechnungshorizont bis 2040 dargestellt. Eine Regionalisierung der Ergebnisse erfolgt bis zum Jahr 2020.

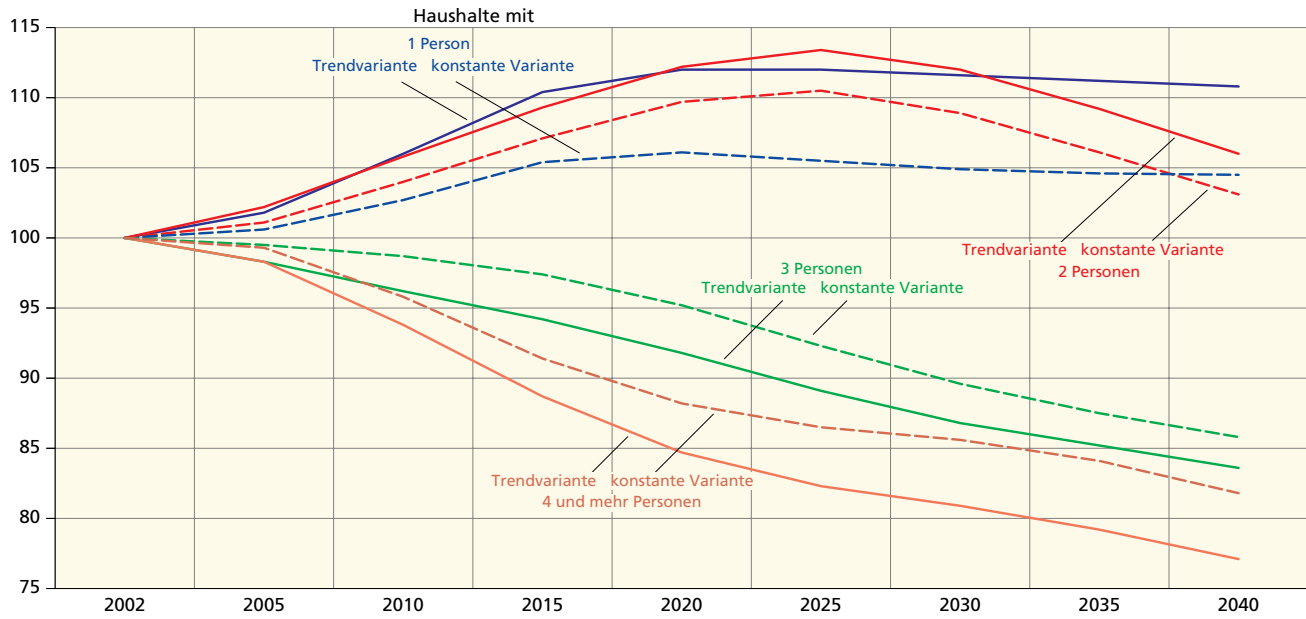
4.3.1.2 Unterschiedliche Entwicklung bei Haushalten verschiedener Größe

Die Schätzungen zeigen, dass es im Vergleich zu 2002 unter der Annahme konstant gehaltener Mitgliederquoten bis zum Jahr 2040 in Nordrhein-Westfalen zu einem Rückgang der Haushaltszahl um 185 000 oder 2,2 % kommt. Von diesem Rückgang betroffen sind ausschließlich die Haushalte mit drei oder mehr Personen. Dieser Haushaltstyp verliert bis

Haushaltsgröße a = konstante Variante b = Trendvariante	Haushalte									
	2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	
	1 000									
Haushalte mit ... Person(en)										
1	a	3 001	3 018	3 082	3 162	3 184	3 166	3 147	3 139	3 136
	b	3 001	3 055	3 180	3 312	3 362	3 362	3 348	3 338	3 326
2	a	2 813	2 844	2 924	3 013	3 086	3 108	3 063	2 984	2 899
	b	2 813	2 875	2 977	3 075	3 157	3 191	3 152	3 071	2 980
3	a	1 159	1 153	1 143	1 129	1 103	1 069	1 038	1 014	994
	b	1 159	1 139	1 114	1 092	1 064	1 032	1 006	988	968
4 und mehr	a	1 327	1 318	1 272	1 214	1 170	1 148	1 136	1 116	1 086
	b	1 327	1 305	1 246	1 177	1 125	1 092	1 073	1 051	1 024
Haushalte insgesamt	a	8 300¹⁾	8 333	8 421	8 518	8 543	8 492	8 384	8 255	8 115
	b	8 300¹⁾	8 374	8 516	8 657	8 708	8 677	8 578	8 448	8 299

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2002 – 1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

Abb. 4.8 Haushalte von 2002 bis 2040*) nach ihrer Größe
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2002

Grafik: LDS NRW

2040 über 400 000 Haushalte, das entspricht rund 16 %. Auf der anderen Seite gewinnen die Ein- und Zweipersonenhaushalte nur etwa 220 000 (ca. 4 %) hinzu.

Bei dem unter den Bedingungen der konstanten Variante vorausberechneten Rückgang der Haushaltszahl handelt es sich um einen Effekt der demografischen Entwicklung, d. h., er ist zurückzuführen auf die Schrumpfung der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung um rund 1,2 Millionen bis zum Jahr 2040 und auf die Veränderung der Altersstruktur.

Im Rahmen der Trendvariante werden neben bevölkerungsbezogenen Änderungen auch andere Entwicklungen berücksichtigt, z. B. die Zunahme der Zahl allein Lebender. Danach werden beide Tendenzen – Abnahme der größeren und Zunahme der kleineren Haushalte – noch verstärkt. Unter Einbezug dieser Trends wird für die Gesamtzahl der Haushalte nur eine marginale Reduzierung um rund 1 000 Haushalte bis 2040 erwartet.

Für die nach Größe differenzierte Aufteilung ergäbe sich unter den simulierten Trendbedingungen bis zum Jahr 2040 Folgendes: Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt um 325 000 oder fast 11 %, die der Zweipersonenhaushalte erhöht sich

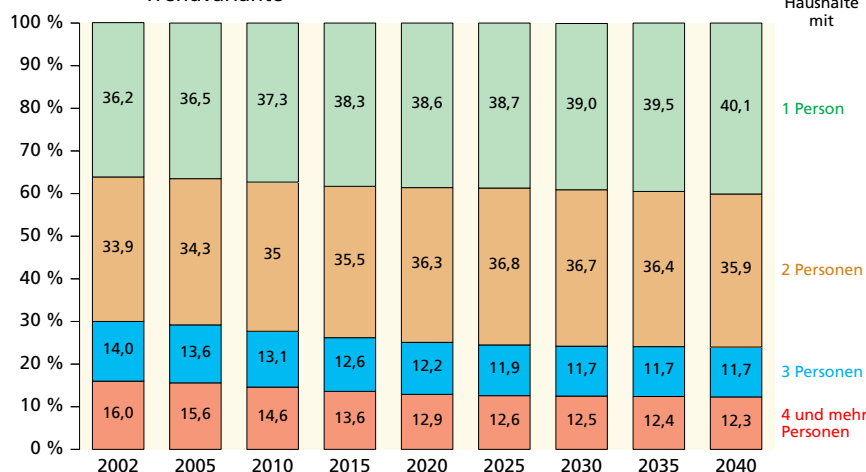
um 167 000 oder knapp 6 %. Im Gegensatz dazu ist für die Zahl der Dreipersonenhaushalte mit einem Rückgang um 191 000 (16,5 %) zu rechnen; für die Haushalte mit vier oder mehr Mitgliedern beträgt die Verringerung sogar fast 23 % (303 000).

Von der Gesamtzahl der Haushalte waren bereits 2002 nur 14 % Dreipersonenhaushalte und nur 16 % Haushalte mit vier oder mehr Personen; bis 2040 schrumpfen diese Anteile nach der Trendvariante auf 11,7 % bzw. 12,3 %. Umgekehrt steigt der Anteil der Einpersonenhaushalte um knapp vier Prozentpunkte auf unge-

fähr 40 % und jener der Zweipersonenhaushalte um rund zwei Prozentpunkte auf knapp 36 %.

Bei der Trendfortschreibung der Mitgliederquoten der Haushalte ergibt sich im Vergleich zur konstanten Variante eine stärker ausgeprägte Scherenbewegung zwischen kleinen und großen Haushalten. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine additive Verstärkung von demografischen Einflüssen und Trends aus der Modellrechnung. Bei den Haushalten mit einer Person müsste – bei einer fiktiv angenommenen additiven Verstärkung – eine Zunahme bis 2040 um fast 400 000 Haushalte er-

Abb. 4.9 Haushalte von 2002 bis 2040*) nach ihrer Größe
Trendvariante



*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2002

Grafik: LDS NRW

folgen. Stattdessen weist die Trendvariante „nur“ einen Zuwachs um 325 000 Einpersonenhaushalte auf. Der Grund für die Differenz liegt darin, dass insbesondere Einpersonenhaushalte, in denen häufig ältere Menschen wohnen, von der im Alter steigenden Zahl der Sterbefälle betroffen sind. Bei den Haushalten mit zwei Personen liegt die Differenz zwischen einer fiktiv angenommenen additiven Zunahme und der in der Trendvariante berechneten viel niedriger bei nur 10 000 Haushalten.

Das Ausmaß der rückläufigen Entwicklung der Zahl größerer Haushalte fällt stärker aus, wenn die Verhaltenskomponente mit den demografischen Effekten kombiniert wird. Bei einer fiktiv angenommenen additiven Verstärkung von Bevölkerungsveränderung und Trendentwicklung wäre mit einem Minus von ca. 200 000 (Dreipersonenhaushalte) resp. 317 000 (Vierpersonen- und größere Haushalte) zu rechnen. Das Ergebnis der Trendvariante weicht hiervon um 10 000 bzw. 14 000 ab.

tung auf das Ausgangsniveau – zeigt sich sowohl bei den Ein- als auch bei den Zweipersonenhaushalten; Haushalte mit drei oder mehr Personen sind dagegen kontinuierlich von einem Rückgang betroffen.

4.3.1.3 Entwicklung der Haushalte in den Regionen bis 2020

Nordrhein-Westfalen weist unter den Annahmen der Trendvariante, wie oben erwähnt, bis 2020 noch einen Zuwachs an Haushalten um fast 5 % auf. Die Entwicklung fällt jedoch in den einzelnen Regionen des Landes höchst unterschiedlich aus (siehe Karte 4.1).

Von den insgesamt 54 kreisfreien Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen verzeichnen 18 einen Rückgang der Haushaltszahl. Das Besondere hieran liegt in der geografischen Ballung des Phänomens: Das Gebiet mit einem Minus der Haushaltsentwicklung reicht in Ost-West-Richtung von Hagen bis Krefeld und

in Nord-Süd-Richtung von Gelsenkirchen bis Leverkusen. Außerhalb dieser Region sind nur noch in den kreisfreien Städten Hamm und Aachen rückläufige Haushaltszahlen zu verzeichnen.

Im Gegensatz dazu zeigen fünf Kreise – Borken, Coesfeld, Paderborn, Heinsberg und der Rhein-Sieg-Kreis – Zuwächse bei der Zahl der Haushalte um mehr als 20 %.

An dieser Stelle wird wieder der strukturelle Schnitt zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen Nordrhein-Westfalens deutlich. Während in den Kreisen noch bis 2020 mit einer Steigerung der Haushaltszahl um über 10 % oder fast 500 000 gerechnet werden kann, hat der Rückgang in den städtischen Gegenden bereits eingesetzt. Bis 2020 ergeben die Modellrechnungen dort einen Rückgang um über 80 000 Haushalte oder 2,2 %.

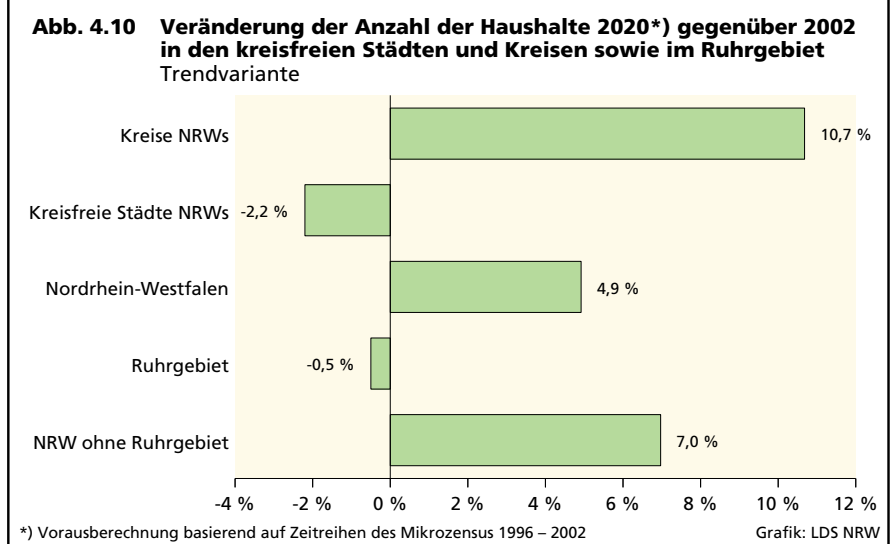
Das Ruhrgebiet als demografische Problemregion zeigt bis 2020 um 12 000 (0,5 %) sinkende Haushaltszahlen. Damit schneidet es jedoch günstiger ab als der Durchschnitt aller kreisfreien Städte. Dies erklärt sich dadurch, dass in den Kreisen des Ruhrgebietes bis 2020 teilweise noch erhebliche Zuwächse der Haushaltszahl zu erwarten sind.²⁰⁾

20) Es gilt zu beachten, dass die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Unna mit einem nicht näher quantifizierbaren Fehlerrisiko behaftet sind. Dieses ist auf die Sondereinflüsse durch die dortige Aufnahme- stelle für Spätaussiedler (starke Fluktuation, überdurchschnittliche Zu- und Fortzüge) zurückzuführen.

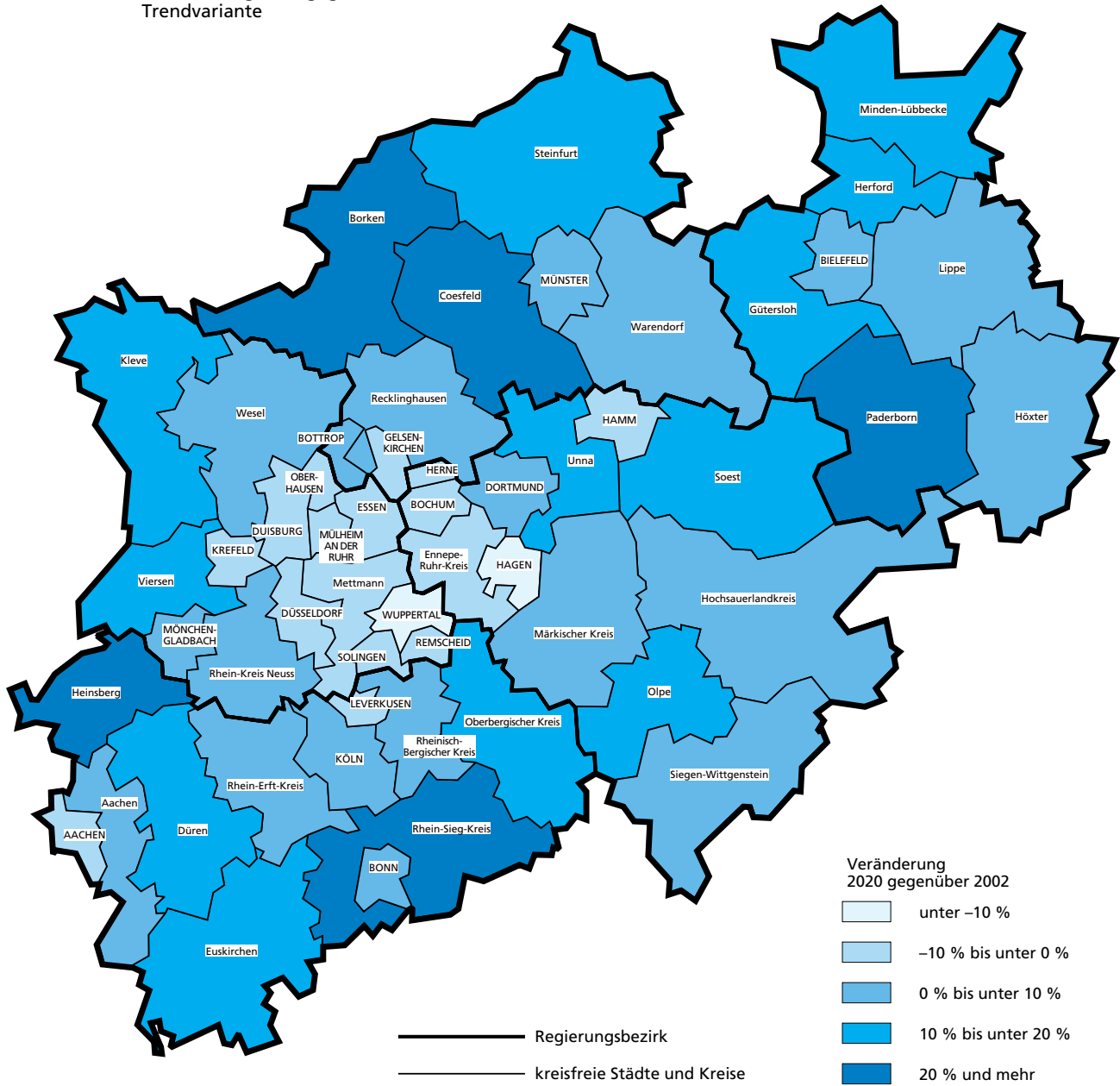
Annahme	Haushalte mit ... Person(en)			
	1	2	3	4 und mehr
	Veränderung 2040 gegenüber 2002 in 1 000			
Änderung aufgrund der Trendentwicklung (Konstanz der Bevölkerung)	+264	+91	-36	-76
Änderung aufgrund der demografischen Entwicklung (Konstanz der Haushaltstrends)	+135	+86	-165	-241
Additive Verstärkung von demografischer und Trendentwicklung (Fiktive Annahme)	+399	+177	-201	-317
Berechnete Änderung unter Annahmen der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung	+325	+167	-191	-303
Differenz zwischen additiver Verstärkung und berechneter Änderung	-74	-10	+10	+14

Unabhängig von den Simulationsbedingungen ist aus den Schätzungen für Nordrhein-Westfalen ersichtlich, dass es bis zum Jahr 2020 zu einem leichten Anstieg der Haushaltszahl insgesamt um knapp 5 % (Trendvariante) bzw. knapp 3 % (konstante Variante) kommen wird. In der Trendvariante käme es dann zu einem leichten Rückgang, so dass 2040 wieder das Ausgangsniveau von 2002 erreicht sein würde. In der konstanten Variante müsste insgesamt von einem Rückgang um 2,2 % ausgegangen werden.

Diese Verlaufsform – Zunahme bis 2020, dann Rückentwicklung in Rich-



Karte 4.1 Haushalte in Nordrhein-Westfalen
 Veränderung 2020 gegenüber 2002
 Trendvariante



Grafik: LDS NRW

4.3 Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen von 2002 bis 2020* (Trendvariante)

Gebiet	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt	308	306	304	303	302
Duisburg, krfr. Stadt	245	242	237	232	225
Essen, krfr. Stadt	298	294	289	285	278
Krefeld, kreisfr. Stadt	116	115	114	112	110
Mönchengladbach, krfr. Stadt	124	125	127	128	128
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	85	84	83	82	80
Oberhausen, krfr. Stadt	105	106	106	105	103
Remscheid, krfr. Stadt	58	58	57	57	55
Solingen, krfr. Stadt	77	77	76	75	75
Wuppertal, krfr. Stadt	178	174	170	166	160
Kleve, Kreis	124	127	131	135	139
Mettmann, Kreis	233	233	233	232	230
Rhein-Kreis Neuss	200	202	205	208	209
Viersen, Kreis	133	136	141	147	150
Wesel, Kreis	204	208	214	218	220
Regierungsbezirk Köln					
Aachen, krfr. Stadt	135	133	132	131	130
Bonn, krfr. Stadt	156	156	157	160	163
Köln, krfr. Stadt	502	502	508	515	519
Leverkusen, krfr. Stadt	77	77	77	77	76
Aachen, Kreis	135	136	138	139	140
Düren, Kreis	117	119	124	129	133
Rhein-Erft-Kreis	201	206	212	218	220
Euskirchen, Kreis	78	80	84	87	89
Heinsberg, Kreis	104	109	115	121	125
Oberbergischer Kreis	124	128	134	140	144
Rheinisch-Bergischer Kreis	122	123	125	127	128
Rhein-Sieg-Kreis	251	260	275	292	302
Regierungsbezirk Münster					
Bottrop, krfr. Stadt	56	57	58	58	58
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	135	133	130	128	124
Münster, krfr. Stadt	140	139	140	143	143
Borken, Kreis	144	150	161	170	177
Coesfeld, Kreis	87	91	97	103	107
Recklinghausen, Kreis	299	303	309	312	310
Steinfurt, Kreis	174	179	187	196	204
Warendorf, Kreis	116	118	122	126	127
Regierungsbezirk Detmold					
Bielefeld, krfr. Stadt	162	163	167	170	170
Gütersloh, Kreis	141	146	153	162	167
Herford, Kreis	117	119	124	128	131
Höxter, Kreis	64	65	66	67	68
Lippe, Kreis	163	163	166	169	172
Minden-Lübbecke, Kreis	146	152	161	170	176
Paderborn, Kreis	126	131	141	151	158
Regierungsbezirk Arnsberg					
Bochum, krfr. Stadt	198	198	196	194	191
Dortmund, krfr. Stadt	291	292	294	296	294
Hagen, krfr. Stadt	99	97	93	90	86
Hamm, krfr. Stadt	79	79	79	79	79
Herne, krfr. Stadt	85	84	83	81	79
Ennepe-Ruhr-Kreis	164	164	163	163	160
Hochsauerlandkreis	122	122	123	125	125
Märkischer Kreis	202	204	208	212	212
Olpe, Kreis	57	59	61	62	63
Siegen-Wittgenstein, Kreis	124	125	127	128	128
Soest, Kreis	132	136	142	147	152
Unna, Kreis	185	189	197	205	212
Nordrhein-Westfalen	8 300	8 374	8 516	8 656	8 708
davon					
kreisfreie Städte	3 711	3 689	3 676	3 668	3 629
Kreise	4 589	4 685	4 840	4 989	5 079

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2002

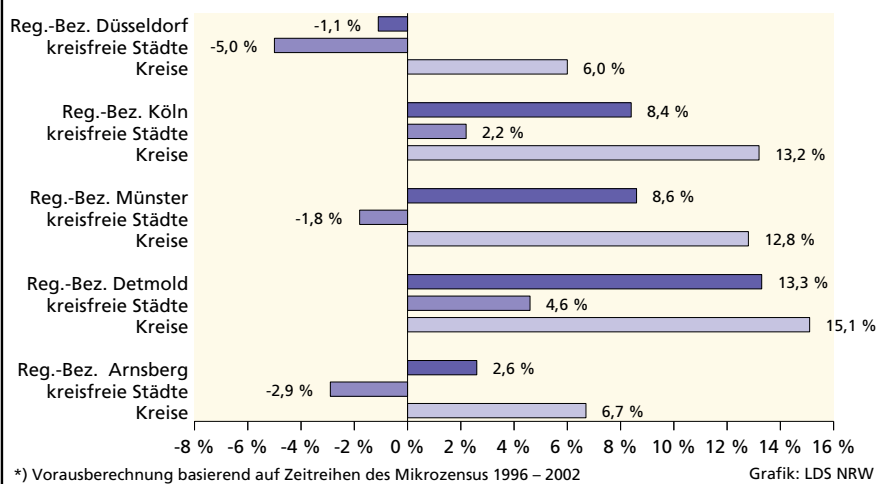
Eine Differenzierung der Ergebnisse der Trendvariante nach Regierungsbezirken macht deutlich, dass auch die Zuwächse in den Kreisen teilweise erheblich differieren (siehe Abb. 4.11). In den Kreisen der Regierungsbezirke Köln, Münster und Detmold liegen die Zuwächse zwischen 13 % und 15 %. Für Münster und Detmold bedeutet das einen Zuwachs um jeweils mehr als 100 000 Haushalte bis 2020. Dabei profitieren insbesondere der Kreis Gütersloh mit einem Plus von 26 000 Haushalten und die Kreise Borken und Steinfurt mit einem Zuwachs um jeweils über 30 000. In den Kreisen des RB Köln steigt die Zahl der Haushalte um knapp 150 000 Haushalte, wobei etwa ein Drittel der Steigerung auf den Rhein-Sieg-Kreis entfällt.

In den Kreisen der Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnsberg liegt die geschätzte Steigerung im Gegensatz dazu bei nur etwa 6 % bis 2020 (54 000 im RB Düsseldorf; 66 000 im RB Arnsberg).

Für die kreisfreien Städte ergibt sich auf der Ebene der Regierungsbezirke ein noch differenzierteres Bild. Für Bielefeld als einzige kreisfreie Stadt des Regierungsbezirkes Detmolds wird eine positive Entwicklung vorausgeschätzt: Nach den Berechnungen der Trendvariante zeigt sich dort ein anzunehmender Anstieg der Gesamtzahl der Haushalte um 4,6 % bis 2020. Dies entspricht jedoch nur etwa 7 500 Haushalten. Der Regierungsbezirk Köln kann auf städtischer Ebene insgesamt mit einem Anstieg um rund 2,2 % (etwa 20 000 Haushalte) rechnen. Hiervon betroffen sind jedoch nur die kreisfreien Städte Köln und Bonn; in Leverkusen und Aachen ist eine rückläufige Entwicklung der Zahl der Haushalte zu verbuchen.

Die kreisfreien Städte der Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster und Arnsberg erwarten dagegen einen teilweise erheblichen Rückgang der Haushalte um beispielsweise 80 000 Haushalte (etwa 5 %) in den kreisfreien Städten des RB Düsseldorf. Besonders betroffen sind Essen und Duisburg mit jeweils 20 000 Haushalten weniger und Wuppertal

Abb. 4.11 Veränderung der Anzahl der Haushalte 2020*) gegenüber 2002 in den Regierungsbezirken
Trendvariante



mit einem Minus von 18 000 Haushalten bis 2020.

Auch in den kreisfreien Städten des RB Arnsberg wird sich die Zahl der Haushalte verringern, was wiederum vor allem durch die Entwicklungen in den Ballungszentren des Ruhrgebietes bedingt ist. Der Rückgang für die kreisfreien Städte des RB Münster um 6 000 Haushalte (1,8 %) ist ausschließlich auf Gelsenkirchen zurückzuführen. In Münster und Bielefeld steigt die Zahl der Haushalte dagegen bis 2020 leicht an.

Tabelle 4.4 zeigt die Anzahl der Personen in Haushalten bestimmter Größe unter der Annahme konstanter Quoten in regionaler Gliederung. Hier ist zu erkennen, dass vor allem die Kreise von der Zunahme an Personen in Einpersonenhaushalten und noch deutlicher von der Zunahme an Personen in Zweipersonenhaushalten profitieren – und zwar stärker, als sie bezüglich des Rückgangs bei Personen in größeren Haushalten Einbußen haben. Während die kreisfreien Städte nicht nur an Personen aus großen,

sondern sogar an Personen aus Einpersonenhaushalten verlieren, können die Kreise durch ein Mehr an Personen aus kleineren Haushalten den Schwund bei den größeren Haushalten zumindest bis 2020 ausgleichen.

4.3.2 Altersstruktur der Einpersonenhaushalte

Der Rückgang der Gesamtzahl der Haushalte bis 2040 ist zurückzuführen auf die Schrumpfung der Bevölkerung. Doch die geringeren Einwohnerzahlen markieren nur eine Seite der „demografischen Medaille“. Die andere Seite ist die fortschreitende Alterung der Gesellschaft, die sich ebenfalls auf die Haushaltsentwicklung, nämlich die Haushaltstypstruktur, auswirken wird.

4.3.2.1 Zuwachs an Haushalten mit älteren Personen

Die Modellrechnung zeigt, dass die oben dargelegte Zunahme bei den Einpersonenhaushalten maßgeblich bestimmt wird von Haushalten, die von älteren Personen geführt werden. Dies ist ein direkter Effekt des demografischen Wandels in Form einer starken Zunahme der Bevölkerung im Alter von 70 und mehr Jahren. Die bessere gesundheitliche Verfassung von Personen in fortgeschrittenem Alter trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass diese heute und zukünftig weiterhin in der Lage sind, alleine einen Haushalt zu bewirtschaften.

So wird sich z. B. die Zahl der Einpersonenhaushalte, deren einziges Mitglied 70 Jahre oder älter ist, von knapp 900 000 (2002) auf über 1,3 Millionen im Jahr 2040 erhöhen. Dies entspricht einer Steigerung von fast 45 %.

Für die Männer wird – aufgrund ihres Nachholens bei der Entwicklung der Lebenserwartung – ein noch stärkeres Wachstum angenommen als für Frauen. Die Zahl der Einpersonenhaushalte mit einem Mann im Alter ab 70 Jahren liegt heute bei knapp 150 000. Das heißt, dass nur

4.4 Veränderung der Personenzahl in Haushalten 2020*) gegenüber 2002 (konstante Variante) nach Haushaltsgröße und Regierungsbezirken

Gebiet	Personen					Haushalte
	insgesamt	davon in Haushalten mit ... Person(en)				
		1	2	3	4 und mehr	
Veränderung 2020 gegenüber 2002 in 1 000						
Reg.-Bez. Düsseldorf	-296	+20	+69	-112	-273	-44
kreisfreie Städte	-293	-20	-10	-88	-175	-94
Kreise	-3	+40	+79	-24	-98	+50
Reg.-Bez. Köln	+120	+69	+182	-10	-122	+130
kreisfreie Städte	-41	+4	+29	-19	-55	-
Kreise	+161	+65	+153	+9	-67	+130
Reg.-Bez. Münster	+18	+30	+105	-12	-104	+55
kreisfreie Städte	-46	-2	+6	-14	-35	-12
Kreise	+65	+33	+99	+2	-69	+67
Reg.-Bez. Detmold	+113	+36	+94	+14	-30	+80
kreisfreie Stadt	-14	-1	+2	-3	-11	-4
Kreise	+127	+37	+92	+17	-19	+84
Reg.-Bez. Arnsberg	-90	+28	+96	-47	-168	+22
kreisfreie Städte	-101	-5	+12	-33	-75	-27
Kreise	+11	+33	+84	-14	-93	+49
Nordrhein-Westfalen	-136	+183	+546	-167	-698	+243
kreisfreie Städte	-496	-25	+39	-157	-351	-138
Kreise	+360	+208	+507	-10	-346	+381

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2002

etwa jeder fünfte Mann (19,1 %) im Alter von 70 oder mehr Jahren alleine in einem Haushalt lebt. Im Vergleich dazu führen 54 % der Frauen in dieser Altersgruppe, also mehr als jede zweite über 70-jährige Frau, alleine einen Haushalt.

Bereits bis zum Jahr 2020 steigt die Zahl der Einpersonenhaushalte von Männern im Alter ab 70 Jahren um über 60 % oder fast 100 000. Nach weiteren 20 Jahren hat sich die heutige Zahl der Einpersonenhaushalte mit einem älteren Mann mehr als verdoppelt und beträgt über 300 000. Zwar weisen auch Frauen Steigerungen um etwa 250 000 (33 %) auf, sie stellen zudem weiterhin die deutliche Mehrheit der älteren Personen in Einpersonenhaushalten, doch wird sich zwischen Männern und Frauen der Abstand des Anteils der Personen, die im Alter alleine wohnen, zukünftig verringern.

Während die Zahl der Einpersonenhaushalte von Älteren drastisch zunimmt, ist bei den Haushalten mit jüngeren Personen ein Rückgang zu verbuchen. Analog der bis 2040 schrumpfenden Bevölkerungsgruppe der unter 40-Jährigen werden auch die Einpersonenhaushalte, die von Personen dieses Alters bewirtschaftet werden, weniger: Die Zahl der Einpersonenhaushalte mit einer Person im Alter von 30 bis unter 40 Jahren sinkt bis 2040 um fast 130 000 (23,2 %), jene mit einer Person im Alter von unter 30 Jahren verringert sich dagegen bis 2040 nur relativ geringfügig um 3 000 (0,6 %).

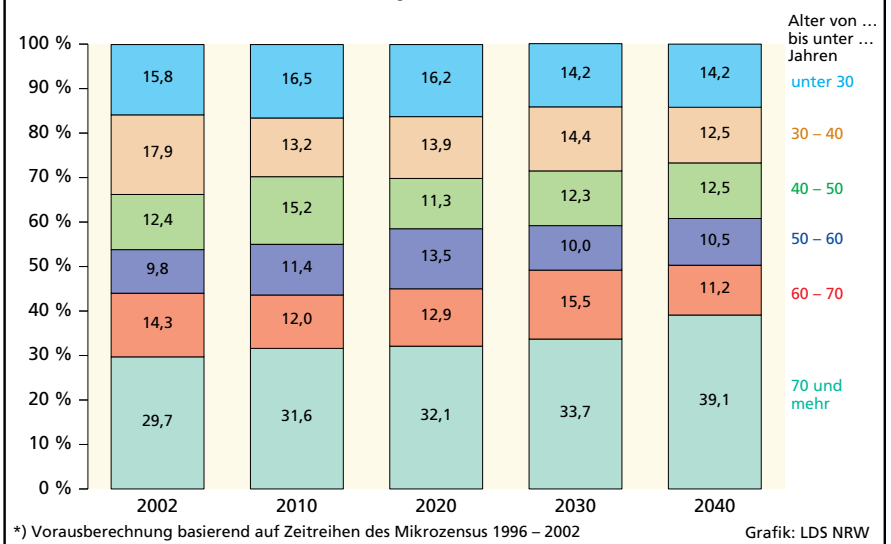
Infolge der demografischen Alterung verändert sich die Altersstruktur der Frauen und Männer in Einpersonenhaushalten. Schon 2002 lebten in 30 % aller Einpersonenhaushalte ältere Personen im Alter von 70 und mehr Jahren. Dieser Anteil vergrößert sich bis 2040 auf fast 40 %. Auf der anderen Seite werden immer weniger Einpersonenhaushalte von jüngeren Personen bewirtschaftet. So sinkt z. B. der Anteil der Einpersonenhaushalte mit einer jüngeren Person im Alter von unter 40 Jahren von 34 % (2002) auf 27 % (2040).

4.5 Einpersonenhaushalte von 2002 bis 2040*) nach Altersgruppen und Geschlecht der Person

Alter der Person von ... bis unter ... Jahren	Einpersonenhaushalte	Einpersonenhaushalte								
		2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
		1 000								
unter 30	a	260	267	292	309	306	284	264	256	261
	b	216	219	234	246	241	226	213	210	213
	c	476	486	526	555	548	511	476	466	473
30 – 40	a	358	327	273	274	298	313	306	282	261
	b	184	170	149	156	172	181	178	166	155
	c	542	497	422	430	470	494	483	448	416
40 – 50	a	233	268	307	285	238	240	258	268	259
	b	140	157	179	169	144	144	156	164	160
	c	374	425	487	453	382	384	415	432	419
50 – 60	a	139	147	174	204	221	195	159	157	167
	b	158	164	190	216	234	213	177	173	184
	c	297	311	364	420	454	408	335	329	351
60 – 70	a	144	147	132	133	153	176	186	159	126
	b	289	290	251	247	282	314	336	302	247
	c	433	437	383	380	435	489	522	461	373
70 und mehr	a	148	164	202	233	241	246	261	287	311
	b	749	751	806	853	843	842	871	930	997
	c	897	915	1 008	1 086	1 084	1 088	1 132	1 218	1 308

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2002

Abb. 4.12 Altersstruktur der Einpersonenhaushalte von 2002 bis 2040*)

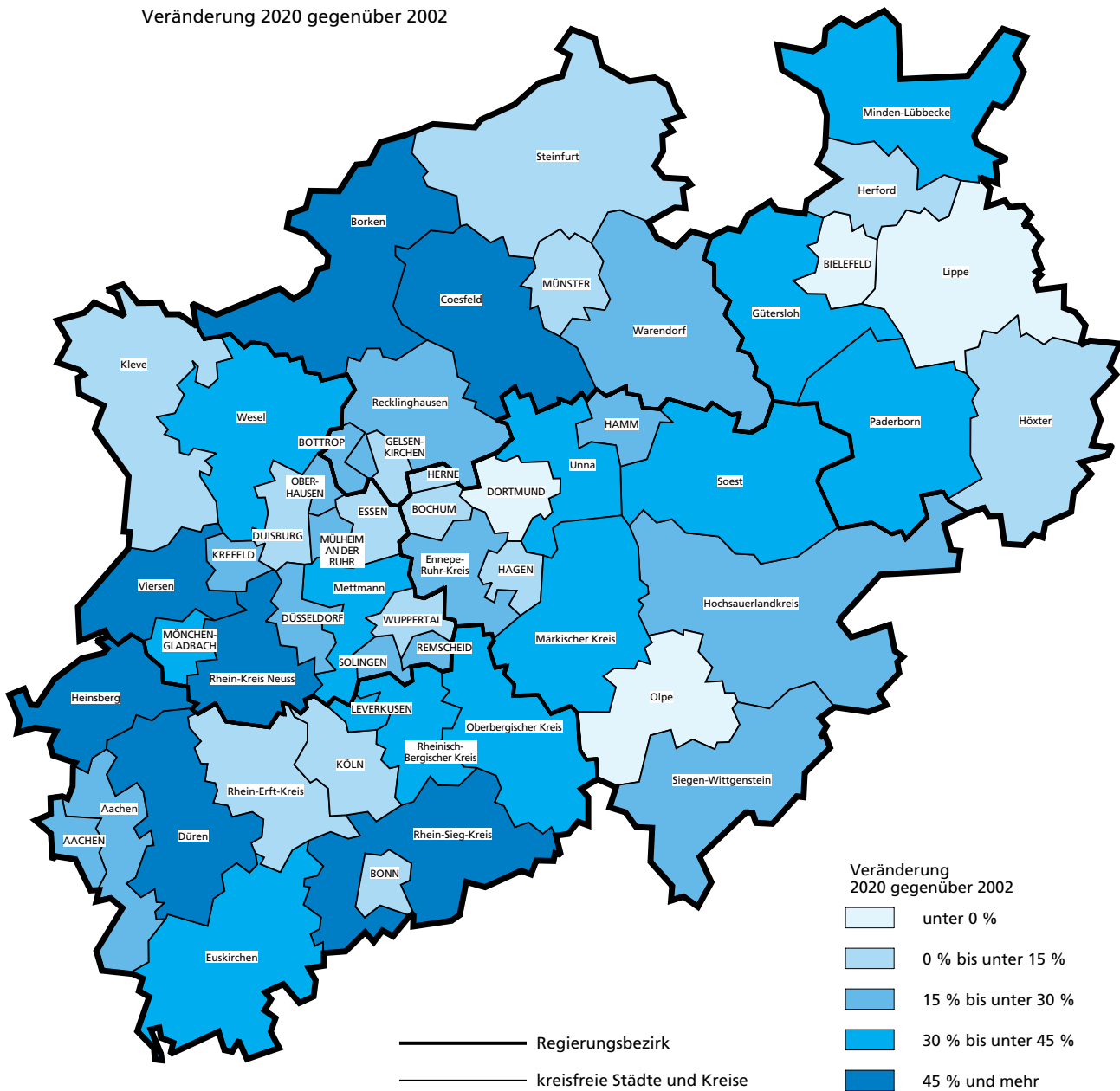


4.3.2.2 Regionale Entwicklung der Einpersonenhaushalte mit Senioren ab 70 Jahren

Nur vier Gebiete (die Städte Dortmund und Bielefeld sowie die Kreise Olpe und Lippe) weisen bei den Einpersonenhaushalten mit einer älteren Person im Alter von 70 und mehr Jahren Rückgänge auf. Alle anderen

Regionen haben bis 2020 Steigerungen zu erwarten; allerdings variiert die Wachstumsdynamik zwischen den Regionen (siehe Karte 4.2). Die meisten Städte des Ruhrgebietes sowie Münster, Hagen, Wuppertal und Köln, außerdem die Kreise Höxter, Herford, Steinfurt, Kleve und der Rhein-Erft-Kreis verzeichnen hier einen Anstieg um nur bis zu 15 %. In vielen der westlich gelegenen Regio-

Karte 4.2 Einpersonenhaushalte mit Senioren im Alter von 70 und mehr Jahren in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

nen, allerdings ausschließlich in den Kreisen, fallen die Steigerungen mit über 45 % wesentlich höher aus.

Der unterschiedlich starke Anstieg in den Regionen resultiert vor allem aus der aktuell regional sehr unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung. In jenen Gegenden, in denen ein vergleichsweise moderater Anstieg bei den Einpersonenhaushalten mit einer älteren Person erwartet wird, ist die Bevölkerung schon jetzt stark überaltert. In den kommenden Jahren wird in diesen Gebieten aufgrund der höheren Sterblichkeit älterer Menschen ein bestimmter Anteil an Haushalten mit einer Person im Alter ab 70 Jahren wegfallen.

Im Gegenzug ist die Alterungsdynamik in den Gegenden entsprechend hoch, in denen gegenwärtig die Alterszusammensetzung noch relativ ausgewogen ist. In den nächsten Jahren steht diesen vorwiegend ländlichen Regionen – betroffen sind die Kreise Coesfeld, Borken, Heinsberg, Viersen, Düren, Rhein-Kreis Neuss und Rhein-Sieg-Kreis – jedoch ein enormer Alterungsprozess bevor, der sich auch auf die Altersstruktur der Einpersonenhaushalte auswirkt.

4.3.3 Haushalte nach Familientyp

Die demografischen Veränderungen beeinflussen nicht nur die Gesamtzahl, die Größe und die Altersstruktur der Haushalte, sie stehen durch die Komponenten der sinkenden Geburtenzahlen und der steigenden Lebenserwartung auch in einem wechselseitigen Zusammenhang mit der Typstruktur der Haushalte, d. h. den Familientypen bzw. Lebensformen.

4.3.3.1 Methodik der Modellrechnungen

In der Modellrechnung zur Vorausschätzung der Haushalte nach Familientypen wurde wieder das Mitgliederquotenverfahren angewendet, um die Gesamtbevölkerung auf die in privaten Haushalten verschiedenen Typs lebende Bevölkerung umzurech-

nen. Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen wurden auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise als Mittelwerte der Jahre 2000 bis 2004 berechnet. Weil hier die mittleren Quoten über einen anderen Zeitraum als in der obigen Modellrechnung gebildet wurden, weicht die Gesamtzahl der Haushalte in den beiden Modellrechnungen geringfügig voneinander ab. Außerdem differieren teilweise die regionalisierten Ergebnisse zu den Haushalten von allein Lebenden und die regionalisierten Ergebnisse zu den Einpersonenhaushalten. Dies ist auf punktuelle Unterschiede während des Stützzeitraumes in einzelnen Regionen zurückzuführen, so dass in den beiden Modellrechnungen jeweils unterschiedliche Quotengerüste zugrunde gelegt wurden, die diese Differenzen verursachen.

Um einen Korridor an Ergebnissen zur Entwicklung der Familien- bzw. Lebensformen aufzeigen zu können, wurden erneut zwei Varianten berechnet. Die konstante Variante geht von gleich bleibenden Quoten des Jahres 2002 aus. Die im Ergebnis sichtbare Veränderung kann dann ausschließlich auf die demografischen Einflüsse zurückgeführt werden.

Die zweite Variante bezieht zusätzlich gesellschaftliche Entwicklungen auch jenseits des demografischen Wandels ein, die über die Trendstatistik als statistisch signifikant identifiziert wurden. Dabei wurde ein Stützzeitraum seit 1997 einbezogen. Die Zahl der zu prüfenden Trends lag bei über 11 000, von denen jedoch nur etwa 1 500 als signifikant erkannt und einbezogen wurden. Aufgrund dieser geringen Anzahl einberechneter Trends fielen die Unterschiede zwischen den beiden Varianten vergleichsweise gering aus. Die Trendvariante stellt wieder die realistischere Variante dar. Aus diesem Grund und ob der geringen Unterschiede wird hauptsächlich sie für Darstellungen herangezogen.

In den Modellrechnungen zur Typstruktur der Haushalte wurde nach sechs unterschiedlichen Familien- bzw. Lebensformen differenziert, wobei das entscheidende Unterscheidungsmerkmal das Vorhandensein

von minderjährigen Kindern im Haushalt war.

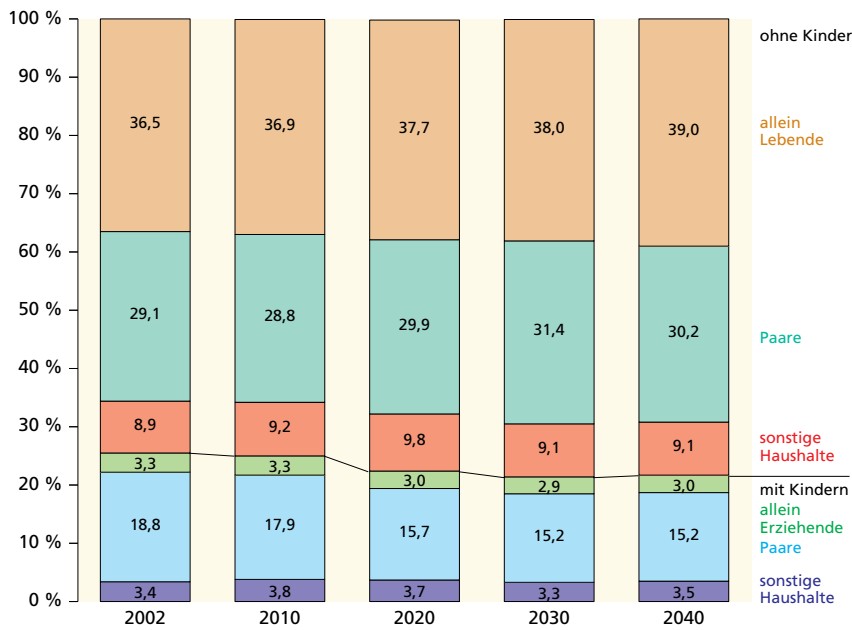
Als Haushalte *ohne* Kinder wurden kategorisiert (1) die allein Lebenden, (2) die Paare ohne Kinder, deren Paarstatus ggf. auch ohne Trauschein anerkannt wurde, sowie (3) sonstige Haushalte ohne Kinder, z. B. Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhaushalte, in denen neben einem Paar zusätzlich eine weitere erwachsene Person lebt.

Als Haushalte *mit* Kindern wurde zunächst die Gruppe der (1) allein Erziehenden gebildet, definiert als Haushalte, die aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind bestehen. Danach fallen Haushalte, die z. B. aus unverheirateten Paaren bestehen, von denen nur ein Partner ein mitwohnendes Kind hat, oder Haushalte mit Mitgliedern aus drei Generationen (z. B. Oma-Mutter-Kind), nicht in diese Kategorie. Grundlage ist hier ein enger Begriff von Alleinerziehung, der den Fokus ausschließlich auf die alleinige Betreuungssituation eines Elternteils richtet. Im Rahmen der Haushalte mit Kindern wurden außerdem gruppiert (2) die Paare mit Kindern, unabhängig vom Familienstand, und (3) die sonstigen Haushalte mit Kindern, deren Abgrenzung gegenüber den Paaren wieder über eine dritte in diesem Haushalt lebende erwachsene Person zustande kommt.

4.3.3.2 Rückgang bei den Haushalten mit Kindern

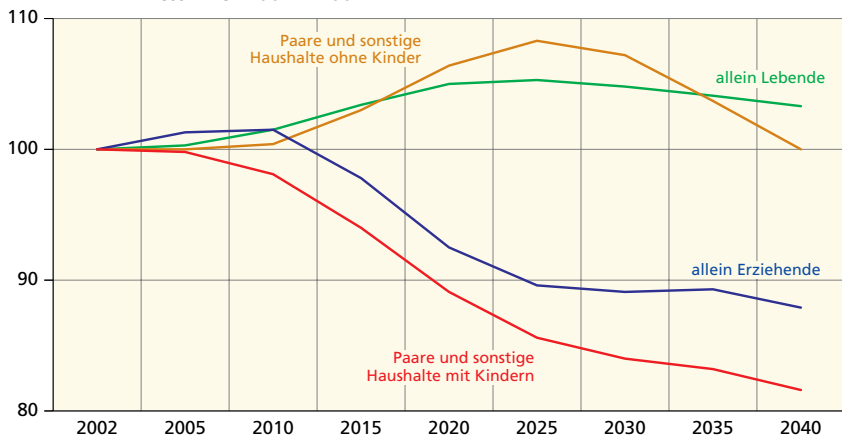
Aktuell lebt nur in etwa jedem vierten Haushalt (25,5 %) in Nordrhein-Westfalen mindestens ein Kind. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass ca. drei Viertel der Haushalte kinderlos sind bzw. dass in diesen Haushalten die Kinder nicht mehr bei den Eltern wohnen, sondern bereits einen eigenen Hausstand gegründet haben. Bis zum Jahr 2040 wird unter den Annahmen der Trendvariante nur noch in etwa jedem fünften Haushalt mindestens ein Kind wohnen; gleichzeitig erhöht sich der Anteil der kinderlosen Haushalte um fast vier Prozentpunkte.

Abb. 4.13 Struktur der Haushaltstypen 2002 bis 2040*)
Trendvariante



*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1997 – 2002 Grafik: LDS NRW

Abb. 4.14 Haushaltstypen von 2002 bis 2040*)
Trendvariante
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1997 – 2002 Grafik: LDS NRW

4.6 Haushalte von 2002 bis 2040*) nach ihrem Typ

Haushaltstyp	a = konstante Variante b = Trendvariante	Haushalte								
		2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
1 000										
Allein Lebende	a	3 050	3 048	3 071	3 125	3 178	3 194	3 181	3 161	3 138
	b	3 050	3 058	3 095	3 154	3 204	3 212	3 197	3 176	3 152
Paare ohne Kinder	a	2 429	2 428	2 420	2 469	2 554	2 634	2 644	2 558	2 447
	b	2 429	2 428	2 413	2 458	2 540	2 623	2 637	2 554	2 443
Sonstige Haushalte ohne Kinder	a	746	736	752	785	806	786	742	713	708
	b	746	747	773	812	836	814	767	737	732
Allein Erziehende	a	277	279	275	261	246	236	233	232	227
	b	277	280	281	270	256	248	246	247	243
Paare mit Kindern	a	1 570	1 573	1 537	1 461	1 384	1 340	1 325	1 312	1 281
	b	1 570	1 556	1 503	1 416	1 337	1 295	1 279	1 264	1 232
Sonstige Haushalte mit Kindern	a	286	292	308	314	303	280	265	264	267
	b	286	296	317	328	317	294	279	279	283
Haushalte insgesamt ¹⁾	a	8 357 ¹⁾	8 356	8 363	8 416	8 470	8 471	8 389	8 241	8 069
	b	8 357 ¹⁾	8 365	8 383	8 439	8 490	8 487	8 405	8 257	8 085

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1997 – 2002 – 1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

Bei den Haushalten ohne Kinder finden nach den Ergebnissen der Trendvariante die größten Steigerungen bis 2020 bzw. 2030 statt: Die Zahl der Haushalte mit allein Lebenden wächst bis 2025 um 162 000 oder 5,3 %. Dann sinken die Zahlen um 50 000, liegen aber 2040 immer noch über dem Stand von 2002. Die Gruppe der kinderlosen Paarhaushalte und der sonstigen Haushalte ohne Kinder wird bis 2025 um über 260 000 oder 8,3 % zulegen, dann findet ein Rückgang statt und 2040 liegt das Niveau auf dem Stand von 2002.

Im Gegenzug ist für die allein Erziehenden ab 2010 und für die Paare bzw. sonstigen Haushalte mit Kindern bereits ab 2005 unter den Bedingungen der Trendfortschreibung mit einem teilweise erheblichen Rückgang zu rechnen. Bei den Haushalten der allein Erziehenden bezieht er sich bis 2040 auf absolut 34 000 oder 12 %. Für die Paare bzw. sonstigen Haushalte mit Kindern fällt der Rückgang mit 341 000 oder fast 20 % noch deutlich höher aus.

Der moderatere Rückgang bei den allein Erziehenden resultiert aus dem fortgeschriebenen Trend einer wachsenden Quote der allein Erziehenden. Auf diese Weise gleicht der steigende Trend zur Alleinerziehung die sinkenden Geburtenzahlen partiell aus.

Wie bereits erwähnt, sind die Unterschiede zwischen der Trend- und der konstanten Variante für den Bereich Familien- bzw. Lebensformen vergleichsweise gering. Die höchste Differenz bezieht sich auf weniger als 50 000 Haushalte und betrifft die Paarhaushalte mit Kindern.

Eine Betrachtung der Differenzen zwischen Trend- und konstanter Variante erlaubt es, gesellschaftliche Entwicklungen jenseits des demografischen Wandels zu erkennen (siehe Tab. 4.7). So ist zum Beispiel die relativ zu konventionellen Paarfamilien überproportional steigende Zahl von sonstigen Haushalten mit Kindern zu erkennen, also von Haushalten mit einer alternativen Zusammensetzung, z. B. Wohngemeinschaften mit Kindern. Absolut gesehen sinkt zwar

phasenweise auch die Zahl der sonstigen Haushalte mit Kindern, aber im Verhältnis deutlich weniger stark als die der Paarhaushalte mit Kindern. Dieser Typ von Haushalten – der ehemals und immer noch vorherrschende klassische Kleinfamilientyp – wird nach diesen Analyseergebnissen in den nächsten Jahren überproportional abnehmen.

Auf der anderen Seite zeigt sich auch für die kinderlosen Haushalte ein deutlicher Trend hin zu alternativen Haushaltszusammensetzungen jenseits von klassischen Single- und Paarhaushalten. Hier sind die Unterschiede zwischen Trend- und konstanter Variante am deutlichsten zugunsten der sonstigen Haushalte verschoben: Unter den Bedingungen der Trendvariante verzeichnet die Modellrechnung im Jahr 2040 24 000 Haushalte dieses Typs mehr. Die Unterschiede zwischen Trend- und konstanter Variante zeigen – unabhängig von demografischen Veränderungen – auch ein stärkeres Wachstum der Haushalte mit allein Lebenden gegenüber den Paarhaushalten ohne Kinder. Als eine Erklärung dafür kann die geschlechtsspezifische Lebenserwartung herangezogen werden, die dazu führt, dass viele ältere Frauen nach dem Tod ihres Partners alleine leben. Zum anderen wird hier die steigende Tendenz zu Singlehaushalten im jüngeren und mittleren Lebensalter abgebildet.

4.3.3.3 Regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Haushaltstypen

Die für Nordrhein-Westfalen modellhaft ermittelte Entwicklung eines weiteren Anstiegs der allein Lebenden und der übrigen kinderlosen Haushalte auf der einen Seite sowie die aus dem Geburtenrückgang resultierende drastische Abnahme der Haushalte mit Kindern auf der anderen Seite wird sich in dieser Weise auch in den einzelnen Regionen des Landes vollziehen – jedoch mit unterschiedlicher Intensität (siehe Karte 4.3).

Eine Betrachtung der Entwicklung der Haushaltszahlen mit Kindern bis

4.7 Differenzen zwischen Trend- und konstanter Variante für die Modellrechnung nach Haushaltstyp								
Haushaltstyp	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
	1 000							
Allein Lebende	+10	+24	+29	+25	+19	+16	+15	+14
Paare ohne Kinder	-	-6	-11	-14	-11	-7	-4	-4
Sonstige Haushalte ohne Kinder	+11	+21	+27	+30	+28	+25	+24	+24
Allein Erziehende	+2	+6	+9	+10	+12	+13	+15	+16
Paare mit Kindern	-17	-34	-45	-47	-45	-45	-48	-49
Sonstige Haushalte mit Kindern	+4	+9	+13	+14	+14	+14	+15	+16
Haushalte insgesamt	+10	+20	+23	+20	+16	+16	+17	+16

zum Jahr 2020 lässt fast im gesamten Land einen teilweise gravierenden Rückgang erkennen. Besonders betroffen sind mit Rückgängen um mehr als 15 % erneut das Ruhrgebiet und seine Umgebung sowie der Kreis Siegen-Wittgenstein.

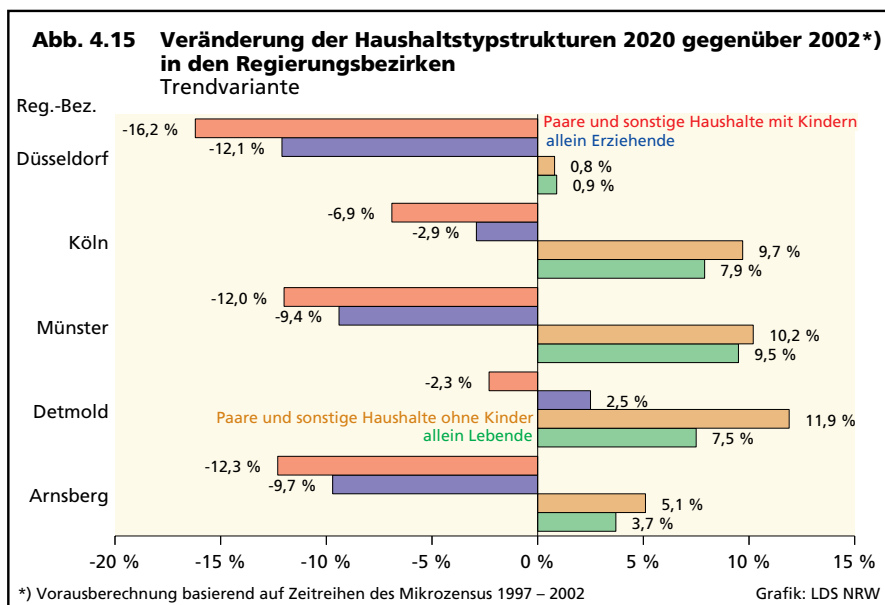
In nur sechs von insgesamt 54 kreisfreien Städten und Kreisen in NRW kommt es in den nächsten Jahren bis 2020 überhaupt noch zu einer Zunahme bei den Haushalten mit Kindern – sie fällt mit bis zu 3 % jedoch sehr gering aus. Diese Gebiete liegen mit Ausnahme des Rhein-Sieg-Kreises sowie der Kreise Steinfurt und Unna im östlichen Teil des Landes im Regierungsbezirk Detmold.

Mit einem Rückgang um etwa 5 000 bei den Haushalten mit Kindern bis 2020 weist der Regierungsbezirk Detmold noch den moderatesten Verlust dieses Haushaltstyps auf. Die Zahl der Haushalte mit allein Erziehenden wächst dort bis 2020 gering-

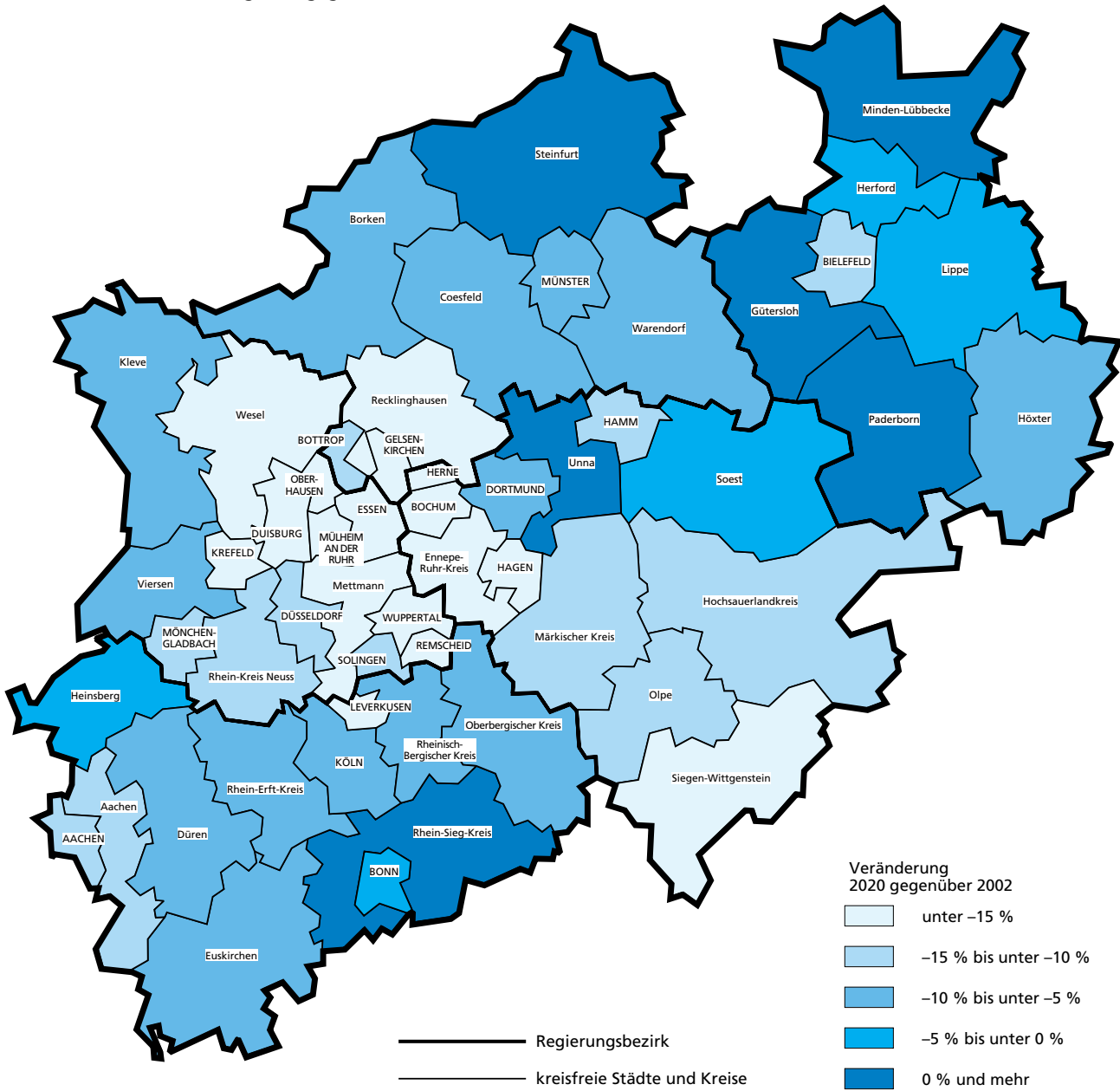
fügig um ca. 1 000, die der sonstigen Haushalte mit Kindern sogar um 5 000. Nur die Zahl der Paarhaushalte mit Kindern verzeichnet bis 2020 einen Rückgang um 11 000.

Alle anderen Regierungsbezirke weisen im Vergleich erheblich drastischere Abnahmen der Zahl der Haushalte mit Kindern auf, wobei die Zahl der Paarhaushalte bzw. sonstigen Haushalte mit Kindern in stärkerem Maße zurückgeht als die Zahl der Haushalte mit allein Erziehenden.

Im RB Düsseldorf wird bis 2020 mit einem Rückgang der Gesamtzahl der Haushalte mit Kindern (einschließlich der allein Erziehenden) um fast 100 000 gerechnet, der zu etwa zwei Dritteln in den kreisfreien Städten und nur zu ca. einem Drittel in den Kreisen vor sich gehen wird. Dabei sinkt in diesem Regierungsbezirk die Zahl der Paar- und sonstigen Haushalte mit Kindern um 16 %, die der allein Erziehenden Haushalte um 12 %.



Karte 4.3 Haushalte mit Kindern in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

Im RB Arnsberg liegt der Rückgang mit 55 000 Haushalten mit Kindern niedriger als im RB Düsseldorf. Die Zahl der Haushalte mit allein Erziehenden sinkt um fast 10 %, die der Paar- und sonstigen Haushalte mit Kindern um etwa 12 %. Der Rückgang verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf die kreisfreien Städte und Kreise dieses Regierungsbezirks.

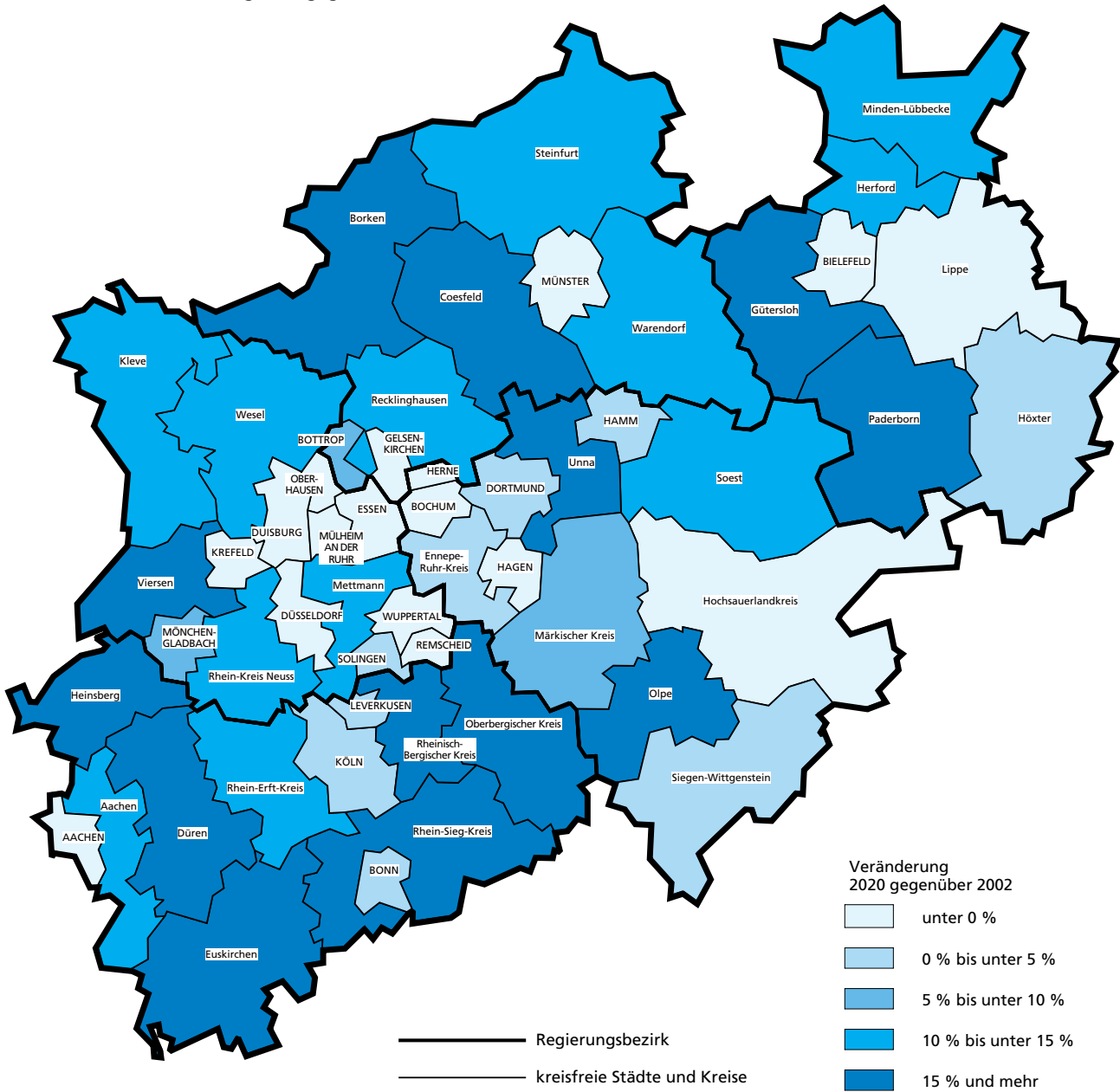
Die Regierungsbezirke Münster und Köln zeigen um jeweils zwischen 30 000 und 40 000 rückläufige Zahlen der Haushalte mit Kindern. Im RB Münster ist insbesondere der Ruhrgebietskreis Recklinghausen mit einem Minus von 18 000 Haushalten dieses Typs betroffen. Von der Dynamik her ist die rückläufige Entwicklung im RB Münster vergleichbar mit jener im RB Arnsberg: Die Zahl der Paar- und sonstigen Haushalte mit Kindern sinkt um ca. 12 %, die der Haushalte mit allein Erziehenden um 9 %. Im RB Köln sind die prozentualen Änderungen geringer und belaufen sich auf 7 % (Paar- und sonstige Haushalte mit Kindern) bzw. 3 % (Haushalte mit allein Erziehenden).

Werden die absoluten Zahlen betrachtet, so ist erkennbar, dass der Rückgang der Zahl der Haushalte mit Kindern in allen Regierungsbezirken mit Düsseldorf als einziger Ausnahme mehr als ausgeglichen wird durch die bis 2020 noch steigende Zahl der Haushalte ohne Kinder. Hier ist jedoch erneut auf die starken Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen hinzuweisen. Während in ausnahmslos allen Kreisen die Gesamtzahl der Haushalte ohne Kinder zunimmt, ist dieser Haushaltstyp bereits gegenwärtig in vielen kreisfreien Städten rückläufig. Das heißt, die Zunahme der Gesamtzahl der Haushalte in den Regierungsbezirken Köln, Münster, Detmold und Arnsberg resultiert hauptsächlich aus den Zuwächsen bei den kinderlosen Haushalten in den Kreisen. Spitzenreiter sind hier der Rhein-Sieg-Kreis mit einem Zuwachs um 38 000 kinderlose Haushalte und der Kreis Borken mit einer Steigerung um 27 000.

4.8 Veränderung der Haushaltstypstrukturen in den kreisfreien Städten und Kreisen 2020 gegenüber 2002*)							
Gebiet	Allein Lebende	Paare ohne Kinder	Sonstige Haushalte ohne Kinder	Allein Erziehende	Paare mit Kindern	Sonstige Haushalte mit Kindern	Haushalte insgesamt
	Veränderung 2020 gegenüber 2002 in 1 000						
Regierungsbezirk Düsseldorf							
Düsseldorf, krfr. Stadt	-5	-3	+1	-1	-5	+0	-14
Duisburg, krfr. Stadt	-8	-4	-0	-1	-8	-0	-22
Essen, krfr. Stadt	-9	-7	+1	-1	-12	+0	-28
Krefeld, krfr. Stadt	-4	-1	-0	-1	-5	-0	-11
Mönchengladbach, krfr. Stadt	+3	-1	+1	-1	-4	+1	-1
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	-1	-2	+1	-0	-3	+0	-6
Oberhausen, krfr. Stadt	-0	-0	+0	-0	-5	+0	-5
Remscheid, krfr. Stadt	-1	-1	+0	-0	-2	-0	-4
Solingen, krfr. Stadt	+0	-1	+0	-0	-2	+0	-3
Wuppertal, krfr. Stadt	-6	-7	+2	-2	-9	-0	-22
Kleve, Kreis	+4	+7	+3	-0	-3	+1	+12
Mettmann, Kreis	+11	-5	+3	-1	-10	+0	-2
Rhein-Kreis Neuss	+8	+3	+1	-1	-6	+0	+6
Viersen, Kreis	+9	+4	+2	+1	-4	+1	+14
Wesel, Kreis	+9	+7	+2	-1	-12	+2	+8
Regierungsbezirk Köln							
Aachen, krfr. Stadt	-5	+1	+0	-0	-4	+0	-7
Bonn, krfr. Stadt	+1	+2	+1	-0	-2	+2	+5
Köln, krfr. Stadt	+0	+0	+1	-1	-9	+2	-7
Leverkusen, krfr. Stadt	+1	-1	+0	-0	-3	+0	-3
Aachen, Kreis	+5	-1	+4	-0	-5	+1	+3
Düren, Kreis	+6	+6	+2	-0	-2	+0	+12
Rhein-Erft-Kreis	+8	+8	+2	-0	-5	+0	+14
Euskirchen, Kreis	+5	+5	+2	-0	-2	+0	+11
Heinsberg, Kreis	+8	+7	+3	+0	-3	+1	+16
Oberbergischer Kreis	+8	+5	+2	+0	-3	+1	+12
Rheinisch-Bergischer Kreis	+6	+2	+1	+0	-4	+1	+6
Rhein-Sieg-Kreis	+17	+15	+5	+0	-0	+2	+39
Regierungsbezirk Münster							
Bottrop, krfr. Stadt	+2	+1	+0	-0	-2	+0	+1
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	-5	-2	-1	-1	-5	-1	-15
Münster, krfr. Stadt	-1	+0	+1	-0	-2	+0	-3
Borken, Kreis	+14	+9	+4	-0	-5	+1	+23
Coesfeld, Kreis	+6	+5	+2	-0	-3	+1	+11
Recklinghausen, Kreis	+11	+2	+5	-2	-18	+1	-0
Steinfurt, Kreis	+7	+9	+5	+0	-2	+2	+21
Warendorf, Kreis	+4	+4	+2	-0	-3	+1	+7
Regierungsbezirk Detmold							
Bielefeld, krfr. Stadt	-3	-0	+1	+0	-4	-0	-6
Gütersloh, Kreis	+8	+7	+3	-0	+0	+1	+19
Herford, Kreis	+5	+2	+2	+0	-2	+1	+7
Höxter, Kreis	+1	+2	+1	-0	-2	+0	+2
Lippe, Kreis	-1	+4	+3	-0	-2	+2	+5
Minden-Lübbecke, Kreis	+7	+5	+2	+1	-1	+1	+15
Paderborn, Kreis	+8	+8	+3	-0	-1	+1	+19
Regierungsbezirk Arnsberg							
Bochum, krfr. Stadt	-2	-4	+2	-1	-7	-0	-13
Dortmund, krfr. Stadt	+5	+1	+2	-1	-5	+0	+2
Hagen, krfr. Stadt	-5	-4	-0	-1	-5	+0	-15
Hamm, krfr. Stadt	+1	+1	+0	-0	-3	-0	-1
Herne, krfr. Stadt	-3	+0	-0	-1	-3	-0	-7
Ennepe-Ruhr-Kreis	+1	-0	+0	-0	-7	+0	-6
Hochsauerlandkreis	-0	+2	+1	-0	-5	+0	-2
Märkischer Kreis	+5	+3	+1	-1	-6	+0	+3
Olpe, Kreis	+3	+2	+1	-0	-2	+0	+4
Siegen-Wittgenstein, Kreis	+1	+2	+1	-0	-6	-0	-2
Soest, Kreis	+6	+6	+2	-0	-2	+1	+13
Unna, Kreis	+12	+10	+4	-0	-0	+1	+27
Nordrhein-Westfalen	+154	+112	+91	-21	-233	+31	+133

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1997 – 2002

Karte 4.4 Haushalte allein Lebender in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

Auf der anderen Seite ist der Verlust bei den kinderlosen Haushalten in den kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf so hoch, dass die Zuwächse in den Kreisen dies kaum ausgleichen können. Der bis 2020 berechnete Rückgang der Zahl der Haushalte mit Kindern um fast 100 000 wird nur geringfügig um ca. 15 000 durch die Zunahme bei den kinderlosen Haushalten abgeschwächt.

Neben der Abnahme der Zahl der Haushalte mit Kindern und der Zunahme der Zahl kinderloser Haushalte wird – im Zuge einer Differenzierung des letztgenannten Typs – für die Haushalte von allein Lebenden eine regional sehr unterschiedliche Entwicklung vorausgeschätzt (siehe Karte 4.4). Die Spannweite der prozentualen Änderungen von 2002 bis 2020 für den Haushaltstyp der allein Lebenden reicht von Rückgängen um 12 % bis zu Steigerungen um über 30 %. Als regional wiederkehrendes Muster lässt sich erneut die Tendenz erkennen, dass vor allem Ballungszentren Rückgänge auch der Zahl der Haushalte von allein Lebenden verzeichnen, während in vielen Kreisen erhebliche Zuwächse dieses Haushaltstyps zu erwarten sind. Der Zusammenhang mit der altersspezifischen regional unterschiedlichen Altersverteilung liegt hier nahe. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass ein Großteil der allein lebenden Menschen ältere Personen sind. Dort, wo in Zukunft eine starke Alterung stattfinden wird, werden also tendenziell auch die Zahlen von Haushalten mit allein Lebenden ansteigen.

4.3.4 Haushalte nach dem Alter des jüngsten Kindes

Für den Aufbau und Erhalt der Infrastruktur einer Region ist es nicht nur wichtig zu wissen, welcher Familientyp in welcher Häufigkeit zukünftig dort wohnen wird – für zahlreiche Planungsbereiche (z. B. Schule, öffentlicher Nahverkehr etc.) ist es ebenso hilfreich, Informationen über das Alter der dort lebenden Kinder zu besitzen. Aus diesem Grund wird

in der folgenden Modellrechnung vorausgeschätzt, wie sich die Haushalte in der Aufgliederung nach dem Alter des jüngsten Kindes in den Regionen von Nordrhein-Westfalen verteilen. Das jüngste Kind – so die Annahme – hat mehr als seine eventuell vorhandenen älteren Geschwister einen prägenden Einfluss auf Betreuungsbedarf, Konsumgewohnheiten, Freizeitaktivitäten u. v. m. eines Haushalts.

4.3.4.1 Methodik der Modellrechnung

Die Umrechnung der Gesamtbevölkerung auf Privathaushalte erfolgte, indem die auf Landesebene errechneten Mittelwerte der Umrechnungsfaktoren der Jahre 1997 bis 2004 konstant für alle kreisfreien Städte und Kreise eingesetzt wurden. Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen wurden kreisspezifisch über Mittelwerte der Jahre 1997 bis 2004 mit dreifacher Gewichtung des Basisjahres 2002 berechnet. Aufgrund eines unterschneidlichen Quotengerüsts zeigen sich wieder leichte Abweichungen der Gesamthaushaltszahl gegenüber den obigen Modellrechnungen.

Eine Untersuchung der Quoten aus dem Stützzeitraum 1997 bis 2004 auf vorhandene Trends wies nur eine unbedeutende Anzahl als statistisch signifikant aus; in diesen Zeitreihen war die Trendwirkung zudem so gering, dass eine Berücksichtigung fast identische Ergebnisse mit der Status-quo-Berechnung erbracht hätte. Aus diesem Grund wird auf die Darstellung einer Trendvariante verzichtet.

Die Modellrechnung nach dem Alter des jüngsten Kindes hat den überwiegenden Zweck zu zeigen, wie sich die im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnung prognostizierten Kinder auf die Haushalte verteilen. Auch hier kann das angewendete Mitgliederquotenverfahren nur verschiedene Haushaltstypen vorausberechnen, nicht aber die konkrete Zusammensetzung der Haushalte.

4.3.4.2 Rückgang der Zahl der Haushalte mit Kindern über alle Alterstufen

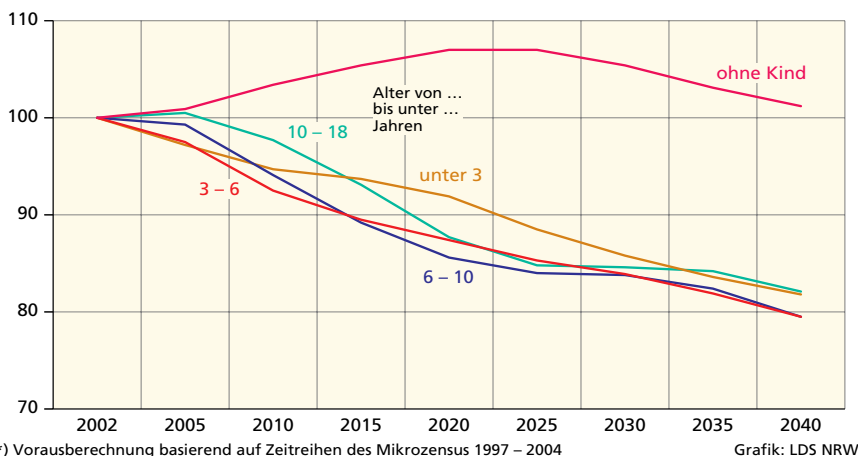
Der Rückgang bei den Haushalten mit Kindern vollzieht sich in seinem Verlauf bis 2040 relativ gleichmäßig über alle Altersstufen der jeweils als jüngstes Mitglied in einem Haushalt lebenden Kinder und Jugendlichen. In naher Zukunft am moderatesten – nämlich bis 2010 nur um etwa 2 % oder 18 000 – geht die Zahl der Haushalte mit einem jüngsten Kind im Alter von 10 bis unter 18 Jahren zurück. Dies begründet sich durch die verhältnismäßig hohen Geburtenzahlen Mitte und Ende der 1990er-Jahre. Ab 2015 werden dann jedoch auch diese Jugendgenerationen ins Erwachsenenalter übertreten, und die Dynamik des Absinkens nimmt auch für diese Altersgruppe zu. Bis zum Jahr 2040 wird es über 140 000 (18 %) weniger Haushalte mit einem Jugendlichen (10 bis unter 18 Jahre alt) als jüngstem Haushaltsmitglied geben.

Ein im Vergleich noch stärkerer Rückgang bis 2040, nämlich um über 20 % oder 87 000, ist bei den Haushalten mit einem jüngsten Kind im Alter von 6 bis unter 10 Jahren zu er-

Alter des jüngsten Kindes von ... bis unter ... Jahren	Haushalte								
	2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
	1 000								
unter 3	474	460	448	444	435	419	406	396	387
3 – 6	366	357	339	328	320	312	307	300	291
6 – 10	425	422	400	379	364	357	356	350	338
10 – 18	787	791	769	733	690	667	666	663	646
Zusammen Haushalte ohne Kind	2 052	2 030	1 956	1 884	1 809	1 755	1 735	1 709	1 662
	6 238	6 294	6 448	6 578	6 672	6 685	6 572	6 432	6 310
Insgesamt	8 290¹⁾	8 325	8 404	8 461	8 482	8 439	8 307	8 141	7 973

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1997 – 2004 – 1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

Abb. 4.16 Haushalte nach Alter des jüngsten Kindes von 2002 bis 2040*
Messziffer 2002 = 100



warten. Der Grund hierfür liegt darin, dass für die aus diesen Altersgruppen herauswachsenden Kinder keine Jahrgänge in entsprechend hoher Zahl nachrücken werden.

Regionale Unterschiede ergeben sich nur in der jeweiligen Intensität der Rückgänge, denn in allen Regierungsbezirken (und hier in den kreisfreien Städten ebenso wie in den Kreisen) zeigen sich die Zahlen rückläufig. Die einzige Ausnahme bildet

der Kreis Paderborn, für den für die Haushalte mit einem jüngsten Kind im Alter von unter 3 Jahren bis 2020 noch ein Zuwachs um etwa 2 % oder 1 000 vorausgeschätzt wird. In den übrigen Kreisen des RB Detmold stagniert die Zahl der Haushalte dieses Typs. Auch in den anderen Altersgruppen bleibt der RB Detmold – da die Kreise die stärker rückläufige Entwicklung in Bielefeld abmildern – oberhalb des nordrhein-westfälischen Durchschnitts.

Deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegende Entwicklungen der Haushalte mit Kindern über alle Altersgruppen werden dagegen für den RB Düsseldorf erwartet, z. B. ein Rückgang um 20 % für Haushalte mit einem jüngsten Kind im Alter von 6 bis unter 10 Jahren bereits bis zum Jahr 2020. Eine weniger stark rückläufige Entwicklung zeigt der RB Köln; dies gilt insbesondere für seine Kreise. In den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg zeigt der Rückgang einen ähnlichen Verlauf wie die Entwicklung im Land insgesamt.

4.4 Fazit

Eine zusammenfassende Betrachtung der Modellrechnungen zur künftigen Entwicklung der Haushalte in Nordrhein-Westfalen ergibt ein Bild, welches vereinfachend Folgendes besagt: Die Haushalte werden (1) weniger, (2) kleiner und (3) „älter“.

Die ab 2020 eintretende Verringerung der Anzahl der Haushalte basiert auf dem Rückgang der Bevölke-

4.10 Haushalte 2002 und 2020*) nach Alter des jüngsten Kindes und Regierungsbezirken

Gebiet	Haushalte														
	mit jüngstem Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren												ohne Kind		
	unter 3			3 – 6			6 – 10			10 – 18					
	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002
	1 000	%		1 000	%		1 000	%		1 000	%		1 000	%	
Reg.-Bez. Düsseldorf	130	113	-12,8	104	86	-17,7	123	98	-20,1	225	184	-18,0	1 908	1 944	+1,9
kreisfreie Städte	79	67	-15,2	61	49	-19,8	72	56	-22,4	131	103	-21,0	1 253	1 220	-2,7
Kreise	51	46	-9,2	43	37	-14,8	51	42	-16,8	94	81	-13,8	655	724	+10,5
Reg.-Bez. Köln	116	109	-5,7	89	80	-10,0	101	90	-10,6	181	166	-8,2	1 519	1 676	+10,3
kreisfreie Städte	45	40	-10,1	32	28	-13,3	34	30	-12,9	63	56	-11,1	700	721	+3,0
Kreise	71	69	-2,9	57	52	-8,1	67	61	-9,5	118	110	-6,7	819	955	+16,6
Reg.-Bez. Münster	71	65	-8,1	54	48	-11,8	62	53	-14,6	119	105	-12,1	841	925	+10,0
kreisfreie Städte	16	13	-15,6	12	10	-16,9	15	12	-22,9	27	22	-20,1	262	263	+0,5
Kreise	55	52	-6,0	42	38	-10,3	47	41	-11,9	92	83	-9,8	579	662	+14,4
Reg.-Bez. Detmold	57	58	+1,5	43	41	-5,0	51	48	-5,7	92	88	-4,8	670	756	+12,8
kreisfreie Städte	8	8	-6,2	6	5	-16,5	7	6	-13,4	13	11	-13,2	128	128	+0,1
Kreise	49	50	+2,8	37	36	-3,1	44	42	-4,5	79	76	-3,5	542	627	+15,8
Reg.-Bez. Arnsberg	98	89	-9,0	77	66	-14,4	89	75	-15,9	171	147	-14,0	1 301	1 372	+5,5
kreisfreie Städte	38	33	-13,3	31	25	-18,0	35	29	-17,9	64	53	-17,1	580	580	-0,0
Kreise	60	56	-6,3	46	41	-11,9	54	46	-14,6	107	94	-12,1	721	792	+9,9
Nordrhein-Westfalen	474	435	-8,2	366	320	-12,5	425	364	-14,2	787	690	-12,4	6 238	6 672	+7,0
kreisfreie Städte	186	161	-13,2	141	117	-17,0	162	132	-18,6	298	245	-17,7	2 922	2 912	-0,3
Kreise	287	274	-4,7	225	203	-9,8	263	233	-11,6	489	444	-9,1	3 316	3 760	+13,4

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1997 – 2004

rung. Vor dem Hintergrund eines langfristig wirkenden Trends hin zu kleineren Haushalten fällt der Rückgang bei den Haushalten insgesamt jedoch moderater aus als die Schrumpfung der Bevölkerung.

In besonders starkem Ausmaß werden die Haushalte mit mehr als zwei Personen verlieren. Als Folge der sinkenden Geburtenzahlen und der steigenden Lebenserwartung kommt es aber auch zu weiteren Verschiebungen der Haushaltstypstrukturen. So wird die Zahl der kinderlosen Haushalte – sowohl Einpersonenhaushalte als auch Paarhaushalte ohne Kinder – weiterhin steigen und die teilweise massiven Rückgänge bei den Haushalten mit Kindern zumindest bis zum Jahr 2030 ausgleichen können.

Die demografische Alterung wirkt sich auf die Haushalte u. a. insofern aus, als es zu erheblichen Zuwächsen bei den Einpersonenhaushalten mit einer Person im Alter ab 70 Jahren kommt. Im Gegenzug verringert sich die Zahl der Haushalte, die von Personen im jüngeren oder mittleren Lebensalter bewirtschaftet werden.

Diese Entwicklungen – Verringerung, Typstrukturverschiebung und „Alterung“ der Haushalte – werden regional unterschiedlich verlaufen. Als problematische Regionen werden – weil sie besonders von dem Haushaltsrückgang betroffen sind – das Ruhrgebiet sowie einige umliegende Städte identifiziert. Außerdem zeigt sich, dass die kreisfreien Städte erheblich stärker von den Folgen der demografischen Entwicklung im Bereich der Haushalte betroffen sind als die Kreise.

Die eher ländlichen Gegenden der Kreise werden die Auswirkungen des demografischen Wandels erst deutlich später spüren als die kreisfreien Städte. Während in der Mehrzahl der kreisfreien Städte der Rückgang der Haushaltszahl bereits eingesetzt hat und die Altersstruktur der Einpersonenhaushalte sich schon heute zugunsten der Älteren verschiebt, verzeichnen bis auf we-

nige Ausnahmen alle Kreise zumindest bis zum Jahr 2020 noch Zuwächse mehrheitlich von Ein- und Zweipersonenhaushalten. In den Kreisen ist jedoch angesichts einer gegenwärtig noch relativ ausgewogenen Altersstruktur in den kommenden Jahren mit einer erheblichen Alterung zu rechnen, die sich auch auf die Zusammensetzung der Haushalte auswirken wird.

Die dargestellten Auswirkungen des demografischen Wandels auf die zukünftige Entwicklung der Haushalte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Veränderungen in der Nachfragestruktur führen. Die steigende Zahl an älteren und sogar hochaltrigen Personen, die alleine einen Haushalt bewirtschaften, bedeutet z. B. einen erhöhten Bedarf an altengerechten Wohnungen in einer möglichst seniorengerechten Lage. Sowohl Bereiche der Wirtschaft als auch der Politik werden sich auf diese veränderten Strukturen einstellen und durch frühzeitige Weichenstellungen die demografischen Konsequenzen abfedern müssen.

5 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung des Wohnungsbedarfes

Die Haushalte stellen auf wichtigen Märkten die zentrale Adressatengruppe dar, so beispielsweise auch auf dem Wohnungsmarkt, denn die Nachfrage nach Wohneinheiten wird hauptsächlich über Haushalte und nicht über Einzelpersonen bestimmt. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum stellt zugleich ein wichtiges Barometer für die Bau- und Immobilienbranche dar. Das Baugewerbe befindet sich zwar seit etwa einem halben Jahrzehnt in einer ausgeprägten Krise, dennoch ist es auch weiterhin ein wichtiger Zweig des Produzierenden Gewerbes und gilt als einer der entscheidenden Faktoren für das Wirtschaftswachstum eines Landes.

Die Wohnraumnachfrage wird direkt bestimmt von der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, denn eine Woh-

nung gehört zu den Grundbedürfnissen des heutigen Menschen.²¹⁾

Im Zuge einer künftigen Bevölkerungsschrumpfung könnte mittel- und langfristig mit Nachfragerücken zu rechnen sein, die für die Bauindustrie weitere Auftragseinbußen und für den Immobiliensektor infolge sinkender Nachfrage bereichsweise einen Preisverfall zur Folge haben könnten. Andererseits ist anzunehmen, dass die demografische Alterung zu einer veränderten Bedürfnisstruktur hinsichtlich der Ausstattung von Wohneinheiten führen wird. Die Vielzahl an alten und hochaltrigen Menschen, die durch die Möglichkeiten der ambulanten Pflege und anderer Serviceleistungen auch in hohem Alter zu Hause leben, ist oft angewiesen auf barrierefreies Wohnen, auf Sicherheitsstandards und Unterstützungsleistungen. Hier bestünde erhebliches Wachstumspotenzial für die Bau- und Wohnungswirtschaft.²²⁾

Um sich ein genaueres Bild von den künftig zu erwartenden Entwicklungen im Wohnungsbereich machen zu können, wird im Folgenden die vom LDS NRW im Anschluss an die Bevölkerungsvorausberechnung durchgeführte Modellrechnung zum Wohnungsbedarf vorgestellt. Ihr Berechnungshorizont reicht auf Landesebene bis zum Jahr 2040 und auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise bis 2020.

Zusatzerhebung des Mikrozensus

Als Datengrundlage für die Modellrechnung dient wieder der Mikrozensus. In einer Zusatzerhebung zum jährlichen Routineerhebungsprogramm wurde in den Jahren 1998 und 2002 auch die Wohnsituation der privaten Haushalte und Familien erfasst. Diese zusätzliche Erhebung liefert u. a. Informationen über die Gebäude

21) Vgl. zu den Abhängigkeiten von Bevölkerungsentwicklung und Wohnraumnachfrage bzw. Wohnflächenanstieg u. a. Just (2003).

22) Vgl. hierzu u. a. die Praxisbeispiele und Projekte der Schader-Stiftung zum Thema Wohnen im Alter: www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/526.php [21. 3. 2005]

sowie die Anzahl und Größe der darin enthaltenen Wohneinheiten, außerdem zur Art der Beheizung bzw. Heizenergie sowie zu Eigentümer- und Mieterstrukturen und zur Höhe der Mietbelastung. Unter dem Begriff Wohneinheiten werden sowohl Wohnungen in Mehrfamilienhäusern als auch Einfamilienhäuser erfasst. In die Modellrechnung zum künftigen Wohnungsbedarf werden hauptsächlich die Angaben zur Anzahl der Wohneinheiten und zur jeweiligen Wohnungsgröße einbezogen. Angesichts der demografischen Alterung wird der künftige Bedarf an Wohneinheiten auf Landesebene auch differenziert nach dem Alter der jeweiligen Inhaberrinnen oder Inhaber der Wohneinheiten²³⁾ vorausgeschätzt.

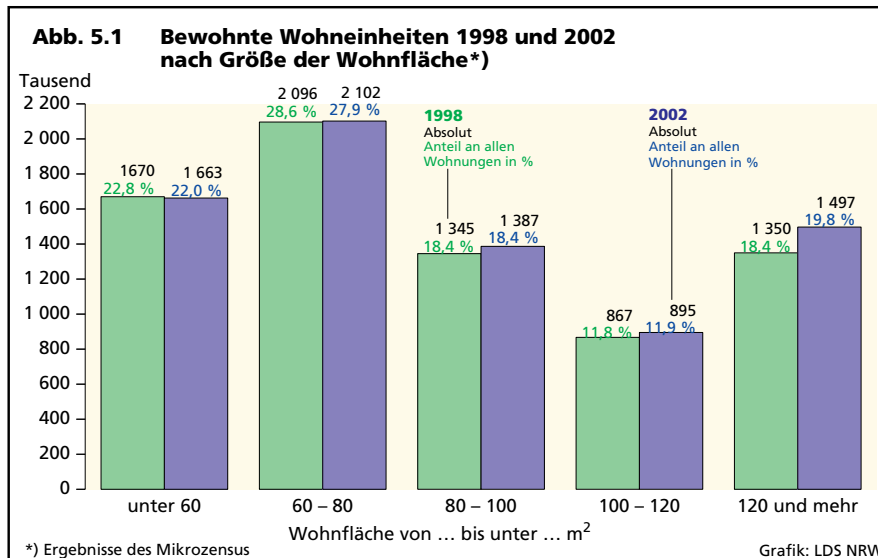
5.1 Aktueller Wohnungsbestand

Im Jahr 2002 wurden in Nordrhein-Westfalen 7,5 Millionen bewohnte Wohneinheiten gezählt, etwa 215 000 mehr als noch vier Jahre zuvor. Nahezu die Hälfte (49,9 %) dieser Wohneinheiten hat eine Wohnfläche von weniger als 80 m²; etwa 22 % oder 1,66 Millionen Einheiten besitzen sogar nur eine zu bewohnende Fläche unter 60 m².

Die Fläche einer Wohneinheit liefert in den meisten Fällen Näherungswerte für die Anzahl der in den Wohneinheiten befindlichen Zimmer – eine direkte Frage nach der Zimmerzahl gibt es im Mikrozensus nicht. So wird beispielsweise angenommen, eine Wohneinheit von unter 60 m² bestehe in der Regel aus ein bis zwei Wohnräumen sowie Küche und Bad. Pro 20 m² zusätzlicher Wohnfläche wird angenommen, dass jeweils ein zu bewohnendes Zimmer mehr zur Verfügung steht.

In knapp jeder fünften bewohnten Wohneinheit (18,4 %) beträgt die

²³⁾ Mit dem Begriff Inhaber von Wohneinheiten wird im Folgenden die so genannte Bezugsperson von Wohneinheiten bezeichnet. Als Bezugsperson (unter möglichen mehreren Haushalts- oder Wohnungsmitgliedern) wird die jeweils erste im Rahmen des Mikrozensus befragte Person bezeichnet. Die Zuschreibung erfolgt unabhängig vom Alter oder Haupteinkommensbezug der Personen.



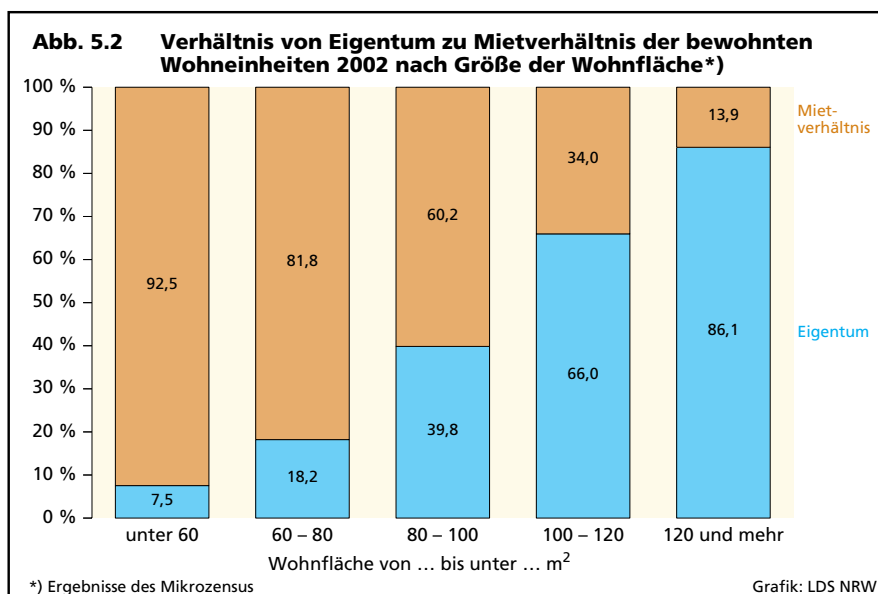
Fläche zwischen 80 und 100 m². Es ist also anzunehmen, dass es sich bei diesen knapp 1,4 Millionen Einheiten entweder um große Wohnungen mit zwei bis zu vier Zimmern oder bereits um kleinere Einfamilienhäuser handelt. Eine Wohnfläche zwischen 100 und 120 m² weisen nur knapp 12 % oder ungefähr 900 000 Wohneinheiten auf. Dagegen verfügen fast 1,5 Millionen Wohneinheiten oder jede fünfte (19,8 %) über eine Wohnfläche ab 120 m².

Seit 1998 hat sich insbesondere die Anzahl der Wohneinheiten mit einer Fläche von 80 und mehr m² erhöht. Von den 215 000 neu hinzugekommenen Wohneinheiten waren fast 70 % oder knapp 150 000 größer als 120 m² – es handelt sich hier fast ausschließlich um Ein- oder Zweifamilienhäuser. Damit hat sich

der Anteil der Wohnungen mit einer Fläche von 120 und mehr m² um 1,4 Prozentpunkte auf fast 20 % erhöht.

Die Größe der bewohnten Wohneinheiten weist einen Zusammenhang mit der Eigentumsstruktur auf: Je größer die Fläche der Wohneinheit, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von den Bewohnern als Eigentum erworben wurde, bzw. je kleiner die Fläche einer Wohneinheit, umso eher ist anzunehmen, dass ein Mietverhältnis für diese Einheit besteht.

Über 90 % aller Wohneinheiten mit einer Größe von weniger als 60 m² sind Mietwohnungen. Liegt die Fläche der Wohneinheiten zwischen 60 und 80 m², so werden nur noch etwas über 80 % vermietet. In der

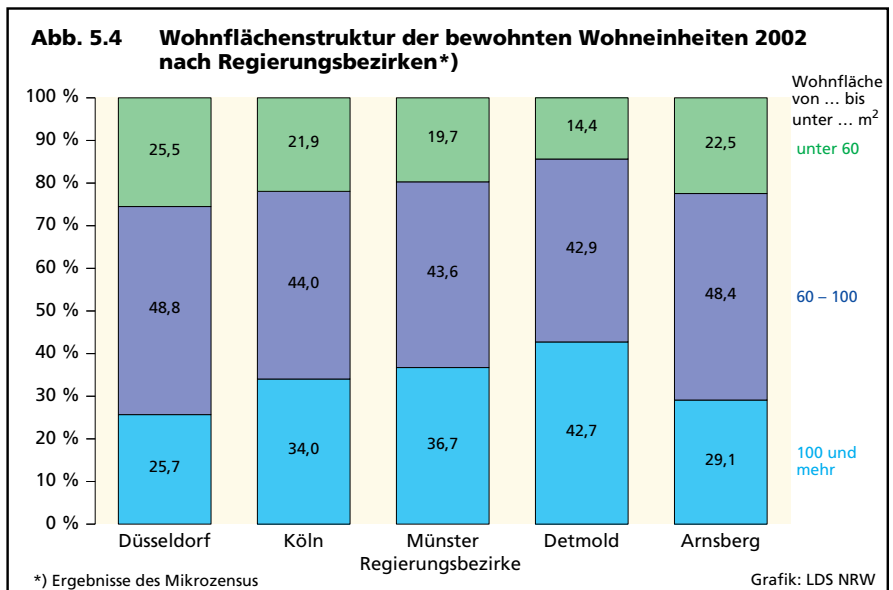
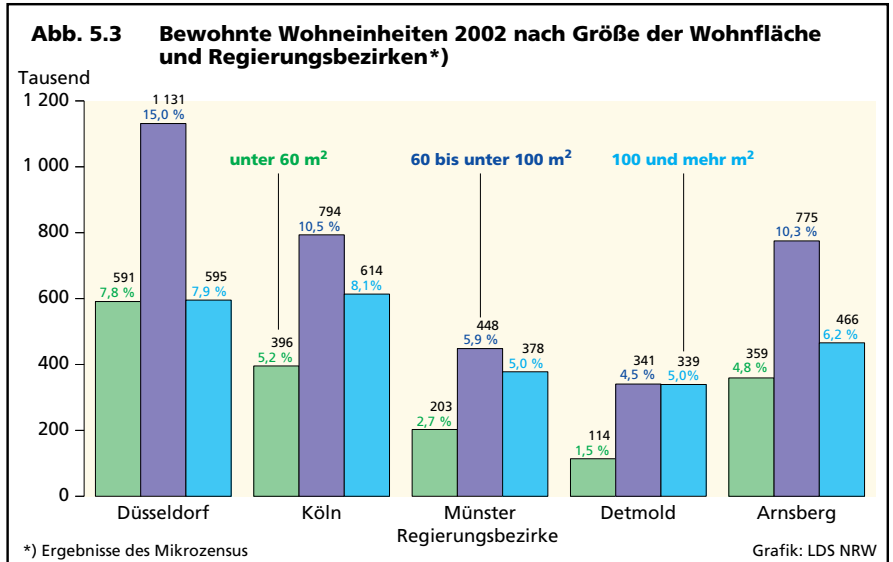


Größenklasse 80 bis unter 100 m² sind nur noch 60 % Mietwohnungen.

Bewohnte Wohneinheiten mit einer Größe von 100 bis 120 m² sind zu ca. zwei Dritteln als Eigentum erfasst. Bei Wohneinheiten mit einer Fläche von 120 und mehr m² sind sogar 86 % Eigentum der Bewohnerinnen und Bewohner.

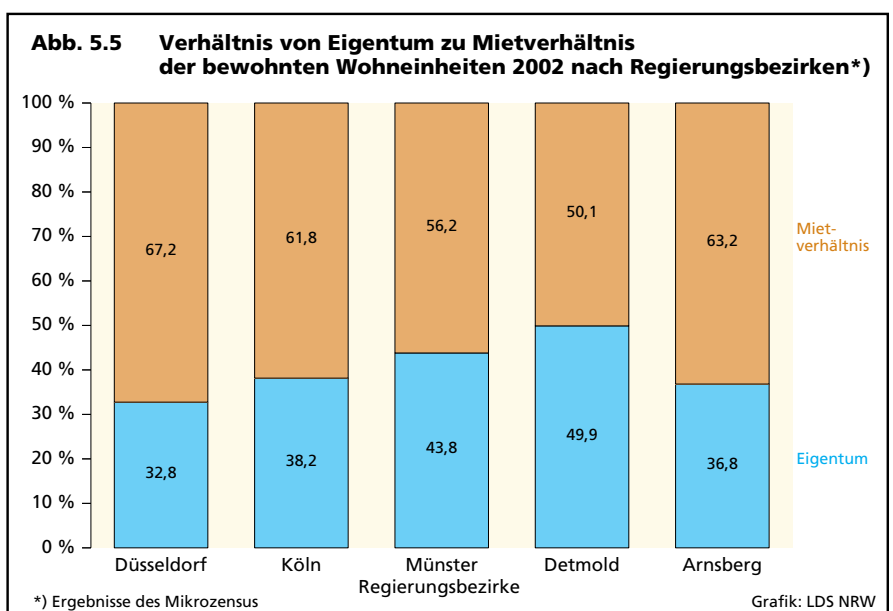
Eine regional differenzierte Betrachtung des nordrhein-westfälischen Bestandes an Wohneinheiten zeigt in der Gliederung nach Regierungsbezirken teilweise erhebliche Unterschiede zwischen städtischen Ballungsregionen und Gebieten mit eher ländlichen Strukturen. Die Differenzierung nach Regierungsbezirken lässt keine trennscharfe Aufteilung nach Stadt-Land-Regionen zu. Doch von der Tendenz her ist zu erkennen, dass insbesondere die Regierungsbezirke Münster und Detmold – sie zeichnen sich durch eine Vielzahl an ländlich ausgerichteten Kreisen und eher kleinräumige städtische Gebiete aus – zum einen erheblich größere Wohneinheiten (100 und mehr m²) und zum anderen eine höhere Anzahl an Wohneinheiten in der Hand von Eigentümern aufweisen als die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Arnsberg. Letztgenannte Regierungsbezirke sind vornehmlich charakterisiert durch Metropolen und Ballungsgebiete.

Der Regierungsbezirk Düsseldorf als Verwaltungseinheit mit der höchsten Bevölkerungszahl in Nordrhein-Westfalen und einem hohen Anteil an Städten und Ballungsräumen – wie Teilen des Ruhrgebietes – hat den höchsten Anteil (25,5 %) an kleinen Wohneinheiten unter 60 m² bzw. den geringsten Anteil (25,7 %) an großen Wohneinheiten ab 100 m² Fläche. In diesem Regierungsbezirk findet sich außerdem der geringste Anteil (32,8 %) an Eigentümern unter den Wohnungsinhabern bzw. der höchste Anteil (67,2 %) an Mietern. Alle diese Punkte sind charakteristisch für städtisch dominierte Regionen. Köln und Arnsberg folgen mit verhalten-



nem Abstand und bestätigen damit den graduell ländlicheren Charakter dieser Regierungsbezirke.

Der Regierungsbezirk Detmold, der abgesehen von der kreisfreien Stadt Bielefeld nur aus Kreisen besteht,



zeigt entgegengesetzte Werte. Im RB Detmold werden nur etwa ein Zehntel der Wohneinheiten von Nordrhein-Westfalen insgesamt gezählt. Der Anteil an kleinen Wohneinheiten mit weniger als 60 m² Wohnfläche liegt nur bei etwa 14 %; jener der großen Wohneinheiten mit einer Fläche von 100 und mehr m² erreicht dagegen fast 43 %. Im RB Detmold ist außerdem fast die Hälfte aller bewohnten Wohneinheiten von Eigentümern bewohnt – 17 Prozentpunkte mehr als im RB Düsseldorf.

5.2 Methodik der Modellrechnung

Die Modellrechnung zum künftigen Bedarf an Wohneinheiten wird als Status-quo-Vorausberechnung durchgeführt, d. h., ihr liegt die (künstliche) Annahme zugrunde, dass alle auf die Wohnsituation Einfluss nehmenden Größen jenseits der demografischen Entwicklung unverändert bleiben. Zu diesen hier nicht berücksichtigten Größen zählen beispielsweise die Höhe der Mieten genauso wie die Höhe der Einkommen; in der Vorausberechnung unbeachtet bleiben auch eventuelle politische Entscheidungen, z. B. zum Eigentumserwerb oder zur Nutzung von Flächen. Die Nichtberücksichtigung dieser und vieler anderer Effekte bedeutet, dass die im Ergebnis erscheinenden künftig zu erwartenden Veränderungen des Wohnungsbedarfes ausschließlich auf Einflüsse demografischer Art zurückgeführt werden können.

Proberechnungen haben aufgezeigt, dass die Zahl der bewohnten Wohneinheiten erheblich von regionalen Besonderheiten abhängt – z. B. der Kreis-Stadt-Struktur, wie bereits beschrieben –, und zwar mehr als von der demografischen Struktur. Dies wurde daraus deutlich, dass sich bereits für das Basisjahr 2002 in einzelnen Kreisen Abweichungen von mehr als 10 % zwischen der ermittelten und der geschätzten Zahl ergaben. Aus diesem Grund wurden die regionalspezifischen Quoten des Jahres 2002 einberechnet. Auf die Be-

5.1 Bedarf an Wohneinheiten von 2002 bis 2040*) nach Größe der Wohnfläche									
Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten								
	2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
	1 000								
unter 60	1 715	1 714	1 725	1 744	1 747	1 731	1 712	1 697	1 679
60 – 90	2 959	2 966	2 988	3 014	3 028	3 020	2 992	2 952	2 899
90 – 120	1 463	1 472	1 481	1 487	1 487	1 483	1 466	1 442	1 410
120 und mehr	1 506	1 518	1 528	1 530	1 523	1 511	1 487	1 455	1 420
Insgesamt	7 643	7 670	7 722	7 775	7 785	7 744	7 657	7 545	7 408

*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

rechnung einer Trendvariante musste unter diesen Umständen verzichtet werden.

Bei Verwendung von regionalspezifischen Quoten zur Umrechnung der Bevölkerungsdaten auf die Zahlen bewohnter Wohneinheiten werden folgende Bevölkerungsgruppen nicht erfasst: (1) alle Bewohnerinnen und Bewohner von Wohn- und Pflegeheimen, (2) Haushalte in Behelfsunterkünften sowie (3) Haushalte, die zum Zeitpunkt der Befragung eine Wohnung hinterlassen haben, die nicht von einem anderen Haushalt wiederbewohnt wurde. Letzteres resultiert aus dem Sachverhalt, dass die Bevölkerung in bewohnten Wohneinheiten nicht an der Bevölkerungsfortschreibung, sondern am Wohnungsbestand hochgerechnet wurde.

Ergebnis des ersten Berechnungsschrittes sind die Zahlen zur Bevölkerung in Privathaushalten. In einem zweiten Schritt wird sodann diese Bevölkerung anhand alters- und geschlechtsspezifischer Quoten bestimmten Haushaltstypen zugeordnet. Für jeden Typ wird mit Hilfe der durchschnittlichen typspezifischen Haushaltsgrößen in einem dritten Schritt die Zahl der Haushalte selbst bestimmt, indem die Summe aller diesem Haushaltstyp zugeordneten Personen durch die Haushaltsgröße des Typs geteilt wird. Schließlich ist es möglich, diesen Haushalten aufgrund der zuvor ermittelten haushaltstypspezifischen Strukturen einen nach der Wohnungsgröße gegliederten Bedarf an Wohneinheiten zuzuordnen. Im Zuge dieses Berechnungsschrittes werden somit allen zu betrachtenden Privathaushalten Wohneinheiten zugeordnet, und die Zahl der bewohnten Wohneinheiten ist gleich der Haushaltszahl.

5.3 Ergebnisse der Vorausberechnung

5.3.1 Rückgang des Gesamtbedarfes an Wohneinheiten ab 2020

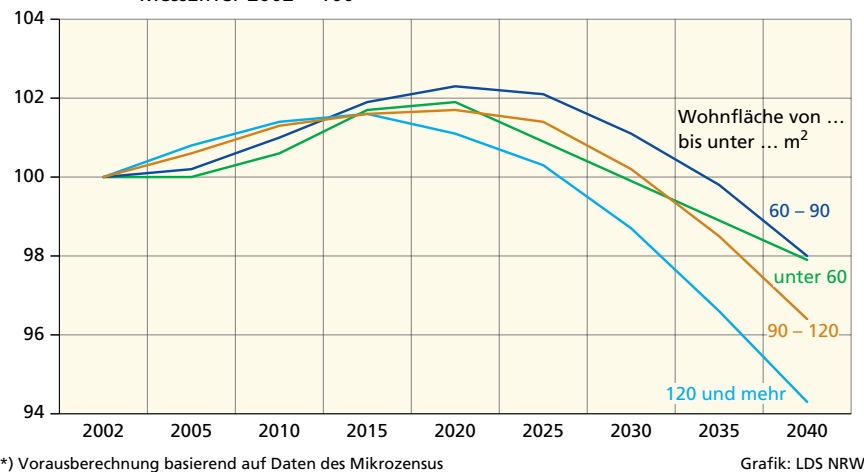
Der Gesamtbedarf an Wohneinheiten wird in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2040 von 7,64 Millionen²⁴⁾ auf 7,4 Millionen zurückgehen. Ein rückläufiger Trend wird jedoch erst ab 2020 einsetzen – bis dahin ist damit zu rechnen, dass sich der Bedarf zunächst noch um ungefähr 140 000 oder knapp 2 % erhöht. 2020 wird der Modellrechnung zufolge der zahlenmäßige Höhepunkt mit 7,79 Millionen bewohnten Wohneinheiten in Nordrhein-Westfalen erreicht sein. Spätestens ab 2035 liegt der Bedarf niedriger als das Niveau von 2002. Bis zum Jahr 2040 wird er gegenüber 2002 um 235 000 oder 3,1 % sinken.

Die bis zum Jahr 2020 erwarteten Steigerungen verteilen sich relativ gleichmäßig auf die verschiedenen Wohnungsgrößen. Dennoch ist für die kleineren Einheiten mit einer Fläche unter 90 m² bis 2020 ein leicht höheres Wachstum bzw. ab 2020 eine gegenüber den großen Wohneinheiten ab 90 m² graduell langsamere Abnahme zu verzeichnen.

Bis zum Jahr 2020 wird nach den Ergebnissen der Modellrechnung der Bedarf an Wohneinheiten mit weniger als 90 m² noch um etwa 100 000 oder 2,2 % ansteigen und ein Maximum von 4,78 Millionen erreichen.

²⁴⁾ Die unterschiedlichen Angaben für 2002 sind Ergebnis verschiedener Hochrechnungsverfahren. Für die Modellrechnung wurde die Zahl bewohnter Wohneinheiten nicht an der Bevölkerungsfortschreibung, sondern am Wohnungsbestand hochgerechnet.

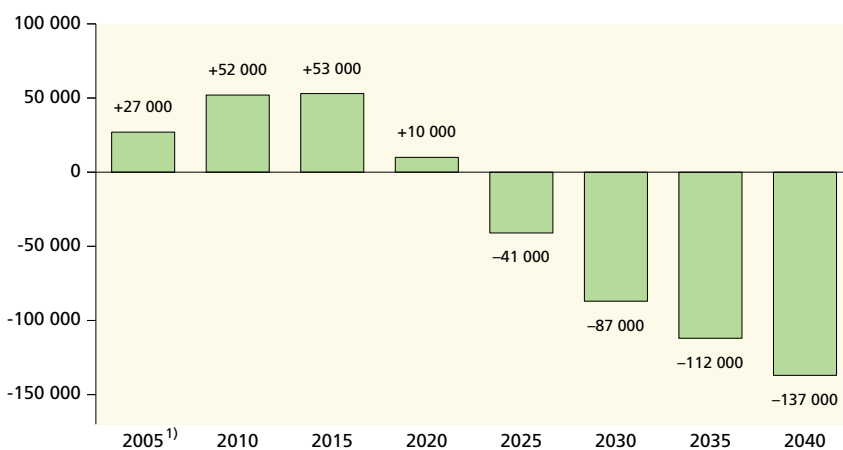
Abb. 5.6 Bedarf an Wohneinheiten von 2002 bis 2040*) nach Größe der Wohnfläche
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

Abb. 5.7 Veränderung des Bedarfs an Wohneinheiten 2005 - 2040*) gegenüber dem jeweils dargestellten vorherigen Jahr



*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus
1) Für 2005 wird die Veränderung gegenüber 2002 dargestellt.

Grafik: LDS NRW

Der Bedarf an Wohneinheiten ab 90 m² erreicht nach Steigerungen um 1,6 % oder knapp 50 000 Einheiten bereits 2015 seinen höchsten Wert. Dann setzt ein rückläufiger Trend ein. Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der erforderlichen Wohneinheiten ab 90 m² um fast 140 000 oder 5 % zurückgehen, wobei über 60 % davon (86 000 Einheiten) mindestens 120 m² groß sind.

Der Bedarf an kleineren Wohneinheiten (unter 90 m²) wird bis 2040 zwar auch sinken, jedoch vom Ausmaß her etwas schwächer: 2040 werden 96 000 Wohneinheiten dieser Größe weniger nachgefragt werden – das entspricht einem Rückgang um etwa 2 %. Absolut gesehen am schwächsten sind von diesem Rückgang die kleinen Wohnein-

heiten mit einer Fläche unter 60 m² betroffen – deren Anzahl sinkt nur um 36 000.

Für die Verantwortlichen in der Wohnungsbranche heißt dies, dass bereits in den nächsten Jahren die Nachfrage nach großflächigen Wohneinheiten mit 90 und mehr m² stagniert bzw. zurückgeht. Der Bedarf an kleineren Wohneinheiten steigt infolge der demografischen Alterung und damit eines wachsenden Anteils an älteren allein Lebenden noch bis 2020. Spätestens ab 2025 wird allein aufgrund der demografischen Faktoren und ungeachtet möglicher anderer Einflussgrößen mit einem wachsenden Anteil an kurz- oder längerfristig unbewohnten Wohnungen bzw. Wohnungsleerstand zu rechnen sein.

5.3.2 Altersstrukturverschiebung der Inhaber von Wohneinheiten

Die demografische Entwicklung – und damit verbunden die Änderung der Haushaltsstrukturen hin zu mehr allein Lebenden und weniger Familien – beeinflusst nicht nur die Nachfrage nach Wohneinheiten unterschiedlicher Größe. Auswirkungen werden auch auf die Ausstattung von Wohneinheiten erwartet. Der künftig hohe Anteil der Haushalte mit älteren allein Lebenden wird zu einer verstärkten Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen führen. Die Einrichtung von Fahrstühlen oder Alarmbereitschaftssystemen ist hier genauso angesprochen wie die Etablierung von so genannten Alten-Wohngemeinschaften, welche u. a. den sozialen und kommunikativen Bedürfnissen der älteren Generationen entgegenkommen sollen. Dies kann u. U. zu erheblichen Umstrukturierungs- und Umbaumaßnahmen führen.²⁵⁾

Um die Brisanz dieser Veränderungen deutlich zu machen, wird im Folgenden dargelegt, wie sich die Altersstruktur der Inhaber von Wohneinheiten in den kommenden Jahren verändert.

Der für die Gesamtheit der Wohneinheiten vorausberechnete Bedarfsrückgang um etwa 240 000 bis zum Jahr 2040 wird zum einen überwiegend Wohnungen betreffen, in denen die Inhaber jünger als 65 Jahre sind, und zum anderen häufig Wohnungen, deren Inhaber männlich ist. Das bedeutet umgekehrt, dass insbesondere ältere Frauen künftig eine Gruppe darstellen, die auf dem Wohnungsmarkt eine relativ große Nachfrage generiert.

Zur Veranschaulichung mögen folgende Werte dienen: Während bis zum Jahr 2040 die Zahl der Wohneinheiten mit einem Inhaber im Alter von unter 65 Jahren um 17 % oder fast 1 Million zurückgeht, steigt im gleichen Zeitraum die Zahl der Wohneinheiten mit einem Inhaber im Alter ab 65 Jahren um fast 35 % oder über 700 000 an. Bis zum Jahr

25) Vgl. zur Zukunft alternativer Wohnmöglichkeiten insbesondere von alten Menschen u. a. Glatzer (2001).

5.2 Bedarf an Wohneinheiten 2002, 2020 und 2040*) nach Altersgruppen und Geschlecht der Inhaber

Alter der Inhaber von ... bis unter ... Jahren a = männlich b = weiblich	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002 in %	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2002 in %
	1 000			1 000	
15 – 25 a	148	141	-4,4	129	-12,6
b	146	140	-4,4	127	-13,1
25 – 35 a	828	755	-8,7	642	-22,4
b	350	322	-8,1	273	-22,0
35 – 45 a	1 223	963	-21,2	914	-25,2
b	373	296	-20,5	282	-24,3
45 – 55 a	1 005	1 009	+0,4	909	-9,5
b	279	290	+3,9	261	-6,5
55 – 65 a	962	1 099	+14,2	862	-10,4
b	278	316	+13,8	248	-10,8
65 – 75 a	748	778	+4,1	841	+12,5
b	378	376	-0,5	431	+13,9
75 und mehr a	361	578	+60,5	674	+86,9
b	566	721	+27,4	814	+43,9
Insgesamt a	5 273	5 324	+1,0	4 972	-5,7
b	2 370	2 461	+3,8	2 436	+2,8

*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

2020 ist für den geschilderten Rückgang fast ein Drittel, für die genannte Steigerung über die Hälfte der Gesamtentwicklung erreicht.

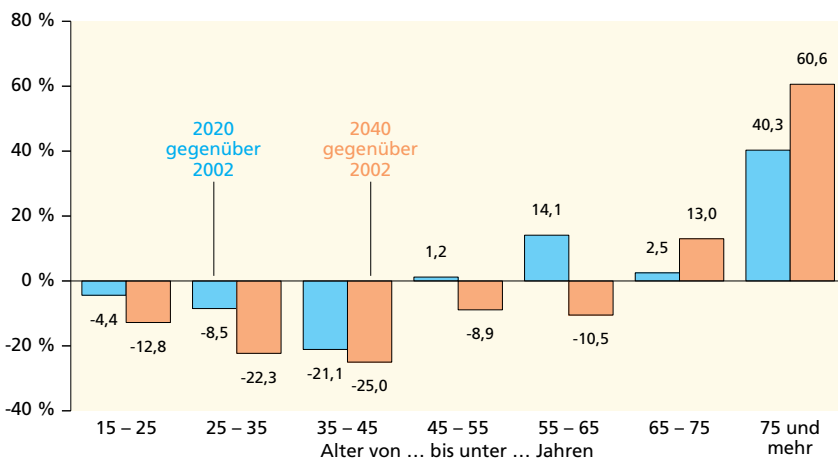
Die Zahl der Wohneinheiten mit einem Inhaber im Alter von unter 45 Jahren geht bereits bis 2020 zurück, hingegen erfahren die Wohnungszahlen mit einem Inhaber im Alter von 45 bis unter 65 Jahren bis 2020 noch Steigerungen. Bis 2040 wächst dann schließlich nur noch die Zahl der Wohneinheiten mit einem Inhaber im Alter von 65 und mehr Jahren.

Die Veränderungsprozesse in der höchsten Altersgruppe verlaufen bei Männern als Wohnungsnachfrager dynamischer als bei Frauen. In den Altersstufen bis 75 Jahre sind die Unterschiede der Entwicklungen zwischen den Männern und den Frauen weitgehend zu vernachlässigen. Bei den 75-Jährigen und älteren dagegen weist die Nachfrage der Männer eine fast doppelt so hohe Steigerungsrate auf wie die der Frauen. Die Zahl der von einem Mann ab 75 Jahren geführten Wohneinheiten steigt um 87 % von 361 000 auf 674 000. Die Zahl der Wohneinheiten, die von gleichaltrigen Frauen bewirtschaftet werden, wächst im Vergleich dazu deutlich geringer, nämlich nur um 44 % von 566 000 auf 814 000.

Insgesamt steigt bei beiden Geschlechtern der Anteil älterer Wohnungsinhaber. 2002 waren über 60 % der männlichen Wohnungsinhaber jünger als 55 Jahre – dieser Anteil wird sich in den kommenden Jahren um mehr als acht Prozentpunkte verringern und 2040 nur noch 52 % betragen. Bei den Wohnungsinhaberinnen vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung: Hier sinkt der Anteil der unter 55-Jährigen von knapp 50 % auf knapp 40 %.

Im Gegenzug steigt die Zahl der Wohneinheiten mit älteren Inhabern an. Dieser Anstieg ist jedoch hauptsächlich auf die wachsende Zahl der Wohnungsinhaber im Alter ab 75 Jahren zurückzuführen. Bei den Männern bleibt ihr Anteil 2040 mit 13,5 % jedoch noch relativ gering. Bei den Frauen steigt er dagegen um

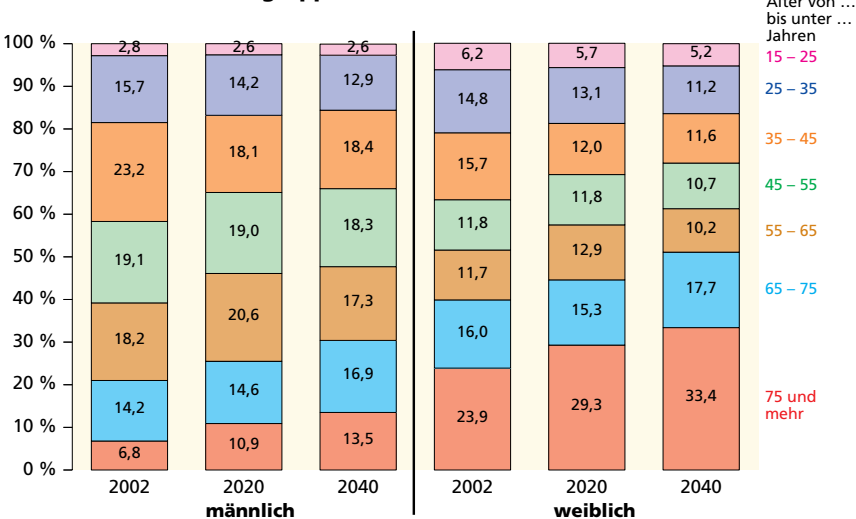
Abb. 5.8 Änderung des Bedarfs an Wohneinheiten 2020 bzw. 2040*) gegenüber 2002 nach Altersgruppen der Inhaber



*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

Abb. 5.9 Bedarf an Wohneinheiten 2002, 2020 und 2040*) nach Altersgruppen und Geschlecht der Inhaber



*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

knapp 10 Prozentpunkte auf 33,4 %. Damit wird künftig jede dritte Wohnungsinhaberin 75 Jahre oder älter sein.

5.3.3 Regional unterschiedliche Nachfrage nach Wohneinheiten

Die Ergebnisse der Modellrechnung weisen bis zum Jahr 2020 für Nordrhein-Westfalen insgesamt noch eine leichte Steigerung des Bedarfs an Wohneinheiten um knapp 2 % nach, und dies relativ unabhängig von der Wohnungsgröße. Die einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens sind jedoch höchst unterschiedlich davon betroffen (siehe Karte 5.1). Die Spannweite reicht von Rückgängen um bis zu 14 % in bestimmten kreisfreien Städten bis zu Steigerungen um 17 % in einzelnen Kreisen. Als besonders von einem Rückgang betroffene Regionen stellen sich erneut die Ballungsgebiete im und um das Ruhrgebiet heraus. Die Städte Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Gelsenkirchen, Herne und Bochum müssen mit einem besonders starken und bereits kurzfristig einsetzenden Rückgang um mehr als 6 % rechnen. Dies gilt auch für die umliegenden kreisfreien Städte Hagen, Krefeld, Wuppertal und Remscheid.

Ebenfalls Rückgänge, jedoch in der Höhe moderater, verzeichnen zahlreiche weitere kreisfreie Städte, z. B. Köln, Düsseldorf, Leverkusen, Aachen, Hamm und Bielefeld, so dass auch im Bereich Wohnen die Unterschiede zwischen der Entwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen verdeutlicht werden. Diese strukturellen Differenzen werden auch dadurch bestätigt, dass zahlreiche Kreise hauptsächlich der Regierungsbezirke Detmold, Münster und Köln bis 2020 noch Zuwächse des Bedarfes an Wohneinheiten um mehr als 12 % zu erwarten haben.

Bis zum Jahr 2020 wird es nach den Ergebnissen der Modellrechnung in den kreisfreien Städten von Nordrhein-Westfalen insgesamt zu einem Rückgang des Bedarfes an Wohneinheiten um 4,5 % oder 155 000 kommen – die rückläufige Entwicklung

5.3 Veränderung des Bedarfs an Wohneinheiten 2010, 2015 und 2020*) gegenüber 2002 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Bewohnte Wohneinheiten			
	2005	2010	2015	2020
	Veränderung gegenüber 2002 in %			
Reg.-Bez. Düsseldorf	-0,4	-1,0	-1,6	-2,8
kreisfreie Städte	-1,3	-3,0	-4,6	-6,6
Kreise	+1,2	+2,8	+4,0	+4,2
Reg.-Bez. Köln	+0,9	+2,6	+4,3	+5,5
kreisfreie Städte	-0,5	-0,8	-0,7	-0,8
Kreise	+2,1	+5,4	+8,3	+10,5
Reg.-Bez. Münster	+0,7	+1,8	+3,0	+3,5
kreisfreie Städte	-1,1	-2,4	-3,4	-4,9
Kreise	+1,4	+3,6	+5,7	+7,1
Reg.-Bez. Detmold	+1,1	+3,2	+5,6	+7,4
kreisfreie Stadt	-1,1	-2,2	-2,9	-3,6
Kreise	+1,6	+4,4	+7,4	+9,8
Reg.-Bez. Arnsberg	+0,2	+0,5	+0,8	+0,6
kreisfreie Städte	-0,7	-1,7	-2,6	-4,0
Kreise	+0,9	+2,2	+3,5	+4,1
Nordrhein-Westfalen	+0,4	+1,0	+1,7	+1,9
kreisfreie Städte	-1,0	-2,2	-3,1	-4,5
Kreise	+1,5	+3,7	+5,8	+7,2

*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

hat heute bereits eingesetzt. In den Kreisen wird dagegen noch mindestens bis 2020 ein Plus von 7,2 % oder knapp 300 000 Wohneinheiten zu verbuchen sein.

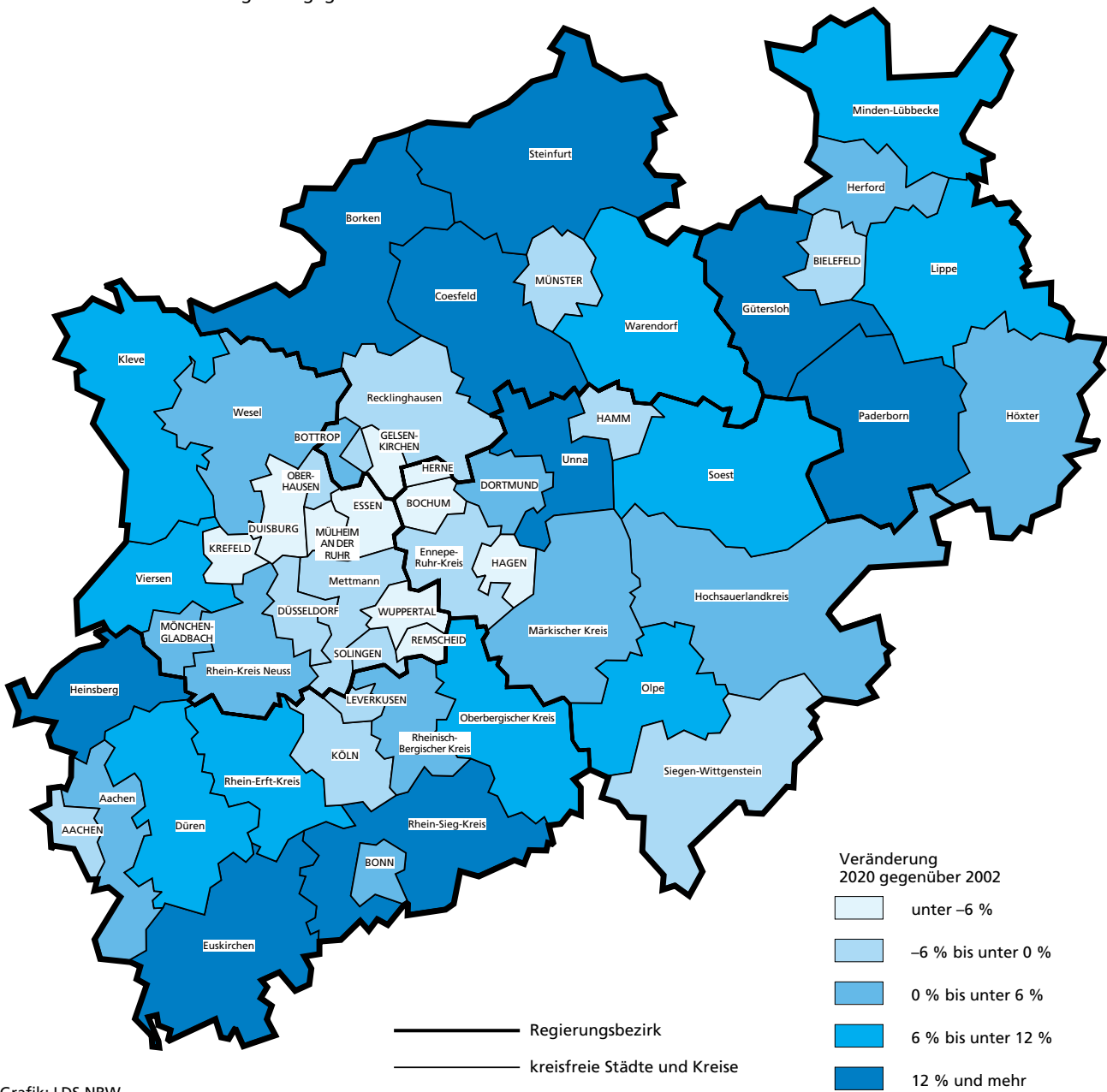
Die auffälligen Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen sind auf die regional sehr unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Die vor allem in den Städten sinkenden Einwohnerzahlen werden noch in dieser Dekade zu einer schwindenden Wohnungsnachfrage in den Ballungsgebieten führen.

Am stärksten von dieser Entwicklung betroffen ist der Regierungsbezirk Düsseldorf mit einem Rückgang der Zahl bewohnter Wohneinheiten in den kreisfreien Städten um fast 7 % oder 100 000 bis zum Jahr 2020. Dieser enorme Rückgang kann auch nicht mehr durch eine positive Entwicklung in den Kreisen kompensiert werden, so dass der RB insgesamt mit einem Rückgang der Zahl der Wohneinheiten um fast 3 % bis zum Jahr 2020 rechnen muss.

In den anderen vier Regierungsbezirken fällt die Entwicklung für die kreisfreien Städte zwar auch negativ aus, jedoch in der Höhe schwächer, so dass diese Rückgänge durch Zunahmen in den jeweiligen Kreisen ausgeglichen werden können. Für den RB Arnsberg wird ein nur geringer Saldo von +0,6 vorausgeschätzt. Deutlich höher ist der positive Saldo in den Regierungsbezirken Münster, Köln und Detmold. Die beiden Letzteren können in ihren Kreisen sogar mit Zuwächsen um jeweils etwa 10 % rechnen. Der RB Köln weist in seinen kreisfreien Städten mit nur -0,8 % bis 2020 den niedrigsten Rückgang unter den Regierungsbezirken auf.

Eine regionale Differenzierung des Bedarfes an Wohneinheiten nach der Größe der Wohnfläche ergibt ein weitgehend homogenes Bild: Gehen die Zahlen der Wohneinheiten zurück, so nehmen sie über alle Wohnungsgrößen hinweg verhältnismäßig gleichmäßig ab. Entsprechendes gilt, wenn die Zahl der Wohneinheiten zunimmt (siehe Tabelle 5.4).

Karte 5.1 Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

5.4 Veränderung des Bedarfs an Wohneinheiten 2020*) gegenüber 2002 nach Größe der Wohnfläche

Gebiet	Bewohnte Wohneinheiten				
	insgesamt	davon mit einer Wohnfläche von ... bis unter ... m ²			
		unter 60	60 – 90	90 – 120	120 und mehr
Veränderung 2020 gegenüber 2002 in %					
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt	-4,2	-4,2	-4,1	-4,3	-4,4
Duisburg, krfr. Stadt	-7,8	-7,5	-7,4	-8,1	-8,6
Essen, krfr. Stadt	-8,9	-8,8	-8,5	-9,1	-9,8
Krefeld, kreisfr. Stadt	-8,3	-7,7	-7,6	-8,8	-9,8
Mönchengladbach, krfr. Stadt	+0,4	+1,3	+1,2	-0,2	-1,4
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	-6,4	-4,9	-5,8	-7,4	-8,6
Oberhausen, krfr. Stadt	-3,8	-3,2	-3,1	-4,3	-5,4
Remscheid, krfr. Stadt	-6,6	-6,1	-6,0	-7,0	-8,0
Solingen, krfr. Stadt	-3,2	-2,3	-2,7	-3,8	-4,6
Wuppertal, krfr. Stadt	-12,1	-11,5	-11,6	-12,6	-13,5
Kleve, Kreis	+11,5	+12,1	+12,2	+10,9	+10,0
Mettmann, Kreis	-1,8	-0,0	-0,9	-2,8	-4,6
Rhein-Kreis Neuss	+4,1	+6,2	+5,1	+2,9	+1,1
Viersen, Kreis	+9,4	+9,9	+10,1	+8,9	+8,1
Wesel, Kreis	+3,9	+5,3	+5,0	+3,1	+1,5
Regierungsbezirk Köln					
Aachen, krfr. Stadt	-4,0	-5,4	-3,7	-3,4	-3,1
Bonn, krfr. Stadt	+5,0	+5,2	+5,2	+4,7	+4,7
Köln, krfr. Stadt	-1,3	-1,6	-1,1	-1,2	-1,2
Leverkusen, krfr. Stadt	-4,1	-2,6	-3,5	-5,0	-6,1
Aachen, Kreis	+3,8	+4,7	+4,5	+3,1	+2,1
Düren, Kreis	+10,6	+10,5	+11,2	+10,3	+9,7
Rhein-Erft-Kreis	+7,8	+9,0	+8,6	+7,1	+5,8
Euskirchen, Kreis	+13,8	+15,1	+14,8	+13,0	+11,6
Heinsberg, Kreis	+14,3	+15,2	+15,2	+13,7	+12,5
Oberbergischer Kreis	+8,9	+9,2	+9,6	+8,6	+7,6
Rheinisch-Bergischer Kreis	+5,4	+7,4	+6,3	+4,4	+3,0
Rhein-Sieg-Kreis	+17,0	+17,9	+17,8	+16,4	+15,2
Regierungsbezirk Münster					
Bottrop, krfr. Stadt	+1,0	+1,6	+1,7	+0,6	-0,4
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	-10,9	-11,3	-10,6	-10,9	-11,2
Münster, krfr. Stadt	-1,5	-2,1	-1,7	-1,3	-0,4
Borken, Kreis	+13,8	+13,8	+14,5	+13,5	+12,9
Coesfeld, Kreis	+13,1	+12,3	+13,7	+13,2	+12,7
Recklinghausen, Kreis	-1,5	-1,3	-0,8	-1,7	-2,8
Steinfurt, Kreis	+13,4	+12,9	+13,7	+13,4	+13,4
Warendorf, Kreis	+7,4	+7,3	+7,9	+7,3	+6,7
Regierungsbezirk Detmold					
Bielefeld, krfr. Stadt	-3,6	-3,8	-3,5	-3,5	-3,4
Gütersloh, Kreis	+14,6	+14,5	+14,9	+14,5	+14,2
Herford, Kreis	+5,8	+5,8	+5,9	+5,6	+5,5
Höxter, Kreis	+4,0	+3,1	+4,3	+4,2	+4,0
Lippe, Kreis	+6,8	+6,9	+7,1	+6,6	+6,3
Minden-Lübbecke, Kreis	+10,4	+9,7	+10,5	+10,6	+10,8
Paderborn, Kreis	+15,0	+13,5	+15,5	+15,4	+15,3
Regierungsbezirk Arnsberg					
Bochum, krfr. Stadt	-6,9	-7,5	-6,5	-6,7	-6,9
Dortmund, krfr. Stadt	+1,2	+0,5	+1,5	+1,5	+1,3
Hagen, krfr. Stadt	-13,8	-12,8	-13,3	-14,3	-15,3
Hamm, krfr. Stadt	-0,9	-1,5	-0,5	-0,7	-1,1
Herne, krfr. Stadt	-7,5	-8,6	-7,4	-7,2	-7,1
Ennepe-Ruhr-Kreis	-3,4	-2,7	-2,7	-3,8	-5,0
Hochsauerlandkreis	+0,3	+0,5	+0,9	+0	-0,7
Märkischer Kreis	+2,3	+3,3	+3,0	+1,7	+0,5
Olpe, Kreis	+6,3	+6,2	+7,0	+6,1	+5,4
Siegen-Wittgenstein, Kreis	-2,6	-2,4	-2,0	-3,0	-3,9
Soest, Kreis	+10,8	+10,7	+11,4	+10,6	+9,8
Unna, Kreis	+15,2	+16,5	+16,0	+14,4	+13,0
Nordrhein-Westfalen	+1,9	+1,9	+2,3	+1,7	+1,1

*) Vorausberechnung basierend auf Daten des Mikrozensus

5.4 Fazit

Für die künftige Entwicklung des Bedarfes an bewohnten Wohneinheiten ist zusammenfassend Folgendes zu sagen:

- 1) Bis zum Jahr 2020 ist noch mit einer Steigerung um knapp 2 % oder 140 000 Wohneinheiten zu rechnen. Erst danach sinkt der Bedarf bis 2040 gegenüber 2002 um 3,1 % oder 235 000 Einheiten.
- 2) Der Bedarf an großflächigen Wohneinheiten ab 90 m² sinkt bis 2040 stärker (um fast 5 % oder 140 000) als der Bedarf an Wohneinheiten mit einer Wohnfläche unter 90 m² (-2 % oder knapp 100 000).
- 3) Bereits kurzfristig werden die Wohnungsinhaber im Schnitt wesentlich älter sein als bisher. Bis 2040 wird hier die Zahl der Personen ab 75 Jahren um 60 % ansteigen und einen Wert von fast 1,5 Millionen erreichen. Eine besonders wichtige Gruppe stellen dabei die älteren Frauen dar: 2040 beträgt ihr Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Wohnungsinhaber fast 35 %.
- 4) Die Entwicklung verläuft regional sehr unterschiedlich. Bei einer Differenzierung nach kreisfreien Städten und Kreisen zeigt sich insbesondere die Region im und um das Ruhrgebiet als problematisch. Dort wird bis 2020 ein Rückgang des Bedarfes um mehr als 6 % erwartet. Im Gegensatz dazu weist die Modellrechnung für viele Kreise noch Steigerungen um mehr als 12 % aus.

Die Entwicklung (1) eines Rückgangs bei den bewohnten Wohneinheiten insgesamt und (2) insbesondere bei den großflächigen Wohneinheiten sowie (3) die enorme Altersstrukturverschiebung unter den Wohnungsinhabern in (4) erheblicher regionaler Differenziertheit stellen die Verantwortlichen der Bau- und Immobilienbranche, aber auch die kommunalen Planungsträger vor die Aufgabe, sich intensiv mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Als wichtige Aktivitätsfelder werden in diesem Zusammenhang auch die Förderung von altengerechten Wohnungen sowie von alternativen Formen des Zusammenlebens genannt.

Letzteres soll vor allem die Einsamkeit im Alter verringern. Eine Wohnumgebung, welche ein erhöhtes Sicherheits- und Schutzbedürfnis der Älteren befriedigt, ist dabei ebenso ein wichtiges Kriterium wie eine ausreichende altersspezifische Infrastruktur.

Insgesamt bedeuten die demografischen Veränderungen für die Beteiligten im Bereich Bauen und Wohnen der Tendenz nach eine Abkehr von der Neuerrichtung hin zu einer Umgestaltung des bereits Bestehenden, und zwar unter den Gesichtspunkten der Barrierefreiheit, Sicherheit, Erreichbarkeit und Bewohnerfreundlichkeit.

6 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zahl der Erwerbspersonen

Als ein entscheidendes Feld für die langfristige Sicherung der Zukunftsfähigkeit und die Weiterentwicklung einer Gesellschaft gilt der Arbeitsmarkt. Hier bildet das Volumen der Erwerbspersonen einen wesentlichen Faktor. Es rekrutiert sich direkt aus der Bevölkerung, so dass bei sinkenden Einwohnerzahlen tendenziell mit einem Rückgang dieses Volumens zu rechnen ist. Als weiterer demografischer Effekt kommt die Altersstrukturverschiebung hinzu, die zu einem erhöhten Durchschnittsalter der Belegschaften führen wird. Im Zuge dieser Entwicklungen befürchten Experten bereits einen Mangel an Nachwuchsfachkräften sowie eine Erosion der Wissensbasis und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft.

Um sich einen detaillierten Überblick über die künftigen Entwicklungen im Bereich der Erwerbspersonen verschaffen zu können, werden im Folgenden die zu diesem Thema vom LDS NRW erstellten Modellrechnungen vorgestellt. Zum Einstieg erfolgt eine Klärung der Begriffe. Außerdem wird auf die Datenquelle eingegangen und die bisherige Entwicklung der Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen erläutert.

Definition der Begriffe

Das Erwerbspersonenvolumen rekrutiert sich aus der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, es umfasst all jene Personen, die dem Arbeitsmarkt auf der Angebotsseite zur Verfügung stehen. Die Kategorie der Erwerbspersonen unterscheidet dabei nicht, ob es sich um tatsächlich Erwerbstätige oder um Erwerbslose handelt. Sie umfasst die Erwerbstätigen – unabhängig von der Regelmäßigkeit, Häufigkeit oder Dauer der Tätigkeit – und die erwerbslosen Arbeit Suchenden. Personen im erwerbsfähigen Alter, die weder erwerbstätig noch Arbeit suchend sind, gehören nicht zu der Gruppe der Erwerbspersonen – sie werden als Nichterwerbstätige bezeichnet. Dazu gehören Personen, welche die aktive Arbeitssuche aufgegeben haben, und viele Frauen, die den Haushalt führen bzw. sich um die Kinder kümmern, ansonsten aber keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Als potenzielle Arbeitskräfte können sie jedoch bei veränderten wirtschaftlichen Bedingungen in den Arbeitsmarkt eingeschleust werden. Mit diesem Ansatz werden Kinder und Jugendliche im Alter von unter 15 Jahren und Personen ab 65 Jahren als nicht im erwerbsfähigen Alter befindlich eingestuft.

Die Begrenzung der erwerbsfähigen Bevölkerung und damit auch des Erwerbspersonenvolumens auf Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren muss als willkürliche, jedoch pragmatische Entscheidung verstanden werden. Auch sind mit Blick auf Kranke bzw. anderweitig Beeinträchtigte nicht alle altersmäßig hierunter gefassten Personen tatsächlich erwerbsfähig; gleichzeitig befindet sich ein Teil der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren noch in der schulischen Ausbildung. Außerdem kann hinterfragt werden, warum vor dem Hintergrund der gegenwärtig praktizierten Frühverrentungsregelungen als Obergrenze 65 Jahre und nicht z. B. 60 Jahre angenommen werden. In diesem Zusammenhang sei jedoch auf die längere Lebenserwartung verwiesen, die eine künftige Erhöhung

der Lebensarbeitszeitgrenze erwarten lässt. Für die Vorausberechnung wird aus diesem Grund teilweise die obere Altersbegrenzung offen gelassen.

Die beschriebene Definition des Erwerbspersonenvolumens macht deutlich, wie stark dieser für das Funktionieren einer Volkswirtschaft entscheidende Wert von den demografischen Entwicklungen bestimmt wird. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird die Entwicklung des Erwerbspersonenvolumens noch drastischer verlaufen als die Bevölkerungsentwicklung selbst. Die Lücke, welche die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer reißen, wenn sie ab 2015 in den Ruhestand gehen, können die nachfolgenden nur schwach besetzten Jahrgänge nicht ausgleichen. Als Lösung für dieses Problem wird diskutiert, ob eine gezielte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland die entstehenden Defizite ausgleichen kann (vgl. hierzu u. a. Schulz 2000b).

Erwerbspersonen aus dem Mikrozensus

Die für die Modellrechnung notwendigen Angaben zu den Erwerbspersonen werden aus Daten des Mikrozensus abgeleitet. Diese Datenquelle hat den Vorteil, dass die befragte Person selbst angibt, in welcher Stellung innerhalb des Erwerbslebens sie sich sieht – im Gegensatz zu Daten, in denen diese Informationen über Befragungen von Arbeitgebern aus Betrieben und Unternehmen ermittelt werden. Ein Nachteil besteht darin, dass die Erhebung nur für eine feste Berichtswoche im Jahr durchgeführt wird. Aus diesem Grund können saisonale Schwankungen – im Sommer gibt es in manchen Branchen mehr Angebote für Arbeit Suchende als im Winter – nur schwer kontrolliert und ausgeglichen werden. Für die hier anzustellende Betrachtung der künftig zu erwartenden Erwerbspersonenzahl spielt Letzteres jedoch keine Rolle.

6.1 Entwicklung der Erwerbspersonen seit den 1970er-Jahren

Im Jahr 2004 wies Nordrhein-Westfalen eine Erwerbspersonenzahl von über 8,34 Millionen auf. Davon waren 56,8 % Männer und 43,2 % Frauen. Seit Anfang der 1970er-Jahre hat sich das Geschlechterverhältnis sehr deutlich verändert: Damals waren über zwei Drittel (68,1 %) männlich und nur etwa ein Drittel (31,9 %) weiblich. Insgesamt ist seit 1970 eine fast kontinuierliche Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen zu verzeichnen.

Die Erwerbsquote bezeichnet den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Seit 1977 hat sich die Erwerbsquote in Nordrhein-Westfalen um 7,3 Prozentpunkte auf knapp 70 % erhöht. Hier gilt es jedoch die

6.1 Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 1970 bis 2004*) nach Geschlecht

Jahr	Erwerbspersonen		
	insgesamt	männlich	weiblich
	1 000		
1970	6 980	4 756	2 224
1975	7 061	4 676	2 385
1980	7 176	4 694	2 482
1985	7 494	4 727	2 767
1990	8 059	4 916	3 143
1995	7 989	4 809	3 180
2000	8 224	4 761	3 463
2004	8 336	4 731	3 605

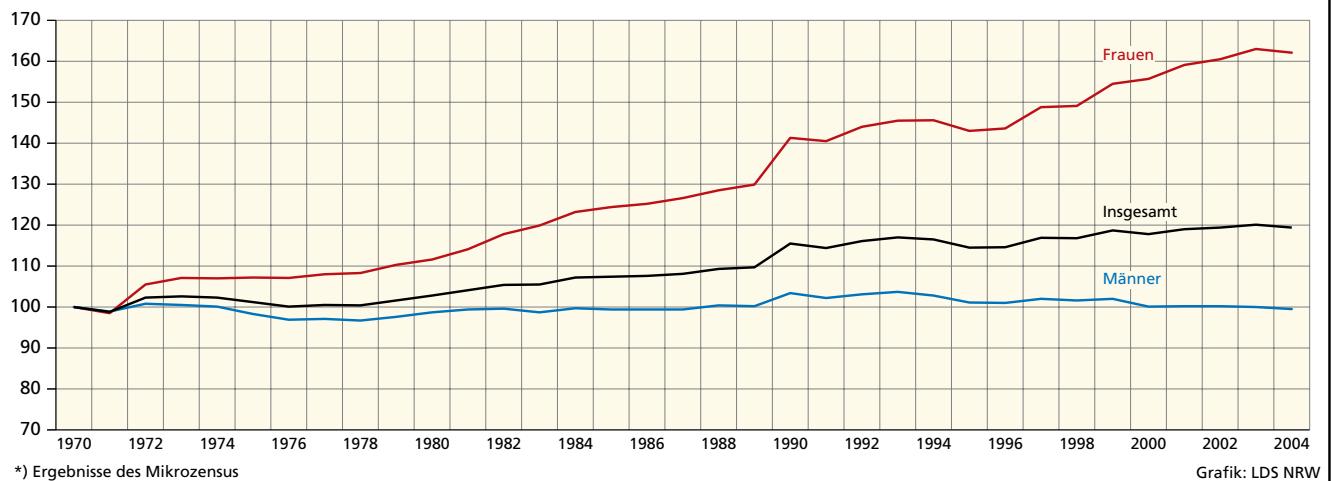
*) Ergebnisse des Mikrozensus

1970er-Jahren um über 60 % von 2,2 Millionen auf über 3,6 Millionen erhöht. Die Zahl der männlichen Erwerbspersonen blieb mit leichten Schwankungen konstant bei etwa 4,7 Millionen.

Die Fähigkeit zur Erwerbsbeteiligung verteilt sich unterschiedlich auf die einzelnen Altersstufen. In

jüngeren Jahren ist die Beteiligung aus Ausbildungsgründen geringer als im mittleren Lebensalter. Ebenso nimmt sie z. B. aufgrund gesundheitlicher Ursachen ab dem Alter von 55 Jahren wieder ab. Diese lebensphasenspezifische Verteilung hat sich über die letzten Jahrzehnte für die Frauen stark verschoben. Während noch Ende der 1970er-Jah-

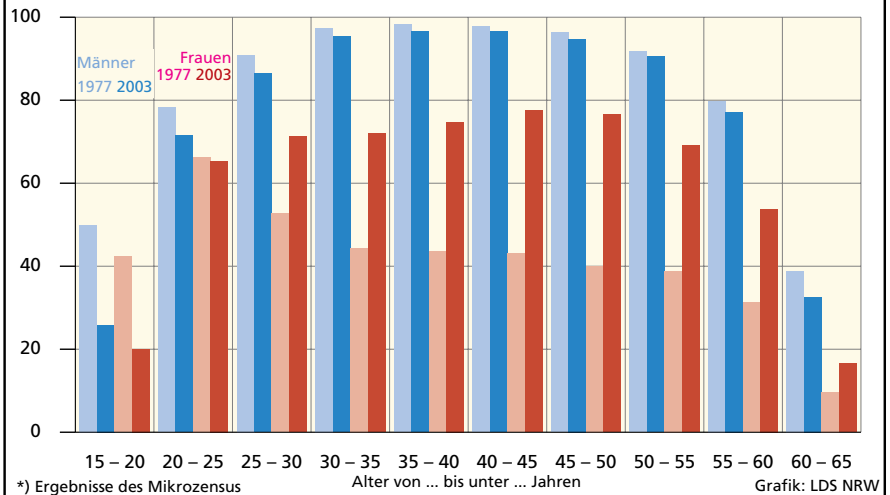
Abb. 6.1 Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 1970 bis 2004*) nach Geschlecht
Messziffer 1970 = 100



Geschlechterspezifisch zu berücksichtigen, denn diese Erhöhung resultiert ausschließlich aus der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen. Seit 1977 verzeichneten die Frauen eine kontinuierliche Erhöhung der Erwerbsquote um fast 20 Prozentpunkte auf über 60 %; die Quote der Männer ist dagegen seit den 1980er-Jahren leicht rückläufig (fünf Prozentpunkte). Mit einer aktuellen Erwerbsquote von 78,6 sind die Männer jedoch immer noch deutlich stärker am Erwerbsleben beteiligt als die Frauen.

Die absolute Zahl der weiblichen Erwerbspersonen hat sich seit den

Abb. 6.2 Altersspezifische Erwerbsquoten in den Jahren 1977 und 2003*) nach Geschlecht



re für Frauen ab dem 25. Lebensjahr, also i. d. R. mit der Heirat und dem Beginn der Familiengründung, die Erwerbsbeteiligung stark abnahm, ist heute in diesen Altersstufen die Erwerbsbeteiligung der Frauen erheblich höher (siehe Abb. 6.2).

6.2 Methodik der Modellrechnungen

Im Gegensatz zu den *Erwerbstätigen* hat die Vorausberechnung für die Erwerbspersonen entsprechend der oben dargelegten Definition den Vorteil, dass sie sich an der altersspezifischen Bevölkerungszahl orientiert. Auf diese Weise wird die Schwierigkeit umgangen, Annahmen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu setzen.

In der Modellrechnung werden die nach Alter, Geschlecht und Region gegliederten Erwerbsquoten aus dem Mikrozensus mit den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung multipliziert.²⁶⁾ Eine Differenzierung nach den 54 kreisfreien Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen erscheint insofern als sinnvoll, da die einzelnen Gebiete erhebliche Unterschiede hinsichtlich der demografischen Entwicklung aufweisen. Entsprechend wird die künftige Verfügbarkeit von Arbeitskräften regional sehr unterschiedlich ausfallen.

Die Vorausberechnung erfolgt in zwei Varianten: Die konstante Variante verwendet als Basis für die Erwerbsquoten das gewichtete Mittel der Jahre 2001 bis 2003 und bildet damit die rein demografische Entwicklung ab. Bei dieser Status-quo-Variante wird davon ausgegangen, dass sich der weitere Verlauf des Erwerbspersonenvolumens unabhängig von Einflüssen jenseits der Demografie entsprechend dem Mittel dieser drei Jahre entwickeln wird. Hier bilden nur die demografischen Komponenten die Eckwerte für Änderungen.

26) Vgl. zur näheren Erläuterung von Anschlussprognosen für die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl an die Bevölkerungsvorausberechnung Berke (1997).

In der Trendvariante werden zusätzlich zur demografischen Entwicklung Änderungen in den Erwerbsquoten einbezogen. Hierunter fallen Prozesse wie die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, steigende Bildungsqualifikationen und veränderte Vorstellungen über Ehe und Familie sowie auch Einstellungen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit und anderes mehr. Diesen Prozessen ist gemeinsam, dass sie über Verhaltensweisen generiert werden, deren zukünftiger Umfang und Wirkungsgrad schwer abzuschätzen ist.

Dieser Schwierigkeit wird begegnet durch eine Analyse der vergangenen Entwicklungen der Erwerbsquoten über den Stützzeitraum von 1996 bis 2003. Dort erkennbare und als statistisch signifikant angenommene Trends werden bis zu einem gewissen Grad in die Zukunft fortgeschrieben. Als eindeutiger Trend wurde die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen konstatiert. Bei den Männern wurden dagegen sehr wenige Trends identifiziert. Aus diesem Grund gibt es nur bei den Frauen nennenswerte Unterschiede zwischen der Trend- und der konstanten Variante.

Die Trendvariante wird – gerade weil sie Verhaltensparameter wie die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen einbezieht – als realistischere Variante angesehen. Zwar sollen in den nachfolgenden Erläuterungen die Ergebnisse beider Varianten dargestellt werden, doch aus genanntem Grund wird an einigen Stellen nur auf die Trendvariante rekurriert.

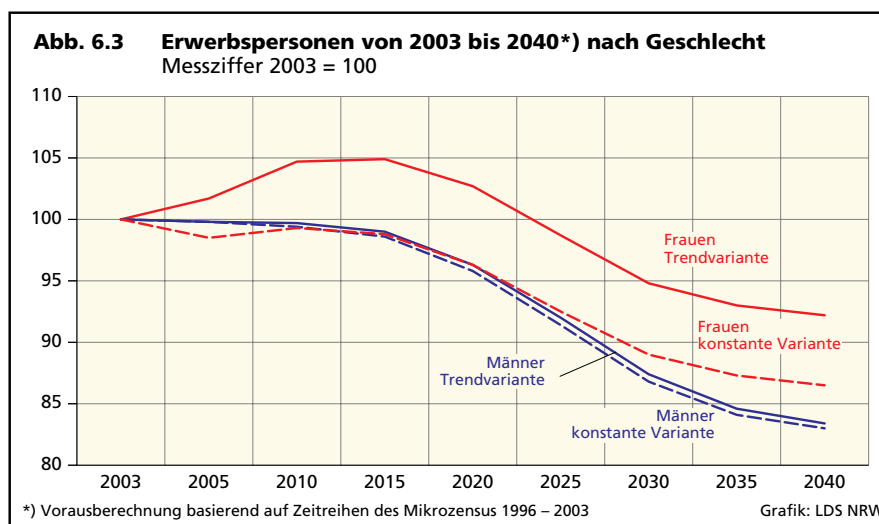
6.3 Ergebnisse der Vorausberechnung

6.3.1 Rückgang der Erwerbspersonenzahl

Nach den Ergebnissen sowohl der Status-quo- als auch der Trendvariante wird die Anzahl der Erwerbspersonen bereits mittelfristig bis zum Jahr 2020 zurückgehen. Nach einer anfänglichen Steigerung um knapp 130 000 bis 2015 ist gemäß der Trendvariante die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2020 um 78 000 Personen niedriger als der aktuelle Wert von etwa 8,4 Millionen. Gemäß der Status-quo-Variante verringert sich die Zahl der Erwerbspersonen bereits ab 2003 kontinuierlich; das Minus fällt mit 333 000 Personen hier noch deutlich höher aus.

Die ab 2015 einsetzende Dynamik der Entwicklung ist ein Effekt, der dadurch verursacht wird, dass die frühen Babyboomer-Generationen die 65er-Altersgrenze erreichen. Bis 2040 beschleunigt sich diese Entwicklung – dann wird es nach den Berechnungen der Trendvariante über eine Million weniger Erwerbspersonen geben als 2003. Nach dem Modell der Status-quo-Variante verringert sich die Zahl der Erwerbspersonen bis 2040 sogar um 1,3 Millionen.

Der moderater ausfallende Rückgang in der Trendvariante ist darauf zurückzuführen, dass die Tendenz einer verstärkten Erwerbsbeteiligung der Frauen fortgeschrieben wird. Die



6.2 Erwerbspersonen von 2003 bis 2040*) nach Altersgruppen										
Alter von ...bis unter ... Jahren	a = Trendvariante b = konstante Variante	Erwerbspersonen								
		2003	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
		1 000								
15 – 20	a	223	239	243	225	201	189	192	197	196
	b		240	243	225	203	190	194	199	197
20 – 25	a	664	716	773	785	735	668	630	641	657
	b		714	767	777	724	656	618	628	643
25 – 30	a	753	797	864	923	933	873	796	753	764
	b		792	855	913	925	865	789	746	757
30 – 35	a	1 040	961	859	928	992	1 004	940	859	813
	b		954	850	915	976	988	925	845	800
35 – 40	a	1 326	1 318	997	890	959	1 024	1 036	970	887
	b		1 297	973	867	934	996	1 008	944	863
40 – 45	a	1 246	1 323	1 328	1 001	894	963	1 028	1 040	975
	b		1 313	1 307	982	876	943	1 006	1 018	954
45 – 50	a	1 079	1 151	1 310	1 306	983	877	944	1 007	1 018
	b		1 135	1 285	1 280	963	859	924	986	998
50 – 55	a	957	940	1 065	1 215	1 212	911	813	876	935
	b		919	1 025	1 163	1 158	870	776	835	892
55 – 60	a	680	631	755	850	969	968	727	648	698
	b		613	714	799	908	904	677	603	649
60 – 65	a	328	272	243	287	324	370	369	275	244
	b		254	217	253	285	325	323	240	213
65 und mehr	a	87	88	98	100	103	109	118	125	122
	b		85	93	95	99	104	113	120	117
Insgesamt	a	8 383	8 436	8 535	8 510	8 305	7 955	7 592	7 391	7 309
	b		8 318	8 328	8 271	8 050	7 700	7 352	7 164	7 082

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2003

steigende Erwerbsneigung der Frauen schwächt die Konsequenzen des rückläufigen Erwerbspersonenpotenzials ab.

Die Unterschiede zwischen Trend- und konstanter Variante werden auch bei einer geschlechtsdifferenzierten Betrachtung deutlich. Insgesamt zeigt sich, dass unter den Bedingungen der Trendvariante der Rückgang für die weiblichen Erwerbspersonen erheblich schwächer ausfällt als in der Status-quo-Variante. Bei den Männern zeigen sich diese Differenzen kaum.

Der Rückgang liegt für Männer in der Trendvariante bis 2020 bei 174 000 Personen (konstante Variante: 198 000 Personen); bis 2040 geht die Zahl der männlichen Erwerbspersonen um 790 000 Personen zurück (konstante Variante: 810 000 Personen). Bei Frauen sehen die rückläufigen Zahlen bis 2040 etwas moderater aus; bis 2020 werden in der Trendvariante sogar Zuwächse um fast 100 000 Per-

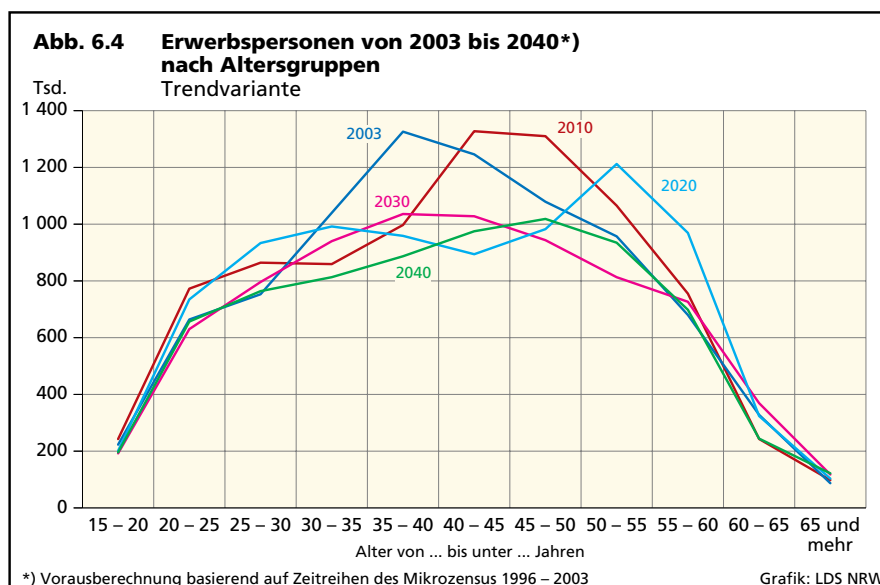
sonen erwartet (konstante Variante: Rückgänge um 134 000). Bis 2040 soll es nach der Trendvariante 282 000 weibliche Erwerbspersonen weniger geben (konstante Variante: 489 000 Personen). Gemäß den Entwicklungen in der Trendvariante wird sich der Anteil erwerbsbeteiligter Frauen um 2,5 Prozentpunkte auf fast 46 % erhöhen.

6.3.2 Veränderte Altersverteilung der Erwerbspersonen

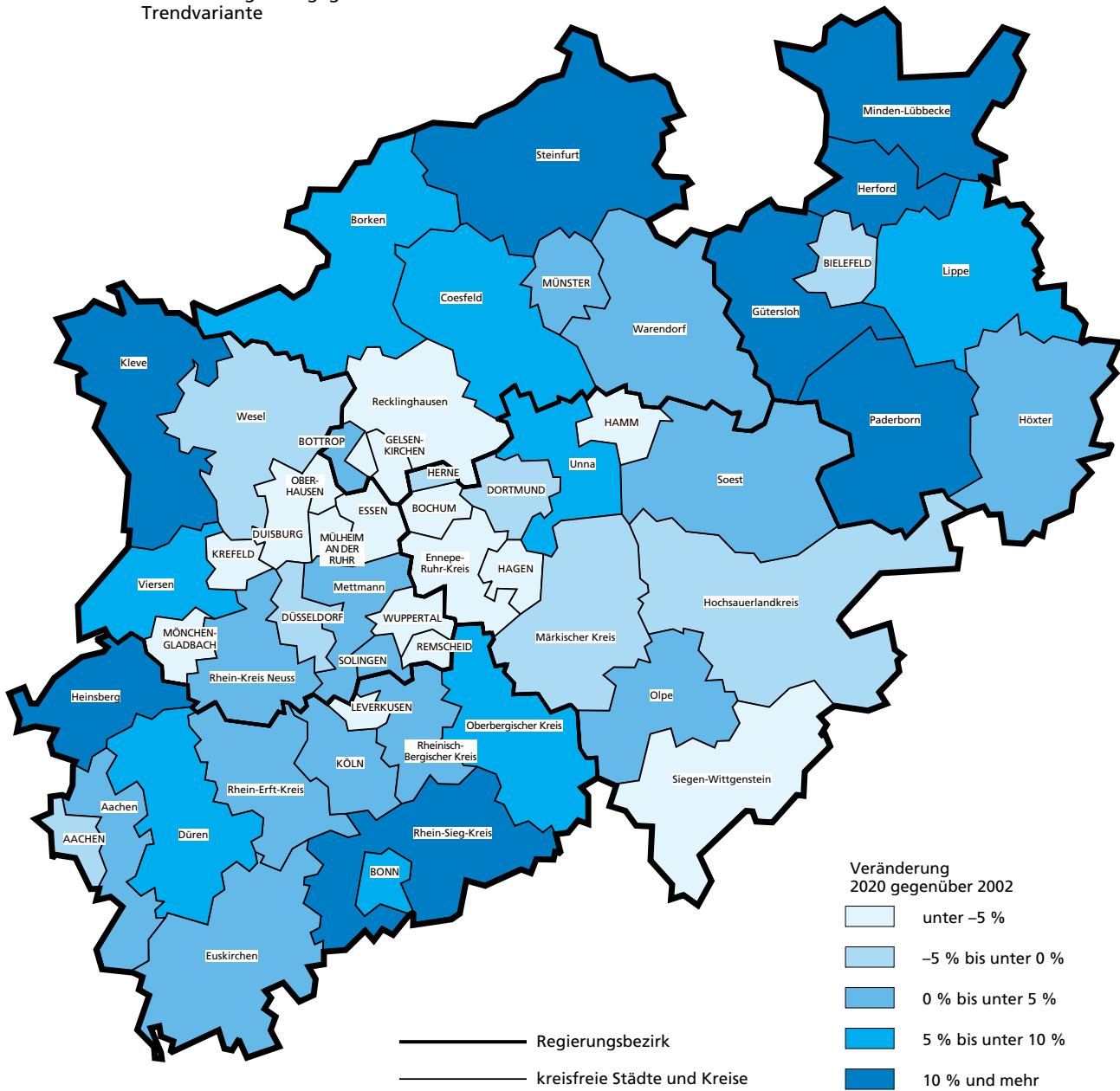
Die Entwicklung der Erwerbspersonen interessiert nicht nur hinsichtlich ihrer Gesamtzahl, sondern auch bezogen auf ihre Altersverteilung, da angenommen wird, dass kognitive Fähigkeiten im höheren Alter stagnieren bzw. abnehmen, so dass auf diese Weise die Leistungspotenziale der Erwerbssphäre sinken und sich die Wettbewerbsfähigkeit einer gealterten Gesellschaft vermindert.²⁷⁾

2003 war ein besonders hoher Anteil der Beschäftigten zwischen 30 und 40 Jahre alt. Diese Generation von heute noch jüngeren Erwerbspersonen wird auch über die nächsten Jahrzehnte weiterhin als zahlenmäßig stärkste Gruppe auftreten, da angesichts der niedrigen Geburtenziffern keine ähnlich stark besetzte Gruppe nachkommt. Auf diese Weise wird sich der Altersdurchschnitt der Erwerbspersonen nach oben verschieben. Im Jahr 2020 wird ein Großteil der Erwerbspersonen 50 Jahre und älter sein. In den darauf folgenden Jahren wird sich die Zahl der Erwerbspersonen merklich verringern, weil die stark besetzten Jahrgänge der heute besetzten Jahrgänge der heute 30- bis unter 40-Jährigen dann in den Ruhestand treten und die nachfolgenden Generationen deutlich schwächer besetzt sind.

27) Vgl. hierzu u. a. Wieland/Brasche (2000) sowie die Veröffentlichungen im Rahmen des vom BMBF geförderten Projektes Demografie und Erwerbsarbeit: u. a. Bullinger (2001), Huber u. a. (2002).



Karte 6.1 Erwerbspersonen*) in Nordrhein-Westfalen
 Veränderung 2020 gegenüber 2002
 Trendvariante



*) einschl. der Erwerbspersonen im Alter von 65 und mehr Jahren

Grafik: LDS NRW

6.3 Erwerbspersonen von 2003 bis 2040*) nach Altersgruppen und Geschlecht (Trendvariante)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbspersonen								
	2003	2010	Veränderung 2010 gegenüber 2003	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2003	2030	Veränderung 2030 gegenüber 2003	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2003
	1 000		%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Männer									
15 – 30	897	1 010	+12,6	1 001	+11,6	865	-3,6	864	-3,7
30 – 40	1 357	1 033	-23,8	1 075	-20,8	1 086	-19,9	930	-31,5
40 – 50	1 292	1 457	+12,7	1 005	-22,2	1 047	-19,0	1 057	-18,2
50 und mehr	1 210	1 240	+2,5	1 501	+24,1	1 157	-4,4	1 116	-7,8
Frauen									
15 – 30	743	869	+17,0	868	+16,9	754	+1,5	752	+1,2
30 – 40	1 009	823	-18,4	876	-13,2	890	-11,8	770	-23,6
40 – 50	1 033	1 181	+14,3	872	-15,6	925	-10,5	937	-9,3
50 und mehr	840	921	+9,7	1 107	+31,8	869	+3,5	883	+5,1

*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 1996 – 2003

Gravierende Veränderungen in der Altersstruktur der Erwerbspersonen zeigen sich sowohl für die Frauen als auch für die Männer zunächst in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen. Hier sind bereits in den kommenden Jahren deutliche Rückgänge zu verzeichnen: Bis 2040 liegen diese für Männer dann bei über 31 %, für Frauen bei fast 24 %. Der Gruppe der 30- bis unter 40-Jährigen wird ein hohes Innovationspotenzial zugesprochen und sie gelten als motiviert, da sie sich – insbesondere, wenn es sich um akademisch Gebildete handelt – erst seit relativ kurzer Zeit im Berufsleben befinden, sie noch Aufstiegsmöglichkeiten erwarten können und ihr Kenntnis- und Wissensniveau dem aktuellen Forschungsstand entspricht.

Weitere Veränderungen innerhalb des Erwerbspersonenbestandes zeigen sich angesichts der demografischen Alterung auch in den Altersgruppen ab 50 Jahren. Hier sind bis 2020 zunächst Steigerungen um 24 % (Männer) bzw. 32 % (Frauen) zu erwarten.

Gemäß der Trendvariante geht die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen erheblich schwächer zurück als die der Männer. Zwar ist bis 2040 die Gesamtzahl der erwerbsbeteiligten Frauen rückläufig – in den jüngeren (bis unter 30 Jahre) und in den älte-

ren Altersgruppen (50 Jahre und älter) sind jedoch bis 2040 noch leichte Steigerungen zu erwarten.

Insgesamt wird der Anteil Älterer an der Erwerbsbevölkerung steigen: Über die Hälfte aller Erwerbspersonen waren bereits 2003 älter als 40 Jahre; dieser Anteil wird sich schon bald vergrößern. Während 1977 der Anteil der Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger – hier angenommen als unter 30-Jährige – noch bei knapp einem Drittel (31,4 %) lag, wird diese Gruppe zukünftig nur noch ein Fünftel (22,1 %) der Erwerbspersonen ausmachen. Im Gegensatz dazu wird der Anteil Älterer mit 50 und mehr Jahren stark

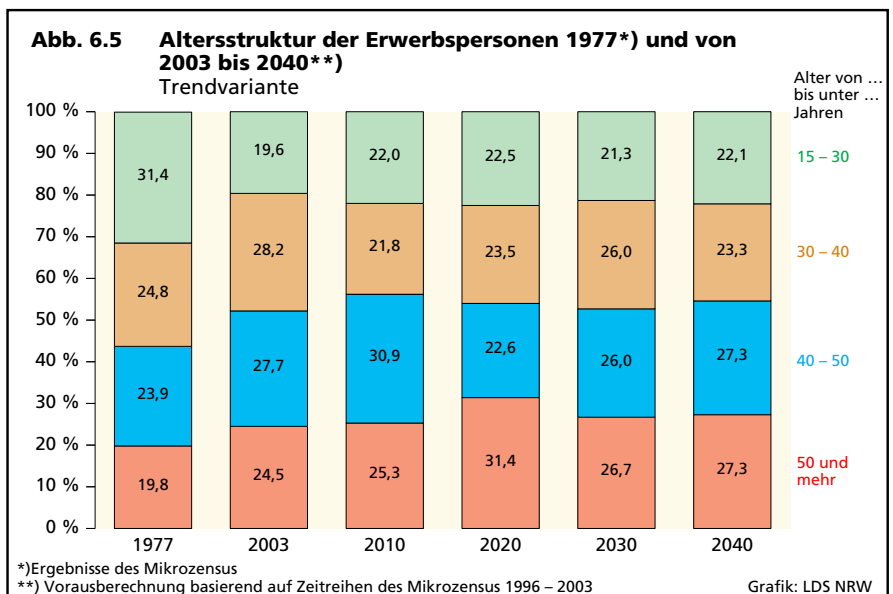
zunehmen und 2020 seinen Höhepunkt mit über 30 % erreichen.

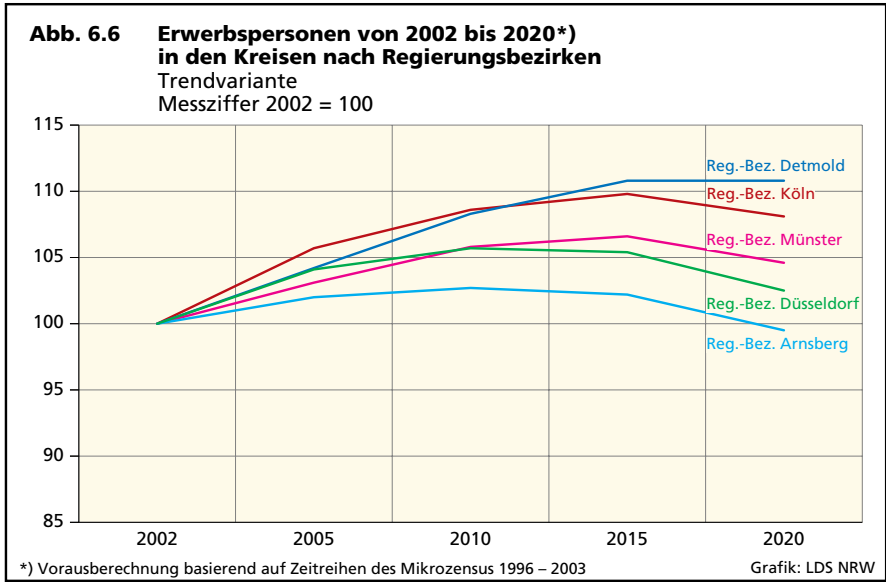
6.3.3 Entwicklung der Erwerbspersonen in den Regionen

Die regionale Entwicklung wird aus methodischen Gründen nur bis 2020 abgebildet, d. h., der für Nordrhein-Westfalen insgesamt erst in den Jahren nach 2020 deutlich sichtbar werdende Rückgang der Erwerbspersonenzahl kann hier nicht Gegenstand der Analyse sein.

Da die demografische Entwicklung auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise sehr unterschiedlich verläuft, zeigt auch die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl deutliche regionale Unterschiede (siehe Karte 6.1). Während in einigen Teilen des Landes die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 um mehr als 10 % sinken wird, können andere Gebiete bis 2020 unter den Modellbedingungen der Trendvariante noch mit Zuwächsen um über 10 % rechnen.

Als regionale Problemzonen werden wieder das Ruhrgebiet und Teile seines Umlandes identifiziert. Auch in den kreisfreien Städten Hamm, Mönchengladbach und Leverkusen sowie im Kreis Siegen-Wittgenstein ist mit einem vergleichsweise starken Rückgang der Erwerbspersonenzahl zu rechnen. Sehr deutlich wird wieder der strukturelle Schnitt zwischen den





kreisfreien Städten und Kreisen: In den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens hat gemäß der konstanten Variante der Rückgang der Erwerbspersonen bereits eingesetzt; gemäß der Trendvariante beginnt er hingegen erst nach 2010. In den Kreisen wird dagegen die Zahl der Erwerbspersonen noch bis 2015 weiter zunehmen. Dies gilt sowohl nach den Vorausberechnungen in der Trend- als auch in der konstanten Variante.

Die Abnahme der Erwerbspersonenzahl in den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens beläuft sich bis 2020 nach der Trendvariante auf 163 000 Personen oder 4,8 % (konstante Variante: 274 000 Personen oder 8 %). In den Kreisen wird die Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen nach der

Trendvariante auf 243 000 Personen oder 5 % geschätzt (konstante Variante: 98 000 Personen oder 2 %).

Eine regional differenzierte Entwicklung für die kreisfreien Städte und die Kreise lässt sich nicht nur auf der Landesebene, sondern auch auf der Ebene der Regierungsbezirke nachweisen. Details zeigen die Abbildungen 6.6 und 6.7.

6.4 Fazit

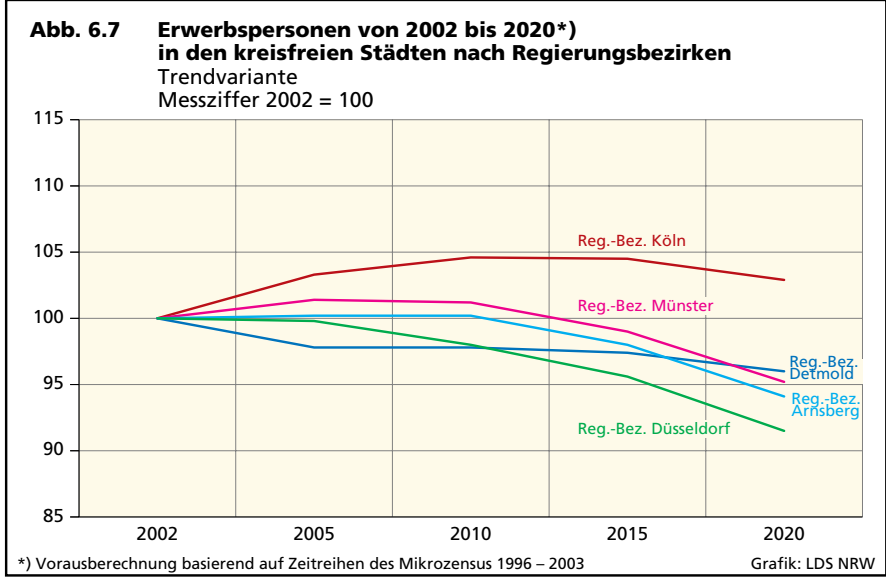
Für den Bereich der Erwerbspersonen werden in Nordrhein-Westfalen drei wesentliche Entwicklungen erwartet: (1) Die Zahl der Erwerbspersonen wird merklich zurückgehen. (2) Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen wird, ausgehend von

der Modellrechnung einer Trendfortschreibung, weiter steigen. (3) Es wird zu einer Alterung des Erwerbspersonenbestandes kommen, die ihren temporären Höhepunkt um das Jahr 2020 hat.

Der eigentliche Schrumpfungsprozess beginnt – entsprechend der Bevölkerungsentwicklung – erst ab 2015. Bis dahin bleibt die Zahl der Erwerbspersonen weitgehend stabil. Der dann stattfindende Rückgang bezieht sich auf Landesebene in der Trendvariante auf über eine Million Personen oder 13 %. Hier ist jedoch bereits eine verstärkte Erwerbsbeteiligung der Frauen einberechnet, die den Rückgang um 300 000 Personen abschwächt.

Parallel zum Rückgang der Erwerbspersonenzahl kommt es zu einer Alterung dieser Bevölkerungsgruppe. Die zahlenmäßig starken Geburtsjahrgänge der 1960er-Jahre überschreiten noch in diesem Jahrzehnt die Schwelle des 40. Lebensjahres. Weil die nachfolgenden Jahrgänge nur eine schwache zahlenmäßige Besetzung aufweisen, verschiebt sich der Alterdurchschnitt der Erwerbspersonen nach oben.

Um einem Mangel an modern ausgebildeten Fachkräften entgegenzuwirken und damit die Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken, sind Aktivitäten und Investitionen insbesondere im Bereich des Humankapitals erforderlich. Unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ kann auch in alternden Belegschaften Innovationsfähigkeit und Fortschrittlichkeit gefördert werden. Parallel könnte durch eine konsequente Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren die rückläufige Entwicklung der Gesamterwerbspersonenzahl abgemildert werden. Dazu gehören die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und verbesserte Bedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



7 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Struktur der Wählerinnen und Wähler

Die demografischen Veränderungen wirken sich direkt auf die zukünftige Wahlbevölkerung aus. Dies bezieht sich nicht nur auf die Verringerung der Zahl der künftigen Wählerinnen und Wähler aufgrund der Bevölkerungsschrumpfung. Viel gravierender werden sich die Folgen der demografischen Alterung auswirken, denn für die Zukunft wird mit einer altersbezogen erheblich veränderten Wählerstruktur zu rechnen sein.

Es ist anzunehmen, dass die in der Wählerstruktur sichtbar werdenden Alterseffekte – eine Überpräsenz der älteren sowie eine Unterpräsenz der jüngeren Wählerinnen und Wähler – nicht ohne Folgen für politische Zielsetzungen, für Wahlkampfthemen und strategische Grundsatzentscheidungen sein werden. Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu fragen, inwieweit sich die unterschiedliche Größe von altersspezifischen Bevölkerungsgruppen auf die Generierung und Durchsetzung der jeweils eigenen Interessen auswirken wird.

Hierzu werden in den Sozialwissenschaften unterschiedliche Ansätze vertreten. Ein Ansatz geht davon aus, dass zahlenmäßig größere Gruppen ihre Interessen und Anliegen besser durchsetzen können als kleinere Gruppen. Begründet wird dies u. a. mit der Masse der Gruppe, d. h. der hohen Anzahl von Wählerstimmen. Demgegenüber vertritt die andere Seite die Ansicht, dass zahlenmäßig weniger stark besetzten Gruppen gerade aufgrund ihrer Größe die Generierung und Organisation – und damit letztlich auch die Durchsetzung – von Interessen leichter gelingt. Kleinere Gruppen müssen, so die Argumentation, beispielsweise weniger Energie auf die Einheitlichkeit ihrer Anliegen verwenden, denn bei weniger Personen ist die Partikularität in der Regel schwächer ausgeprägt (vgl. hierzu u. a. Schimank 2001, Olson 1998).

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Modellrechnung präsentiert, die Aufschluss darüber geben kann, wie in den kommenden Jahrzehnten die Wählerstruktur aussehen wird. Mithilfe dieser Zahlen ist zu erkennen, welche alters- und geschlechtsspezifische Interessengruppe im Zuge der demografischen Veränderungen künftig als Minorität und welche als Majorität gelten wird. Inwieweit dies jedoch tatsächlich die Effektivität und Durchsetzungsfähigkeit ihrer politischen Einflussnahme bestimmen wird, kann hier nicht weiter verfolgt werden.

7.1 Methodik der Modellrechnung

Für die Modellrechnung wurden die vorausgerechneten Bevölkerungszahlen für die Jahre bis 2040 mit der alters- und geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung multipliziert, die auf dem Niveau der Landtagswahl des Jahres 2000²⁸⁾ konstant gehalten wurde. Auf diese Weise wird von der (künstlichen) Annahme ausgegangen, dass die aktuelle alters- und geschlechtsdifferenzierte Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen auch zukünftig beibehalten wird – und zwar unabhängig von möglichen anderen Einflussfaktoren, welche die Wahlbeteiligung bestimmen, z. B. Wahlkampfthemen, Pressekampagnen oder Prozesse der politischen Bildung.

In den Faktor der Wahlbeteiligung wurden neben den Urnenwählern auch die Briefwähler einberechnet. Dafür wurden zu den Urnenwählern 93,6 % derjenigen hinzugezählt, welche Briefwahlunterlagen angefordert hatten. Dieser Wert entspricht dem Anteil an Personen, welche die angeforderten Unterlagen zur Briefwahl ordnungsgemäß ausgefüllt abgesendet haben.²⁹⁾

Bei Landtagswahlen sind nur Personen mit deutscher Staatsangehörig-

keit wahlberechtigt. In der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW kann jedoch nicht mehr zwischen deutschen Kindern und nichtdeutschen Kindern unterschieden werden. Der Grund hierfür liegt in der 1999 in Kraft getretenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG vom 15. Juli 1999 – BGBl. I S.1618). Die Reform verfügt, dass die Zuordnung der Staatsangehörigkeit für Neugeborene nicht – wie bisher – von der Nationalität der Eltern allein abhängt, sondern dass deren jeweilige Aufenthaltsdauer berücksichtigt wird. Lebt mindestens ein Elternteil länger als acht Jahre in Deutschland, davon mindestens drei Jahre mit unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung, so erhält das Neugeborene die deutsche Staatsangehörigkeit. Dadurch ist es für die Bevölkerungsvorausberechnungen nicht mehr möglich, zwischen Personen mit deutscher und ausländischer Nationalität zu unterscheiden.

Um dennoch eine Modellrechnung zur künftigen Struktur der Wahlbevölkerung präsentieren zu können, wurde auf die Bevölkerungsvorausberechnung mit der Basisbevölkerung 1. 1. 1998 zurückgegriffen.³⁰⁾ Für diese Vorausberechnung liegen die Ergebnisse in der Differenzierung nach deutsch und nichtdeutsch vor, weil die Reform damals noch nicht greifen konnte. Für die Modellrechnung wurden entsprechend nur die Einwohnerinnen und Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit verwendet.

7.2 Ergebnisse der Vorausberechnung

Insgesamt wird die Wählerschaft in Nordrhein-Westfalen gemessen an der Landtagswahl (LTW) 2000 bis zum Jahr 2040 alleine aufgrund des Bevölkerungsrückgangs um 720 000 Personen oder knapp 10 % von 7,4 Millionen auf 6,7 Millionen zurückgehen. Entsprechend der demografischen Entwicklung macht sich dieser Rückgang jedoch erst nach 2020 deutlich

28) Entsprechende Quoten für die Landtagswahl 2005 lagen zum Zeitpunkt der Berechnung noch nicht vor. – 29) Vgl. Landtagswahl 2000. Ergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden, hrsg. vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

30) Eine Darstellung der wichtigsten Annahmen dieser Vorausberechnung findet sich im Methodenanhang.

bemerkbar – bis dahin liegen die Rückgänge unter 100 000 Personen.

Im Fokus dieser Modellrechnung steht jedoch weniger die Entwicklung der Gesamtzahl der Wählerinnen und Wähler, sondern deren künftig veränderte Altersstruktur.

Alterung der Wählerschaft: Einfluss auf politische Themen?

Bereits für die nähere Zukunft, d. h. für die Landtagswahlen in den Jahren 2010 und 2015, ist mit einer veränderten Altersstruktur der Wählerinnen und Wähler zu rechnen, die sich bis 2020 zuspitzen wird. Im Ergebnis bedeutet das vor allem einen erheblichen Verlust des Stimmenpotenzials der Wählerinnen und Wähler im mittleren, also jüngeren erwerbsfähigen Alter und eine enorme Zunahme der Wählerinnen und Wähler im Senioren- und Rentenalter bzw. im Übergangsalter zum Ruhestand. In den jüngeren Altersstufen wird es nur marginale Veränderungen geben.

ihrer Interessen auswirkt. Auch die vorliegenden Zahlen können diese Frage nicht entscheiden – sie lassen jedoch erkennen, dass insbesondere die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre im Vergleich zu anderen Jahrgangsgruppen in Zukunft einen enormen Stimmenanteil haben werden und dass sich das Altersgefüge der Wählerinnen und Wähler eindeutig in Richtung der Älteren verschieben wird.

Um das Jahr 2000 wurde die Wählerstruktur zu rund einem Viertel (27,2 %) von den unter 40-Jährigen bestimmt. In diesem Alter – so die Annahme – sind die Interessen primär auf den Arbeitsmarkt und die Familienpolitik ausgerichtet. Der gelungene Berufseinstieg nach Beendigung der Ausbildung, die Sicherung des Arbeitsplatzes einschließlich eines gesicherten Einkommens sowie für Eltern die Möglichkeit, Familie und Beruf vereinbaren zu können, sind in diesem Lebensabschnitt wichtige Themen.

bis 2010 um 28 % oder fast 450 000 Personen. Der Anteil dieser Altersgruppe am gesamten Stimmenaufkommen rutscht damit um sechs Prozentpunkte auf 16 %. In den darauf folgenden Jahren kommt es zu einer leichten Erholung; bis 2040 sinken die Zahlen um weitere 96 000. Damit wird sich die Zahl der Wählerinnen und Wähler in diesem Alter von 1,6 Millionen (LTW 2000) auf etwa eine Million (LTW 2040) reduzieren.

Während der Stimmenanteil der Wählerinnen und Wähler im mittleren Erwachsenenalter in den nächsten Jahren drastisch sinkt, verzeichnet die Altersgruppe der Erst- und Jungwähler von 18 bis unter 25 Jahren noch bis etwa 2010 Zuwächse. Nach Steigerungen um fast 30 % oder über 100 000 Personen wird 2010 ein Maximum der Stimmenzahl dieser Altersgruppe mit über einer halben Million Stimmen erreicht. Mit knapp 7 % macht diese Altersgruppe jedoch nur einen vergleichsweise geringen Anteil am gesamten Stimmenaufkommen aus. Von 2010 bis 2030 sinkt die Zahl und erreicht 2040 ein Niveau, das geringfügig über dem der Landtagswahl des Jahres 2000 liegt. Es ist anzunehmen, dass in diesem Alter der Interessenfokus auf der Sicherstellung der Ausbildung und auf Übernahmegarantien bzw. auf Themen der Hochschulpolitik liegt.

Für die Wählerstimmen der Altersgruppen ab 40 Jahren ergeben sich entsprechend der Bevölkerungsentwicklung Schwankungen. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler im Alter von 40 bis unter 50 Jahren wird noch bis zum Ende des aktuellen Jahrzehnts um 185 000 oder 14 % zunehmen. 2010 stellt diese Altersgruppe fast 1,5 Millionen Stimmen (20,0 %). In diesem Lebensabschnitt sind neben familiären Interessen u. a. Möglichkeiten der Weiterbildung zur Fundierung der Qualifikation und daraus folgend die gesicherte Weiterbeschäftigung von besonderer Bedeutung. Nach dem Maximum im Jahr 2010 sinken die Wählerzahlen dieser Altersgruppe sehr deutlich auf unter eine Million im Jahr 2020 ab, bevor sie in den da-

Wählerinnen und Wähler von 2000 bis 2040*) nach Altersgruppen										
Alter von ...bis unter ... Jahren	a = männlich b = weiblich	Wahlbevölkerung								
		2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
		Anzahl	1 000							
18 – 21	a	84 175	108	118	108	102	90	88	92	94
	b	76 273	98	108	99	93	82	81	84	86
21 – 25	a	118 380	133	143	148	138	124	113	114	119
	b	113 373	123	132	137	128	115	105	106	110
25 – 30	a	167 357	158	176	190	194	183	163	151	154
	b	170 676	154	170	184	187	177	158	146	149
30 – 35	a	294 761	211	185	205	222	227	214	192	178
	b	292 607	207	181	199	215	220	207	187	173
35 – 40	a	349 643	329	229	201	224	242	247	233	210
	b	337 330	319	224	197	216	234	238	225	203
40 – 45	a	331 569	355	348	243	215	238	257	262	248
	b	330 258	358	350	248	218	240	259	263	249
45 – 50	a	315 869	349	392	384	270	239	265	285	291
	b	311 311	341	384	376	267	236	258	278	284
50 – 60	a	606 032	618	716	805	842	708	553	549	599
	b	607 795	623	718	807	845	714	560	551	599
60 – 70	a	701 186	695	590	596	690	776	810	676	530
	b	735 980	741	631	627	722	812	850	716	563
70 und mehr	a	551 505	577	671	690	648	654	694	765	808
	b	875 636	830	890	897	847	843	876	949	1 005
Insgesamt	a	3 520 477	3 532	3 567	3 571	3 544	3 479	3 404	3 320	3 230
	b	3 851 239	3 794	3 788	3 769	3 740	3 672	3 592	3 507	3 420

*) Vorausberechnung auf Basis der konstanten Wahlbeteiligung des Jahres 2000

Oben wurde bereits die Frage angesprochen, ob sich die unterschiedliche Größe von Jahrgangsgruppen auf die Bildung und Durchsetzung

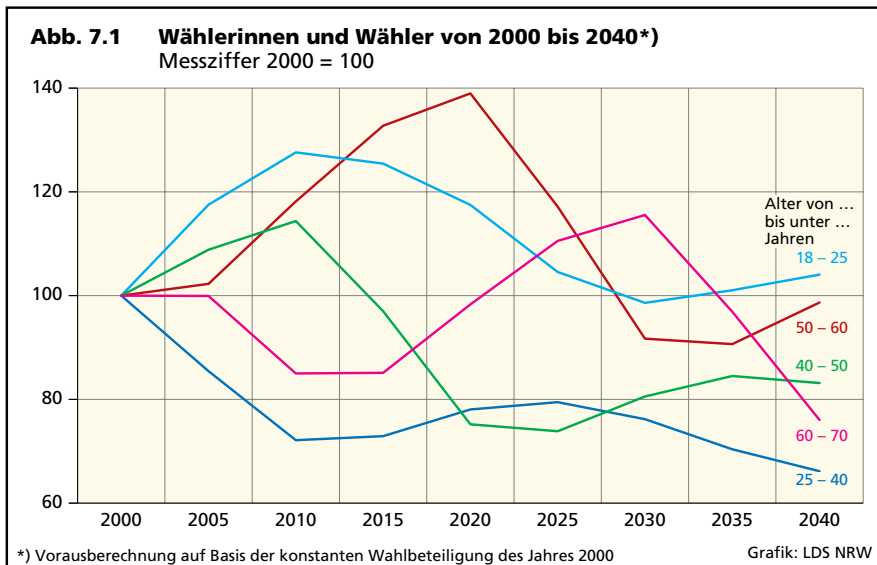
In der Zukunft wird die Zahl der Wählerinnen und Wähler im Alter von 25 bis unter 40 Jahren deutlich sinken – und zwar bereits kurzfristig

rauf folgenden Jahren wieder leicht ansteigen.

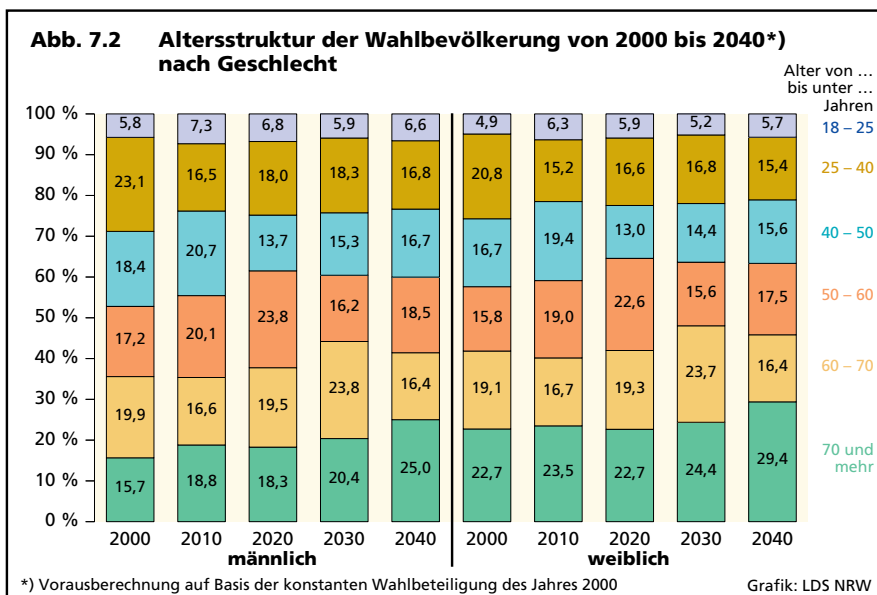
Die Gruppe der Wählerinnen und Wähler im Alter von 50 bis unter 60

Jahren wird nach einer Steigerung um fast 40 % ihren zahlenmäßigen Höhepunkt mit knapp 1,7 Millionen Stimmen 2020 erreichen. In der darauf folgenden Dekade bis 2030 ist

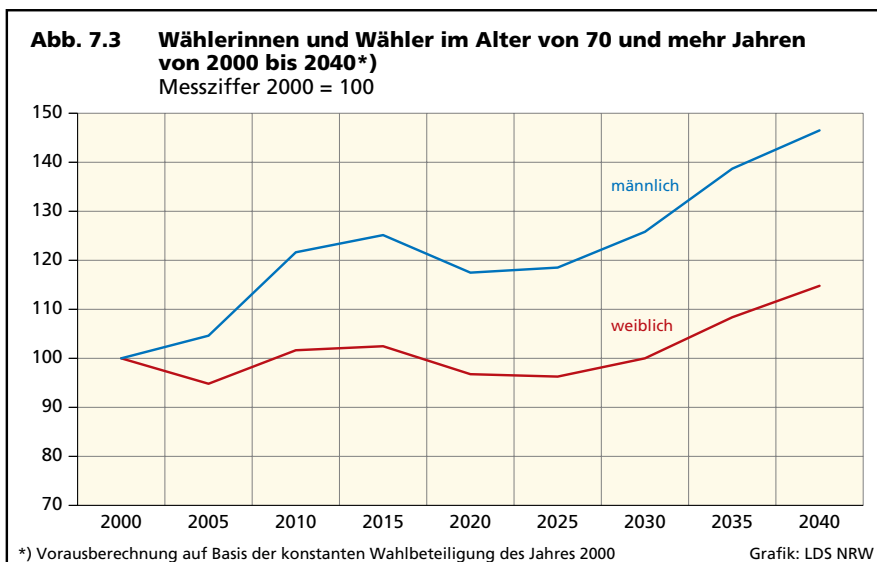
ein korrespondierender Anstieg in der Gruppe der ein weiteres Lebensjahrzehnt älteren Wählerinnen und Wähler, der 60- bis unter 70-Jährigen, zu erwarten. Die Zahl der Stimmen dieser Altersgruppe erreicht nach Steigerungen um über 200 000 oder 16 % bis 2030 einen Wert von 1,66 Millionen. Bis 2040 sinkt dann die Zahl der 60- bis unter 70-Jährigen wieder ab auf etwa eine Million. Für die Lebensphase im Alter von 50 bis unter 70 Jahren ist anzunehmen, dass Themen wie Rentensicherung, Altersvorsorge und Ruhestandsregelungen ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Darüber hinaus werden für diese Gruppe die künftigen Regelungen der Krankheits- und Pflegekosten wichtige Themen sein.



Die Gruppe der 70-jährigen und älteren Wählerinnen und Wähler wird im Jahr 2040 insgesamt 1,8 Millionen Stimmen haben – das entspricht rund 27 % des gesamten Stimmenaufkommens.



Bei zusätzlicher Berücksichtigung der Geschlechterperspektive zeigt sich, dass bei den Frauen von 2000 bis 2040 durchgängig die Wählerinnen im Alter von 70 und mehr Jahren einen größeren Stimmenanteil haben als alle anderen betrachteten Altersgruppen. Bei den Männern stellten zur LTW 2000 die 25- bis unter 40-Jährigen die größte Gruppe; 2010 und 2020 werden es die 40- bis unter 50-Jährigen bzw. 50- bis unter 60-Jährigen sein. 2030 werden dementsprechend die Wähler im Alter von 60 bis unter 70 Jahren und ein weiteres Jahrzehnt später die 70-Jährigen und Älteren dominieren. Insgesamt stellen die Frauen – aufgrund ihrer hohen Stimmenzahlen in höheren Altersgruppen – auch zukünftig mit etwa 51 % einen gleichbleibend leicht mehrheitlichen Anteil der Stimmen.



Erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich im fortgeschrittenen Alter, wenn sich die Effekte der für Männer und Frauen unterschiedlichen Lebenserwartung auswirken. Die Dynamik der Altersstrukturverschiebung ist bei den hochaltri-

gen Männern stärker als bei den Frauen. Die Zahl der männlichen Wähler im Alter ab 70 Jahren steigt bis zum Jahr 2015 um 25% oder fast 140 000 Stimmen und bis zum Jahr 2040 um nahezu 50 % oder fast 260 000 Stimmen. Im Vergleich dazu verzeichnen die Wählerinnen bis 2040 nur verhaltene Steigerungen um 15 % oder knapp 130 000 Stimmen (siehe Abb. 7.3).

Absolut gesehen haben innerhalb dieser hochaltrigen Wählerschaft die Frauen infolge ihrer höheren Lebenserwartung auch weiterhin die Mehrheit, doch wird sich das Geschlechterverhältnis künftig angleichen. Bei der LTW 2000 waren nur 39 % der hochaltrigen Wahlbevölkerung männlich. Bereits bis zum Jahr 2015 wird sich dieser Anteil auf 43 %, bis 2040 sogar auf 45 % erhöhen.

7.3 Fazit

Für die Zukunft ist infolge der demografischen Altersstrukturverschiebung mit einer erheblichen Alterung der Wählerschaft zu rechnen. Diese Entwicklung resultiert hauptsächlich aus dem Älterwerden der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre. Ab 2010 durchlaufen diese Geburtsjahrgänge als Wählerinnen und Wähler nach und nach alle Altersklassen jenseits der 40-Jährigen und tragen damit zu einer erheblichen Alterung der Wahlbevölkerung bei.

Der Stimmenanteil der älteren Wählerinnen und Wähler ab 60 Jahre beziffert sich 2040 auf fast die Hälfte (44 %) der gesamten Wählerschaft. Angesichts dieser altersstrukturellen Verschiebung ist damit zu rechnen, dass sich auch das Spektrum der politischen Themen ändern wird. In diesem Zusammenhang ist anzunehmen, dass vor allem die Renten- und die Gesundheitspolitik einen wichtigen Stellenwert einnehmen werden.

8 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit

Wie kaum ein anderer Bereich weist die Pflegebedürftigkeit einen Zusammenhang mit dem Alter auf. Aus diesem Grund ist angesichts der demografischen Altersstrukturverschiebung in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Anstieg der Pflegebedürftigenzahlen zu rechnen.

8.1 Statistik zur Erfassung der Pflegebedürftigkeit

Seit Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung Mitte der 1990er-Jahre in das allgemeine System der sozialen Sicherung sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit bzw. Behinderung die Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer (mindestens für sechs Monate) nicht mehr selbstständig durchführen können, berechtigt, Pflegeleistungen nach Maßgabe der vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen festgestellten Pflegestufe zu erhalten.

Im Sozialgesetzbuch (SGB) XI werden drei unterschiedliche Pflegestufen spezifiziert. Die geringste Pflegebedürftigkeit liegt bei Stufe I vor. Hier benötigt die als *erheblich pflegebedürftig* eingestufte Person Hilfeleistungen von mindestens 90 Minuten täglich, davon 45 Minuten im Bereich der Grundpflege. Die zweite Pflegestufe betrifft so genannte *Schwerpflegebedürftige*. Dieser Stufe sind Personen zuzuordnen, die auf Hilfeleistungen von mindestens 180 Minuten, davon mindestens 120 Minuten im Grundpflegebereich, angewiesen sind. *Schwerstpflegebedürftige* fallen in die dritte Pflegestufe. Sie haben einen Bedarf an Hilfeleistungen von mindestens 300 Minuten, davon mindestens 240 Minuten im Bereich der Grundpflege.

Bei der Form der Pflegeleistungen kann zwischen Dienstleistungen, z. B. durch einen ambulanten Pflegedienst, und Geldleistungen, wenn Angehörige die Pflege übernehmen, gewählt werden. Als dritte Möglichkeit

gibt es die Form der stationären Pflege, wenn die zu betreuenden Personen in einer institutionellen Einrichtung untergebracht sind und dort Hilfestellungen erfahren. Das Gesetz zur Pflegeversicherung unterstützt die häusliche Pflege, der es gegenüber der stationären Pflege einen Vorrang einräumt. Ein Ziel dabei ist es, eine Verbesserung der Lebensqualität von älteren Menschen zu erreichen. Familiäre und/oder nachbarschaftliche Hilfestellungen sollen so gefördert werden, damit die zu pflegenden Personen möglichst lange in ihrer heimischen Umgebung leben können.

In der Pflegestatistikverordnung (PflegeStatV) vom 24. November 1999 ist die regelmäßige Durchführung einer Bundesstatistik über die Pflegeeinrichtungen bzw. die häusliche Pflege festgeschrieben. Seitdem werden die Anzahl der Pflegebedürftigen sowie weitere Merkmale alle zwei Jahre bundesweit erhoben. Es handelt sich um eine Totalerhebung zum Stichtag 15.12. Alle ambulanten sowie voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen, die Leistungen nach dem SGB XI anbieten, sind zur Bereitstellung ihrer Daten verpflichtet. Die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeldleistungen werden über das Statistische Bundesamt zentral erfasst. In der Pflegestatistik des LDS NRW liegen u. a. alters- und geschlechtsdifferenzierte Angaben zu den Pflegebedürftigen in der Aufgliederung nach Pflegestufen und Pflegeformen für alle kreisfreien Städte und Kreise Nordrhein-Westfalens vor.

Die Pflegestatistik hat zum Ziel, eine aussagekräftige Datenbasis bereitzustellen, um den Stand der pflegerischen Versorgung im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitsberichterstattung zu dokumentieren, eine pflegerische Infrastruktur nach dem SGB XI sicherzustellen sowie die (Kosten)Entwicklung der Pflegeversicherung zu beobachten (vgl. PflegeStatV).

Gemäß der Pflegestatistikverordnung können in die Erhebung nur Personen einbezogen werden, die nach einer Entscheidung der Pflegekasse (oder der privaten Versicherung) als

pflegebedürftig anerkannt und entsprechend in eine der drei Pflegestufen eingruppiert worden sind. Gesetzlich oder privat Versicherte, die keinen Antrag gestellt haben oder deren Antrag abgelehnt worden ist, fließen nicht in die Statistik ein, auch wenn sie einen pflegerischen Unterstützungsbedarf aufweisen. Nach einer Untersuchung des DIW ist davon auszugehen, dass ein nicht unerheblicher Teil der tatsächlich Pflegebedürftigen zumindest zur Zeit noch nicht in der Statistik erfasst ist.³¹⁾

Außerdem bleiben nach der Pflegestatistikverordnung Empfängerinnen und Empfänger anderer Sozialleistungen unberücksichtigt, wenn keine Pflegeleistungen nach dem SGB XI erbracht werden. Dies gilt auch für Sozialhilfebedürftige, sofern Sie keine Pflegeleistungen beanspruchen.

Hinsichtlich einer nicht anerkannten Pflegebedürftigkeit gelten insbesondere die von Erkrankungen des zentralen Nervensystems (z. B. Demenz) betroffenen Personen als Problemgruppe. Ihre Unterstützungsbedürfnisse, so die Kritik der Expertengruppe bei der Anhörung der Enquete-Kommission zum demografischen Wandel, sind im Verrichtungs- und Leistungskatalog der gesetzlichen Pflegekassen nicht eindeutig geklärt.³²⁾ In der privaten Pflegeversicherung zählen Nervenkrankungen dagegen zu der Diagnose, die den Pflegebedarf wesentlich begründet (vgl. Ausgabe 3/2004 PKV Publik).

8.2 Entwicklung der Pflegebedürftigkeit bis heute

In Nordrhein-Westfalen wurden 2003 etwa 459 500 Pflegebedürftige gezählt. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl um ca. 6 000 verringert.

31) Das DIW (vgl. Schulz u. a. 2001) veröffentlichte in diesem Zusammenhang folgende Zahlen: In einer Befragung gaben rund 15 % der Pflegehaushalte an, dass ihr Antrag auf Pflegeleistungen abgelehnt worden sei. Weitere 10 % hatten gar keinen Antrag gestellt. Auch im stationären Bereich gab es rund 12 % Pflegebedürftige, die in keine Pflegestufe eingestuft waren, d. h. offiziell nicht als pflegebedürftig galten. – 32) Vgl. Deutscher Bundestag: Anhörung der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Reformbedarf der Pflegeversicherung“ am 25. 9. 2000.

Unter den Pflegebedürftigen stellen die hochaltrigen Menschen die größte Gruppe. Über 300 000 Personen, also etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen, sind 75 Jahre oder älter. Nur etwa 16 000 oder 3,4 % der Pflegebedürftigen sind Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stellen etwa 66 000 Pflegebedürftige und erreichen damit einen Anteil von fast 15 %, ebenso wie die Gruppe der 65- bis unter 75-Jährigen, die etwas über 70 000 Personen zählt.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Das Geschlechterverhältnis ist innerhalb der Gruppe der Pflegebedürftigen sehr ungleich. Nur knapp ein Drittel der Pflegebedürftigen sind Männer; der große Rest von über 300 000 ist weiblich. Dieses Verhältnis hat sich seit

1999 nur geringfügig um einen Prozentpunkt in Richtung der Männer verschoben. Der wichtigste Grund für die Geschlechterdifferenzen ist die unterschiedliche Lebenserwartung der Männer und Frauen. Dies erklärt auch, warum sich die eigentlichen Unterschiede zwischen den Gruppen der weiblichen und männlichen Pflegebedürftigen erst in fortgeschrittenem Alter zeigen. Weil Frauen im Mittel erheblich älter werden als Männer und in großer Zahl ein hochbetagtes Alter erreichen, ist aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Pflegebedürftigkeit und Alter die Frauenquote unter den Pflegebedürftigen in den oberen Altersgruppen höher (siehe Abb. 8.4).

Zwar weisen Frauen eine um etwa sechs Jahre höhere Lebenserwartung auf als Männer, doch verringern sich die Unterschiede bezüglich der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern, wenn man die Jahre mit

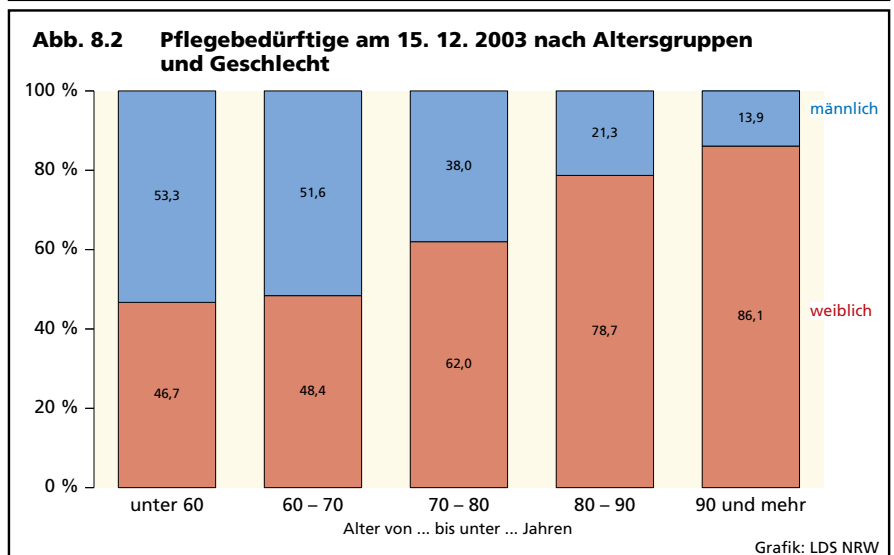
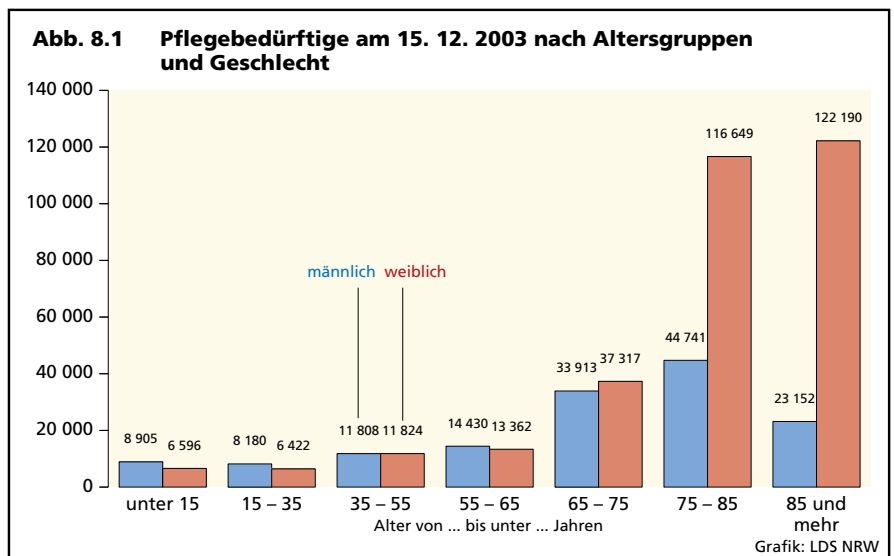
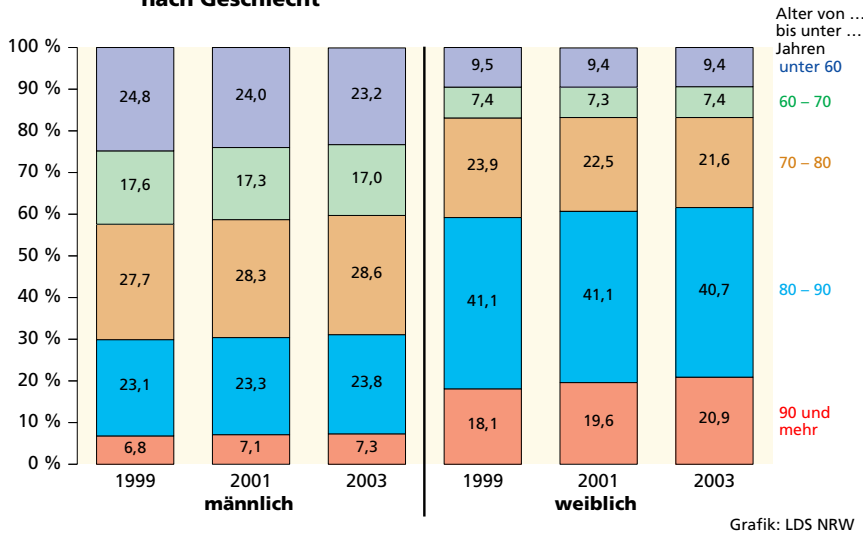


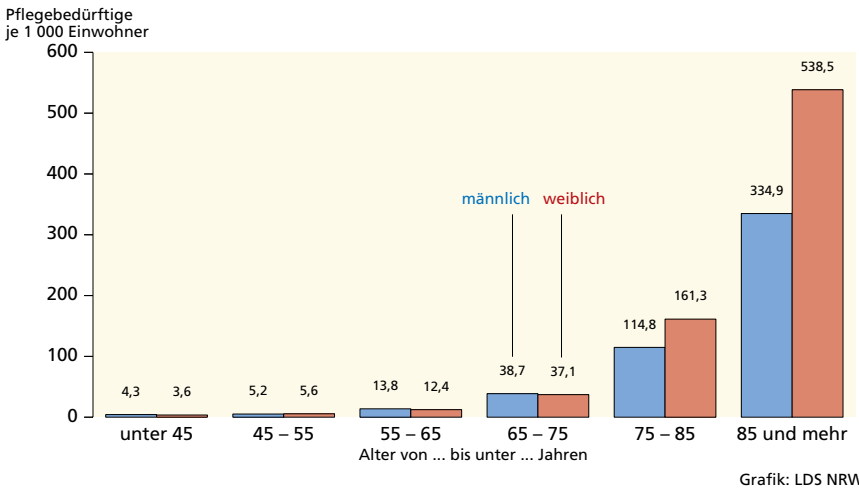
Abb. 8.3 Altersstruktur der Pflegebedürftigen 1999, 2001 und 2003 nach Geschlecht



betagten ab 80 Jahren um wenige Prozentpunkte.

Der bereits angesprochene Zusammenhang zwischen Pflegebedürftigkeit und Alter wird sehr deutlich, wenn die Zahl der Pflegebedürftigen in Relation zur Bevölkerungszahl gesetzt wird. Mit fortgeschrittenem Alter zeigt sich eine steigende Pflegehäufigkeit, die ab der Altersgrenze von 75 Jahren für Frauen erheblich stärker ausfällt als für Männer. Von den Frauen im Alter von 85 und mehr Jahren ist heute über die Hälfte pflegebedürftig; bei den Männern benötigt in diesem Alter nur etwa ein Drittel Hilfe bei der Verrichtung der Aufgaben des täglichen Lebens.

Abb. 8.4 Altersspezifische Pflegehäufigkeiten am 15. 12. 2003 nach Geschlecht



Verteilung der Pflegestufen³³⁾ und Pflegeformen

Von den Pflegebedürftigen im Sinne des SGB XI ist ungefähr die Hälfte der niedrigsten Pflegestufe I zugeordnet. Seit 1999 hat es in dieser Stufe einen Anstieg um knapp fünf Prozentpunkte gegeben, das entspricht etwa 20 000 Personen. In die Pflegestufe II der Schwerpflegebedürftigen fielen in den letzten Erhebungsjahren fast 40 % der Pflegebedürftigen. Die Tendenz weist in dieser Pflegestufe über die Jahre einen zwar geringen, doch stetigen Rückgang auf. Auch in der Kategorie der Schwerstpflegebedürftigen sind die Zahlen leicht rückläufig. In diese

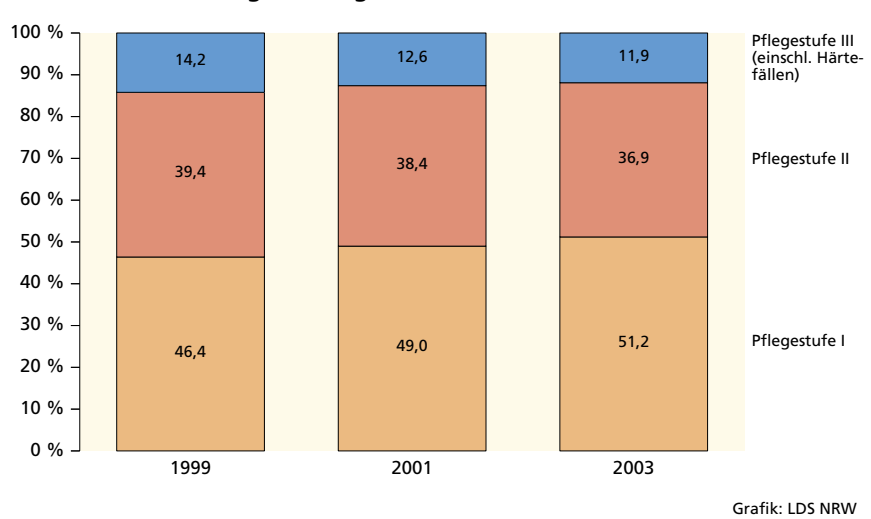
gesundheitlichen Beeinträchtigungen – und das heißt Pflegebedürftigkeit – berücksichtigt. Das bedeutet, dass die längere Lebenszeit von Frauen zu einem relativ großen Teil mit Behinderungen und Einschränkungen einhergeht. Während bei 65-jährigen Männern nur 8,6 % der zu erwartenden Restlebenszeit in Pflegebedürftigkeit verbracht werden, beträgt der Anteil der Restlebenszeit von 65-jährigen Frauen, der von Pflegebedürftigkeit geprägt ist, 13,1 % (vgl. hierzu u. a. Bickel 2001).

Während fast jeder vierte pflegebedürftige Mann jünger als 60 Jahre ist, stellt diese Altersgruppe bei den Frauen nicht einmal 10 %. Im Gegenzug sind fast zwei Drittel der pflegebedürftigen Frauen mindestens 80 Jahre alt; unter den Männern ist es nur knapp ein Drittel.

Seit 1999 lässt sich eine leichte Verschiebung der Altersstruktur in Richtung der Älteren feststellen. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen stiegen die Anteile der Hoch-

³³⁾ ohne Pflegebedürftige, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet wurden

Abb. 8.5 Verteilung der Pflegestufen 1999, 2001 und 2003



Pflegestufe fallen nur etwa ein Achtel aller Pflegebedürftigen. Insgesamt zeigt sich, dass die höheren Grade der Pflegebedürftigkeit häufiger entweder in jüngeren oder aber in hochbetagten Altersgruppen zu finden sind.

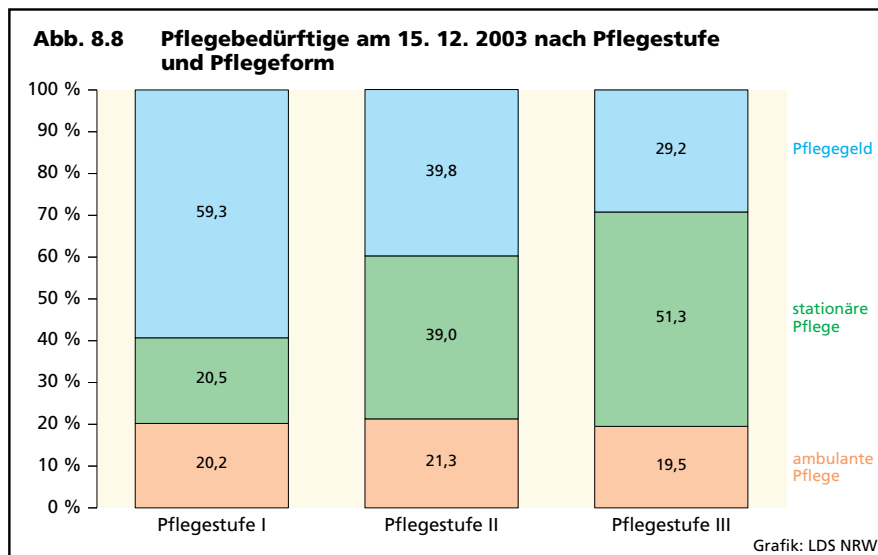
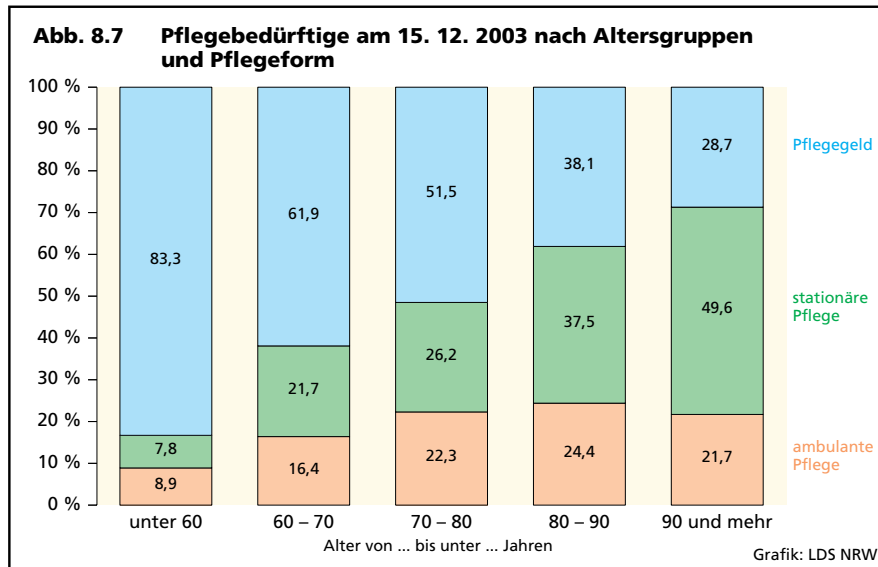
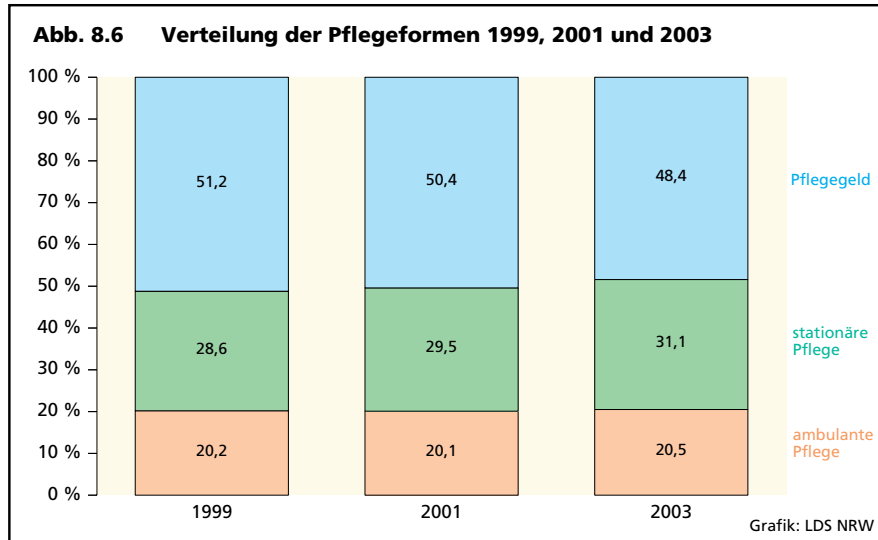
Der im Gesetz ausgewiesene Vorrang der häuslichen Pflege gegenüber der stationären Versorgung wird in den Daten der Pflegestatistik abgebildet. Während nur etwa ein Drittel der Pflegebedürftigen in Heimen leben, wohnen rund 70 %

der Pflegebedürftigen zu Hause und werden von Familienangehörigen (50 %) bzw. durch einen ambulanten Pflegedienst (20 %) versorgt. Seit 1999 ist eine leichte Tendenz hin zu einem wachsenden Anteil an stationärer Pflege zu erkennen (drei Prozentpunkte). Der Anteil der ambulanten Pflege blieb seit 1999 etwa konstant, und der Anteil der Pflegegeldempfänger verringerte sich seit 1999 von über 50 % auf 48 %.

Die sich hier andeutende Entwicklung hin zu professionellen Pflegeformen ist möglicherweise bereits auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen, denn die Form der Pflegeleistungen weist einen deutlichen Zusammenhang mit dem Alter auf. Altersgruppen unter 60 Jahren empfangen mit großer Mehrheit (83 %) Pflegegeld – sie werden also fast ausschließlich zu Hause von Angehörigen betreut. Mit steigendem Alter nimmt die pflegerische Versorgung zu Hause kontinuierlich ab, während der Anteil insbesondere der stationär Betreuten stetig ansteigt. Im Alter von 90 und mehr Jahren lebt fast die Hälfte aller Pflegebedürftigen im Heim. Nur noch 29 % werden in diesem Alter von Angehörigen versorgt.

Auch der Anteil der ambulant Betreuten steigt mit dem Alter an – von unter 10 % für die unter 60-Jährigen auf fast ein Viertel für die Pflegebedürftigen im Alter von 80 bis unter 90 Jahren. Für die 90-Jährigen und älteren sinkt dann der Anteil der ambulant versorgten Pflegebedürftigen wieder etwas ab.

Ein sehr deutlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen der Pflegestufe und der jeweiligen Form der Versorgung. Je niedriger die Pflegestufe eingeschätzt wurde, umso eher werden die Pflegebedürftigen zu Hause von verwandtschaftlichen Laien betreut, und je höher die Pflegestufe ist, umso größer ist der Anteil der stationär Versorgten. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der ambulant Betreuten vom Grad der Pflegebedürftigkeit weitgehend unabhängig ist.



Vor dem Hintergrund der Veränderungsprozesse im familialen Bereich und im Erwerbsleben ist damit zu rechnen, dass der Trend zur Kleinfamilie oder zum Singlehaushalt u. a. dazu führt, dass verwandtschaftliche Beziehungen zunehmend loser geknüpft werden und die Betreuung von älteren Angehörigen immer häufiger Fachkräften übergeben wird. Außerdem verlangen die beruflichen Anforderungen, denen sich vermehrt auch Frauen anpassen, eine sowohl zeitliche als auch örtliche Flexibilität, die generationenübergreifende Hilfestellungen innerhalb der Familie u. U. erschweren bzw. unmöglich machen. Unter diesen Bedingungen wäre also ein weiterer Anstieg der ambulanten und stationären Versorgung sowie ein Rückgang der Pflege durch Angehörige zu erwarten.

Der Anteil an Pflegegeldempfängern fällt bei den Männern um über 15 Prozentpunkte höher aus als bei den Frauen. Im Gegenzug ist bei den pflegebedürftigen Frauen der Anteil

8.3 Methodik der Modellrechnung

Das künftige Ausmaß der Pflegebedürftigkeit wird über ein Status-quo-Modell vorausgeschätzt. Dabei wird der heutige Bestand an Pflegebedürftigen auf die Zukunft übertragen, indem geschlechts- und altersdifferenzierte Pflegequoten mit den entsprechenden Zahlen der Bevölkerungsvorausberechnung multipliziert werden. Weil im Rahmen der Pflegestatistik noch keine längeren Zeitreihen vorliegen, da die Daten erst seit 1999 erhoben werden, musste zur Erfassung der aktuellen Pflegehäufigkeit auf die mittleren Pflegequoten der Jahre 1999, 2001 und 2003 zurückgegriffen werden.

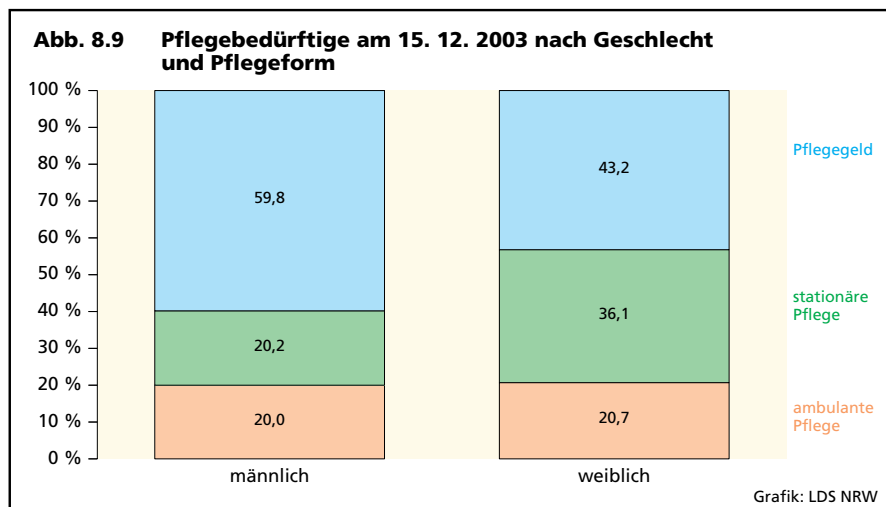
Das Status-quo-Modell mit seinen konstanten Quoten unterstellt, dass die Strukturen der Pflegebedürftigkeit in den kommenden Jahren konstant bleiben. Dies impliziert, dass von möglichen anderen Entwicklungen, die auf die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit Einfluss nehmen, abstrahiert wird.

Weil im Bereich der Pflegebedürftigkeit die Hauptursachen nicht in einer akuten oder chronischen Erkrankung liegen, sondern in altersbedingten Funktionseinschränkungen sowohl körperlicher als auch psychischer Art in meist sehr fortgeschrittenem Alter, scheint die Einflussmöglichkeit der Medizin begrenzt. Die Frage einer Gleichsetzung von verkürzter Morbiditätsphase und verkürzter Pflegephase ist nach Schulz u. a. (2001) weiterhin ungeklärt. Die Möglichkeiten einer geringeren Pflegehäufigkeit auch in hohem Alter hängen maßgeblich davon ab, ob wirksame Behandlungsmethoden für die Gruppe der Hochaltrigen erschlossen werden können. In diesem Fall würden die gewonnenen Lebensjahre in besserer Mobilität und erhöhter Lebensqualität verbracht werden und die altersspezifische Pflegehäufigkeit würde langfristig zurückgehen.

Nach einer aktuellen Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, die zu dem Ergebnis kommt, dass das Risiko, pflegebedürftig zu werden, von 1991 bis 2003 in Deutschland zurückgegangen ist, scheint sich jedoch die These zu bestätigen, dass der Anstieg der Lebenserwartung generell mit einer „besseren“ Gesundheit einhergeht (vgl. hierzu Max-Planck-Institut für demografische Forschung 2005).

Weil für die Pflegebedürftigkeit auch Einflüsse im Lebensverlauf bzw. die Lebensführung eine wichtige Rolle spielen (vgl. u. a. Mager 1999), ist unklar, wie sich der zunehmende Stellenwert einer präventiven Medizin auswirken wird. Verstärkte Ernährungs-, Bewegungs- und Gesundheitsprogramme sowie die Teilnahme an Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen können langfristig auch dazu beitragen, dass sich das Pflegerisiko in höherem Alter reduziert.

Weitere nicht abschätzbare Einflüsse auf die statistisch erfassbare Pflegebedürftigkeit könnten von eventuellen Änderungen der gesetzlichen Grundlagen ausgehen. Eine Modifikation der Bestimmungen über die Voraussetzungen für eine Anerken-



der stationären Versorgung um eben diesen Wert größer. Der Anteil der ambulant Versorgten zeigt keine geschlechtsrelevanten Unterschiede. Eine wichtige Erklärung für die Unterschiede ist, dass Männer häufig von ihren Ehefrauen gepflegt werden, während Frauen, wenn diese das pflegebedürftige Alter erreichen, in vielen Fällen bereits verwitwet sind und deshalb auf professionelle Hilfe in Heimen angewiesen sind.

Ein wichtiger, aber kaum zu messender und erst recht nicht zu prognostizierender Einflussfaktor ist der Fortschritt der Medizin. Können die verbesserten Diagnose- und Therapiemöglichkeiten dazu beitragen, dass sich der Eintritt der Pflegebedürftigkeit im Zuge der steigenden Lebenserwartung nach hinten verschiebt, oder führt ein längeres Leben nur dazu, dass sich die in Pflegebedürftigkeit verbrachten Jahre verlängern? Die Antwort auf diese Frage ist bislang umstritten.

nung der Pflegebedürftigkeit könnte beispielsweise zu deutlichen Rückgängen der Zahl der Pflegebedürftigen führen, sofern die Bedingungen schärfer gefasst würden.

Da diese Entwicklungen nicht in die Berechnung einbezogen werden können, wird nur der Effekt auf die künftige Pflegebedürftigkeit abgebildet, der durch die demografische Entwicklung zustande kommt.

Eine Regionalisierung der Daten ist aus planerischer und politischer Sicht von erheblichem Nutzen. Aus methodischer Perspektive ergibt sich jedoch das Problem, dass die Regionen teilweise sehr unterschiedliche infrastrukturelle Bedingungen hinsichtlich der pflegerischen Versorgungsmöglichkeiten aufweisen. So stehen beispielsweise in bestimmten Städten viele Seniorenheime zur Verfügung, so dass hier mehr Pflegebedürftige gezählt werden als im ländlichen Raum. Dahinter verbirgt sich der Sachverhalt, dass die Erfassung von stationär betreuten Personen in der Pflegestatistik nur nach dem Versorgungsort und nicht nach dem (ehemaligen) Wohnort gelingt. Weil jedoch die These vom „Pflegetourismus“ – gemeint ist der Umzug in eine andere Region aufgrund dort besser vorhandener Versorgungsmöglichkeiten – gegenwärtig weder bestätigt noch revidiert werden kann, wird an dieser Stelle eine regional differenzierte Modellrechnung für die künftige Zahl der Pflegebedürftigen präsentiert. Die Ergebnisse haben dabei das Ziel, Orientierungswerte zu liefern und dürfen nur unter Berücksichtigung der genannten Bedingungen interpretiert werden.

8.4 Ergebnisse der Vorausberechnung

8.4.1 Anstieg der Pflegebedürftigkeit

Die Modellrechnung zeigt bis 2040 einen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen um etwa eine viertel Million auf über 700 000 Personen (+55 %). Etwa drei Viertel dieser

Entwicklung werden bereits 2020 erreicht sein.

Bei den Männern ist die Dynamik des Anstiegs infolge ihrer gemessen an den Frauen stärker steigenden Lebenserwartung größer. Bis 2040 steigt die Zahl der männlichen Pflegebedürftigen um fast 75 % auf über 250 000. Damit erhöht sich der Anteil der Männer um vier Prozentpunkte auf 36 %. Die Zahl der pflegebedürftigen Frauen wächst dagegen „nur“ um 45 %. Mit fast 460 000

Personen stellen die Frauen aber auch in Zukunft immer noch fast zwei Drittel der Pflegebedürftigen.

Im Zuge dieser Entwicklungen erhöht sich der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung von 2,5 % (2003) auf 4,2 % (2040). In der Altersgruppe ab 60 Jahren sind 2040 über 12 %, das heißt etwa jede achte Person, pflegebedürftig.

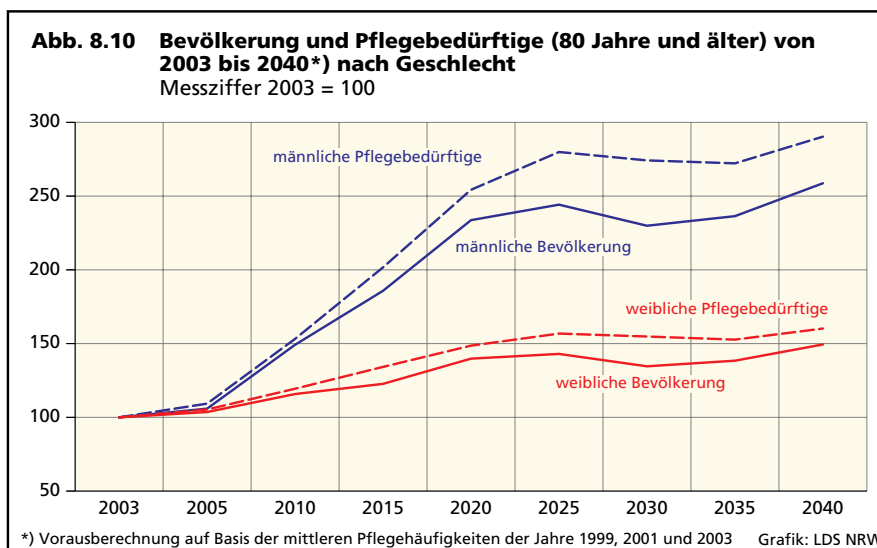
Demografisch bedingt steigt in der obersten Altersgruppe die Pflegebe-

Alter von ...bis unter ... Jahren	a = männlich b = weiblich	Pflegebedürftige					
		2003	2005	2010	2020	2030	2040
unter 60	a	33 694	34 300	34 600	34 000	29 800	29 000
	b	29 576	29 900	30 600	30 300	27 000	26 600
60 – 70	a	24 721	26 000	23 000	25 500	31 200	21 600
	b	23 186	24 600	21 800	24 300	29 200	21 600
70 – 80	a	41 536	45 300	52 500	51 500	58 000	71 000
	b	67 788	70 400	74 100	73 600	82 000	98 700
80 – 90	a	34 582	38 000	58 300	86 900	82 600	95 100
	b	128 101	134 000	170 300	186 000	177 800	203 900
90 und mehr	a	10 596	11 300	10 900	28 100	41 300	36 000
	b	65 709	70 100	61 000	102 000	122 200	106 700
Insgesamt	a	145 129	154 900	179 400	225 900	242 900	252 700
	b	314 360	329 100	357 800	416 300	438 300	457 600

*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003

Jahr	Pflegebedürftige					
	insgesamt			darunter 60 Jahre und älter		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Anteil an der Bevölkerung in %					
2003	2,5	1,6	3,4	8,9	5,9	11,2
2020	3,6	2,6	4,5	11,4	8,5	13,8
2040	4,2	3,1	5,2	12,1	9,3	14,3

*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003



dürftigkeit bei den Männern deutlich stärker als bei den Frauen. Der Grund dafür liegt darin, dass Männer aufgrund der verbesserten Lebenserwartung zukünftig ähnlich

wie Frauen häufiger ein Alter jenseits der 75 oder 80 Jahre erreichen, in welchem die Pflegebedürftigkeit stark zunimmt.

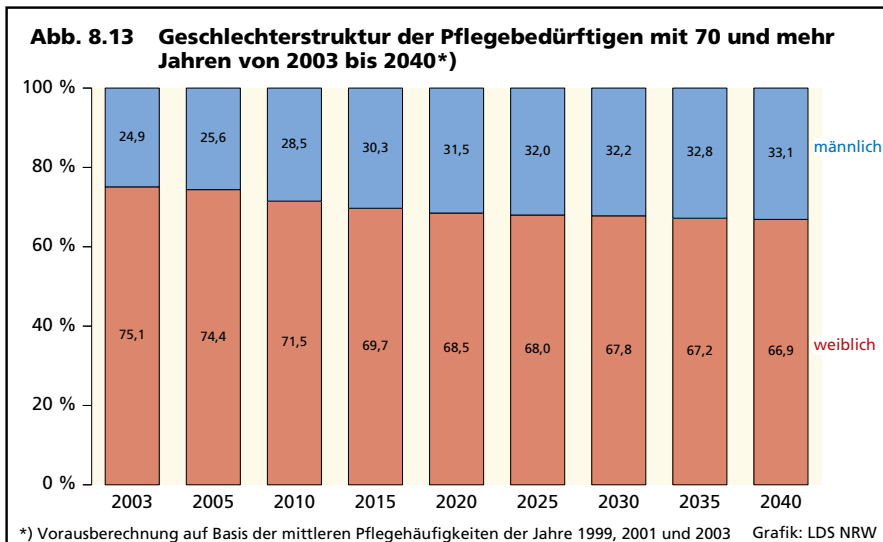
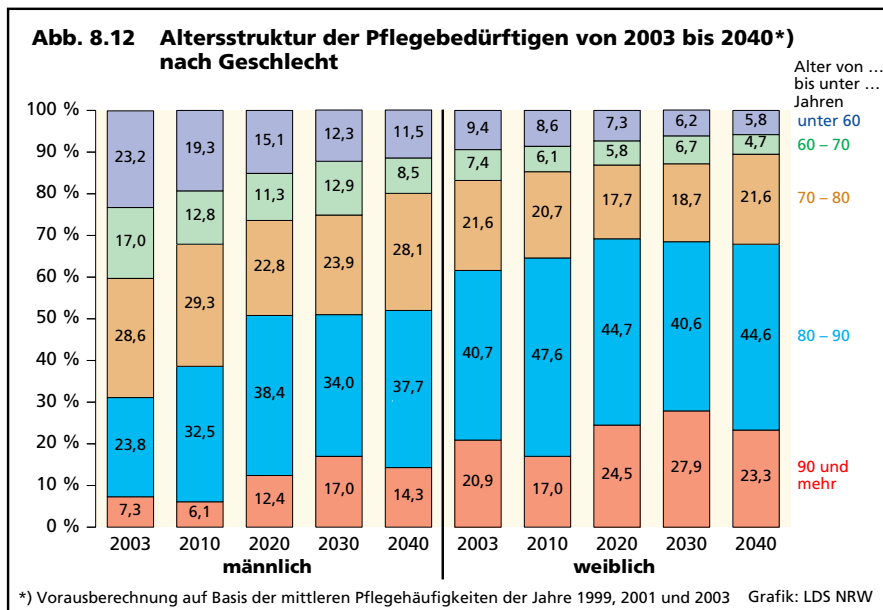
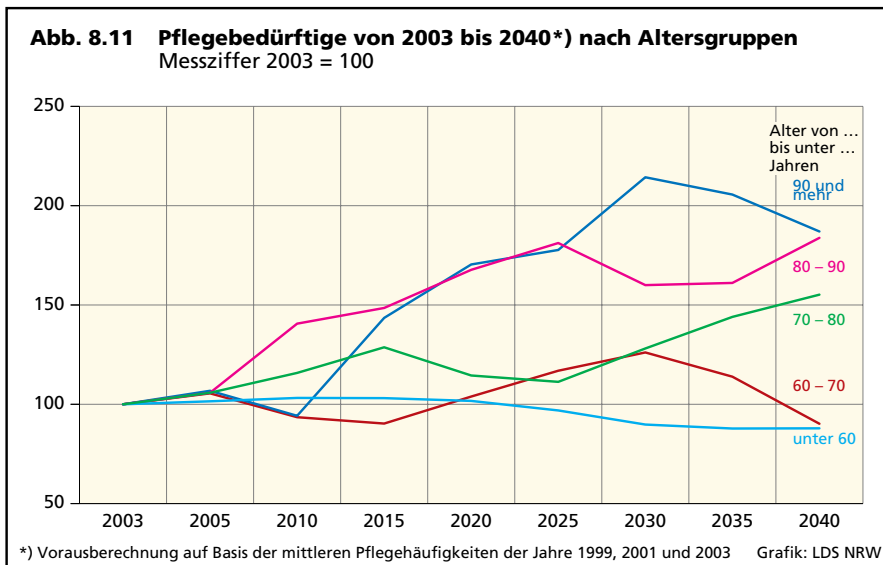
8.4.2 Verschiebung der Alters- und Geschlechterverhältnisse

Der Zuwachs der Pflegebedürftigenzahl verteilt sich unterschiedlich auf die einzelnen Altersklassen. Zu erkennen ist u. a. die Abnahme der Zahl jüngerer Pflegebedürftiger im Alter von unter 60 Jahren um fast 8 000 Personen oder 12 % bis 2040. Auch die Pflegebedürftigen im Alter von 60 bis unter 70 Jahren zeigen nach Anstiegen um bis zu 26 % oder 12 000 Personen gegen Ende des Berechnungszeitraumes rückläufige Werte, die unter das Ausgangsniveau von 2003 fallen.

Die noch höheren Altersgruppen verzeichnen mit unterschiedlichen Schwankungsgraden, die auf die Effekte der Geburtenzahlen in der Kriegs- und Nachkriegszeit zurückzuführen sind, über fast den gesamten Zeitraum hinweg Steigerungen der Pflegebedürftigenzahlen um bis zu über 100 %. Für die Gruppe der 80- bis unter 90-Jährigen zeigt sich zum Ende des Berechnungszeitraumes die Tendenz zu weiteren Anstiegen, da dann die starken Geburtsjahrgänge der 1960er-Jahre in dieses Alter kommen.

Die demografische Verschiebung der Altersstruktur in Richtung der Älteren und Hochaltrigen wird auch innerhalb der Gruppe der Pflegebedürftigen abgebildet. Waren 2003 rund 40 % aller pflegebedürftigen Männer jünger als 70 Jahre und fast ein Viertel sogar jünger als 60 Jahre, so sinkt dieser Anteil bis 2040 um jeweils etwa die Hälfte auf 20 % bzw. 12 %. Im Gegenzug vergrößert sich der Anteil hochbetagter männlicher Pflegebedürftiger ab 80 Jahren von 31 % (2003) auf 52 % im Jahr 2040. Der Anteil der pflegebedürftigen Männer ab 90 Jahren verdoppelt sich sogar von 7 % auf 14 %.

Bei den Frauen zeigen sich ähnliche Entwicklungen – die Dynamik ist jedoch verhaltener, weil die Älteren und Hochaltrigen gegenwärtig schon hohe Anteile am Gesamtbestand der weiblichen Pflegebedürftigen haben. 2003 waren bereits 62 %



der weiblichen Pflegebedürftigen 80 Jahre oder älter. Dieser Anteil wird sich bis 2020 um etwa acht Prozentpunkte erhöhen und fällt bis 2040 dann wieder geringfügig ab. Bemerkenswert ist der hohe Anteil pflegebedürftiger Frauen mit 90 und mehr Jahren: In den Jahren ab 2020 ist etwa jede vierte weibliche Pflegebedürftige in diesem Alter.

Das Geschlechterverhältnis der Pflegebedürftigen wird sich, wie bereits dargestellt wurde, im Zuge der demografischen Entwicklungen ebenfalls verschieben: In besonderem Maße gilt dies für die höheren Al-

tersgruppen. 2003 war rund ein Viertel der Pflegebedürftigen im Alter von 70 und mehr Jahren männlich; bis in 35 Jahren wird dieser Anteil etwa ein Drittel betragen.

8.4.3 Veränderungen in den Pflegestufen und Pflegeformen

In den Pflegestufen II und III sind mit jeweils über + 60 % bis 2040 stärkere Zuwächse zu verzeichnen als in der niedrigsten Stufe I, in der die Zahl der Pflegebedürftigen nur um 45 % wächst. Diese Entwicklung beruht darauf, dass bei zunehmender Alte-

rung die Anteile Pflegebedürftiger mit einem höheren Schweregrad steigen.

Zwar sind nach den Ergebnissen der Modellrechnung auch 2040 die Pflegebedürftigen am häufigsten in die niedrigste Pflegestufe I eingruppiert, doch von ehemals 51,2 % (2003) wird sich ihr Anteil bis 2040 auf 48,7 % verringern. Parallel steigt der Anteil der Pflegebedürftigen in der Stufe II um fast zwei Prozentpunkte auf 39 %. Der Anteil der Fälle in der höchsten Pflegestufe wächst bis 2040 um 0,6 Prozentpunkte auf 12,4 %.

Für die Planung des zukünftigen Bedarfs im Pflegebereich ist es von großer Relevanz, wie sich die Vielzahl der Pflegebedürftigen auf die unterschiedlichen Pflegeformen verteilt. Unter Abstraktion von allen Veränderungen jenseits des demografischen Wandels ist damit zu rechnen, dass die Zahlen in der ambulanten und stationären Versorgung in besonderem Maße ansteigen werden. Zwar wächst auch die Zahl der Pflegegeldempfänger, doch fällt diese Steigerung mit 47 % geringer aus.

In der stationären Pflege ist mit einem Anstieg um 58 % zu rechnen; die absolute Zahl wird sich um über 80 000 auf 225 000 im Jahre 2040 erhöhen. In der ambulanten Pflege liegt der Anstieg sogar bei 65 % oder über 60 000 Personen.

Die Entwicklung zu mehr Professionalität und Fachlichkeit im Pflegebereich ist verknüpft mit der vermehrten Häufigkeit der aufwändigeren Pflegefälle in höheren Pflegestufen – und dies wiederum ist ein Effekt der demografischen Altersstrukturverschiebung. Unter der hier zugrunde gelegten Annahme konstanter Pflegehäufigkeiten ist also damit zu rechnen, dass der Pflegebereich verstärkt auf geschultes Fachpersonal und klientengerechte Einrichtungen setzen muss, um den künftigen Anforderungen begegnen zu können.

Abgesehen von den demografischen Effekten ist für die Zukunft noch von weiteren Entwicklungen auszuge-

8.3 Pflegebedürftige 2003, 2020 und 2040*) nach Pflegestufe und Geschlecht

Geschlecht	Pflegebedürftige ¹⁾				
	2003	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2003	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2003
	Anzahl		%	Anzahl	%
Pflegestufe I					
Männlich	73 829	109 000	47,6	121 000	63,9
Weiblich	161 093	201 000	24,8	219 000	35,9
Zusammen	234 922	310 000	32,0	340 000	44,7
Pflegestufe II					
Männlich	54 151	89 000	64,4	104 000	92,1
Weiblich	115 283	159 000	37,9	178 000	54,4
Zusammen	169 434	248 000	46,4	282 000	66,4
Pflegestufe III					
Männlich	16 984	27 000	59,0	29 000	70,7
Weiblich	37 590	54 000	43,7	59 000	57,0
Zusammen	54 574	81 000	48,4	88 000	61,2

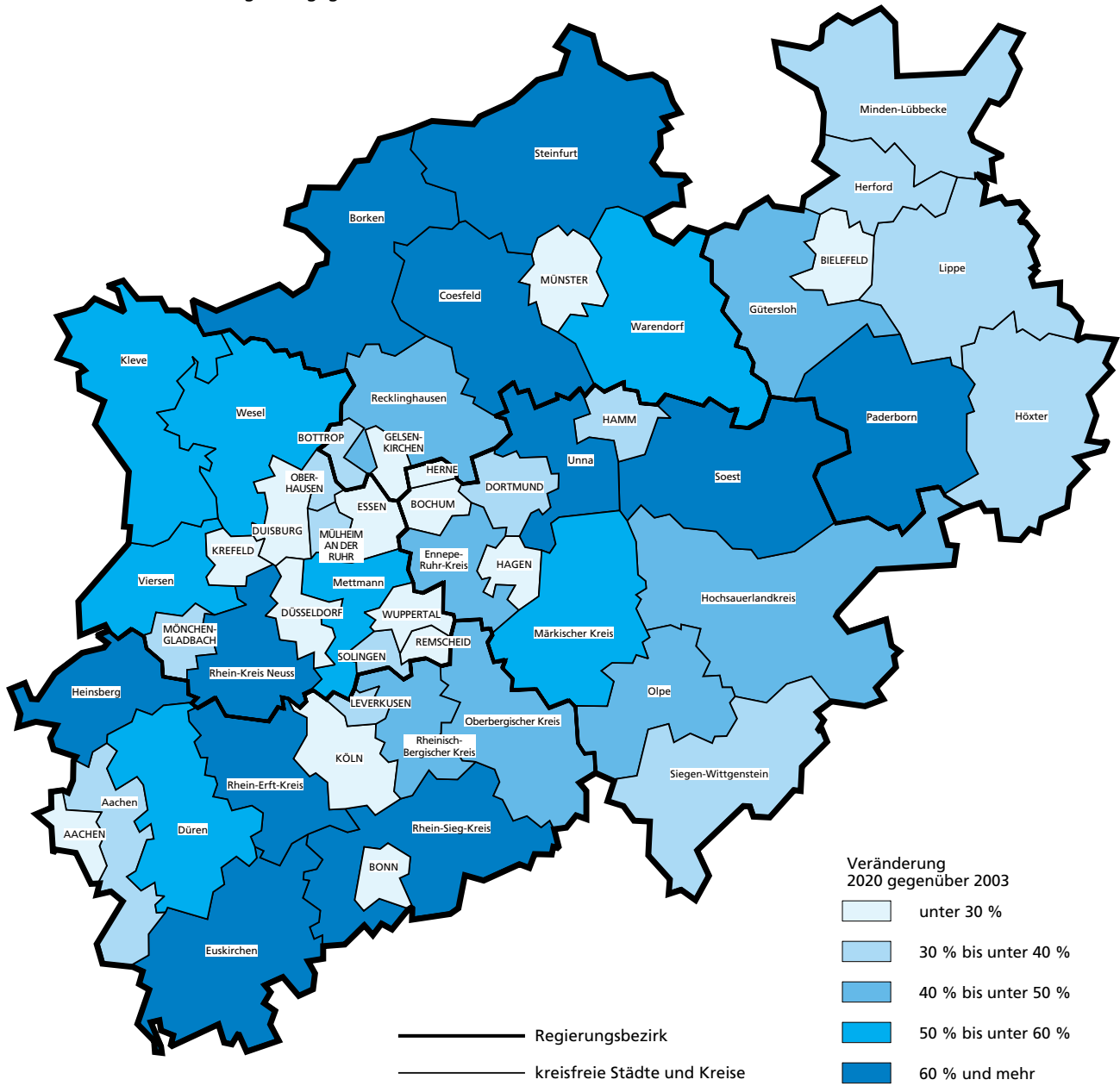
*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003 – 1) ohne Pflegebedürftige, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet wurden

8.4 Pflegebedürftige 2003, 2020 und 2040*) nach Pflegeform und Geschlecht

Geschlecht	Pflegebedürftige				
	2003	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2003	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2003
	Anzahl		%	Anzahl	%
ambulante Pflege					
Männlich	28 994	54 000	86,2	62 000	113,8
Weiblich	65 193	84 000	28,8	93 000	42,7
Zusammen	94 187	137 000	45,5	155 000	64,6
stationäre Pflege					
Männlich	29 320	49 000	67,1	56 000	91,0
Weiblich	113 431	153 000	34,9	169 000	49,0
Zusammen	142 751	202 000	41,5	225 000	57,6
Pflegegeld					
Männlich	86 815	123 000	41,7	134 000	54,4
Weiblich	135 736	178 000	31,1	194 000	42,9
Zusammen	222 551	300 000	34,8	328 000	47,4

*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003

Karte 8.1 Pflegebedürftige in Nordrhein-Westfalen
Veränderung 2020 gegenüber 2003



Grafik: LDS NRW

hen, die im Bereich der Pflege die Tendenz zu vermehrter professioneller Versorgung durch Fachpersonal verstärken dürften. Zwar konnte dies in den hier vorliegenden Berechnungen unter Status-quo-Annahmen nicht quantifiziert werden; es sollte aber nicht unerwähnt bleiben.

Die steigende Zahl von allein Lebenden und/oder Kinderlosen sowie insgesamt sinkende Geburtenraten zeigen, dass sich das Netz familiärer und generationenübergreifender Beziehungen, welches noch Anfang des letzten Jahrhunderts die Versorgung im Alter gewährleistet hatte, heute zunehmend in der Auflösung befindet. So ist anzunehmen, dass die Betreuung alt gewordener Menschen in den kommenden Jahren noch deutlich häufiger als heute von professionellen Diensten und altengerechten Betreuungseinrichtungen übernommen werden muss. Möglicherweise etablieren sich in diesem Zusammenhang auch neue Formen der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe.

Außerdem ist anzunehmen, dass der Anteil der erwerbstätigen Frauen steigt. Dies hat zur Folge, dass Frauen als die hauptsächlichen Pflegepersonen künftig noch weniger Zeit zur häuslichen Pflege der Angehörigen aufbringen können als bisher. Verschärfend kommt hinzu, dass der Schweregrad der Pflegebedürftigkeit, wie oben bereits angedeutet, steigt, und geschulte Fachkräfte notwendigerweise die verwandtschaftlichen Laien auf dem Gebiet der Pflege ersetzen müssen.

8.4.4 Regionale Unterschiede im Pflegebedarf

Eine Differenzierung nach Regionen zeigt bis 2020 einen überproportionalen Anstieg der Zahl der Pflegefälle in den Kreisen um 53 % von 260 000 auf fast 400 000. In den kreisfreien Städten ist die Steigerung mit knapp 25 % von 200 000 auf etwa 250 000 vergleichsweise verhalten.

Diese starken Unterschiede sind ein Effekt der jeweils regional unterschiedlichen demografischen Aus-

8.5 Pflegebedürftige 2003 und 2020*) nach Regionen			
Region	Pflegebedürftige		
	2003	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2003
	Anzahl		%
NRW ohne Ruhrgebiet	315 398	453 000	43,6
kreisfreie Städte	100 257	124 000	23,3
Kreise	215 141	329 000	53,1
Ruhrgebiet	144 091	194 000	35,0
kreisfreie Städte	98 451	124 000	26,0
Kreise	45 640	70 000	54,4
Nordrhein-Westfalen	459 489	647 000	40,9
kreisfreie Städte	198 708	248 000	24,6
Kreise	260 781	400 000	53,3

*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003

8.6 Pflegebedürftige 2003 und 2020*) nach Regierungsbezirken			
Gebiet	Pflegebedürftige		
	2003	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2003
	Anzahl		%
Reg.-Bez. Düsseldorf	144 581	193 000	33,4
kreisfreie Städte	94 116	114 000	21,4
Kreise	50 465	79 000	56,0
Reg.-Bez. Köln	106 884	155 000	45,4
kreisfreie Städte	36 831	47 000	26,3
Kreise	70 053	109 000	55,4
Reg.-Bez. Münster	65 127	97 000	49,4
kreisfreie Städte	17 515	22 000	26,4
Kreise	47 612	75 000	57,8
Reg.-Bez. Detmold	45 455	63 000	37,6
kreisfreie Stadt	7 632	9 000	15,4
Kreise	37 823	54 000	42,1
Reg.-Bez. Arnsberg	97 442	139 000	43,0
kreisfreie Städte	42 614	56 000	31,1
Kreise	54 828	83 000	52,2

*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003

gangsstrukturen und erklären sich dadurch, dass in den Kreisen gegenwärtig noch ein recht ausgeglichener Altersaufbau vorherrscht, während in den kreisfreien Städten die demografische Alterung aktuell bereits erheblich weiter fortgeschritten ist. Die Kreise werden in den kommenden Jahren diese Entwicklung nachholen. In den kreisfreien Städten, in denen heute bereits viele ältere und pflegebedürftige Menschen leben, ist für die Zukunft mit einer steigenden Zahl an Sterbefällen zu rechnen.

Diese Effekte zeigen sich auch für das Ruhrgebiet, das der demografischen Entwicklung bereits um Jahre voraus ist. Aus diesem Grund ist hier für die Zukunft mit einem vergleichsweise moderaten Anstieg der Pflegebedürftigenzahl um nur 35 %

zu rechnen. Dieser Zuwachs liegt deutlich unterhalb des landesdurchschnittlichen Anstiegs von 41 %.

Die Kreise, die weit überproportional vom Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen betroffen sein werden, sind Borken, Coesfeld, Soest, Heinsberg und der Rhein-Erft-Kreis. In Regionen des Ruhrgebietes – in Duisburg und Essen –, aber auch in den kreisfreien Städten Düsseldorf, Krefeld, Wuppertal, Bonn und Bielefeld wächst die Zahl der Pflegefälle dagegen stark unterdurchschnittlich (siehe Tab. 8.7).

Den höchsten Anstieg verzeichnet der Kreis Borken mit 77,3 %, den niedrigsten die kreisfreien Städte Duisburg und Krefeld mit weniger als 15 %. In diesen Städten ist die Zahl der Pflegebedürftigen bereits heute recht hoch.

8.7 Pflegebedürftige 2003 und 2020*) in den kreisfreien Städten und Kreisen

Gebiet	Pflegebedürftige			
	2003		2020	Veränderung 2020 gegenüber 2003
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	%
Regierungsbezirk Düsseldorf				
Düsseldorf, krfr. Stadt	13 695	24	16 000	18,3
Duisburg, krfr. Stadt	16 861	33	19 000	12,4
Essen, krfr. Stadt	19 474	33	23 000	18,9
Krefeld, kreisfr. Stadt	6 960	29	8 000	14,1
Mönchengladbach, krfr. Stadt	7 667	29	11 000	39,7
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	4 761	28	7 000	37,2
Oberhausen, krfr. Stadt	7 389	34	10 000	31,1
Remscheid, krfr. Stadt	3 362	29	4 000	19,4
Solingen, krfr. Stadt	4 245	26	6 000	33,1
Wuppertal, krfr. Stadt	9 702	27	11 000	17,2
Kleve, Kreis	8 833	29	14 000	55,8
Mettmann, Kreis	10 937	22	14 000	50,7
Rhein-Kreis Neuss	9 574	21	15 000	60,1
Viersen, Kreis	7 954	26	12 000	52,1
Wesel, Kreis	13 167	28	21 000	59,8
Regierungsbezirk Köln				
Aachen, krfr. Stadt	6 405	25	8 000	21,7
Bonn, krfr. Stadt	6 866	22	8 000	17,7
Köln, krfr. Stadt	20 069	21	26 000	28,5
Leverkusen, krfr. Stadt	3 491	22	5 000	39,6
Aachen, Kreis	9 452	31	13 000	39,7
Düren, Kreis	8 423	31	13 000	55,4
Rhein-Erft-Kreis	10 123	22	17 000	63,8
Euskirchen, Kreis	6 395	33	10 000	61,0
Heinsberg, Kreis	7 036	28	12 000	64,3
Oberbergischer Kreis	8 634	30	13 000	47,7
Rheinisch-Bergischer Kreis	6 707	24	10 000	47,8
Rhein-Sieg-Kreis	13 283	22	21 000	61,6
Regierungsbezirk Münster				
Bottrop, krfr. Stadt	4 172	35	6 000	35,6
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	8 156	30	10 000	24,6
Münster, krfr. Stadt	5 187	19	6 000	22,0
Borken, Kreis	7 522	21	13 000	77,3
Coesfeld, Kreis	4 742	22	8 000	69,0
Recklinghausen, Kreis	20 164	31	30 000	46,9
Steinfurt, Kreis	9 483	21	15 000	61,7
Warendorf, Kreis	5 701	20	9 000	55,0
Regierungsbezirk Detmold				
Bielefeld, krfr. Stadt	7 632	23	9 000	15,4
Gütersloh, Kreis	6 838	20	10 000	47,1
Herford, Kreis	5 307	21	7 000	33,6
Höxter, Kreis	4 088	26	6 000	39,6
Lippe, Kreis	8 115	22	11 000	38,5
Minden-Lübbecke, Kreis	7 969	25	11 000	35,9
Paderborn, Kreis	5 506	19	9 000	60,0
Regierungsbezirk Arnberg				
Bochum, krfr. Stadt	11 884	31	15 000	28,6
Dortmund, krfr. Stadt	15 425	26	21 000	37,6
Hagen, krfr. Stadt	4 976	25	6 000	21,1
Hamm, krfr. Stadt	4 695	25	6 000	35,2
Herne, krfr. Stadt	5 634	33	7 000	24,3
Ennepe-Ruhr-Kreis	9 576	28	14 000	41,2
Hochsauerlandkreis	5 886	21	9 000	49,4
Märkischer Kreis	9 648	21	15 000	51,8
Olpe, Kreis	3 246	23	5 000	49,3
Siegen-Wittgenstein, Kreis	6 490	22	9 000	39,0
Soest, Kreis	7 673	25	13 000	67,2
Unna, Kreis	12 309	29	20 000	60,9

*) Vorausberechnung auf Basis der mittleren Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003

Bei einer Differenzierung nach Regierungsbezirken zeigt sich, dass der RB Münster und der RB Köln bis 2020 die höchsten Zuwächse von über 45 % zu verzeichnen haben. Für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Detmold sind etwas verhaltenere Zuwächse um 33 % bzw. 38 % zu erwarten. Ebenso wie für das Land NRW insgesamt gilt auch für jeden einzelnen der Regierungsbezirke, dass die Zuwächse in den Kreisen deutlich stärker ausfallen als in den kreisfreien Städten.

8.5 Fazit

Im Bereich der Pflege ist für die Zukunft mit fünf wesentlichen Entwicklungen zu rechnen:

1. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2040 sehr stark von etwa 460 000 auf über 700 000 Personen zunehmen. Bereits 2020 ist mit 640 000 Pflegebedürftigen zu rechnen.
2. Infolge der „aufholenden“ Lebenserwartung der Männer wird sich der Anteil der männlichen Pflegebedürftigen bis 2040 um vier Prozentpunkte auf 35,5 % erhöhen. Die deutliche Mehrheit der Pflegebedürftigen wird jedoch auch weiterhin von den Frauen gestellt.
3. Die demografische Alterung führt zu einem enormen Wachstum des Anteils hochbetagter Pflegebedürftiger. Bereits 2020 sind 70 % aller pflegebedürftigen Frauen 80 Jahre oder älter; etwa jede Vierte hat dann sogar ein Alter von mindestens 90 Jahren. Bei den Männern wird bis 2020 der Anteil der Pflegebedürftigen ab 90 Jahren auf 12 % steigen. Und mindestens jeder zweite pflegebedürftige Mann wird dann ein Alter von 80 und mehr Jahren haben.
4. Aufgrund des hohen Anteils an Hochbetagten wird auch der durchschnittliche Schweregrad der Bedürftigkeit zunehmen. Das Gewicht der zeitaufwändigen Pflegestufen II und III steigt überproportional gegenüber jenem der niedrigsten Pflegestufe I.

5. Der höhere Altersdurchschnitt sowie die steigende Zahl an schwierigeren Pflegefällen führen zu einer verstärkten Professionalität und Fachlichkeit im Pflegebereich. Die Zahlen der Pflegebedürftigen im stationären und ambulanten Sektor wachsen stärker als die der Pflegegeldempfänger, die meist von Angehörigen versorgt werden. Im Zusammenhang veränderter Familien- und Generationenverhältnisse sowie einer stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen ist mit einer Verschärfung dieser Entwicklung zu rechnen.

Die aufgezeigte Entwicklung wird zwangsläufig zu einer erheblichen Nachfragesteigerung nach pflegerischen Versorgungsleistungen insbesondere im ambulanten und stationären Bereich führen. Dies kann in diesem Feld weitere Beschäftigungspotenziale eröffnen.

Wichtig ist im Zuge der künftigen Veränderungen, dass langfristig eine qualitativ hochwertige Betreuung der pflegebedürftigen Menschen gewährleistet wird. Dazu ist es notwendig, die Schnittstellen einer integrierten Versorgung zu optimieren, die motivationalen Grundlagen dafür zu schaffen, dass fachlich geschultes Personal in den entsprechenden Berufsfeldern in ausreichender Zahl qualifizierte Arbeit leistet, und die institutionellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein „Altern in Würde“ auch für diejenigen möglich wird, die nicht von Angehörigen gepflegt werden.

9 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zahl der Krankenhaufälle

Die vor dem Hintergrund der demografischen Alterung anhaltende Diskussion um die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme betrifft nicht nur die Pflegeversorgung, sondern auch die Betreuung im Krankenhaus. Das Ziel, eine bedarfsgerechte und qualitätsgesicherte Gesundheitsversorgung für alle Bürge-

rinnen und Bürger zu gewährleisten, steht spätestens seit dem Gutachten des Sachverständigenrates zur Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im Jahr 2003 auch unter dem Vorzeichen der Wirtschaftlichkeit.³⁴⁾

Im Gesundheitsbereich wird vor allem der Verschiebung der Altersstruktur eine besondere Bedeutung beigemessen, denn es wird befürchtet, dass die demografische Alterung mit erheblichen Kosten für die Krankenversicherungen einhergehen wird. Tatsächlich sind die Ausgaben für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherungen im Rentenalter in den letzten zwei Dekaden überdurchschnittlich stark gestiegen (962 %) und damit etwa doppelt so stark wie für Mitglieder im erwerbsfähigen Alter (vgl. Garms-Homolova/Schäfer 2003). Die weitaus größten Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen werden im Bereich der stationären Behandlung verursacht, d. h. im Zuge kurativer oder rehabilitativer Krankenhausaufenthalte (vgl. Leidl 2003).

Die Inanspruchnahme stationärer Behandlungen weist einen deutlichen Zusammenhang mit dem Alter auf, denn in höherem Alter steigen die Erkrankungshäufigkeiten und damit die Wahrscheinlichkeiten der Einweisung in ein Krankenhaus. Weil sich mit fortgeschrittenem Alter infolge einer Multimorbidität, eines höheren Kompliziertheitsgrades bzw. einer Chronizität der Erkrankungen auch die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus erhöht, bedeutet dies, dass ein sehr großer Teil der medizinischen Kosten kurz vor dem Tod anfällt (vgl. Breyer 1999).

Angesichts der zu erwartenden demografischen Altersstrukturverschiebung wird mit einem erheblich wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen – und damit an erhöhten Ausgaben – zu rechnen sein. In der vom LDS NRW vorgenommenen Modellrechnung wird jedoch nicht auf die Kosten abgestellt, sondern auf

³⁴⁾ Vgl. hierzu u. a. die Kurzfassung des Gutachtens unter <http://www.dgvt.de/artikel.php?cID=53> [4. 5. 2005]

die Anzahl der stationär zu behandelnden Fälle sowie die künftig vom Personal zu erbringenden Pflegeleistungen. Pflegeleistungen bezeichnen die Berechnungs- und Belegungstage, d. h. die Tage, die für einen Patienten abgerechnet werden. Damit kann jedoch bereits ein erster Eindruck vom Ausmaß der kommenden Entwicklung vermittelt werden, der für künftige Krankenhausplanungen Orientierungshilfen liefern kann.

Nach einer kurzen Einführung in die der Berechnung zugrunde liegende Krankenhausstatistik wird zunächst die Entwicklung der Krankenhaushäufigkeit und der durchschnittlichen Verweildauer seit 1994 dargestellt. Nach Hinweisen zum methodischen Vorgehen bei der Vorausberechnung werden schließlich die Ergebnisse der Modellrechnungen präsentiert.

Anmerkungen zur Krankenhausdiagnosestatistik

Die gesetzliche Grundlage der Krankenhausstatistik – die Krankenhausstatistikverordnung vom 10. April 1990 – sieht vor, dass durch die Kombination der zu erhebenden Merkmale Informationen über die Struktur der stationären Versorgung einerseits sowie der krankheitsbezogenen Kostenentwicklung andererseits geliefert werden können. Diese Informationen, zu deren Angabe die medizinischen Einrichtungen verpflichtet sind, sollen als Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen dienen.

Die Krankenhausstatistik besteht aus drei Teilen, den so genannten Grunddaten, den Diagnosedaten und den Kostendaten. In der Statistik der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen werden die Grund- und Kostendaten erhoben, d. h. Informationen, die sich ausschließlich auf die Kosten, die Auslastung und die Art der jeweiligen Einrichtungen innerhalb eines Krankenhauses beziehen.

In dem hier interessierenden demografischen Zusammenhang ist jedoch

nur der zweite Teil der Statistik – die so genannte Diagnosestatistik – relevant. Diese erbringt für Nordrhein-Westfalen jährlich Informationen über etwa 3,9 Millionen Patienten (2002) zur Art und zum Umfang ihrer stationären Behandlung. Dabei werden neben dem Alter, dem Geschlecht und dem Wohnort der Patienten auch Angaben geliefert zu der (Haupt-)Diagnose, der Verweildauer im Krankenhaus, den an der Versorgung beteiligten Fachabteilungen, den durchgeführten Operationen und den eventuellen Sterbefällen. In die Statistik einbezogen werden dabei jedoch nur vollstationär behandelte und entlassene Patienten – teilstationär und ambulant versorgte Personen sowie gesunde Neugeborene werden nicht erfasst. Wird eine Person mehrfach im Jahr stationär behandelt, so wird diese mehrfach gezählt.

Die Statistik erfasst auch Patienten, die nicht länger als einen Tag in einem Krankenhaus versorgt wurden, sondern entweder binnen eines Tages entlassen oder verlegt worden sind bzw. verstarben – so genannte Stundenfälle. In die Modellrechnung wurden diese Stundenfälle nicht einbezogen.

Die Diagnoseeinordnung erfolgt seit Jahrzehnten nach einem international abgestimmten, mehrfach revidierten Krankheitsklassifikationssystem, seit dem Jahr 2000 nach der so genannten ICD-10 (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems, 10. Revision). Zwar galt in den Jahren zuvor eine frühere Version (ICD-9) als Klassifizierungsgrundlage, dennoch ist auf einer gröberen Aggregationsebene – d. h. über eine Zusammenfassung von Krankheiten – ein Zeitvergleich möglich. Erhält ein Patient mehrere Diagnosen, so erfolgt die Bestimmung der Hauptdiagnose anhand des größten Anteils der verursachten medizinischen Leistungen.

9.1 Entwicklung der Krankenhausfälle seit 1994

Im Jahr 2002 wurden in Nordrhein-Westfalen etwas mehr als 3,9 Millionen Personen mindestens eine Nacht stationär versorgt. Wird diese Zahl in Relation zur Bevölkerung gesetzt, erhält man die so genannte Krankenhaushäufigkeit. Bezogen auf 1 000 Einwohner lag die Krankenhaushäufigkeit 2002 bei 217. Frauen haben unter den Versorgten eine leichte Mehrheit (55 %). Die stationäre Versorgung im Zuge der Entbindung ist hierfür ein Grund, genauso wie die höhere Lebenserwartung der Frauen, die insbesondere im fortgeschrittenen Alter zu einer stärkeren Krankenhaushäufigkeit beiträgt.

Mehr Krankenhausfälle und kürzere Verweildauer

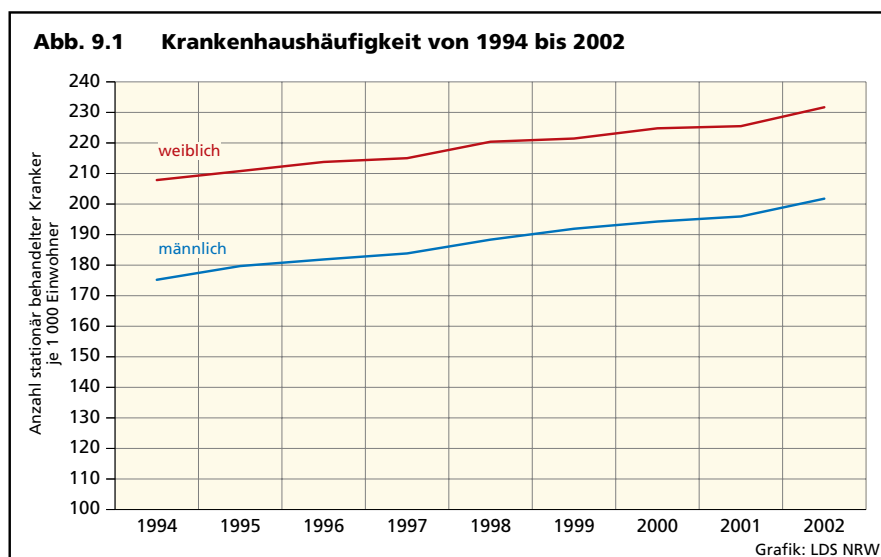
Von 1994 bis 2002 hat sich die Zahl der Krankenhausfälle kontinuierlich um etwa 500 000 auf 3,9 Millionen Fälle erhöht. Die Krankenhaushäufigkeit je 1 000 Einwohner stieg von 192 im Jahr 1994 auf 217 im Jahr 2002. Zwar haben weiterhin die Frauen eine insgesamt höhere Krankenhaushäufigkeit als die Männer, doch holen die Männer infolge einer stärkeren Steigerungsdynamik auf. Bei ihnen stieg die Krankenhaushäufigkeit seit 1994 um über 15 %, während bei den Frauen der Zuwachs nur bei 11 % lag. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch die wachsende

Lebenserwartung der Männer begründet.

Die Entwicklung steigender Krankenhaushäufigkeiten ist bereits teilweise demografisch bedingt, denn die Krankenhauszahlen steigen zwangsläufig, wenn sich aufgrund einer Altersstrukturverschiebung die Bevölkerungsanteile älterer Personen erhöhen. Dennoch kann dieser Steigerungsprozess nicht ausschließlich auf demografische Veränderungen zurückgeführt werden. Ebenfalls ist es nicht sinnvoll anzunehmen, dass der Anstieg der Krankenhaushäufigkeit auf eine verschlechterte gesundheitliche Lage der Bevölkerung zurückzuführen ist – im Gegenteil hat sich das gesundheitliche Befinden der Menschen in den letzten Jahrzehnten nachhaltig verbessert. Davon zeugt nicht nur die gestiegene Lebenserwartung, sondern auch eine Mehrheitlich von den Befragten im Bundesgesundheitsurvey geäußerte Zufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand.³⁵⁾

Stattdessen ist davon auszugehen, dass ein verändertes Einweisungsverhalten der Ärzte einen wichtigen Grund für die Steigerung der Krankenhaushäufigkeit darstellt. Die erweiterten technischen und instrumentellen Möglichkeiten diagnosti-

³⁵⁾ Etwa zwei Drittel der 1998 im Rahmen des Bundesgesundheitsveys befragten Männer und Frauen im Alter von 60 bis 79 Jahren gaben zu der Frage nach dem subjektiven Gesundheitszustand an, dass ihr Gesundheitszustand „gut“, „sehr gut“ oder „ausgezeichnet“ sei (vgl. Robert-Koch-Institut 2002).

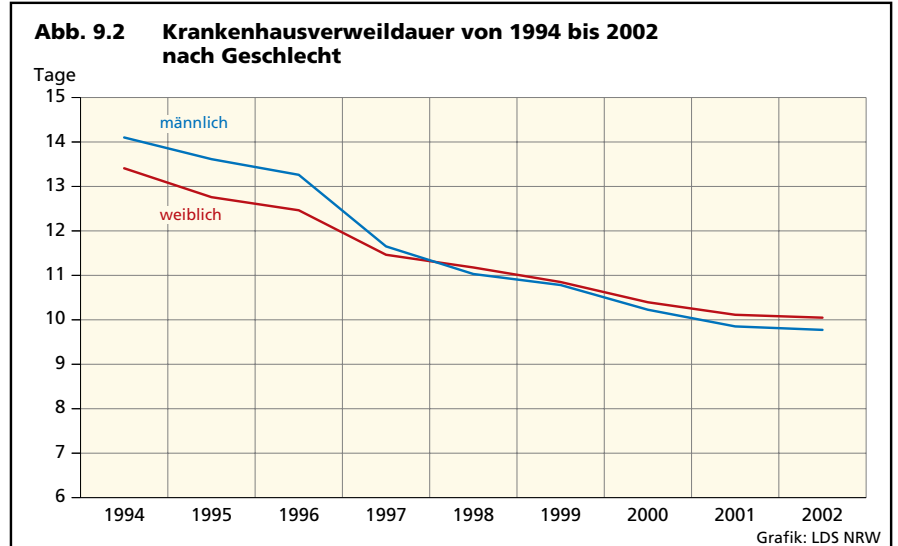


scher und behandlungsspezifischer Verfahren bei unterschiedlichen – früher oftmals todbringenden – Krankheiten, für deren Durchführung ein stationärer Aufenthalt notwendig ist, gelten als mitverantwortlich für den Anstieg der Krankenhauszahlen (vgl. Schulz u. a. 2000).

Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass parallel zu einer Steigerung der Krankenhaushäufigkeit die Verweildauer, d. h. die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nach einer Krankenseinweisung, gesunken ist. Die Verweildauer wird ermittelt aus der Division der Summe der für alle Patienten aufgewendeten Berechnungs- und Belegungstage und der Summe der Krankheitsfälle. Die Summe der Berechnungs- und Belegungstage wird auch als Krankenhaustagevolumen bezeichnet und gilt als wichtige Größe für die Personal- und Materialplanung eines Krankenhauses. Im Zusammenhang mit den Modellrechnungen wird diese Kennziffer wieder aufgenommen.

Blieb ein Patient 1994 noch durchschnittlich etwa 14 Tage pro Einweisung im Krankenhaus, so lag die Verweildauer acht Jahre später nur noch bei etwa 10 Tagen. Bei den Männern war die Verringerung der durchschnittlichen Krankenhausaufenthaltsdauer größer als bei den Frauen. Während 1994 die Verweildauer der Männer etwa einen dreiviertel Tag höher war als jene der Frauen, bleiben heute Frauen im Mittel geringfügig länger im Krankenhaus als Männer. Der wichtigste Grund hierfür ist, dass viele Patienten – und insbesondere die männlichen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen – zu diagnostischen Zwecken ins Krankenhaus eingewiesen werden. Auf diese Weise ist der Anteil derer, die höchstens drei Tage im Krankenhaus bleiben, angestiegen.

Die Verweildauer ist mehr noch als die Krankenhaushäufigkeit abhängig von den technischen Fortschritten der Medizin. Zusätzlich wird sie beeinflusst von politischen Entscheidungen bzw. Gesetzesänderungen. Ein aktuelles Beispiel für die Abhängigkeit der Verweildauer von Einflüssen jenseits des rein medizinischen Bereiches ist die



Einführung der Diagnosis Related Groups (DRG). DRGs bezeichnen Fallpauschalen, die seit ihrer Einführung im Jahr 2000 als Grundlage für die Kostenkalkulation in Krankenhäusern dienen. Hiernach werden die Diagnose- und Therapieoptionen eines Patienten – und damit indirekt auch seine Verweildauer – nicht mehr individuell und leistungsunabhängig bestimmt, sondern basierend auf leistungsbezogenen Fallpauschalen. In die Pauschalierung von Fällen fließen u. a. Informationen zur Hauptdiagnose, zu eventuellen Nebendiagnosen sowie zu Alter, Geschlecht und Gewicht des Patienten ein, so dass eine Zuordnung der Patienten zu einer der insgesamt 6 800 Fallgruppen möglich wird. Von der flächendeckenden Einführung der DRGs in Deutschland erhoffen sich die Befürworter eine Dämpfung der Gesundheitsausgaben durch die Beseitigung fehlsteuernder Anreize, die Begrenzung der Leistungen auf das medizinisch Notwendige, eine leistungsgerechte Vergütung der Krankenhäuser und eine Verkürzung der Verweildauer.³⁶⁾

Altersspezifische Krankenhaushäufigkeit und Verweildauer

Neben den angesprochenen Einflüssen wie medizinischer Fortschritt und gesundheitspolitische Entscheidungen wirkt auf die Verweildauer auch die demografische Komponente ein, denn mit zunehmendem Alter erhöht sich

³⁶⁾ Vgl. hierzu u. a. Informationen auf www.g-drg.de [12. 4. 2004]

die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Tage. Kinder und Jugendliche im Alter von unter 15 Jahren verbleiben durchschnittlich nur sechseinhalb Tage pro Einweisung im Krankenhaus. Im Alter von 15 bis unter 35 Jahren erhöht sich die durchschnittliche Verweildauer auf acht Tage und in der nächsten Altersgruppe bis zum 65. Lebensjahr schließlich auf neuneinhalb Tage. Im höheren Lebensalter von 65 bis unter 85 Jahren bleiben die Patienten durchschnittlich sogar 12 Tage im Krankenhaus. Ab dem Alter von 85 Jahren liegt die Verweildauer dann bei knapp 13 Tagen (siehe Abb. 9.3).

In den jüngeren und mittleren Lebensjahren bis unter 45 Jahren liegen männliche Patienten u. a. aufgrund einer höheren Unfallmorbidity länger im Krankenhaus als weibliche; danach kehrt sich dieses Verhältnis um und in höherem Alter ab 65 Jahren weisen Frauen dann eine deutlich längere Verweildauer auf als Männer.

Wie bereits angedeutet, gibt es einen sehr engen Zusammenhang auch zwischen dem Alter und der Krankenhaushäufigkeit (siehe Abb. 9.4). Die geringste Krankenhaushäufigkeit findet sich unabhängig vom Geschlecht bei Kindern und Jugendlichen: Nur jeder Zehnte der unter 15-Jährigen wird im Zeitraum eines Jahres ins Krankenhaus eingeliefert. In den jüngeren Erwachsenenjahren bis unter 35 Jahren erhöht sich die Krankenhaushäufigkeit von Frauen aufgrund von Entbindungen auf über 200 Einweisungen je 1 000 der entsprechen-

den Bevölkerung. Bei den Männern bleibt die Krankenhaushäufigkeit bis etwa zum 45. Lebensjahr annähernd konstant.

Ab dem 45. Lebensjahr steigt dann nicht nur die Krankenhaushäufigkeit insgesamt stetig an, sondern es werden im Alter auch zunehmend ge-

schlechtsspezifische Unterschiede deutlich.

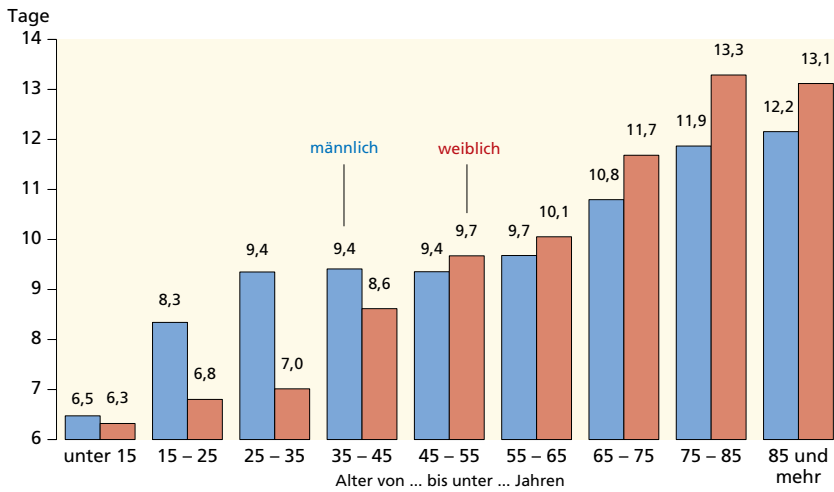
Eine Betrachtung seit 1994 zeigt sehr auffällig, dass sich die Krankenhaushäufigkeit seitdem nur für die Gruppe der Älteren ab dem 55. Lebensjahr nennenswert erhöht hat, und zwar mit steigendem Alter umso deutlicher. Von 1 000 Frauen mit 85 und mehr Jahren haben 2002 etwa 650 mindestens eine Nacht im Krankenhaus verbracht; bei den Männern lag die Zahl etwa bei 700. Acht Jahre zuvor war die Krankenhaushäufigkeit für ältere Menschen noch erheblich niedriger: Für die 85-Jährigen und Älteren lag sie 1994 für Männer bei etwa 560 und für Frauen bei etwa 490. Für die Kinder und Jugendlichen sowie für die Erwachsenen im mittleren Alter gab es nur marginale Änderungen über die Zeit.

Die sich im Zeitverlauf verstärkende Alterskomponente im Krankenhausbereich – die so genannte Geriatriisierung – wird auch in Abbildung 9.5 deutlich: 1994 war die Mehrheit sowohl der weiblichen als auch der männlichen Krankenhauspatienten jünger als 55 Jahre. Bis zum Jahr 2002 erhöhte sich dann sukzessive der Anteil älterer Krankenhauspatienten ab 55 Jahre auf jeweils ca. 54 %, während sich der Anteil jüngerer Patienten entsprechend verringerte.

2002 war bereits fast jeder vierte weibliche Patient (24,3 %) 75 Jahre oder älter. Damit hat sich in den letzten acht Jahren dieser Anteil um fast sechs Prozentpunkte erhöht. Der Anteil der weiblichen Krankenhauspatienten im Alter von 55 bis unter 75 Jahren ist seit 1994 annähernd konstant geblieben, während der Anteil der männlichen Krankenhauspatienten dieser Altersgruppe um fast vier Prozentpunkte anstieg. Dies ist ein Effekt der erweiterten Diagnose- und Therapiemöglichkeiten bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die hauptsächlich für Männer in diesem Alter ein Risiko darstellen.

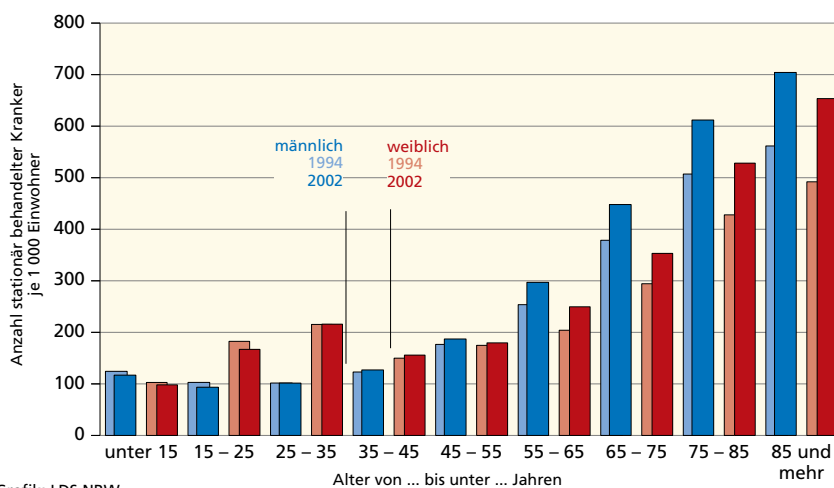
Die Anteile der Krankenhaushfälle 35- bis unter 55-Jähriger haben sich im letzten Jahrzehnt bei beiden Ge-

Abb. 9.3 Altersspezifische Krankenhausverweildauer 2002 nach Geschlecht



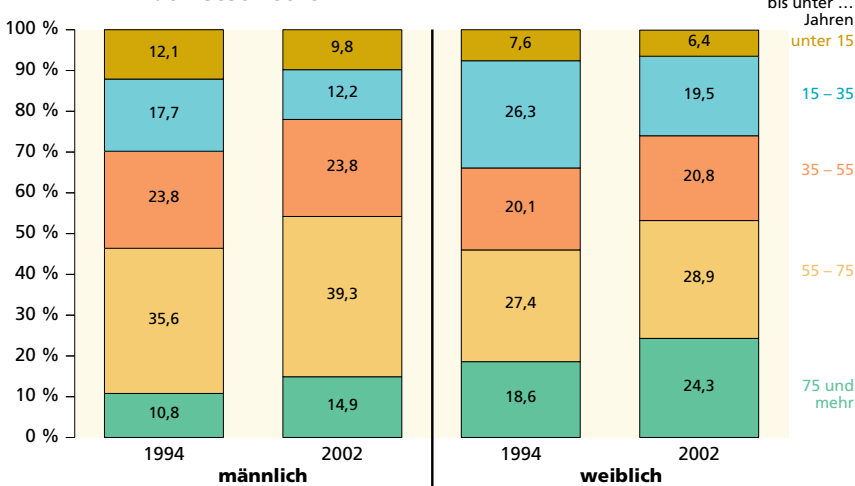
Grafik: LDS NRW

Abb. 9.4 Altersspezifische Krankenhaushäufigkeit 1994 und 2002 nach Geschlecht



Grafik: LDS NRW

Abb. 9.5 Altersstruktur der Krankenhaushfälle 1994 und 2002 nach Geschlecht



Grafik: LDS NRW

schlechtern kaum verändert; die Anteile der stationär behandelten Patienten im Kindes-, Jugend- und frühen Erwachsenenalter sind dagegen gesunken. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die infektiösen, ehemals gefährlichen und akut stationär zu behandelnden Krankheiten im Kindes- und Jugendalter zunehmend von chronischen Erkrankungen mit psychosozialen Implikationen verdrängt werden, die hauptsächlich ambulant betreut werden (vgl. Settertobulte/Hurrelmann 1999).

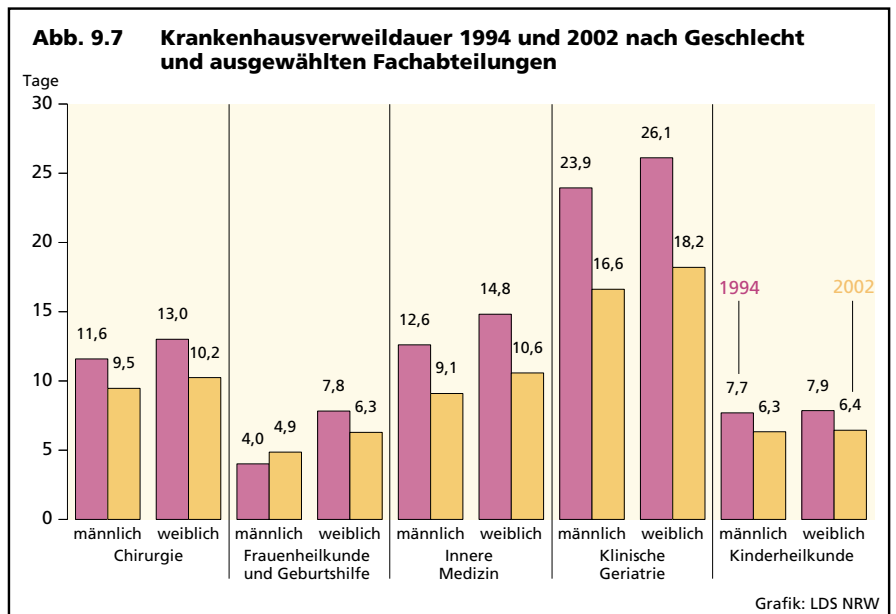
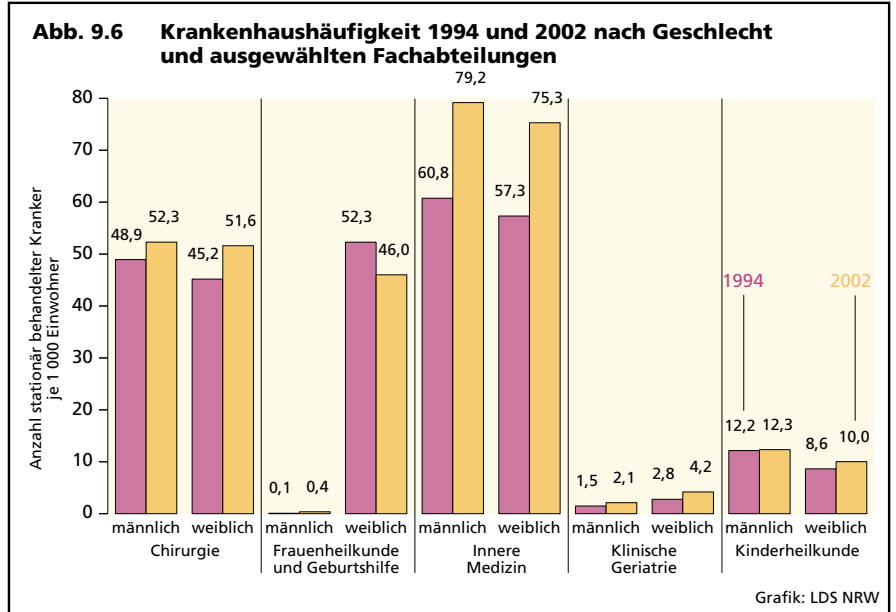
Krankenhausthäufigkeit in unterschiedlichen Fachabteilungen

Die beiden größten Fachabteilungen im Krankenhauswesen widmen sich der inneren Medizin und der Chirurgie. Zur inneren Medizin zählen zahlreiche Unterfachabteilungen, u. a. auch die klinische Geriatrie. 2002 betrug der Anteil der geriatrischen Krankenhausfälle an der Gesamtzahl der Fälle der inneren Medizin 4,1 %.

Im Jahr 2002 wurde über ein Drittel (35,5 %) aller Krankenhausfälle in die Abteilung für innere Medizin eingewiesen. Fast jeder vierte Patient (23,9 %) wurde in der Chirurgie behandelt. Von den weiblichen Patienten lagen fast 20 % in der Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Die Kinderheilkunde versorgte nur knapp 5 % der Patienten und gilt als vergleichsweise kleine Fachabteilung, jedoch immer noch als die viertgrößte.

Im Zeitverlauf ist insbesondere die innere Medizin (und auch die klinische Geriatrie) überproportional von der Zunahme der Krankenhaushäufigkeit betroffen. Die Quote stieg hier in den vergangenen acht Jahren für beide Geschlechter von etwa 60 auf knapp 80 Patienten pro 1 000 der Bevölkerung.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigt die Entwicklung der Krankenhaushäufigkeit in der Chirurgie: Hier ergeben sich für Frauen stärkere Wachstumsraten als für die Männer,



so dass bei gleichbleibender Tendenz anzunehmen ist, dass sich in absehbarer Zeit das Verhältnis der Krankenhaushäufigkeit zwischen Männern und Frauen in der Chirurgie ausgleichen wird.

Abweichend vom allgemeinen Trend ist in der Abteilung Frauenheilkunde und Geburtshilfe ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser ist auf die niedrigen Geburtenzahlen zurückzuführen, verstärkt u. a. durch die steigende Tendenz zu Hausgeburten.

Für die Planung des Bedarfs an personellen und materiellen Kapazitäten in den Krankenhäusern ist jedoch nicht nur die Anzahl der in eine Abteilung eingewiesenen Fälle

wichtig, entscheidend ist vielmehr, wie lange die Kranken durchschnittlich auf einer Station verweilen. Bezüglich der Verweildauer nimmt die klinische Geriatrie – aufgrund der Altersstruktur ihrer Patienten – den ersten Platz ein: 2002 blieben Frauen etwa 18 Tage, Männer etwa 16,5 Tage auf den geriatrischen Stationen. Acht Jahre zuvor war die Verweildauer noch deutlich länger und lag bei etwa 25 Tagen.

In den Abteilungen Innere Medizin und Chirurgie lagen die Patienten 2002 deutlich kürzer, nämlich nur etwa 10 Tage je Einweisung. Die Frauen blieben in beiden Abteilungen jeweils etwas länger. Dies ist auf das infolge der längeren Lebenser-

wartung der Frauen durchschnittlich höhere Alter der weiblichen Patienten in diesen Abteilungen zurückzuführen.

9.2 Methodik der Modellrechnungen

Analog den Berechnungen zum künftigen Ausmaß der Pflegebedürftigkeit basiert auch die Vorausschätzung der in Zukunft zu erwartenden Krankenhausfälle auf einem Status-quo-Modell. Das Charakteristische von Status-quo-Berechnungen ist die Abstraktion von anderen als ausschließlich demografischen Entwicklungen, d. h. in diesem Zusammenhang u. a. von den Weiterentwicklungen der Medizin, den eventuellen Vorgaben von politischer Seite, den wirtschaftlichen Entwicklungen, den Prozessen der Meinungsbildung gegenüber dem Gesundheitswesen und natürlich nicht zuletzt den möglichen Veränderungen im Gesundheitszustand der Bevölkerung und hier insbesondere der älteren Personen.

Grundlage der Modellrechnungen ist die Diagnosestatistik, in der die Anzahl der Patienten, also die Zahl der Krankenhausfälle, differenziert nach dem Wohnort erfasst wird. Die Statistik erlaubt jedoch keine Aussagen darüber, wie sich aufgrund der Altersstrukturverschiebung das Morbiditätsspektrum bereits verschoben hat bzw. möglicherweise verschieben wird. Die Daten liefern somit keine Aussagen über die künftige Entwicklung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. Diese Frage ist auch in den Gesundheitswissenschaften umstritten.

Im Diskurs zu diesem Thema werden zwei konkurrierende Ansätze vertreten. Die Komprimierungsthese (vgl. u.a. Fries 1989) geht davon aus, dass die infolge der steigenden Lebenserwartung gewonnenen Lebensjahre in zunehmend besserer Gesundheit verbracht werden. Diese Ansicht wird durch empirische Befunde untermauert, die zeigen, dass unabhängig vom Alter die stationären Gesundheitsleistungen für Ver-

sterbende wesentlich höher sind als für Überlebende, so dass angenommen wird, nicht das Alter, sondern die Nähe zum Tod determiniere die Ausgaben der Krankenhäuser. Im Gegensatz dazu nehmen die Vertreter der Expansionsthese (vgl. u. a. Guralnik 1991) an, dass die zunehmende gesellschaftliche Alterung künftig mit einer Steigerung der stationären Leistungen und entsprechenden Kosten einhergehe. Dies wird durch die Beobachtung gestützt, dass mit dem Alter auch Dauer und Schweregrad von Erkrankungen zunehmen, so dass die gewonnenen Lebensjahre statt in gesundem Zustand in Krankheit und Pflegebedürftigkeit verlebt werden.

In diesen Modellrechnungen wird keine der beiden Thesen favorisiert; stattdessen liegt den Berechnungen ein Status-quo-Modell zugrunde, in welchem die altersspezifischen Krankenhaushäufigkeiten für die Zukunft auf dem Niveau von 2002 konstant gehalten werden. Dabei werden mögliche Fortschritte für die Gesundheit älterer Menschen genauso wenig einbezogen wie eine eventuelle gesundheitliche Verschlechterung der Bevölkerung aufgrund der steigenden Lebenserwartung.

Die Berechnung erfolgt durch Multiplikation der nach Alter und Geschlecht differenzierten Quoten (Krankenhaushäufigkeit je 1 000 Einwohner) mit der durch die Bevölkerungsvorausschätzung alters- und geschlechtsdifferenziert angegebenen Bevölkerungszahl. Auf diese Weise werden nur die Effekte der demografischen Entwicklung auf die künftige Anzahl der Krankenhausfälle übertragen.

Um den Anspruch einzulösen, dass die Modellrechnungen Orientierungswerte für zukünftige Krankenhausplanungen liefern, erfolgt eine Differenzierung der Ergebnisse der Status-quo-Variante für die vier größten Fachabteilungen: Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie Kinderheilkunde. Die Unterabteilung Klinische Geriatrie wird ausgewiesen, weil sie einen wichtigen Bezug zum Alter aufzeigt.

Zwar enthält sich die vorliegende Modellrechnung jeglicher Annahmen über die gesundheitliche Entwicklung der Bevölkerung – doch für einen weiteren unsicheren Faktor werden hier zwei zusätzliche Varianten präsentiert. Es handelt sich dabei um die Verweildauer, die seit Jahren rückläufig ist. Sie stellt eine wichtige Planungsgröße dar, denn mit ihr errechnet sich das so genannte Krankenhausstagesvolumen, die Summe der innerhalb eines Jahres aufzubringenden Berechnungs- und Belegungstage.

Im Zuge der Implementierung des neuen Entgeltsystems der DRGs, welches die Finanzierung der Krankenhäuser nicht mehr über leistungsunabhängige Tagespflegesätze, sondern über leistungsbezogene Fallpauschalen gewährleistet, ist damit zu rechnen, dass sich die Verweildauer im Krankenhaus noch weiter reduzieren wird. Denn deren Senkung und damit eine Verringerung der stationären Gesundheitsausgaben gilt als das erklärte Ziel der Systemreform.

Um diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen, wird die Status-quo-Variante flankiert von zwei zusätzlichen Varianten, denen Annahmen einer reduzierten Verweildauer zugrunde liegen. Bis zum Jahr 2010 wird die Verweildauer in Variante I um 8 % und in Variante II um 16 % verringert. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden diese Varianten nicht mehr nach verschiedenen Fachabteilungen differenziert.

9.3 Ergebnisse der Vorausberechnung

9.3.1 Anstieg der Patientenzahlen bis 2020

Bereits in den nächsten Jahren bis 2020 wird die Zahl der Krankenhausfälle um etwa 450 000 oder 11 % wachsen und einen Wert von 4,36 Millionen erreichen. Schon im Jahr 2010 wird mit 4,14 Millionen Krankenhausfällen zu rechnen sein, etwa 6 % mehr als 2002. Nach 2030 gehen die Zahlen wieder leicht zu-

rück bis auf 4,34 Millionen im Jahr 2040.

Einen erheblich wachsenden Anteil werden die Krankenhausfälle in hohem Alter haben: Mit ungefähr 2,3 Millionen Patienten ab 65 Jahren stellt diese besonders zeit- und pflegeintensiv zu betreuende Gruppe im Jahr 2040 mehr als die Hälfte aller Krankenhausfälle.

Alle anderen Altersgruppen werden zukünftig weniger häufig im Krankenhaus zu behandeln sein: Besonders stark – um über 20 % – verringert sich die Anzahl der Patienten im Kindes- und Jugendalter und im mittleren Alter von 35 bis unter 45 Jahren.

Bei den Männern wird auch hier wiederum die Steigerungsdynamik größer sein als bei den Frauen. Bis 2020 wird nach den Ergebnissen der Modellrechnung die Zahl der Krankenhausfälle für sie um mehr als 270 000 (15 %) steigen; dem steht bei den Frauen ein nur etwa halb so starker Anstieg um 7 % (160 000 Fälle) gegenüber. Für beide Geschlechter ist ab 2020 nur noch eine marginale Veränderung zu verzeichnen.

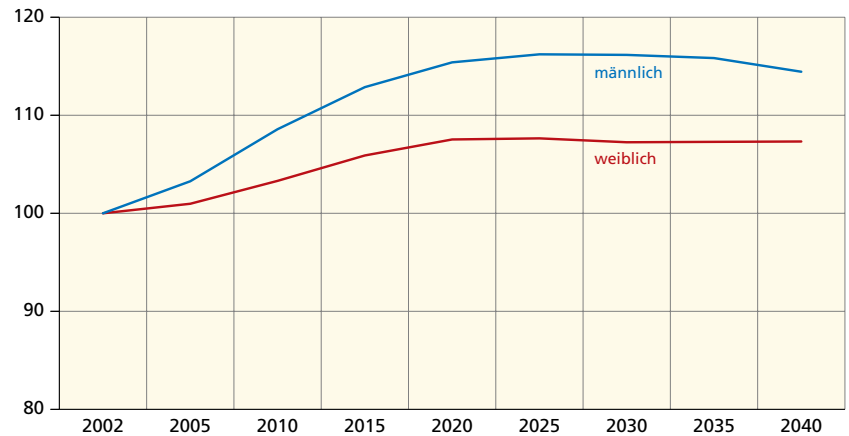
Der wichtigste Grund für den deutlicheren Anstieg bei den Männern liegt erneut darin, dass infolge ihrer stärker wachsenden Lebenserwartung nun zunehmend auch sie in ein höheres Alter kommen, in welchem die Einweisungswahrscheinlichkeit ansteigt. Das Geschlechterverhältnis gleicht sich bei den Krankenhausfällen zwar partiell an, doch werden auch in Zukunft noch mehr Frauen als Männer im Krankenhaus liegen: 2020 liegt ihr Anteil bei 53 %, der Männeranteil entsprechend bei 47 %.

Die partielle Nivellierung der Geschlechterproportion wird hauptsächlich in den hohen Altersgruppen spürbar sein. Waren noch 2002 von den Patienten ab 75 Jahren etwa zwei Drittel (66,5 %) weiblich und nur etwa ein Drittel (33,5 %) männlich, so wird sich das Verhältnis bereits bis zum Jahr 2010 auf 60 : 40 einstellen. Bis 2020 steigt der Männeranteil auf 44 % und verändert sich bis 2040 dann nur noch wenig.

Alter von ... bis unter ... Jahren a = männlich b = weiblich		Stationär behandelte Kranke				
		2002	2010	2020	2030	2040
		Anzahl	1 000			
unter 15	a	173 446	153	149	145	134
	b	138 393	122	118	116	107
15 – 35	a	217 265	208	208	187	179
	b	418 346	407	415	373	358
35 – 45	a	196 415	176	134	150	135
	b	231 363	207	171	190	172
45 – 55	a	225 085	270	253	193	215
	b	216 316	256	244	197	220
55 – 65	a	320 142	293	381	353	270
	b	277 008	259	330	312	253
65 – 75	a	377 461	435	383	501	461
	b	344 255	388	345	440	417
75 und mehr	a	263 779	390	537	531	635
	b	522 598	580	687	677	780
Insgesamt	a	1 773 593	1 926	2 047	2 060	2 030
	b	2 148 279	2 219	2 310	2 304	2 306

*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

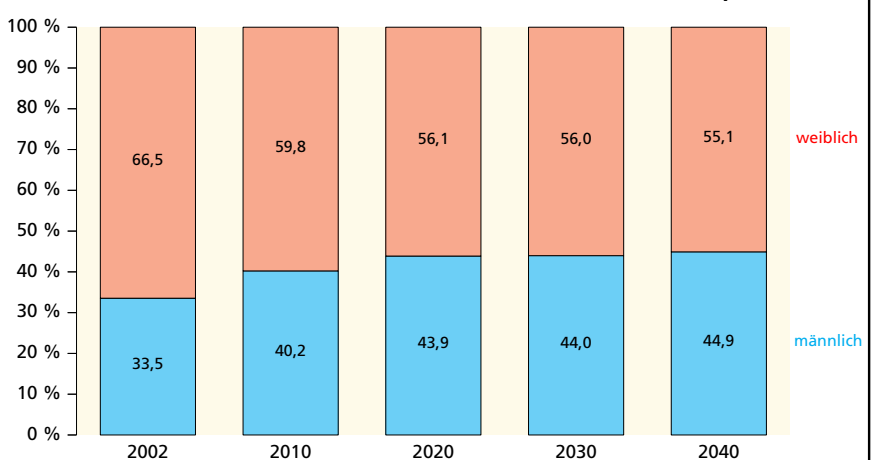
Abb. 9.8 Krankenhausfälle von 2002 bis 2040*) nach Geschlecht
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

Grafik: LDS NRW

Abb. 9.9 Geschlechterstruktur der Krankenhausfälle im Alter von 75 und mehr Jahren von 2002 bis 2040*)



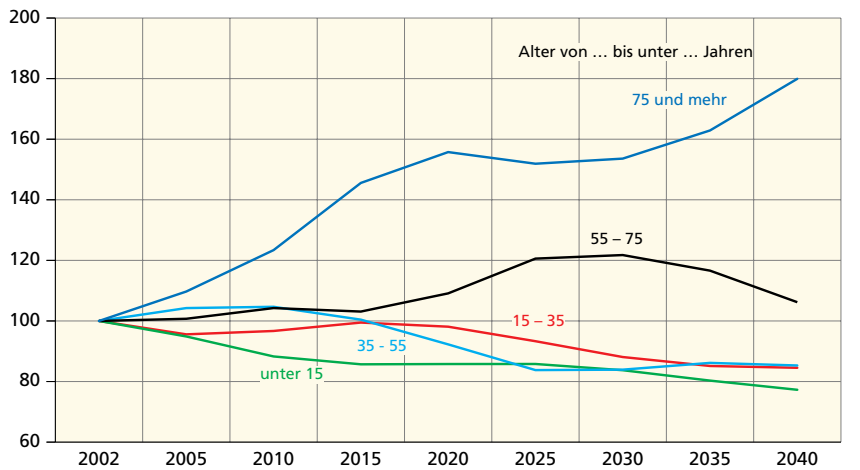
*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

Grafik: LDS NRW

Die Altersstruktur der Krankenhauspatienten wird sich im Laufe der kommenden Jahre merklich hin zu den älteren Jahrgängen verschieben.

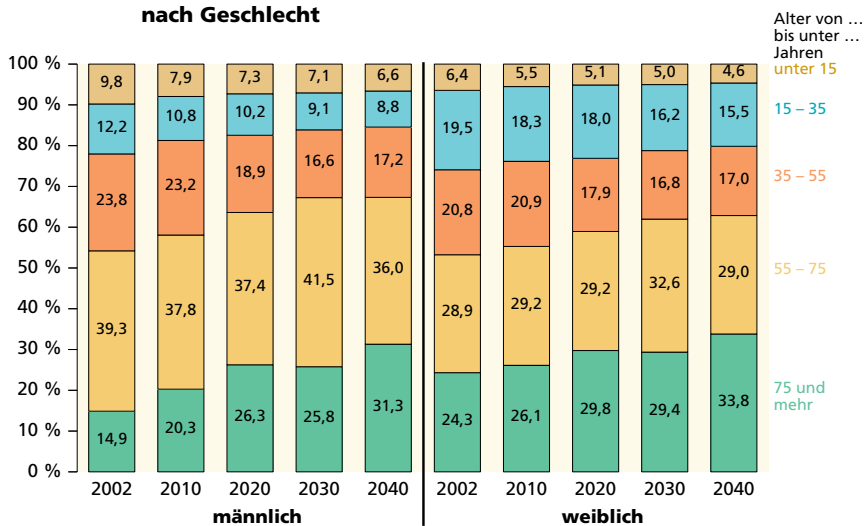
Insbesondere die Zahl der Patienten ab 75 Jahren wird in gravierendem Ausmaß zunehmen, nämlich bis 2040 um fast 80 %. Der Anteil dieser Al-

Abb. 9.10 Krankenhausfälle von 2002 bis 2040*) nach Altersgruppen
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002 Grafik: LDS NRW

Abb. 9.11 Altersstruktur der Krankenhausfälle von 2002 bis 2040 nach Geschlecht



*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002 Grafik: LDS NRW

tersgruppe an der Gesamtzahl der Patienten wird sich um 12 Prozentpunkte auf über 30 % erhöhen. Die Zahl der hochaltrigen männlichen Patienten ab 75 Jahren wird sich im Zuge dieser Entwicklung mehr als verdoppeln und 2040 etwa 635 000 Personen betragen. Die Steigerung der korrespondierenden Gruppe der Frauen beträgt fast 50 % oder knapp 260 000.

Im Gegenzug sind für die übrigen Altersstufen meist Rückgänge zu verbuchen. Nur die Gruppe der 55- bis unter 75-Jährigen hat – bedingt durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in dieses Alter – bis 2030 noch Zuwächse bei den Krankenhausfällen um etwa 20 % zu erwarten. Danach fallen hier die Zahlen ab und 2040 ist in dieser Altersgruppe

wieder annähernd das Niveau von 2002 erreicht.

Am deutlichsten fallen die Rückgänge für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen aus: Bis 2040 ist von einem steten Rückgang um zuletzt etwa 23 % auszugehen, was hauptsächlich auf die niedrigen Geburtenzahlen zurückzuführen ist. Damit sinkt der Anteil der unter 15-Jährigen an den Krankenhausfällen um 2,4 Prozentpunkte, wobei deutlich mehr als die Hälfte dieser Entwicklung bereits im Jahr 2010 erreicht ist. Für die Krankenhauspatienten in den jüngeren und mittleren Erwachsenenjahren ergibt sich in den nächsten Jahren ein Verlauf mit nur leichten Schwankungen, der erst ab etwa 2020 eindeutig rückläufig wird.

9.3.2 Unterschiedliche Entwicklungen in den Fachabteilungen

Die Steigerung der Zahl der Krankenhausfälle um insgesamt 10 % bis zum Jahr 2040 verteilt sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Fachabteilungen der Krankenhäuser. Die Spannweite der Veränderungen reicht von Wachstumsraten über 60 % bis zu Rückgängen um 20 %. Diese Unterschiede begründen sich daraus, dass die Erkrankungsart und entsprechend die Einweisung in eine bestimmte Fachabteilung sehr deutlich vom Alter der Patienten mitbestimmt wird.

Das stärkste Wachstum wird sich entsprechend der demografischen Altersstrukturverschiebung für die Abteilung der klinischen Geriatrie ergeben. Die Zahl der Krankenhausfälle steigt dort bis zum Jahr 2020 um über 40 %, bis 2040 sogar um über 60 %. Zwar wird auch künftig die klinische Geriatrie nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil der Krankenhausfälle umfassen, doch steigt bis 2040 die Zahl der in dieser Abteilung pro Jahr behandelten Patienten auf immerhin fast 100 000. Im Jahr 2002 wurden dagegen nur knapp 58 000 Patienten auf den geriatrischen Stationen behandelt. Mit dieser Entwicklung vergrößert die klinische Geriatrie ihren Anteil an der jährlichen Gesamtfallzahl in der inneren Medizin von 4,1 % auf 5,3 %.

Die innere Medizin selbst als gegenwärtig größte Fachabteilung wird sich zukünftig noch erweitern. Bis 2040 steigt dort die Zahl der Patienten um 26 % oder 365 000. Etwa 80 % dieser Entwicklung wird bereits im Jahr 2020 erreicht sein. Dann liegt die Anzahl der in der inneren Medizin zu behandelnden Fälle bei knapp 1,7 Millionen. Das entspricht ungefähr 40 % der gesamten jährlichen Krankenhauszahlen. Für die chirurgischen Stationen werden im Vergleich dazu nur moderate Steigerungen vorausgeschätzt. Bis 2020 steigt die Zahl der Patienten hier um 10 % oder knapp 90 000 auf über eine Million Fälle insgesamt. In den Jahren danach bleibt die Zahl konstant bzw. ist ab 2035 sogar leicht rückläufig.

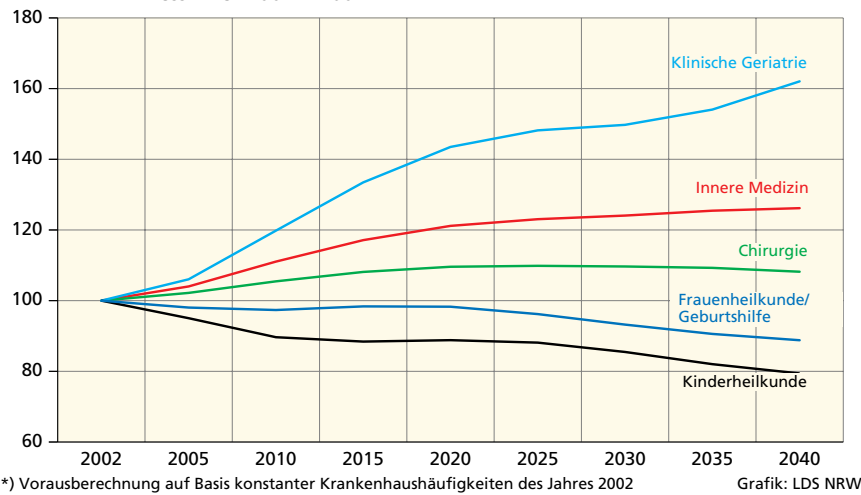
Die dargestellten Entwicklungen in den Fachabteilungen sind, wie bereits erwähnt, begründet durch die demografische Altersstrukturverschiebung. Diese führt zu einer Anfälligkeit größerer Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Erkrankungen der inneren Organe, d. h. mehrheitlich bösartige Neubildungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stürze sowie Multimorbidität. Im letzteren Zusammenhang spielt insbesondere die Nebendiagnose Demenz eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund wird in den darauf spezialisierten Fachabteilungen – Innere Medizin, Chirurgie und Geriatrie – die Zahl der zu behandelnden Fälle so stark zunehmen.³⁷⁾

Im Gegenzug werden die Fachabteilungen Kinderheilkunde sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe, deren Leistungen auf Patienten im jüngeren und mittleren Alter abgestimmt sind, zukünftig weniger Patienten zu betreuen haben. In der Kinderheilkunde reduziert sich die Zahl der Fälle bis 2040 um über 20 %, wobei über die Hälfte der Entwicklung bereits 2020 erreicht sein wird. Die Zahl der jährlich zu versorgenden Kinder und Jugendlichen verringert sich entsprechend von über 200 000 (2002) auf weniger als 160 000 im Jahr 2040. Damit sinkt der Anteil der in den Kinderkliniken zu behandelnden Patienten am Gesamtaufkommen der Fälle um 1,4 Prozentpunkte und beträgt 2040 nur noch knapp 4 %.

In der Frauenheilkunde/Geburtshilfe wird zwar ebenfalls eine rückläufige Entwicklung erwartet, jedoch vom Ausmaß her weniger stark. Eindeutigkeit erreicht die Entwicklung erst nach 2020 – bis dahin ist die Abnahme der Zahlen in dieser Abteilung mit 2 % fast zu vernachlässigen. Bis 2040 wird es insgesamt zu einem Rückgang um 11 % oder knapp 50 000 Fälle kommen. Damit verliert die Frauenheilkunde etwa zwei Prozentpunkte ihres Anteils am gesamten Fallaufkommen, der 2040 noch bei knapp 9 % liegt.

³⁷⁾ Vgl. zu einer detaillierten Erörterung der Erkrankungen von alten und hochaltrigen Menschen u. a. Robert-Koch-Institut 2002

Abb. 9.12 Krankenhausfälle von 2002 bis 2040*) nach ausgewählten Fachabteilungen
Messziffer 2002 = 100



9.2 Krankenhausfälle 2002, 2020 und 2040*) nach Geschlecht und ausgewählten Fachabteilungen

Fachabteilung Geschlecht	Stationär behandelte Kranke				
	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2002
	Anzahl	1 000	%	1 000	%
Chirurgie					
männlich	459 785	508	+10,5	492	+7,0
weiblich	478 546	520	+8,7	523	+9,3
Innere Medizin					
männlich	695 961	880	+26,4	905	+30,1
weiblich	698 120	809	+15,9	854	+22,3
darunter					
klinische Geriatrie					
männlich	18 633	32	+70,7	37	+95,9
weiblich	38 893	51	+30,5	57	+45,8
Kinderheilkunde					
männlich	108 473	96	-11,1	86	-20,7
weiblich	92 922	82	-11,3	74	-20,4
Frauenheilkunde/ Geburtshilfe					
weiblich	426 642	419	-1,7	379	-11,2

*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

Die beschriebenen Verringerungen bzw. Steigerungen der Patientenzahlen zeigen in den Fachabteilungen Innere Medizin und Klinische Geriatrie geschlechtsspezifische Unterschiede, wobei sich für die beiden genannten Abteilungen die Verschiedenheit nur im Ausmaß und nicht in der Richtung der Entwicklung manifestiert. Die größten Unterschiede sind für die geriatrischen Fälle bis 2020 zu erwarten: Die Zahl der männlichen Patienten wächst hier um 71 %, die der weiblichen dagegen nur um 31 %. Von 2020 bis 2040 verläuft die weitere Steigerung dann jedoch für Männer und Frauen ähnlich.

Auch in der inneren Medizin weist die Steigerung der Fallzahlen bei den Männern eine stärkere Dynamik auf. Dies hat zur Folge, dass sie künftig mehr als die Hälfte der in diese Abteilung eingewiesenen Patienten stellen. Die Zahl der weiblichen Patienten der inneren Medizin wird von 698 000 (2002) auf 854 000 (2040) ansteigen, die Zahl der Männer erhöht sich dagegen von 696 000 auf über 900 000.

Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung in der Chirurgie, wo der Anstieg bis 2020 bei den Männern, danach bis 2040 aber bei den Frauen größer ist. Die Zahl der männlichen Chirurgie-

9.3 Krankenhausfälle 2002, 2020 und 2040*) nach Altersgruppen und ausgewählten Fachabteilungen

Fachabteilung Alter von ... bis unter ... Jahren	Stationär behandelte Kranke				
	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2002
	Anzahl	1 000	%	1 000	%
Chirurgie					
unter 15	56 900	46	-18,8	43	-24,1
15 – 65	536 170	546	+1,8	460	-14,1
65 und mehr	345 261	436	+26,4	511	+48,1
Innere Medizin					
unter 15	11 225	9	-16,3	9	-23,4
15 – 65	584 787	619	+5,9	506	-13,4
65 und mehr	798 069	1 060	+32,9	1 244	+55,9
darunter					
klinische Geriatrie					
15 – 65	4 960	5	+8,6	4	-14,2
65 und mehr	52 560	77	+46,8	89	+69,3
Kinderheilkunde					
unter 15	183 270	161	-12,0	143	-22,0
Frauenheilkunde/ Geburtshilfe					
unter 15	4 044	4	-7,5	3	-19,1
15 – 65	382 609	372	-2,9	325	-15,2
65 und mehr	39 989	44	+9,9	51	+27,5

*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

Fälle erhöht sich von fast 460 000 (2002) bis 2020 auf 508 000, um dann wieder auf 492 000 (2040) abzusinken. Die entsprechende Zahl für die Frauen nimmt dagegen von 479 000 (2002) stetig auf 523 000 (2040) zu.

Die Zahl der Patienten im Kindes- und Jugendalter wird in allen hier betrachteten stationären Bereichen erheblich zurückgehen, in der Chirurgie und der inneren Medizin bis 2040 um annähernd 25 %, in der Kinder- und der Frauenheilkunde/Geburtshilfe um jeweils ca. 20 %. In der Chirurgie, der neben der Kinderheilkunde einzigen Abteilung, in der Kinder und Jugendliche einen nennenswerten Belegungsanteil ausmachen, wird sich der Anteil der unter 15-Jährigen bis 2040 von 6 % auf 4 % reduzieren.

In noch stärkerem Umfang, als die Zahl der jüngeren Patienten unter 15 Jahren abnimmt, wird die Zahl der älteren Patienten ab 65 Jahren zunehmen. In der Chirurgie führt dies dazu, dass im Jahr 2040 jeder zweite Patient 65 Jahre oder älter sein wird – in Zahlen ausgedrückt sind dies jährlich über eine halbe Million Patienten. 2002 lag der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dagegen noch bei 37 % (345 000).

Auf den Stationen der inneren Medizin war bereits 2002 die Mehrzahl

der Patienten (57 %) 65 Jahre oder älter; dieser Anteil wird bis 2040 auf über 70 % ansteigen. 1,2 Millionen Patienten in diesem Alter werden dann auf den Stationen der inneren Medizin jährlich zu versorgen sein – über 400 000 mehr als 2002.

Die Zahlen der Patienten im mittleren Lebensalter von 15 bis unter 65 Jahren zeigen mit Ausnahme der Frauenheilkunde/Geburtshilfe noch bis 2020 eine leichte Zunahme, die jedoch hauptsächlich auf die Altersstufe ab 55 Jahre zurückzuführen ist. Bis zum Jahr 2040 werden sich dann die zu behandelnden Fälle dieser Altersgruppe reduzieren. Infolge die-

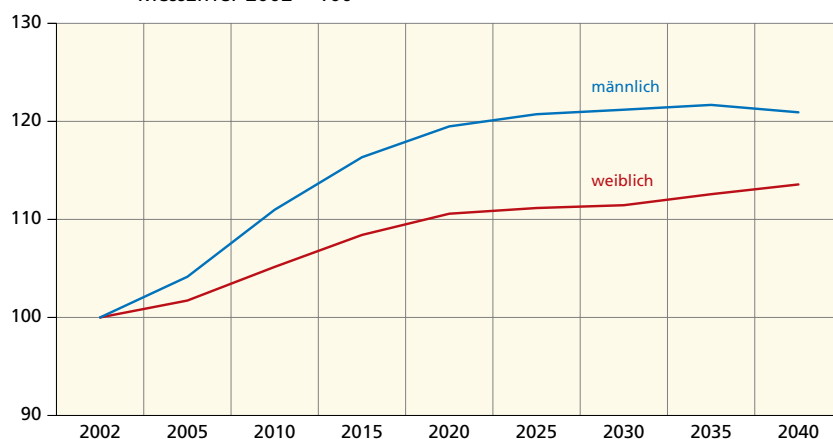
ser Entwicklung werden sich die Anteile der 15- bis unter 65-Jährigen in einzelnen Fachabteilungen drastisch verringern: In der Chirurgie fällt der Wert von beinahe 60 % auf 45 %, in der inneren Medizin von etwas über 40 % auf 29 %.

9.3.3 Erhöhung des Krankenhaustagevolumens bei Konstanz der Verweildauer

Für die Krankenhausplanung sind mehr noch als die Fallzahlen die für die Patienten aufzubringenden Pflegetage oder das so genannte Krankenhaustagevolumen relevant. Würden die 2002 beobachteten Werte der durchschnittlichen Verweildauer auch zukünftig gültig sein, so wäre bis zum Jahr 2020 mit einem Krankenhaustagevolumen von ungefähr 44,5 Millionen Pflegetagen zu rechnen, rund 15 % mehr als im Jahre 2002. Bis zum Jahr 2040 würde sich diese Zahl – wiederum unter den Bedingungen einer konstanten Verweildauer – um weitere 900 000 Pflegetage erhöhen und schließlich einen Wert von 45,4 Millionen Pflegetagen erreichen, ungefähr 6,5 Millionen mehr als 2002.

Von den 2002 in den Krankenhäusern Nordrhein-Westfalens erbrachten Pflegetagen – knapp 39 Millionen – entfielen 55 % auf weibliche Patienten. Dies ist u. a. durch den höheren Altersdurchschnitt der im Krankenhaus liegenden Frauen zu begründen. Weil jedoch Männer hin-

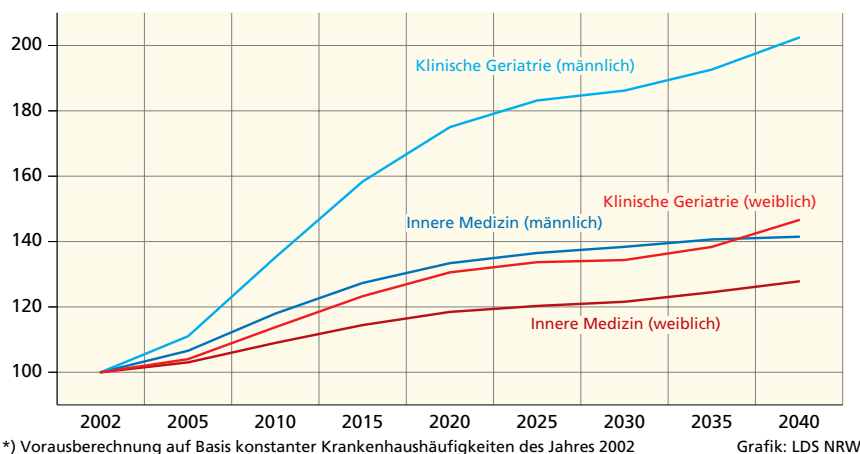
**Abb. 9.13 Krankenhaustagevolumen von 2002 bis 2040*)
nach dem Geschlecht der Patienten**
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

Grafik: LDS NRW

Abb. 9.14 Krankenhaustagevolumen von 2002 bis 2040*) nach dem Geschlecht der Patienten und ausgewählten Fachabteilungen
Messziffer 2002 = 100



*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002 Grafik: LDS NRW

9.4 Krankenhaustagevolumen 2002, 2020 und 2040*) nach dem Geschlecht der Patienten und ausgewählten Fachabteilungen

Fachabteilung Geschlecht	Berechnungs- und Belegungstage				
	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2002
	Anzahl	1 000	%	1 000	%
Chirurgie					
männlich	4 352 292	5 134	+18,0	5 137	+18,0
weiblich	4 901 788	5 560	+13,4	5 820	+18,7
Innere Medizin					
männlich	6 329 196	8 442	+33,4	8 954	+41,5
weiblich	7 385 611	8 749	+18,5	9 440	+27,8
darunter					
klinische Geriatrie					
männlich	309 717	542	+75,0	627	+102,4
weiblich	707 985	924	+30,6	1 038	+46,6
Kinderheilkunde					
männlich	686 882	627	-8,8	556	-19,0
weiblich	598 507	544	-9,1	486	-18,7
Frauenheilkunde/ Geburtshilfe					
weiblich	2 682 265	2 668	-0,5	2 456	-8,4

*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

9.5 Krankenhaustagevolumen 2002, 2020 und 2040*) nach Altersgruppen der Patienten und ausgewählten Fachabteilungen

Fachabteilung Alter von ... bis unter ... Jahren	Berechnungs- und Belegungstage				
	2002	2020	Veränderung 2020 gegenüber 2002	2040	Veränderung 2040 gegenüber 2002
	Anzahl	1 000	%	1 000	%
Chirurgie					
unter 15	251 977	207	-17,9	192	-23,7
15 – 65	4 279 652	4 456	+4,1	3 688	-13,8
65 und mehr	4 722 451	6 031	+27,7	7 077	+49,8
Innere Medizin					
unter 15	72 112	61	-15,0	56	-22,9
15 – 65	4 519 791	4 831	+6,9	3 919	-13,3
65 und mehr	9 122 904	12 299	+34,8	14 419	+58,1
darunter					
klinische Geriatrie					
15 – 65	61 422	67	+9,3	52	-15,4
65 und mehr	956 208	1 399	+46,3	1 613	+68,7
Kinderheilkunde					
unter 15	1 162 312	1 046	-10,0	920	-20,9
Frauenheilkunde/ Geburtshilfe					
unter 15	18 682	17	-7,0	15	-18,8
15 – 65	2 274 456	2 218	-2,5	1 937	-14,8
65 und mehr	389 127	432	+11,1	504	+29,5

*) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002

sichtlich der Lebenserwartung aufholen, gleicht sich das Verhältnis der aufzubringenden Pfl egetage zunehmend an, jedoch auch bis 2040 nicht vollkommen aus. Die für Männer aufzubringenden Pfl egetage steigen bei einer konstanten Verweildauer bis 2020 um etwa 3,4 Millionen auf fast 21 Millionen. Die Pfl egetage für Frauen erhöhen sich deutlich weniger stark von 21,6 Millionen auf 23,9 Millionen.

Entsprechend dem bereits dargelegten Zusammenhang zwischen der Altersstruktur der Bevölkerung und der Nutzung bestimmter Fachabteilungen zeigen die Kinder- und die Frauenheilkunde/Geburtshilfe rückläufige Entwicklungen auch hinsichtlich der künftig zu leistenden Pfl egetage.

Vom Anstieg der Zahl der Pfl egetage sind dagegen besonders jene Fachabteilungen betroffen, die auch bei den Krankenhausfällen deutliche Zuwächse zu erwarten haben, also die Abteilung Innere Medizin sowie ihre Unterabteilung Klinische Geriatrie. Die Stationen der inneren Medizin haben 2002 für ihre Patienten 13,7 Millionen Pfl egetage geleistet – rund 35 % des gesamten Krankenhaustagevolumens. 2020 werden diese Stationen nach den Ergebnissen der Modellrechnung 17,2 Millionen Pfl egetage aufbringen müssen – rund ein Viertel mehr als 2002. Bis 2040 wird sich die Summe der Pfl egetage nochmals um über eine Million erhöhen. Das Personal der inneren Medizin wird dann über 40 % der insgesamt zu leistenden Pfl egetage aufbringen, fünf Prozentpunkte mehr als im Jahre 2002.

In der klinischen Geriatrie sind die zu erwartenden Zuwächse noch größer. Trotzdem werden auch künftig die geriatrischen Fälle nur einen kleinen Anteil an der Gesamtzahl der Pfl egetage haben, der von 2002 bis 2040 von 2,6 % auf 3,7 % steigt. Ähnlich wie bei den Patientenzahlen weist auch die Zahl der Pfl egetage im Bereich der klinischen Geriatrie für Männer erheblich stärkere Wachstumsraten aus als für Frauen. Die Anzahl der für männliche Pati-

enten zu leistenden Pfl egetage wird sich bis 2040 von jährlich 310 000 auf 627 000 mehr als verdoppeln. Bei den Frauen beträgt die Steigerungsrate dagegen knapp 50 % (von 708 000 auf 1,038 Millionen).

In der Chirurgie kommt es bis 2040 zu einer Erhöhung des Krankenhaustagevolumens um etwa 18 % sowohl für die Männer als auch für die Frauen.

Die 2040 gegenüber 2002 zusätzlich zu erbringenden sechseinhalb Millionen Pfl egetage werden ausschließlich für die Patientengruppe im Alter ab 65 Jahren aufgewandt (siehe Tab. 9.5). Die Steigerungsraten liegen hier zwischen 30 % in der Frauenheilkunde/Geburtshilfe und fast 70 % in der klinischen Geriatrie. Bereits 2002 beanspruchte die genannte Altersgruppe fast 40 % der insgesamt aufzubringenden Pfl egetage – im Jahre 2040 wird der Anteil über die Hälfte betragen. So sind nach den Modellrechnungen 2040 mehr als 14 Millionen Pfl egetage nur für Patienten der inneren Medizin, die 65 Jahre und älter sind, aufzubringen, über fünf Millionen mehr als 2002. In der Chirurgie müssen 2040 über sieben Millionen Pfl egetage für ältere Patienten geleistet werden, fast zweieinhalb Millionen mehr als heute. In der klinischen Geriatrie sind zukünftig 1,6 Millionen Pfl egetage für diese Patientengruppe einzuplanen.

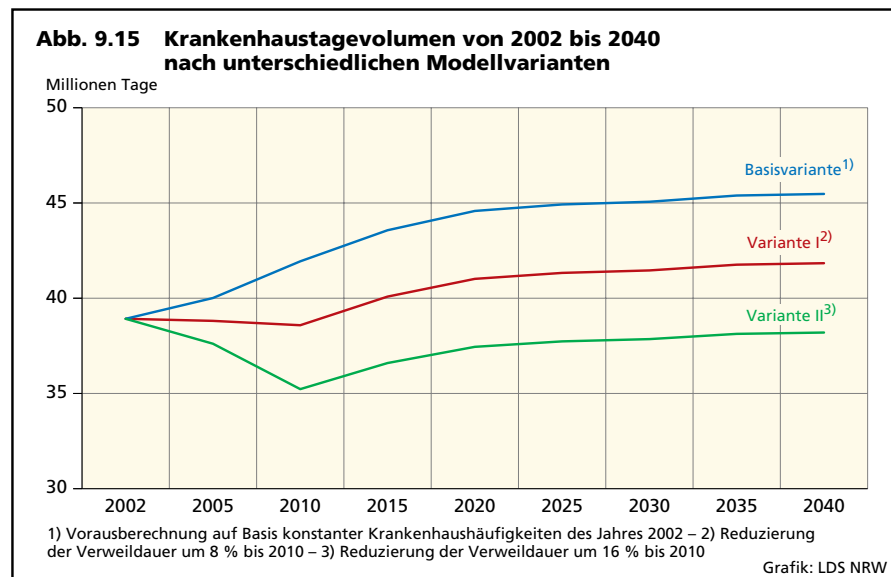
9.3.4 Konstanz des Krankenhaustagevolumens bei Reduktion der Verweildauer

Den im vorigen Abschnitt dargestellten Voraussagen zum Krankenhaustagevolumen liegt ein Berechnungsmodell zugrunde, das von einer konstanten Verweildauer ausgeht (Basisvariante). Da im Zuge der flächendeckenden Einführung eines auf Fallpauschalen basierenden Abrechnungssystems angestrebt wird, die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus zu reduzieren, wird solchen möglichen Entwicklungen durch zwei zusätzliche Modellvarianten Rechnung getragen.

Unter der Annahme, dass bei konstanter Krankenhaushäufigkeit bis zum Jahr 2010 eine Reduktion der Verweildauer um 8 % erreicht werden kann (Variante I), wird statt der Steigerung auf 45,4 Millionen Pfl egetage gemäß der Basisvariante 2040 nur mit 41,8 Millionen Pfl egetagen zu rechnen sein. Im Vergleich zum Krankenhaustagevolumen von 2002 käme es somit trotz der demografischen Altersstrukturverschiebung nur zu einer Erhöhung um 2,9 Millionen statt 6,5 Millionen Pfl ege-

tagen. Der zeitliche Verlauf würde bis 2010 eine Konstanz und im Anschluss daran einen kontinuierlichen Anstieg zeigen, der jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau verläuft als nach den Berechnungen der Basisvariante (siehe Abb. 9.15).

Unter den Bedingungen einer noch stärkeren Reduktion der Verweildauer um 16 % bis 2010 bei konstanten Krankenhaushäufigkeiten (Variante II) würde sich 2040 trotz der demografischen Entwicklung ein Kranken-



9.6 Krankenhaustagevolumen 2002, 2020 und 2040 in verschiedenen Modellvarianten nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren Geschlecht	Berechnungs- und Belegungstage						
	2002	2020			2040		
		Basisvariante ¹⁾	Variante I ²⁾	Variante II ³⁾	Basisvariante ¹⁾	Variante I ²⁾	Variante II ³⁾
	Anzahl	1 000					
unter 15							
männlich	1 122 918	972	895	817	874	804	734
weiblich	874 786	757	696	636	682	627	573
15 – 35							
männlich	1 936 966	1 861	1 712	1 564	1 596	1 469	1 341
weiblich	2 899 951	2 867	2 638	2 407	2 469	2 273	2 074
35 – 55							
männlich	3 954 302	3 627	3 337	3 047	3 282	3 019	2 757
weiblich	4 086 235	3 831	3 524	3 218	3 615	3 326	3 036
55 – 75							
männlich	7 174 100	7 810	7 184	6 560	7 608	6 999	6 390
weiblich	6 807 493	7 316	6 730	6 146	7 433	6 838	6 245
75 und mehr							
männlich	3 145 681	6 442	5 927	5 411	7 601	6 993	6 385
weiblich	6 917 314	9 099	8 372	7 641	10 315	9 491	8 663
Insgesamt							
männlich	17 333 967	20 712	19 055	17 399	20 961	19 284	17 607
weiblich	21 585 779	23 870	21 961	20 049	24 514	22 555	20 591

1) Vorausberechnung auf Basis konstanter Krankenhaushäufigkeiten des Jahres 2002 – 2) Reduzierung der Verweildauer um 8 % bis 2010 – 3) Reduzierung der Verweildauer um 16 % bis 2010

haustagevolumen von knapp 38,2 Millionen einstellen. Dieser Wert würde sogar leicht unter dem aktuell erfassten Wert des Jahres 2002 von 38,9 Millionen liegen.

Die Varianten zeigen, dass zwar die Zahl der Krankenhausfälle infolge der demografischen Alterung deutlich zunehmen dürfte, dass dies jedoch nicht automatisch gleichzusetzen ist mit einer Erhöhung des zu leistenden Krankenhaustagevolumens. Eine Einflussnahme auf die Verweildauer könnte dazu beitragen, dass sich trotz steigender Fallzahlen der Gesamtumfang der zu erbringenden Pflegeetage eventuell sogar reduziert.

9.4 Fazit

Zusammenfassend ist anzumerken, dass der demografische Wandel für das Krankenhauswesen die Fortsetzung der bisherigen Entwicklung unter verschärften Bedingungen mit sich bringen dürfte:

- 1) Die Zahl der Patienten wird bis 2020 um 11 % oder 450 000 auf 4,4 Millionen ansteigen. Danach stagniert mittelfristig die Entwicklung.
- 2) Das Durchschnittsalter der Patienten wird ebenfalls rapide zunehmen, und die Erfordernisse besonders zeit- und arbeitsaufwändiger Pflege werden sich erhöhen. Unter Konstanzhaltung der aktuellen Verweildauer würde das Krankenhaustagevolumen bis 2040 um 6,5 Millionen auf 45,4 Millionen Tage steigen.
- 3) Die Zahl der männlichen hochaltrigen Patienten (ab 75 Jahre) wird rasant zunehmen und sich bis 2040 mehr als verdoppeln. Damit gleichen die Männer die bisherige „Überpräsenz“ der hochaltrigen Frauen im Krankenhaus teilweise aus. Im Jahre 2040 wird dann sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen jede dritte ins Krankenhaus eingewiesene Person 75 Jahre oder älter sein.
- 4) Von der Steigerung der Zahl der Krankenhausfälle ist besonders die Abteilung Innere Medizin (Steige-

rung um 26 % bis 2040) sowie ihre Unterabteilung Klinische Geriatrie (+60 %) betroffen. Im Gegenzug zeigt die Modellrechnung für die Abteilungen Kinderheilkunde und Frauenheilkunde/Geburtshilfe Rückgänge der Patientenzahlen um 21 % bzw. 11 %.

- 5) Die Steigerung der künftigen Patientenzahlen bedeutet nicht zwangsläufig die Erhöhung der Zahl der Pflegeetage. Unter der Bedingung einer reduzierten Verweildauer, wie sie durch die flächendeckende Einführung von Diagnosis Related Groups angestrebt wird, könnte sich das künftige Krankenhaustagevolumen sogar verringern. Unter der Annahme einer Reduktion der durchschnittlichen Verweildauer um 16 % bis 2010 wäre trotz steigender Patientenzahlen im Jahr 2040 mit einem Krankenhaustagevolumen zu rechnen, das um 700 000 unterhalb des aktuellen Niveaus läge.

10 Anhang

10.1 Methodische Anmerkungen

Anschlussrechnungen an Bevölkerungsvorausberechnungen für Haushalte oder Personen beruhen auf dem Prinzip, die zunächst nur nach Alter, Geschlecht und Regionen gegliederten Bevölkerungszahlen mittels Quoten auf weitere Gliederungen umzurechnen. Während auf Personen bezogene Quoten direkt angewandt werden können, ist bei auf Haushalte bezogenen Quoten das Mitgliederquotenverfahren anzuwenden. Dazu wird zunächst die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung mit einem Umrechnungsfaktor auf die Bevölkerung in Privathaushalten umgerechnet. Diese Bevölkerung wird sodann nach Quoten, die sich für jede Einzelgliederung auf 100 % addieren müssen, auf die Haushaltstypen verteilt. Abschließend ergibt sich die Zahl der Haushalte eines bestimmten Typs aus der durch die mittlere Haushaltsgröße des Typs geteilten Summe der darin befindlichen Personen.

10.1.1 Modellrechnungen „Haushalte nach Größe“

10.1.1.1 Datengrundlage

Datengrundlage dieser Modellrechnungen waren neben der Bevölkerungsvorausberechnung die Ergebnisse des Mikrozensus der Jahre 1996 bis 2003. Diese Zeitspanne wurde auch den Trendanalysen zugrunde gelegt. Die anhand des Mikrozensus ermittelten Quoten wurden nicht, wie es sonst üblich ist, für lediglich 33 so genannte Regionalschichten ermittelt, sondern es wurden erstmalig die Ergebnisse einer zweiten Hochrechnung für die kreisfreien Städte und Kreise genutzt. Auf diese Weise konnte die Modellrechnung für alle 54 kreisfreien Städte und Kreise regionalisiert werden.

10.1.1.2 Mitgliederquotenverfahren

Bei den Faktoren, mit deren Hilfe die Bevölkerung am jeweiligen Hauptwohnsitz auf die Bevölkerung in Privathaushalten umgerechnet wurde (siehe Tab. 10.1), könnte ein Wert von exakt 1 darauf hindeuten, dass in diesem Gebiet die Zahl der Personen mit Nebenunterkünften durch jene der Personen in Gemeinschaftsunterkünften genau ausgeglichen wird. In tief gegliederten Stichproben bedeutet dieses Ergebnis de fac-

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich
unter 15	0,9993	0,9994
15 – 20	0,9969	1,0015
20 – 25	1,0291	1,0342
25 – 30	1,0226	1,0139
30 – 35	1,0078	1,0037
35 – 40	1,0029	1,0020
40 – 45	1,0023	1,0003
45 – 50	1,0017	1,0013
50 – 55	1,0010	1,0014
55 – 60	1,0003	1,0009
60 – 65	0,9984	0,9983
65 – 70	0,9966	0,9967
70 – 75	0,9948	0,9911
75 und mehr	0,9689	0,9118

*) Umrechnungsfaktoren, mit deren Hilfe die Bevölkerung am jeweiligen Ort der Hauptwohnung auf die Bevölkerung in den Privathaushalten umgerechnet wird

to jedoch meist, dass die Stichprobe hier weder eine Gemeinschaftsunterkunft noch eine Nebenwohnung enthält. Von den insgesamt 12 096 nach Alter, Geschlecht und Regionen gegliederten Faktoren der Jahre des Stützzeitraumes traf dies für fast die Hälfte (49,1 %) zu. Aus diesem Grund wurden bei den Modellrechnungen für alle Jahre und Varianten die dargestellten Umrechnungsfaktoren auf Landesebene auch für die Regionalberechnung verwendet. Ist der Wert größer als 1, so zeigt dies, dass die Menschen mit Nebenwohnungen überwiegen. Ein Wert kleiner als 1 besagt dagegen, dass eine höhere Zahl von Personen vorhanden ist, die in Gemeinschaftsunterkünften leben.

Die Tabelle verdeutlicht in plausibler Weise, dass sowohl bei Männern als auch bei Frauen Personen mit Nebenunterkünften häufiger im mittleren Lebensalter anzutreffen sind, Personen in Gemeinschaftsunterkünften (etwa in Form von Jugend- oder Pflegeheimen) dagegen eher bei Kindern und bei älteren Menschen. Der deutliche Sprung der Umrechnungsfaktoren bei den 75-Jährigen und Älteren ergibt sich daraus, dass hier das Durchschnittsalter weit über der unteren Klassengrenze liegt.

10.1.1.3 Trends in den Mitgliederquoten

Um bei der Bildung der Annahmen für die Trendvariante auf inhaltlich begründete Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung verzichten zu können, wurden 6 048 Zeitreihen in der Differenzierung nach Alter, Geschlecht und Regionen dahingehend untersucht, ob sie einen statistisch signifikanten Trend aufweisen.

Das wichtigste Kriterium für die Annahme, dass ein Trend vorhanden ist, ist die „Glätte“ der Entwicklung, gemessen anhand der so genannten sukzessiven Differenzenstreuung. Diese bezeichnet den Quotienten aus der Summe der quadrierten Paardifferenzen von Jahr zu Jahr und der Gesamtvarianz. Je näher

dieser Wert der Zahl 1 kommt, umso wahrscheinlicher ist das Vorhandensein eines Trends. Als Grenzwert wurde unter Berücksichtigung der Anzahl der Zeitpunkte der Wert 1,5 gesetzt. Liegt die sukzessive Differenzenstreuung darunter, so ist mit hinreichender statistischer Sicherheit ein Trend anzunehmen. Liegt das Maß dagegen oberhalb von 1,5, so wird ein Trend ausgeschlossen. Letzteres traf für 2 068 von 6 048 geprüften Zeitreihen zu.

Um die Steigungen der Regressionsgeraden für die Voraussage der jährlichen Veränderung der Mitgliederquoten nutzen zu können, wurden zusätzlich alle bogenförmigen Trends ausgesondert, selbst wenn die Zeitreihen glatt verliefen. Dazu wurden positive Vorzeichen der Veränderungen mit von Jahr zu Jahr steigenden Gewichten von 1 (Differenz zwischen 1997 und 1996) bis 7 (Differenz zwischen 2003 und 2002) versehen. Die Bedingung, dass die Summe der Gewichte entweder unter 8 oder über 20 liegen muss, führte dann dazu, dass z. B. für Zeitreihen mit der Vorzeichenkette „+ – – + – –“ lineare Trends berücksichtigt wurden, für Zeitreihen mit der Vorzeichenkette „+ + – – – + +“ dagegen nicht. Nach dieser Prüfung ergaben sich 745 primäre Trends. Für die einzelnen Bevölkerungsgruppen bezogen sich diese Trends überwiegend nur auf eine oder zwei Haushaltsgrößen. Um die Summe der Quoten für jede Bevölkerungsgruppe konstant zu halten, mussten noch – unabhängig von den bisher beschriebenen Prüfun-

gen – 1 560 zusätzliche jährliche Veränderungen (sekundäre Trends) einberechnet werden.

Eine besondere Problematik einfacher linearer Trendsetzung besteht darin, dass eine rückläufige Entwicklung, die als statistischer Trend erkannt wird, bei zunehmender Dauer gegen Null bzw. ins Negative tendiert, also unplausibel wird. Aus diesem Grund wurden die Entwicklungen ab einem bestimmten Punkt konstant gehalten. In Tabelle 10.2 ist dargestellt, wie lange die jeweiligen Trends tatsächlich fortgeschrieben wurden.

10.1.1.4 Eigenwirkung der Parameter

Eine testweise Anwendung des Schätzverfahrens auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung aus dem Mikrozensus des Jahres 2002 ergab bei Haushalten mit drei Personen eine völlige Übereinstimmung mit der tatsächlichen Zahl der Haushalte in diesem Jahr. Bei den Einpersonenhaushalten ergab sich eine leichte Unterschätzung um 0,5 % (16 000 Haushalte), bei den Zweipersonenhaushalten um 0,1 % (2 000 Haushalte). Ursache hierfür ist die Anwendung der landeseinheitlichen Umrechnungsfaktoren auf die regional differenzierten Bevölkerungszahlen. Bei den Haushalten mit vier und mehr Personen ergab sich eine Unterschätzung um 1,5 % (19 000 Haushalte). Hier zeigten sich – über die Wirkung der Umrechnungsfaktoren hinaus – auch die Abweichungen der mittleren Haushaltsgrößen des Jahres 2002 von den eingerechneten Mittelwerten.

10.1.2 Modellrechnungen „Haushalte nach Typen“

Für die Umrechnung der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung auf die Bevölkerung in Privathaushalten wurden die oben dargelegten Faktoren genutzt, und es wurde wiederum ein Mitgliederquotenverfahren angewandt. Der Stützzeitraum umfasst für diese Modellrechnungen die Jahre von 1997 bis 2002.

10.2 Berücksichtigungsdauer der Trends		
Fortschreibungsfähig bis zum Jahr	Primäre Trends	Sekundäre Trends
Prozent		
2040	10,5	10,7
2035	14,8	14,9
2030	18,8	19,1
2025	26,6	26,7
2020	34,2	35,2
2015	49,5	49,3
2010	66,2	66,5
2005	87,7	86,2
Nicht anwendbar	12,3	13,8
Anzahl		
Ingesamt	745	1 560

10.3 Durchschnittliche Haushaltsgrößen nach Haushaltstypen	
Haushaltstyp	Haushalte mit ... Person(en)
Allein Lebende	1,0000
Paare ohne Kinder	2,0000
Sonstige Haushalte ohne Kinder	2,9019
Allein Erziehende	2,5076
Paare mit Kind(ern)	3,7843
Sonstige Haushalte mit Kind(ern)	4,5993

Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen je Haushaltstyp wurden kreis-spezifisch als Mittelwerte der Jahre 2000 bis 2004 errechnet und konstant gehalten. Die Werte auf Landesebene in Tabelle 10.3 dienen nur der Veranschaulichung – sie wurden in der Modellrechnung nicht berücksichtigt.

In der Gliederung nach Altersgruppen, Geschlecht und Regionen wurden die Mitgliederquoten aus den symmetrisch um das Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung liegenden Jahren 2001 bis 2003 gebildet. Für die Ermittlung von Trends in den Quoten wurden 11 016 Zeitreihen untersucht. Nach den oben vorgestellten Kriterien konnten insgesamt nur 787 Trends gefunden werden, die bis zum Jahr 2005 verlängert wurden. Bis zum Jahr 2010 konnten 385 Trends verlängert werden, bis 2015 wurden 220 und bis 2020 146 Trends verlängert. Die bis 2040 zu verlängerte Zahl an Trends belief sich sogar nur auf weniger als 100 Zeitreihen. Die vergleichsweise geringe Zahl an Trends ist auf die Vielzahl von konstant bei Null liegenden Zeitreihen zurückzuführen, weil nur die Bevölkerung in den mittleren Altersgruppen Besetzungen in allen Haushaltstypen aufweisen kann.

10.1.3 Modellrechnung „Haushalte nach Alter des jüngsten Kindes“

Die Anwendung des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens für diese Modellrechnung erfolgte analog dem oben dargestellten Verfahren; der Stützzeitraum wurde von 1997 bis 2004 gewählt.

10.4 Durchschnittliche Haushaltsgrößen nach Alter des jüngsten Kindes	
Haushalt	Haushalte mit ... Personen
Haushalte mit jüngstem Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	
unter 3	3,8197
3 – 6	3,8673
6 – 10	3,8450
10 – 18	3,6274
ohne Kind	1,6768

che Regelmäßigkeit hinsichtlich der Vorzeichen und des Fehlens von Sprüngen. Hinzu kam, dass in allen trendbehafteten Zeitreihen die jährliche Veränderung so gering war, dass eine Berücksichtigung im Rahmen einer Trendvariante fast identische Ergebnisse gebracht hätte. Aus diesem Grund wurde das regional-spezifische Quotengerüst konstant einberechnet. Die Mittelwerte dieser Quoten sind Tabelle 10.5 zu entnehmen.

10.5 Mittlere Quoten zur Verteilung der Bevölkerung auf Haushalte nach Alter des jüngsten Kindes					
Männliche/weibliche Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung in				
	Haushalten mit jüngstem Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren				Haushalten ohne Kind
	unter 3	3 – 6	6 – 10	10 – 18	
mittlere Haushaltsmitgliederquoten in %					
Männlich					
unter 3	100,0	x	x	x	x
3 – 6	27,1	72,9	x	x	x
6 – 10	14,0	21,9	64,1	x	x
10 – 18	4,5	7,7	18,1	69,7	x
18 – 30	8,8	3,2	2,7	13,8	71,5
30 – 55	10,1	8,7	10,5	18,0	52,7
55 – 75	0,3	0,3	0,5	3,2	95,8
75 und mehr	0,1	0,2	0,2	0,6	98,9
Weiblich					
unter 3	100,0	x	x	x	x
3 – 6	27,1	72,9	x	x	x
6 – 10	14,3	21,0	64,6	x	x
10 – 18	5,4	7,6	18,1	68,9	x
18 – 30	15,6	6,2	3,8	11,1	63,3
30 – 55	8,7	8,7	11,7	21,9	48,9
55 – 75	0,2	0,2	0,2	1,1	98,2
75 und mehr	0,1	0,2	0,2	0,9	98,5

Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen wurden kreis-spezifisch als Mittelwerte der Jahre 1997 bis 2004 mit dreifacher Gewichtung des Basisjahres 2002 errechnet und konstant gehalten. Tabelle 10.4 zeigt die arithmetischen Mittel der 54 regionalspezifischen Haushaltsgrößen.

In der Differenzierung nach Alter, Geschlecht und Regionen wurden die Mitgliederquoten aus den symmetrisch um das Basisjahr der Bevölkerungsvorausberechnung liegenden Jahren 2000 bis 2004 gebildet.

Eine Untersuchung der Trends nunmehr für die Jahre 1997 bis 2004 ergab bei nur 149 von 3 731 nicht konstanten Zeitreihen die für eine Verlängerung in die Zukunft erforderli-

10.1.4 Modellrechnung „Wohnungsbedarf“

Eine Verwendung gemittelter bzw. landesweiter Quoten, wie sie für die Modellrechnungen zur Entwicklung

10.6 Mittlere regionalspezifische Umrechnungsfaktoren*) nach Altersgruppen und Geschlecht der Bevölkerung		
Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich
unter 15	0,885	0,906
15 – 25	0,892	0,919
25 – 35	0,885	0,904
35 – 45	0,895	0,916
45 – 55	0,900	0,917
55 – 65	0,905	0,922
65 – 75	0,910	0,930
75 und mehr	0,892	0,864

*) Umrechnungsfaktoren, mit deren Hilfe die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung auf die Bevölkerung in bewohnten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden umgerechnet wird

10.7 Mittlere Quoten zur Verteilung der Bevölkerung in Wohnungen auf Haushalte nach Altersgruppen und Geschlecht der Wohnungsinhaber

Bevölkerung in Wohnungen im Alter von ... bis unter ... Jahren	Wohnungsinhaber im Alter von ... bis unter ... Jahren						
	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 75	75 und mehr
	mittlere Haushaltsmitgliederquoten in %						
männliche Wohnungsinhaber							
Männlich							
unter 15	0,8	19,7	46,5	14,3	1,8	0	0
15 – 25	17,2	0,6	17,7	37,3	11,5	1,3	0
25 – 35	0	75,6	0	3,7	7,3	2,4	0
35 – 45	0	0	89,4	0	0,6	1,5	0
45 – 55	0	0	0	92,8	0	0	0,7
55 – 65	0	0	0	0	95,6	0	0
65 – 75	0	0	0	0	0	96,6	0
75 und mehr	0	0	0	1,0	0	0	95,8
Weiblich							
unter 15	1,1	20,1	47,0	13,3	1,8	0	0
15 – 25	4,7	8,5	16,0	32,5	9,4	1,0	0
25 – 35	0,8	36,3	23,1	3,0	3,4	1,0	0
35 – 45	0	3,5	46,2	19,9	2,0	0,9	0
45 – 55	0	0	4,4	45,3	22,9	1,7	0
55 – 65	0	0	0	2,6	47,1	22,4	1,3
65 – 75	0	0	0,8	0,6	4,7	40,4	11,6
75 und mehr	0	0	0,6	1,7	1,9	4,2	19,7
weibliche Wohnungsinhaber							
Männlich							
unter 15	0,8	5,5	8,8	1,2	0	0	0
15 – 25	1,3	0,5	5,3	6,1	1,0	0	0
25 – 35	1,1	5,3	1,1	0,9	1,2	0,6	0
35 – 45	0	1,5	3,7	0,8	0	0,9	0
45 – 55	0	0	1,6	2,8	0	0	0,6
55 – 65	0	0	0	1,2	1,8	0	0
65 – 75	0	0	0	0	0,8	1,5	0
75 und mehr	0	0	0	0	0	0,7	1,3
Weiblich							
unter 15	0,7	5,6	8,5	1,3	0	0	0
15 – 25	15,7	0	5,1	5,9	0,6	0	0
25 – 35	0	30,4	0	0,6	0,7	0	0
35 – 45	0	0	26,4	0	0	0	0
45 – 55	0	0	0	24,2	0	0	0
55 – 65	0	0	0	0	25,6	0	0
65 – 75	0	0	0	0	0	41,0	0
75 und mehr	0	0	0	0	0	0	70,7

der Haushalte beschrieben wurde, war für die Modellrechnung zum künftigen Wohnungsbestand nicht möglich, denn bereits für das Jahr 2002 zeigten sich in einigen Kreisen Abweichungen von mehr als 10 % zwischen der tatsächlich ermittelten Zahl der bewohnten Wohnungen und den Ergebnissen der Schätzung. Aus diesem Grund wurden in dieser Modellrechnung die regionalspezifischen Quoten des Jahres 2002 einberechnet.

Ein Nachteil besteht darin, dass unter diesen Voraussetzungen keine Trendannahmen gebildet werden konnten.

Die Mittelwerte der Umrechnungsfaktoren, mit deren Hilfe die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in einem ersten Schritt auf die Bevölkerung in bewohnten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden umgerechnet wurde, sind in Tabelle 10.6 dargestellt.

Herausgerechnet wurden die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften, Haushalte in Behelfsunterkünften sowie Haushalte, die zum Zeitpunkt der Befragung durch Fortzug eine leere Wohnung hinterlassen haben. Letzteres ergibt sich aus dem Sachverhalt, dass die Bevölkerung in bewohnten Wohnungen nicht an der Bevölkerungsfortschreibung, sondern am Wohnungsbestand hochgerechnet wurde.

In einem zweiten Schritt erfolgte die Verteilung der Bevölkerung in Wohnungen auf Haushalte in der Aufgliederung nach dem Alter und Geschlecht der Inhaber von Wohneinheiten. Die mittleren Quoten sind in Tabelle 10.7 angezeigt.

Nach der Summenbildung je Haushaltstyp wurden die Personensummen durch die zugehörigen regionalspezifischen mittleren Haushaltsgrößen geteilt. Die arithmetischen Mittel dieser Werte in Tabelle 10.8 sollen eine Vorstellung von den Größenordnungen der Teiler vermitteln.

10.8 Durchschnittliche Haushaltsgrößen nach Altersgruppen und Geschlecht der Wohnungsinhaber

Alter der Wohnungsinhaber von ... bis unter ... Jahren	Haushalte mit ... Personen
Männer	
15 – 25	1,62
25 – 35	2,35
35 – 45	3,01
45 – 55	2,84
55 – 65	2,21
65 – 75	1,97
75 und mehr	1,81
Frauen	
15 – 25	1,39
25 – 35	1,75
35 – 45	2,15
45 – 55	1,79
55 – 65	1,30
65 – 75	1,15
75 und mehr	1,08

Nach der Anwendung der in Tabelle 10.9 dargestellten Quoten errechnete sich das Endergebnis aus der Addition über die Wohnungsinhabergruppen. Erst im letzten Schritt der Berechnung war somit die Anwendung landesweiter und entsprechend stabiler Quoten möglich. Die

10.9 Landeseinheitliche Quoten zur Verteilung der Haushalte nach Altersgruppen und Geschlecht der Wohnungsinhaber auf die Wohnungen nach Wohnungsgröße				
Wohnungsinhaber im Alter von ... bis unter ... Jahren	Wohnungsgröße von ... bis unter ... m ²			
	unter 60	60 – 90	90 – 120	120 und mehr
	%			
Männer				
15 – 25	60,9	32,3	4,2	2,6
25 – 35	28,6	44,9	15,7	10,9
35 – 45	15,0	33,7	23,6	27,7
45 – 55	11,9	32,6	23,2	32,3
55 – 65	12,5	34,4	23,2	30,0
65 – 75	14,2	40,1	22,7	23,0
75 und mehr	18,4	42,0	21,2	18,5
Frauen				
15 – 25	67,4	26,9	3,9	1,7
25 – 35	40,9	44,0	10,2	4,8
35 – 45	24,1	45,8	18,0	12,1
45 – 55	24,3	42,8	18,2	14,7
55 – 65	26,4	43,8	16,5	13,3
65 – 75	30,6	44,4	14,8	10,2
75 und mehr	36,3	43,2	13,2	7,2

kleineren Wohnungsgrößen bei den weiblichen Wohnungsinhabern ergeben sich daraus, dass in Paarhaushalten im Regelfall der Mann als Wohnungsinhaber genannt wird.

10.1.5 Modellrechnungen „Erwerbspersonen“

Die aus dem Mikrozensus stammenden Erwerbspersonenquoten wurden in der Differenzierung nach Geschlecht, Alter und kreisfreien Städten und Kreisen mit den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020/2040 multipliziert.

Für die Variante mit konstanten Quoten wurde das (1,2,1)-gewichtete

arithmetische Mittel der Jahre 2001 bis 2003 verwandt. Für die Trendvariante wurden 1 088 Zeitreihen der Jahre 1996 bis 2003 untersucht. Positive Veränderungen zum jeweiligen Vorjahr wurden aufsteigend mit den Gewichten von 1 bis 7 versehen. Negative Veränderungen erhielten das Gewicht Null. Die mittlere jährliche Veränderung wurde berücksichtigt, wenn die Summe der Gewichte entweder kleiner als 11 oder größer als 17 war. Selbst dieses schwache Kriterium schloss immer noch 579 Zeitreihen von der Trendverlängerung aus.

Die Trendfortschreibung der verbleibenden 509 Quoten wurde bei Erreichen bestimmter Grenzen sowohl bei sinkenden Quoten nach unten

10.10 Erwerbspersonenquoten nach Altersgruppen und Geschlecht				
Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbspersonenquoten der			
	Männer		Frauen	
	Basisquoten in % der Bevölkerungsgruppe	Veränderung bis 2040 in Prozentpunkten	Basisquoten in % der Bevölkerungsgruppe	Veränderung bis 2040 in Prozentpunkten
15 – 20	25,7	-0,3	20,6	+0,3
20 – 25	73,6	-0,1	64,9	+3,3
25 – 30	86,0	+0,3	70,2	+1,3
30 – 35	94,3	+0,1	70,7	+2,8
35 – 40	95,6	+0	72,9	+4,8
40 – 45	95,4	-0,3	75,3	+4,2
45 – 50	93,8	-0,2	74,9	+4,0
50 – 55	89,0	+0,5	66,2	+7,3
55 – 60	75,0	+1,0	50,0	+8,3
60 – 65	31,8	+4,3	15,2	+2,6
65 und mehr	4,1	+0,1	1,4	+0,1

hin als auch bei steigenden Quoten nach oben hin abgebrochen. Diese Grenzen wurden durch sich an den Basisquoten orientierende Intervalle bestimmt, für die galt, dass jeweils die Hälfte des Abstands von der Basisquote zu 0 (bei sinkenden Quoten) oder der Basisquote zu 100 (bei steigenden Quoten) zur Basisquote aufaddiert (Obergrenze) bzw. von ihr abgezogen (Untergrenze) wurde.

Bei den Männern wurden 123 positive Trends durch 107 negative Trends in anderen Altersgruppen und Regionen in der Gesamtwirkung nahezu ausgeglichen. Bei den Frauen überwogen positive Trends (232 gegenüber 47).

In Tabelle 10.10 sind nicht die im Modell berücksichtigten Quoten, sondern die Durchschnittswerte auf der Landesebene abgebildet.

10.2 Weitere Anmerkungen

10.2.1 Faktoren der Wahlbeteiligung

Die Tabelle 10.11 enthält die aus der Landtagswahl des Jahres 2000 abge-

10.11 Faktoren der Wahlbeteiligung*) nach Altersgruppen und Geschlecht		
Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich
18 – 21	0,414	0,395
21 – 25	0,384	0,367
25 – 30	0,398	0,396
30 – 35	0,457	0,454
35 – 40	0,489	0,483
40 – 45	0,515	0,525
45 – 50	0,572	0,562
50 – 60	0,645	0,637
60 – 70	0,717	0,684
70 und mehr	0,731	0,615

*) abgeleitet aus der Landtagswahl in NRW des Jahres 2000

leiteten alters- und geschlechtsdifferenzierten Faktoren der Wahlbeteiligung.

10.2.2 Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisbevölkerung 1. 1. 1998

Die Modellrechnung zur künftigen Wählerstruktur basiert auf der Bevölkerungsvorausberechnung mit der Basisbevölkerung 1. 1. 1998, deren

Berechnungshorizont auf Landesebene die Jahre bis 2040 umfasste.

Die Berechnung baut auf folgenden Annahmen auf: Für die Geburtenentwicklung der deutschen Frauen wurde für den gesamten Berechnungshorizont eine konstante Nettoerproduktionsrate (NRR) von 0,64 zugrunde gelegt. Für die ausländischen Frauen wurde die Fertilität mit einer NRR von 1,01 angenommen. Auf die in früheren Vorausberechnungen getroffene Annahme einer Annäherung des generativen Verhaltens der nicht-deutschen an jenes der deutschen Frauen wurde verzichtet, da die Fruchtbarkeitsziffern für die deutschen und nichtdeutschen Frauen seit längerer Zeit unverändert waren. Bezüglich der Sterblichkeit wurde von einer Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeiten um 15 % in den ersten 10 Jahren des Berechnungshorizontes ausgegangen. Dies entspricht einer Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung bei den deutschen Männern um 1,8 Jahre und bei den deutschen Frauen um 1,6 Jahre. Für die Wanderungen wurde in der hier verwendeten Basisvariante ein jährlicher Wanderungsgewinn von 19 400 Personen angenommen.

10.2.3 Mittlere Pflegequoten

Die über die Jahre 1999, 2001 und 2003 gemittelten alters- und ge-

10.12 Mittlere Pflegehäufigkeiten der Jahre 1999, 2001 und 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht		
Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich
	Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	
0 – 5	3,524	3,030
5 – 10	6,545	4,985
10 – 15	6,688	5,060
15 – 20	5,294	4,019
20 – 25	3,961	2,977
25 – 30	3,320	2,844
30 – 35	3,251	2,866
35 – 40	3,424	3,174
40 – 45	3,878	3,889
45 – 50	4,514	4,726
50 – 55	6,456	6,622
55 – 60	10,640	9,793
60 – 65	17,652	15,004
65 – 70	30,893	27,459
70 – 75	53,549	54,270
75 – 80	93,260	114,422
80 – 85	171,208	236,415
85 – 90	304,892	440,855
90 und mehr	411,704	676,955

schlechtsspezifischen Pflegehäufigkeiten sind aus Tabelle 10.12 ersichtlich.

10.2.4 Krankenhaushäufigkeiten

Für die Modellrechnung der Krankenhausfälle wurden die alters- und geschlechtsdifferenzierten Krankenhaushäufigkeiten gemäß Tabelle 10.13 verwendet.

10.13 Alters- und geschlechtsdifferenzierte Krankenhaushäufigkeiten im Jahre 2002		
Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich
	Krankenhausfälle je 1 000 Einwohner	
unter 1	501,220	413,471
1 – 5	130,406	100,286
5 – 10	80,521	64,665
10 – 15	77,732	75,719
15 – 20	90,620	139,581
20 – 25	98,231	196,482
25 – 30	97,569	220,837
30 – 35	100,674	205,120
35 – 40	116,043	163,770
40 – 45	140,955	149,330
45 – 50	170,151	167,914
50 – 55	211,088	197,367
55 – 60	266,328	231,496
60 – 65	314,997	258,188
65 – 70	411,697	325,429
70 – 75	506,912	390,599
75 – 80	602,185	486,719
80 – 85	704,809	619,938
85 – 90	709,017	626,416
90 und mehr	641,758	647,734

11 Literatur

Bickel, H. (2001): Lebenserwartung und Pflegebedürftigkeit in Deutschland, in: Gesundheitswesen 63, S. 9 – 14

Birg, H. (2003): Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München

Berke, P. (1997): Modellrechnungen im Anschluss an die Bevölkerungsprognose 1996 bis 2015/2040, in: Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen 10, S. 611 – 620

Börsch-Supan, A. (2004): Gesamtwirtschaftliche Folgen des demografischen Wandels, Diskussionspapier des Mannheim Research Institute for the Economics of Aging 51

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2004): Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, 2. Aufl.

Brasche, U. und S. Wieland (2000): Alter und Innovation: Befunde aus der Beschäftigungsstatistik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 69, S. 124 – 141

Buck, H., E. Kistler und H. G. Mendius (2002): Demografischer Wandel in der Arbeitswelt. Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung, Broschürenreihe Demografie und Erwerbsarbeit, Stuttgart

Bullinger, H.-J. (Hg.) (2001): Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft, Broschürenreihe Demografie und Erwerbsarbeit, Stuttgart

Breyer, F. (1999): Lebenserwartung, Kosten des Sterbens und die Prognose von Gesundheitsausgaben, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 50, S. 53 – 65

Deutscher Bundestag (2000): Anhörung bei der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Reformbedarf der Pflegeversicherung“ am 25. 9. 2000

Ders. (2002) Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Drucksache 14/8800, Berlin

Dorbritz, J., A. Lengere und K. Ruckdeschel (2005): Einstellungen zu demografischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study, hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

Fries, J. F. (1989): Erfolgreiches Altern. Medizinische und demografische Perspektiven, in: M. M. Baltes u. a. (Hg.), Erfolgreiches Altern – Bedingungen und Variationen, Bern, S. 19 – 26

Garms-Homolova, V. und D. Schaeffer (2003): Einzelne Bevölkerungsgrup-

- pen: Ältere und Alte, in: F. W. Schwartz u. a. (Hg.), Das Public Health Buch, München, 2. Aufl., S. 675 – 686
- Glatzer, W. (2001): Neue Wohnformen für Junge und Alte. Haushaltstechnisierung in der Generationenperspektive, in: wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens, hrsg. v. d. Schader-Stiftung, Darmstadt, S. 216 – 227
- Guralnik, J. M. (1991): Prospects for the Compression of Morbidity: The Challenge posed by increasing Disability in the Years prior to Death, in: Journal of Aging and Health 3, S. 138 – 154
- Handwerkskammer Hamburg (Hg.) (2001): Zukunftsfähige Konzepte für das Handwerk zur Bewältigung des demografischen Wandels, Broschürenreihe Demografie und Erwerbsarbeit, Stuttgart
- Heinz, W. (Hg.) (2000): Übergänge, Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebenslaufs, Weinheim
- Huber, A., E. Kistler und U. Papies (Hg.) (2002): Arbeitslosigkeit Älterer und Arbeitsmarktpolitik im Angesicht des demografischen Wandels. Ergebnisse aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin, Broschürenreihe Demografie und Erwerbsarbeit, Stuttgart
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (2004): Perspektive 2050. Ökonomik des demografischen Wandels, Köln
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Die demografische Entwicklung hat dramatische Folgen, in: Allensbacher Berichte 8, S. 1 – 5
- Just, T. (2002): Demografie lässt Immobilien wackeln, in: Deutsche Bank Research: Demografie Spezial, Frankfurt am Main
- Kistler, E. und M. Hilpert (2001): Auswirkungen des demografischen Wandels auf Arbeit und Arbeitslosigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3 – 4, S. 5 – 13
- Kohli, M. (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, S. 1 – 29
- Kolip, P. (2003): Einzelne Bevölkerungsgruppen: Frauen und Männer, in: F. W. Schwartz u. a. (Hg.), Das Public Health Buch, München, 2. Aufl., S. 642 – 653
- Kühnert, S. (1997): Demografischer Wandel und Altenpflege. Brauchen wir neue Versorgungskonzepte, in: G. Deimling (Hg.), Alter und Geschlecht im Blickpunkt gerontologischer Forschung, Wuppertal, S. 55 – 62
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (1990): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens. Bevölkerungsprognose 1988 bis 2005/2020, Düsseldorf
- Dass. (1994): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens. Bevölkerungsprognose 1993 bis 2010/2020, Düsseldorf
- Dass. (1999): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens. Bevölkerungsprognose 1999 bis 2015/2040, Düsseldorf
- Dass. (2000): Landtagswahl 2000. 4. Ergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Dass. (2004): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 – 2020/2040, Düsseldorf
- Leidl, R. (2003): Die Ausgaben für Gesundheit und ihre Finanzierung, in: F. W. Schwartz u. a. (Hg.), Das Public Health Buch, München, 2. Aufl., S. 349 – 366
- Lippe, H. von der und U. Fuhrer (2003): Erkundung zum männlichen Kinderwunsch. Ergebnisse einer psychologischen Interviewstudie mit 30-jährigen ostdeutschen Männern zur Familiengründung, in: Forum Qualitative Sozialforschung 4
- Lohdal, M. (2000): Russland: Demografische Probleme belasten Wirtschaft, in: DIW-Wochenbericht 31
- Mager, H.-C. (1999): Pflegebedürftigkeit im Alter: Dimensionen und Determinanten, in: E. Eisen und H.-C. Mager, Pflegebedürftigkeit und Pflegeversicherung in ausgewählten Ländern, Opladen, S. 30 – 77
- Marschalack, P. (1984): Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main
- Max-Planck-Institut für demografische Forschung (2004a): Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei, in: Demografische Forschung aus erster Hand 1 – 2
- Dass. (2004b): Wiedervereinigung zeigt: Für ein langes Leben ist es nie zu spät, in: Demografische Forschung aus erster Hand 1 – 3
- Dass. (2004c): Im Fokus: Geburten, in: Demografische Forschung aus erster Hand 1 – 4
- Dass. (2005): Steigende Lebenserwartung geht mit besserer Gesundheit einher, in: Demografische Forschung aus erster Hand 2 – 1
- Mayer, K. U. (Hg.) (1990): Lebensläufe und sozialer Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderband 31
- Mielck, A. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern
- Naegele, G. (2001): Demografischer Wandel und „Erwerbsarbeit“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3 – 4
- Oeppen, J. und J. W. Vaupel (2002): Broken Limits to Life Expectancy, in: Science 292, S. 1029 – 1031
- Olson, M. (1998): Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen, 4. Aufl.
- Pack, J., H. Buck, E. Kistler, H. G. Mendius, M. Morschhäuser und H. Wolff (Hg.) (2000): Zukunftsreport

demografischer Wandel. Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft, Bonn

PKV Publik (2004): Demenzen: Exemplarisches Problem des demografischen Wandels, in: PKV Publik 3, S. 34 – 35

Robert-Koch-Institut (Hg.) (2002): Gesundheit im Alter, in: Gesundheitsberichterstattung des Bundes 10

Siegrist, J. (1995): Medizinische Soziologie, München, 5. Aufl.

Settertobulte, W. und K. Hurrelmann (1999): Strukturen der medizinischen und psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, in: Public-Health-Forschung in Deutschland, hrsg. v. Deutsche Gesellschaft für Public Health, S. 272 – 280

Schimank, U. (2001): Gruppen und Organisation, in: H. Joas (Hg.), Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt am Main, S. 199 – 222

Schulz, E. (2000a): Transformation prägt Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 69, S. 249 – 271

Dies. (2000b): Migration und Arbeitskräfteangebot in Deutschland bis 2050, in: DIW-Wochenbericht 48

Schulz, E., H. H. König und R. Leidl (2000): Auswirkungen der demografischen Alterung auf den Versorgungsbedarf im Krankenhausbereich – Modellrechnungen bis zum Jahr 2050, in: DIW-Wochenbericht 44

Dies. (2001): Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten: Vorausschätzungen bis 2020 mit Ausblick auf 2050, in: DIW-Wochenbericht 5

Schwartz, F. W. und U. Walter (2003): Gesundheit und Krankheit: Altsein – Kranksein?, in: F. W. Schwartz u. a. (Hg.), Das Public Health Buch, München, 2. Aufl., S. 163 – 180

Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden

Dass. (2004a): Pressemitteilung vom 2. 6. 2004: Lebenserwartung nimmt weiter zu: für Jungen stärker als für Mädchen, in: BIB-Mitteilungen 03

Dass. (2004b): Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege vom 24. November 1999, Stand: 28. September 2004, Wiesbaden

Wirth, H. und K. Dümmler (2004): Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. Eine Kohortenanalyse auf der Basis von Mikrozensusdaten, in: Informationsdienst soziale Indikatoren 32, S. 1 – 6

Anhangtabellen

**1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	149	148	148	149	150
2	96	95	95	96	97
3	35	35	35	35	34
4 und mehr	29	27	25	23	21
Zusammen	308	306	304	303	302
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,85	1,84	1,82	1,80	1,78
Haushaltsmitglieder	569	564	555	547	538
Duisburg, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	94	92	89	87	83
2	87	88	90	91	92
3	33	31	29	26	24
4 und mehr	32	31	29	27	26
Zusammen	245	242	237	232	225
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,08	2,07	2,05	2,03	2,03
Haushaltsmitglieder	511	501	486	472	458
Essen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	122	119	118	118	116
2	107	109	110	110	110
3	36	35	32	30	27
4 und mehr	33	31	29	26	24
Zusammen	298	294	289	285	278
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,98	1,97	1,94	1,91	1,89
Haushaltsmitglieder	590	579	561	544	525
Krefeld, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	46	47	49	49	48
2	40	39	39	39	39
3	13	12	11	10	10
4 und mehr	17	16	15	14	13
Zusammen	116	115	114	112	110
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,06	2,04	1,99	1,95	1,92
Haushaltsmitglieder	239	234	226	219	211
Mönchengladbach, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	47	49	52	55	56
2	41	40	40	40	40
3	19	18	18	18	17
4 und mehr	18	17	16	16	15
Zusammen	124	125	127	128	128
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,11	2,08	2,04	2,00	1,98
Haushaltsmitglieder	262	261	259	257	253

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	33	33	33	34	34
2	32	32	31	30	30
3	10	10	10	10	9
4 und mehr	10	10	9	8	8
Zusammen	85	84	83	82	80
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,02	2,02	1,99	1,96	1,94
Haushaltsmitglieder	172	169	165	161	156
Oberhausen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	38	39	40	41	41
2	38	38	38	38	38
3	17	17	18	17	16
4 und mehr	13	12	10	9	9
Zusammen	105	106	106	105	103
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,10	2,06	2,02	1,98	1,96
Haushaltsmitglieder	221	218	214	208	202
Remscheid, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	24	25	25	25	25
2	19	19	19	19	19
3	7	6	6	5	5
4 und mehr	8	8	7	7	6
Zusammen	58	58	57	57	55
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,01	1,98	1,95	1,93
Haushaltsmitglieder	118	117	113	110	107
Solingen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	28	28	28	28	28
2	27	27	27	27	27
3	11	11	11	11	10
4 und mehr	11	11	10	10	10
Zusammen	77	77	76	75	75
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,12	2,13	2,12	2,10	2,09
Haushaltsmitglieder	165	163	161	159	155
Wuppertal, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	74	73	73	73	71
2	59	58	57	56	54
3	21	20	18	17	16
4 und mehr	24	23	21	19	18
Zusammen	178	174	170	166	160
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,04	2,00	1,96	1,95
Haushaltsmitglieder	364	354	339	325	311

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Kleve, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	33	33	32	33	34
2	45	48	55	59	63
3	19	19	18	17	17
4 und mehr	27	27	26	26	25
Zusammen	124	127	131	135	139
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,43	2,42	2,40	2,36	2,32
Haushaltsmitglieder	301	307	314	319	322
Mettmann, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	79	79	81	83	84
2	86	87	88	89	90
3	33	32	30	28	26
4 und mehr	35	35	34	32	30
Zusammen	233	233	233	232	230
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,18	2,17	2,14	2,10	2,07
Haushaltsmitglieder	508	505	498	489	478
Rhein-Kreis Neuss					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	63	64	65	67	70
2	74	77	81	84	85
3	29	29	29	29	27
4 und mehr	33	33	31	29	28
Zusammen	200	202	205	208	209
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,23	2,21	2,18	2,14	2,11
Haushaltsmitglieder	445	447	448	446	441
Viersen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	41	42	45	49	51
2	49	51	53	56	60
3	20	20	20	20	19
4 und mehr	23	23	23	21	20
Zusammen	133	136	141	147	150
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,27	2,26	2,21	2,15	2,11
Haushaltsmitglieder	302	307	313	316	318
Wesel, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	58	61	64	68	70
2	75	78	83	88	90
3	33	33	33	32	31
4 und mehr	38	36	33	30	28
Zusammen	204	208	214	218	220
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,29	2,23	2,18	2,14
Haushaltsmitglieder	475	478	478	475	470

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Köln					
Aachen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	71	70	70	69	69
2	36	36	38	39	40
3	13	12	11	11	10
4 und mehr	14	14	13	12	12
Zusammen	135	133	132	131	130
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	1,82	1,82	1,80	1,79	1,77
Haushaltsmitglieder	245	242	238	235	231
Bonn, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	74	74	75	77	79
2	45	45	44	46	48
3	17	16	16	16	16
4 und mehr	20	21	22	21	21
Zusammen	156	156	157	160	163
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	1,96	1,97	1,96	1,95	1,93
Haushaltsmitglieder	305	306	309	312	315
Köln, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	233	234	245	256	263
2	155	156	158	160	163
3	57	55	51	47	44
4 und mehr	57	56	54	52	49
Zusammen	502	502	508	515	519
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	1,93	1,92	1,88	1,84	1,81
Haushaltsmitglieder	967	961	954	948	941
Leverkusen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	28	28	29	29	29
2	28	29	30	30	30
3	11	10	10	10	9
4 und mehr	10	10	9	8	7
Zusammen	77	77	77	77	76
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,08	2,06	2,02	1,99	1,97
Haushaltsmitglieder	160	159	156	153	149
Aachen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	42	44	46	48	49
2	48	47	47	47	48
3	21	21	21	21	21
4 und mehr	24	24	23	23	22
Zusammen	135	136	138	139	140
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,28	2,26	2,24	2,21	2,18
Haushaltsmitglieder	307	308	308	307	305

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Düren, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	34	35	39	42	44
2	42	43	45	48	50
3	19	19	19	19	19
4 und mehr	22	21	21	20	19
Zusammen	117	119	124	129	133
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,30	2,25	2,20	2,17
Haushaltsmitglieder	271	274	280	284	288
Rhein-Erft-Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	60	61	62	65	67
2	74	78	87	93	96
3	33	32	30	29	28
4 und mehr	34	34	32	30	29
Zusammen	201	206	212	218	220
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,27	2,25	2,22	2,17	2,15
Haushaltsmitglieder	458	463	469	473	474
Euskirchen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	20	20	21	23	24
2	27	29	32	34	35
3	14	15	15	15	15
4 und mehr	17	16	15	15	15
Zusammen	78	80	84	87	89
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,44	2,43	2,38	2,34	2,31
Haushaltsmitglieder	190	194	199	203	206
Heinsberg, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	30	32	36	39	41
2	34	36	40	43	46
3	18	18	17	17	17
4 und mehr	23	23	22	21	20
Zusammen	104	109	115	121	125
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,42	2,37	2,30	2,25	2,21
Haushaltsmitglieder	252	258	265	271	276
Oberbergischer Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	38	41	45	50	52
2	43	44	46	49	51
3	20	20	20	20	21
4 und mehr	24	23	22	21	19
Zusammen	124	128	134	140	144
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,29	2,22	2,16	2,11
Haushaltsmitglieder	289	293	297	301	304

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Rheinisch-Bergischer Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	37	37	37	39	39
2	45	47	49	50	52
3	18	18	19	19	19
4 und mehr	22	21	20	19	18
Zusammen	122	123	125	127	128
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,26	2,26	2,23	2,20	2,18
Haushaltsmitglieder	276	278	280	280	279
Rhein-Sieg-Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	74	78	86	97	103
2	91	95	103	109	113
3	38	38	38	38	38
4 und mehr	48	49	48	48	47
Zusammen	251	260	275	292	302
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,30	2,25	2,19	2,16
Haushaltsmitglieder	582	598	621	639	654
Regierungsbezirk Münster					
Bottrop, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	20	21	22	22	23
2	21	21	22	23	23
3	7	6	6	6	5
4 und mehr	9	9	8	8	7
Zusammen	56	57	58	58	58
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,14	2,11	2,07	2,03	2,00
Haushaltsmitglieder	120	120	120	119	117
Gelsenkirchen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	56	57	58	59	58
2	44	42	40	39	38
3	18	17	16	15	14
4 und mehr	18	17	16	15	14
Zusammen	135	133	130	128	124
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,03	1,99	1,95	1,93
Haushaltsmitglieder	276	269	259	249	239
Münster, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	66	65	66	68	69
2	43	44	45	46	47
3	16	16	17	17	16
4 und mehr	15	14	13	11	11
Zusammen	140	139	140	143	143
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,91	1,90	1,87	1,84	1,82
Haushaltsmitglieder	267	265	263	262	261

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Münster					
Borken, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	41	45	52	57	61
2	45	49	53	58	63
3	21	21	22	23	23
4 und mehr	37	36	34	32	30
Zusammen	144	150	161	170	177
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,52	2,46	2,36	2,28	2,23
Haushaltsmitglieder	363	370	379	388	394
Coesfeld, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	24	27	30	34	36
2	29	31	35	38	41
3	12	13	13	13	13
4 und mehr	22	21	20	18	17
Zusammen	87	91	97	103	107
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,50	2,43	2,33	2,24	2,19
Haushaltsmitglieder	216	221	227	231	234
Recklinghausen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	103	108	117	123	124
2	104	106	110	113	115
3	45	43	40	37	35
4 und mehr	47	45	42	39	36
Zusammen	299	303	309	312	310
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,19	2,15	2,08	2,03	1,99
Haushaltsmitglieder	654	651	642	631	619
Steinfurt, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	45	45	47	50	52
2	59	63	69	75	81
3	28	29	31	34	35
4 und mehr	42	42	40	38	35
Zusammen	174	179	187	196	204
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,51	2,49	2,45	2,39	2,35
Haushaltsmitglieder	437	446	459	470	479
Warendorf, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	33	34	35	37	37
2	38	40	43	46	48
3	19	20	21	22	22
4 und mehr	25	25	23	21	20
Zusammen	116	118	122	126	127
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,43	2,40	2,35	2,31	2,28
Haushaltsmitglieder	282	285	288	290	291

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Detmold					
Bielefeld, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	70	72	79	84	84
2	54	55	55	56	57
3	18	17	14	13	12
4 und mehr	20	20	19	17	17
Zusammen	162	163	167	170	170
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	1,99	1,96	1,89	1,83	1,82
Haushaltsmitglieder	322	319	314	311	308
Gütersloh, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	38	40	44	49	51
2	49	52	55	59	62
3	22	21	21	21	21
4 und mehr	33	33	33	33	33
Zusammen	141	146	153	162	167
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,46	2,44	2,39	2,34	2,31
Haushaltsmitglieder	347	355	367	378	387
Herford, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	42	45	49	53	55
2	38	39	41	42	43
3	16	16	15	15	15
4 und mehr	20	20	19	19	18
Zusammen	117	119	124	128	131
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,18	2,15	2,09	2,05	2,02
Haushaltsmitglieder	255	256	259	262	264
Höxter, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	19	18	19	20	20
2	21	22	23	25	26
3	9	9	9	9	9
4 und mehr	15	15	14	14	13
Zusammen	64	65	66	67	68
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,41	2,40	2,37	2,33	2,29
Haushaltsmitglieder	155	156	156	157	157
Lippe, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	57	56	56	58	58
2	56	57	59	61	64
3	22	22	22	21	21
4 und mehr	28	29	29	29	28
Zusammen	163	163	166	169	172
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,24	2,24	2,24	2,22	2,20
Haushaltsmitglieder	364	367	371	375	379

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Detmold					
Minden-Lübbecke, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	55	59	66	72	75
2	44	45	48	50	52
3	23	24	27	30	32
4 und mehr	25	23	20	18	16
Zusammen	146	152	161	170	176
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,20	2,15	2,08	2,01	1,99
Haushaltsmitglieder	322	327	334	342	349
Paderborn, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	44	48	55	62	66
2	37	38	41	44	47
3	18	19	20	20	21
4 und mehr	27	27	26	24	23
Zusammen	126	131	141	151	158
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,28	2,20	2,13	2,08
Haushaltsmitglieder	293	300	310	320	328
Regierungsbezirk Arnsberg					
Bochum, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	87	90	93	94	96
2	65	63	61	60	59
3	22	21	19	18	16
4 und mehr	24	24	23	22	21
Zusammen	198	198	196	194	191
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,97	1,94	1,90	1,88	1,85
Haushaltsmitglieder	389	383	373	364	353
Dortmund, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	120	121	122	124	122
2	97	98	100	102	104
3	38	38	38	37	37
4 und mehr	35	35	34	32	31
Zusammen	291	292	294	296	294
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,02	2,01	1,99	1,98	1,97
Haushaltsmitglieder	588	587	586	584	580
Hagen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	43	42	41	41	39
2	30	29	28	27	26
3	13	12	11	10	9
4 und mehr	14	13	13	12	11
Zusammen	99	97	93	90	86
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,02	2,01	1,98	1,96
Haushaltsmitglieder	201	195	186	177	168

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Arnsberg					
Hamm, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	23	23	23	24	24
2	28	29	29	30	31
3	13	13	13	13	12
4 und mehr	14	14	13	12	12
Zusammen	79	79	79	79	79
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,31	2,29	2,25	2,23
Haushaltsmitglieder	183	182	180	178	176
Herne, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	32	31	31	31	30
2	31	31	32	32	32
3	12	12	11	10	10
4 und mehr	10	9	9	8	8
Zusammen	85	84	83	81	79
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,05	2,03	2,00	1,98	1,97
Haushaltsmitglieder	173	171	166	161	156
Ennepe-Ruhr-Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	59	60	61	62	61
2	57	57	58	58	59
3	24	24	24	23	22
4 und mehr	24	23	21	20	18
Zusammen	164	164	163	163	160
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,13	2,11	2,08	2,04	2,03
Haushaltsmitglieder	349	346	340	333	325
Hochsauerlandkreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	40	40	42	44	45
2	39	40	41	42	43
3	19	18	18	17	17
4 und mehr	24	24	23	21	20
Zusammen	122	122	123	125	125
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,31	2,29	2,24	2,20	2,17
Haushaltsmitglieder	281	280	277	274	270
Märkischer Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	64	67	70	75	75
2	71	74	78	81	82
3	30	29	27	25	23
4 und mehr	36	35	33	32	31
Zusammen	202	204	208	212	212
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,26	2,23	2,18	2,12	2,11
Haushaltsmitglieder	456	455	454	451	447

Noch: **1. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Arnsberg					
Olpe, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	14	15	15	16	16
2	20	22	24	26	28
3	9	9	9	9	9
4 und mehr	14	13	12	11	11
Zusammen	57	59	61	62	63
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,47	2,43	2,37	2,32	2,29
Haushaltsmitglieder	142	143	144	145	145
Siegen-Wittgenstein, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	36	37	40	42	43
2	43	45	46	48	49
3	20	20	19	18	17
4 und mehr	25	24	22	20	19
Zusammen	124	125	127	128	128
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,38	2,34	2,27	2,21	2,17
Haushaltsmitglieder	295	293	289	284	278
Soest, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	43	45	48	52	54
2	42	44	47	51	54
3	20	20	20	21	21
4 und mehr	27	26	26	24	23
Zusammen	132	136	142	147	152
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,29	2,25	2,19	2,15
Haushaltsmitglieder	307	312	318	323	326
Unna, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	56	58	62	66	69
2	64	67	70	73	77
3	29	28	28	27	28
4 und mehr	35	36	37	38	39
Zusammen	185	189	197	205	212
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,32	2,30	2,27	2,26
Haushaltsmitglieder	429	439	453	466	478
Nordrhein-Westfalen					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	3 001	3 055	3 180	3 312	3 362
2	2 813	2 875	2 977	3 075	3 157
3	1 159	1 139	1 114	1 092	1 064
4 und mehr	1 327	1 305	1 246	1 177	1 125
Insgesamt	8 300¹⁾	8 374	8 516	8 657	8 708
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,17	2,15	2,12	2,08	2,05
Haushaltsmitglieder	18 012	18 031	18 021	17 979	17 876

1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

**2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante**

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	149	147	146	147	146
2	96	95	95	95	96
3	35	34	33	32	31
4 und mehr	29	28	27	26	25
Zusammen	308	305	302	300	297
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,85	1,85	1,84	1,82	1,81
Haushaltsmitglieder	569	564	555	547	538
Duisburg, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	94	93	92	91	89
2	87	86	86	86	85
3	33	32	30	29	27
4 und mehr	32	31	29	27	26
Zusammen	245	242	237	233	227
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,08	2,07	2,05	2,02	2,01
Haushaltsmitglieder	511	501	486	472	458
Essen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	122	120	119	118	115
2	107	106	106	105	103
3	36	35	34	32	30
4 und mehr	33	32	29	27	26
Zusammen	298	293	287	282	274
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,98	1,97	1,95	1,93	1,91
Haushaltsmitglieder	590	579	561	544	525
Krefeld, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	46	45	45	45	44
2	40	40	40	41	41
3	13	13	12	11	11
4 und mehr	17	16	15	13	12
Zusammen	116	114	112	110	108
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,06	2,05	2,02	1,98	1,96
Haushaltsmitglieder	239	234	226	219	211
Mönchengladbach, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	47	47	48	50	50
2	41	41	42	43	44
3	19	18	18	17	17
4 und mehr	18	17	16	16	15
Zusammen	124	124	125	126	125
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,11	2,10	2,07	2,04	2,02
Haushaltsmitglieder	262	261	259	257	253

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	33	33	33	33	33
2	32	31	31	31	31
3	10	10	10	9	9
4 und mehr	10	10	9	8	8
Zusammen	85	84	83	82	80
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,02	2,01	1,99	1,96	1,94
Haushaltsmitglieder	172	169	165	161	156
Oberhausen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	38	38	39	39	38
2	38	38	38	39	38
3	17	16	15	15	14
4 und mehr	13	13	12	11	10
Zusammen	105	105	104	103	101
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,10	2,08	2,05	2,02	2,00
Haushaltsmitglieder	221	218	214	208	202
Remscheid, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	24	24	24	24	23
2	19	19	19	19	19
3	7	7	6	6	6
4 und mehr	8	8	7	7	6
Zusammen	58	58	57	56	54
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,03	2,00	1,97	1,97
Haushaltsmitglieder	118	117	113	110	107
Solingen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	28	28	29	29	28
2	27	27	27	28	28
3	11	11	11	11	10
4 und mehr	11	11	10	9	9
Zusammen	77	77	77	77	76
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,12	2,12	2,10	2,07	2,05
Haushaltsmitglieder	165	163	161	159	155
Wuppertal, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	74	72	70	70	68
2	59	58	57	57	56
3	21	20	19	18	17
4 und mehr	24	23	21	19	18
Zusammen	178	174	168	164	158
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,04	2,02	1,99	1,97
Haushaltsmitglieder	364	354	339	325	311

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Kleve, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	33	35	36	39	41
2	45	47	50	53	55
3	19	19	20	20	20
4 und mehr	27	27	26	25	25
Zusammen	124	127	132	137	141
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,43	2,41	2,37	2,32	2,29
Haushaltsmitglieder	301	307	314	319	322
Mettmann, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	79	79	82	85	86
2	86	86	87	88	88
3	33	33	32	31	29
4 und mehr	35	35	33	31	29
Zusammen	233	233	234	234	232
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,18	2,17	2,13	2,09	2,06
Haushaltsmitglieder	508	505	498	489	478
Rhein-Kreis Neuss					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	63	65	68	70	72
2	74	75	78	80	81
3	29	29	29	28	27
4 und mehr	33	33	31	30	28
Zusammen	200	202	205	208	209
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,23	2,21	2,18	2,14	2,11
Haushaltsmitglieder	445	447	448	446	441
Viersen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	41	42	44	47	48
2	49	50	53	55	58
3	20	20	21	21	20
4 und mehr	23	24	23	22	21
Zusammen	133	136	140	145	147
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,27	2,26	2,23	2,19	2,16
Haushaltsmitglieder	302	307	313	316	318
Wesel, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	58	60	64	67	68
2	75	77	80	84	86
3	33	33	33	32	31
4 und mehr	38	37	35	33	31
Zusammen	204	207	211	215	216
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,30	2,26	2,21	2,18
Haushaltsmitglieder	475	478	478	475	470

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Köln					
Aachen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	71	70	69	69	68
2	36	36	37	38	39
3	13	13	12	12	12
4 und mehr	14	14	13	12	11
Zusammen	135	133	131	131	130
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,82	1,82	1,81	1,79	1,77
Haushaltsmitglieder	245	242	238	235	231
Bonn, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	74	74	74	76	78
2	45	46	47	49	51
3	17	17	17	17	17
4 und mehr	20	20	20	20	19
Zusammen	156	156	158	162	165
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,96	1,96	1,95	1,93	1,92
Haushaltsmitglieder	305	306	309	312	315
Köln, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	233	232	233	235	235
2	155	155	156	159	161
3	57	56	55	54	53
4 und mehr	57	57	55	53	51
Zusammen	502	499	499	500	500
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,93	1,93	1,91	1,90	1,88
Haushaltsmitglieder	967	961	954	948	941
Leverkusen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	28	29	29	30	29
2	28	28	28	28	28
3	11	10	10	10	9
4 und mehr	10	10	9	9	8
Zusammen	77	77	77	76	75
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,08	2,07	2,03	2,00	1,99
Haushaltsmitglieder	160	159	156	153	149
Aachen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	42	43	44	45	46
2	48	49	51	53	54
3	21	21	21	21	20
4 und mehr	24	23	22	21	20
Zusammen	135	136	138	140	141
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,28	2,26	2,23	2,19	2,17
Haushaltsmitglieder	307	308	308	307	305

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Düren, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	34	35	38	40	41
2	42	43	46	48	51
3	19	19	19	19	19
4 und mehr	22	21	21	20	20
Zusammen	117	119	123	128	131
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,30	2,27	2,23	2,20
Haushaltsmitglieder	271	274	280	284	288
Rhein-Erft-Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	60	62	65	69	71
2	74	76	80	83	85
3	33	33	33	33	33
4 und mehr	34	34	33	31	30
Zusammen	201	205	211	216	219
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,27	2,26	2,23	2,19	2,16
Haushaltsmitglieder	458	463	469	473	474
Euskirchen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	20	21	22	24	25
2	27	28	30	32	34
3	14	14	15	15	15
4 und mehr	17	17	16	16	16
Zusammen	78	80	83	87	89
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,44	2,43	2,39	2,35	2,31
Haushaltsmitglieder	190	194	199	203	206
Heinsberg, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	30	31	34	36	37
2	34	35	38	41	43
3	18	18	18	19	19
4 und mehr	23	23	23	22	22
Zusammen	104	107	113	117	121
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,42	2,40	2,36	2,31	2,28
Haushaltsmitglieder	252	258	265	271	276
Oberbergischer Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	38	38	41	43	44
2	43	44	46	48	50
3	20	20	20	20	20
4 und mehr	24	24	23	23	22
Zusammen	124	126	130	134	136
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,29	2,22	2,16	2,11
Haushaltsmitglieder	289	293	297	301	304

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Rheinisch-Bergischer Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	37	37	39	41	42
2	45	46	48	49	50
3	18	18	18	18	18
4 und mehr	22	21	21	20	19
Zusammen	122	123	126	128	129
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,26	2,25	2,22	2,18	2,16
Haushaltsmitglieder	276	278	280	280	279
Rhein-Sieg-Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	74	77	83	90	94
2	91	95	101	107	113
3	38	39	40	41	42
4 und mehr	48	49	49	48	47
Zusammen	251	259	273	286	295
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,31	2,28	2,24	2,21
Haushaltsmitglieder	582	598	621	639	654
Regierungsbezirk Münster					
Bottrop, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	20	20	21	21	21
2	21	21	22	22	22
3	7	7	7	6	6
4 und mehr	9	9	8	8	7
Zusammen	56	57	57	57	57
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,14	2,13	2,10	2,07	2,05
Haushaltsmitglieder	120	120	120	119	117
Gelsenkirchen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	56	55	55	54	52
2	44	43	43	42	42
3	18	17	16	15	14
4 und mehr	18	17	16	15	14
Zusammen	135	133	129	126	121
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,03	2,01	1,98	1,97
Haushaltsmitglieder	276	269	259	249	239
Münster, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	66	65	66	67	67
2	43	43	43	44	46
3	16	16	16	16	15
4 und mehr	15	15	14	13	13
Zusammen	140	139	139	140	140
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,91	1,91	1,89	1,87	1,86
Haushaltsmitglieder	267	265	263	262	261

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Münster					
Borken, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	41	42	45	48	50
2	45	47	50	54	58
3	21	21	22	23	23
4 und mehr	37	37	36	36	35
Zusammen	144	148	154	161	166
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,52	2,51	2,46	2,41	2,38
Haushaltsmitglieder	363	370	379	388	394
Coesfeld, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	24	25	26	28	29
2	29	30	32	34	36
3	12	13	13	13	13
4 und mehr	22	22	22	21	20
Zusammen	87	89	93	96	99
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,50	2,49	2,45	2,40	2,36
Haushaltsmitglieder	216	221	227	231	234
Recklinghausen, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	103	105	107	109	108
2	104	105	108	110	111
3	45	44	43	41	40
4 und mehr	47	46	43	40	38
Zusammen	299	300	301	300	297
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,19	2,17	2,13	2,10	2,08
Haushaltsmitglieder	654	651	642	631	619
Steinfurt, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	45	46	48	51	54
2	59	61	65	69	74
3	28	29	29	30	31
4 und mehr	42	43	43	42	41
Zusammen	174	178	185	193	200
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,51	2,50	2,48	2,43	2,40
Haushaltsmitglieder	437	446	459	470	479
Warendorf, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	33	34	36	37	38
2	38	39	41	43	45
3	19	19	20	20	20
4 und mehr	25	25	25	24	23
Zusammen	116	118	121	124	126
Durchschnittliche					
Haushaltsgröße ... Personen	2,43	2,42	2,38	2,34	2,31
Haushaltsmitglieder	282	285	288	290	291

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Detmold					
Bielefeld, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	70	69	69	69	69
2	54	54	54	54	55
3	18	18	18	17	17
4 und mehr	20	20	19	18	18
Zusammen	162	161	159	159	158
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,99	1,99	1,97	1,96	1,95
Haushaltsmitglieder	322	319	314	311	308
Gütersloh, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	38	39	42	45	46
2	49	51	54	57	61
3	22	22	23	23	24
4 und mehr	33	33	33	33	33
Zusammen	141	145	151	158	164
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,46	2,45	2,42	2,39	2,36
Haushaltsmitglieder	347	355	367	378	387
Herford, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	42	43	44	46	46
2	38	39	40	41	43
3	16	17	17	17	17
4 und mehr	20	20	20	19	19
Zusammen	117	118	120	123	124
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,18	2,18	2,16	2,13	2,12
Haushaltsmitglieder	255	256	259	262	264
Höxter, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	19	19	20	20	21
2	21	22	23	24	25
3	9	9	9	9	9
4 und mehr	15	15	14	14	13
Zusammen	64	65	66	67	68
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,41	2,40	2,37	2,33	2,30
Haushaltsmitglieder	155	156	156	157	157
Lippe, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	57	57	59	62	63
2	56	56	58	61	63
3	22	22	22	22	22
4 und mehr	28	29	28	27	27
Zusammen	163	164	168	173	175
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,24	2,23	2,21	2,17	2,16
Haushaltsmitglieder	364	367	371	375	379

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Detmold					
Minden-Lübbecke, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	55	56	58	61	62
2	44	45	47	50	53
3	23	23	23	24	24
4 und mehr	25	25	25	24	24
Zusammen	146	149	154	159	163
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,20	2,20	2,17	2,15	2,14
Haushaltsmitglieder	322	327	334	342	349
Paderborn, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	44	45	47	51	53
2	37	38	41	44	47
3	18	18	19	20	20
4 und mehr	27	28	28	27	27
Zusammen	126	129	135	142	147
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,32	2,29	2,26	2,23
Haushaltsmitglieder	293	300	310	320	328
Regierungsbezirk Arnsberg					
Bochum, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	87	85	84	84	83
2	65	65	65	65	65
3	22	22	21	21	19
4 und mehr	24	23	22	20	19
Zusammen	198	195	192	189	186
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	1,97	1,96	1,95	1,92	1,90
Haushaltsmitglieder	389	383	373	364	353
Dortmund, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	120	121	123	125	125
2	97	98	100	102	103
3	38	38	38	37	36
4 und mehr	35	35	34	32	31
Zusammen	291	292	294	296	296
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,02	2,01	1,99	1,97	1,96
Haushaltsmitglieder	588	587	586	584	580
Hagen, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	43	41	40	39	38
2	30	30	29	29	28
3	13	12	11	11	10
4 und mehr	14	13	12	11	10
Zusammen	99	96	93	90	86
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,04	2,03	2,01	1,98	1,96
Haushaltsmitglieder	201	195	186	177	168

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Arnsberg					
Hamm, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	23	23	24	24	24
2	28	29	29	30	31
3	13	13	13	12	12
4 und mehr	14	14	13	13	12
Zusammen	79	79	79	79	79
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,30	2,27	2,24	2,22
Haushaltsmitglieder	183	182	180	178	176
Herne, krfr. Stadt					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	32	31	31	31	30
2	31	31	31	31	31
3	12	12	11	11	10
4 und mehr	10	10	9	8	8
Zusammen	85	84	82	81	79
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,05	2,04	2,02	2,00	1,98
Haushaltsmitglieder	173	171	166	161	156
Ennepe-Ruhr-Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	59	59	60	61	61
2	57	57	58	59	59
3	24	24	23	22	21
4 und mehr	24	23	22	20	19
Zusammen	164	164	163	162	160
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,13	2,12	2,09	2,05	2,03
Haushaltsmitglieder	349	346	340	333	325
Hochsauerlandkreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	40	40	41	42	42
2	39	39	40	41	42
3	19	18	18	18	18
4 und mehr	24	24	23	22	21
Zusammen	122	122	122	123	123
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,31	2,30	2,27	2,23	2,20
Haushaltsmitglieder	281	280	277	274	270
Märkischer Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	64	65	67	69	70
2	71	72	75	76	78
3	30	30	30	29	28
4 und mehr	36	36	34	32	31
Zusammen	202	203	205	207	207
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,26	2,25	2,21	2,18	2,16
Haushaltsmitglieder	456	455	454	451	447

Noch: **2. Haushalte nach ihrer Größe sowie Haushaltsmitglieder in den kreisfreien Städten und Kreisen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der konstanten Variante

Merkmal	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Arnsberg					
Olpe, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	14	15	15	16	16
2	20	20	21	22	23
3	9	9	9	10	10
4 und mehr	14	14	13	13	12
Zusammen	57	58	59	61	62
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,47	2,46	2,43	2,39	2,36
Haushaltsmitglieder	142	143	144	145	145
Siegen-Wittgenstein, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	36	36	37	38	38
2	43	43	44	45	46
3	20	20	19	19	18
4 und mehr	25	25	23	22	21
Zusammen	124	124	124	124	123
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,38	2,37	2,34	2,30	2,27
Haushaltsmitglieder	295	293	289	284	278
Soest, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	43	44	46	48	50
2	42	44	47	50	52
3	20	20	20	21	21
4 und mehr	27	27	26	25	25
Zusammen	132	135	140	144	148
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,32	2,31	2,28	2,24	2,21
Haushaltsmitglieder	307	312	318	323	326
Unna, Kreis					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	56	58	62	66	68
2	64	66	71	75	79
3	29	29	30	30	31
4 und mehr	35	36	36	35	36
Zusammen	185	190	198	207	213
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,33	2,31	2,28	2,25	2,24
Haushaltsmitglieder	429	439	453	466	478
Nordrhein-Westfalen					
Haushalte mit ... Person(en)					
1	3 001	3 018	3 082	3 162	3 184
2	2 813	2 844	2 924	3 013	3 086
3	1 159	1 153	1 143	1 129	1 103
4 und mehr	1 327	1 318	1 272	1 214	1 170
Insgesamt	8 300¹⁾	8 333	8 421	8 518	8 543
Durchschnittliche Haushaltsgröße ... Personen	2,17	2,16	2,14	2,11	2,09
Haushaltsmitglieder	18 012	18 031	18 021	17 979	17 876

1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt					
Allein Lebende	151	149	146	145	145
Paare ohne Kinder	80	79	77	77	77
Sonstige Haushalte ohne Kinder	21	20	20	21	21
Allein Erziehende	11	11	11	10	10
Paare mit Kindern	41	40	40	38	36
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	6	6	6
Zusammen	309	306	301	297	295
Duisburg, krfr. Stadt					
Allein Lebende	94	92	90	88	86
Paare ohne Kinder	74	73	70	70	70
Sonstige Haushalte ohne Kinder	19	19	19	19	19
Allein Erziehende	8	8	8	8	7
Paare mit Kindern	42	42	40	37	34
Sonstige Haushalte mit Kindern	7	7	7	7	7
Zusammen	246	241	234	229	223
Essen, krfr. Stadt					
Allein Lebende	123	121	118	117	114
Paare ohne Kinder	90	88	86	84	83
Sonstige Haushalte ohne Kinder	21	21	22	23	23
Allein Erziehende	10	10	10	10	9
Paare mit Kindern	46	44	41	37	34
Sonstige Haushalte mit Kindern	8	8	8	9	8
Zusammen	299	293	285	279	271
Krefeld, krfr. Stadt					
Allein Lebende	47	45	43	43	42
Paare ohne Kinder	35	35	34	34	34
Sonstige Haushalte ohne Kinder	8	7	7	7	7
Allein Erziehende	4	4	4	3	3
Paare mit Kindern	20	20	19	17	16
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	117	114	110	108	106
Mönchengladbach, krfr. Stadt					
Allein Lebende	48	48	49	50	51
Paare ohne Kinder	35	35	33	33	34
Sonstige Haushalte ohne Kinder	10	10	10	11	11
Allein Erziehende	5	5	5	5	5
Paare mit Kindern	23	23	22	20	19
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	4	5	5	5
Zusammen	125	124	124	124	124
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt					
Allein Lebende	33	33	32	32	32
Paare ohne Kinder	28	27	26	26	26
Sonstige Haushalte ohne Kinder	6	6	6	7	7
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	14	14	13	12	11
Sonstige Haushalte mit Kindern	2	2	2	2	2
Zusammen	85	84	82	80	79

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020

1 000

noch: Regierungsbezirk Düsseldorf

Oberhausen, krfr. Stadt

Allein Lebende	39	38	38	38	38
Paare ohne Kinder	32	31	31	31	31
Sonstige Haushalte ohne Kinder	8	9	9	9	9
Allein Erziehende	5	5	5	5	4
Paare mit Kindern	20	19	18	16	15
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	106	104	103	102	100

Remscheid, krfr. Stadt

Allein Lebende	25	24	24	24	24
Paare ohne Kinder	16	16	15	15	15
Sonstige Haushalte ohne Kinder	4	4	4	4	4
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	10	10	9	9	8
Sonstige Haushalte mit Kindern	1	1	1	1	1
Zusammen	58	57	56	55	54

Solingen, krfr. Stadt

Allein Lebende	29	29	29	30	29
Paare ohne Kinder	24	24	23	23	23
Sonstige Haushalte ohne Kinder	6	6	6	6	6
Allein Erziehende	2	2	3	2	2
Paare mit Kindern	14	14	13	12	12
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	78	77	76	76	75

Wuppertal, krfr. Stadt

Allein Lebende	74	73	72	69	68
Paare ohne Kinder	51	49	47	45	44
Sonstige Haushalte ohne Kinder	12	12	12	13	13
Allein Erziehende	6	6	6	5	5
Paare mit Kindern	30	28	26	23	21
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	6	5	5
Zusammen	178	174	168	162	157

Kleve, Kreis

Allein Lebende	35	35	35	36	39
Paare ohne Kinder	39	40	42	44	46
Sonstige Haushalte ohne Kinder	15	15	16	17	18
Allein Erziehende	4	4	4	4	3
Paare mit Kindern	27	27	27	25	24
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	7	8	7
Zusammen	126	127	130	134	138

Mettmann, Kreis

Allein Lebende	80	82	87	90	91
Paare ohne Kinder	74	74	71	70	70
Sonstige Haushalte ohne Kinder	20	21	22	22	23
Allein Erziehende	8	7	7	7	6
Paare mit Kindern	45	43	41	37	35
Sonstige Haushalte mit Kindern	8	8	8	8	8
Zusammen	235	235	236	235	233

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: Regierungsbezirk Düsseldorf

Rhein-Kreis Neuss

Allein Lebende	64	65	67	69	72
Paare ohne Kinder	64	65	65	66	67
Sonstige Haushalte ohne Kinder	18	18	18	19	19
Allein Erziehende	7	7	7	7	6
Paare mit Kindern	41	41	40	38	36
Sonstige Haushalte mit Kindern	7	7	7	7	7
Zusammen	201	203	204	206	207

Viersen, Kreis

Allein Lebende	43	44	46	49	52
Paare ohne Kinder	44	44	45	46	48
Sonstige Haushalte ohne Kinder	12	12	13	14	14
Allein Erziehende	5	5	6	6	6
Paare mit Kindern	27	28	27	26	24
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	4	5	5	5
Zusammen	135	138	141	144	149

Wesel, Kreis

Allein Lebende	60	61	64	66	68
Paare ohne Kinder	67	68	68	71	74
Sonstige Haushalte ohne Kinder	21	21	21	23	23
Allein Erziehende	5	5	5	5	5
Paare mit Kindern	44	43	39	34	32
Sonstige Haushalte mit Kindern	9	10	12	12	12
Zusammen	206	208	210	212	213

Regierungsbezirk Köln

Aachen, krfr. Stadt

Allein Lebende	72	70	68	68	67
Paare ohne Kinder	29	29	29	29	31
Sonstige Haushalte ohne Kinder	6	6	6	7	7
Allein Erziehende	5	5	5	5	5
Paare mit Kindern	20	20	19	18	16
Sonstige Haushalte mit Kindern	2	2	3	3	3
Zusammen	135	133	130	129	128

Bonn, krfr. Stadt

Allein Lebende	75	74	74	75	76
Paare ohne Kinder	37	37	37	38	40
Sonstige Haushalte ohne Kinder	10	10	11	11	12
Allein Erziehende	5	6	6	5	5
Paare mit Kindern	25	25	25	24	23
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	5	5	6	6
Zusammen	157	156	157	159	162

Köln, krfr. Stadt

Allein Lebende	236	233	231	234	237
Paare ohne Kinder	127	128	126	126	127
Sonstige Haushalte ohne Kinder	38	38	37	38	39
Allein Erziehende	17	16	17	16	16
Paare mit Kindern	73	72	70	67	63
Sonstige Haushalte mit Kindern	14	14	15	15	15
Zusammen	504	501	497	497	497

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: **Regierungsbezirk Köln**

Leverkusen, krfr. Stadt

Allein Lebende	28	29	30	30	29
Paare ohne Kinder	24	24	23	23	23
Sonstige Haushalte ohne Kinder	7	7	7	7	7
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	14	13	12	12	11
Sonstige Haushalte mit Kindern	2	2	2	2	2
Zusammen	78	77	77	76	75

Aachen, Kreis

Allein Lebende	43	43	45	47	47
Paare ohne Kinder	43	43	41	41	42
Sonstige Haushalte ohne Kinder	13	14	15	16	17
Allein Erziehende	4	5	4	4	4
Paare mit Kindern	28	28	26	24	23
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	5	6	6
Zusammen	136	137	137	138	139

Düren, Kreis

Allein Lebende	35	36	37	39	41
Paare ohne Kinder	37	38	38	40	43
Sonstige Haushalte ohne Kinder	12	12	12	13	14
Allein Erziehende	3	4	4	3	3
Paare mit Kindern	26	26	26	25	24
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	5	5	5	5
Zusammen	118	119	122	126	129

Rhein-Erft-Kreis

Allein Lebende	61	62	65	67	70
Paare ohne Kinder	66	68	69	71	74
Sonstige Haushalte ohne Kinder	21	21	22	23	23
Allein Erziehende	6	6	6	6	6
Paare mit Kindern	43	42	42	40	38
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	6	6	6
Zusammen	203	206	210	214	217

Euskirchen, Kreis

Allein Lebende	21	22	24	25	26
Paare ohne Kinder	24	25	26	27	29
Sonstige Haushalte ohne Kinder	11	11	11	12	13
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	18	18	18	17	16
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	79	81	84	87	90

Heinsberg, Kreis

Allein Lebende	30	32	34	36	38
Paare ohne Kinder	29	30	31	33	36
Sonstige Haushalte ohne Kinder	13	13	14	15	16
Allein Erziehende	3	3	3	3	3
Paare mit Kindern	25	26	25	24	23
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	4	5	5	5
Zusammen	105	107	112	116	120

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: Regierungsbezirk Köln

Oberbergischer Kreis

Allein Lebende	39	41	44	46	47
Paare ohne Kinder	39	39	40	41	43
Sonstige Haushalte ohne Kinder	12	11	12	13	13
Allein Erziehende	5	5	5	5	5
Paare mit Kindern	26	26	25	24	23
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	7	7	7
Zusammen	126	129	132	135	138

Rheinisch-Bergischer Kreis

Allein Lebende	38	39	42	44	45
Paare ohne Kinder	40	41	40	41	42
Sonstige Haushalte ohne Kinder	12	12	12	13	13
Allein Erziehende	3	4	4	4	4
Paare mit Kindern	25	25	25	23	22
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	4	5	5	5
Zusammen	123	125	127	128	130

Rhein-Sieg-Kreis

Allein Lebende	76	78	82	87	93
Paare ohne Kinder	81	83	86	91	96
Sonstige Haushalte ohne Kinder	25	25	27	29	30
Allein Erziehende	8	9	9	9	8
Paare mit Kindern	54	56	56	55	54
Sonstige Haushalte mit Kindern	10	10	11	12	11
Zusammen	254	260	271	282	293

Regierungsbezirk Münster

Bottrop, krfr. Stadt

Allein Lebende	20	21	21	22	22
Paare ohne Kinder	17	17	17	17	18
Sonstige Haushalte ohne Kinder	4	4	5	5	5
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	10	10	10	9	9
Sonstige Haushalte mit Kindern	2	2	2	2	2
Zusammen	56	57	57	57	57

Gelsenkirchen, krfr. Stadt

Allein Lebende	56	55	54	53	52
Paare ohne Kinder	37	36	35	34	34
Sonstige Haushalte ohne Kinder	10	10	10	10	9
Allein Erziehende	5	4	4	4	4
Paare mit Kindern	22	21	20	18	17
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	5	5	5
Zusammen	135	132	128	124	120

Münster, krfr. Stadt

Allein Lebende	67	65	64	65	65
Paare ohne Kinder	33	33	32	32	34
Sonstige Haushalte ohne Kinder	12	12	12	12	13
Allein Erziehende	6	6	6	6	5
Paare mit Kindern	20	20	20	19	18
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	4	3
Zusammen	141	139	137	137	138

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: Regierungsbezirk Münster

Borken, Kreis

Allein Lebende	42	45	49	53	55
Paare ohne Kinder	43	44	46	48	52
Sonstige Haushalte ohne Kinder	17	18	19	20	22
Allein Erziehende	3	4	4	3	3
Paare mit Kindern	35	35	34	32	30
Sonstige Haushalte mit Kindern	7	7	8	8	8
Zusammen	147	152	158	165	170

Coesfeld, Kreis

Allein Lebende	25	26	28	29	31
Paare ohne Kinder	25	26	27	28	30
Sonstige Haushalte ohne Kinder	11	11	11	12	13
Allein Erziehende	3	3	3	3	3
Paare mit Kindern	19	19	18	17	16
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	6	6	7	6
Zusammen	89	91	94	97	100

Recklinghausen, Kreis

Allein Lebende	105	107	110	114	116
Paare ohne Kinder	88	88	87	88	90
Sonstige Haushalte ohne Kinder	27	28	30	32	32
Allein Erziehende	10	10	10	9	9
Paare mit Kindern	60	57	52	46	42
Sonstige Haushalte mit Kindern	10	11	11	12	11
Zusammen	301	301	301	301	300

Steinfurt, Kreis

Allein Lebende	46	46	48	50	53
Paare ohne Kinder	53	54	54	57	61
Sonstige Haushalte ohne Kinder	22	23	24	26	27
Allein Erziehende	6	6	6	6	6
Paare mit Kindern	41	41	42	40	38
Sonstige Haushalte mit Kindern	9	10	11	12	12
Zusammen	176	180	185	190	197

Warendorf, Kreis

Allein Lebende	34	34	36	37	38
Paare ohne Kinder	34	34	34	36	38
Sonstige Haushalte ohne Kinder	14	14	15	15	16
Allein Erziehende	4	4	4	4	4
Paare mit Kindern	26	26	25	24	23
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	7	7	7
Zusammen	117	119	120	123	125

Regierungsbezirk Detmold

Bielefeld, krfr. Stadt

Allein Lebende	70	70	70	69	68
Paare ohne Kinder	44	44	42	42	44
Sonstige Haushalte ohne Kinder	13	13	13	14	14
Allein Erziehende	7	7	8	8	7
Paare mit Kindern	24	23	22	21	20
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	5	5	5
Zusammen	163	161	160	158	157

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: Regierungsbezirk Detmold

Gütersloh, Kreis

Allein Lebende	39	40	42	44	47
Paare ohne Kinder	45	45	46	48	51
Sonstige Haushalte ohne Kinder	16	17	17	19	20
Allein Erziehende	3	3	3	3	3
Paare mit Kindern	33	34	35	34	33
Sonstige Haushalte mit Kindern	7	7	8	8	8
Zusammen	143	146	151	157	162

Herford, Kreis

Allein Lebende	44	44	46	47	49
Paare ohne Kinder	33	34	33	34	35
Sonstige Haushalte ohne Kinder	10	10	10	11	12
Allein Erziehende	4	4	4	4	4
Paare mit Kindern	24	24	23	22	22
Sonstige Haushalte mit Kindern	4	4	4	4	4
Zusammen	118	119	121	123	125

Höxter, Kreis

Allein Lebende	19	19	19	20	20
Paare ohne Kinder	19	19	18	19	20
Sonstige Haushalte ohne Kinder	7	7	8	8	8
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	15	15	15	14	13
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	65	65	65	66	67

Lippe, Kreis

Allein Lebende	58	56	55	56	57
Paare ohne Kinder	50	50	50	51	54
Sonstige Haushalte ohne Kinder	13	14	15	16	17
Allein Erziehende	4	5	5	5	4
Paare mit Kindern	31	31	31	30	29
Sonstige Haushalte mit Kindern	7	7	8	9	9
Zusammen	165	163	164	167	170

Minden-Lübbecke, Kreis

Allein Lebende	56	57	58	61	63
Paare ohne Kinder	39	39	39	41	44
Sonstige Haushalte ohne Kinder	14	14	14	15	16
Allein Erziehende	6	6	7	7	7
Paare mit Kindern	28	28	28	27	27
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	7	7	7
Zusammen	148	150	153	158	163

Paderborn, Kreis

Allein Lebende	45	46	47	50	53
Paare ohne Kinder	32	33	35	37	40
Sonstige Haushalte ohne Kinder	13	13	14	15	16
Allein Erziehende	4	5	5	4	4
Paare mit Kindern	26	26	27	26	26
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	7	8	8	8
Zusammen	127	130	135	141	147

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Arnsberg					
Bochum, krfr. Stadt					
Allein Lebende	88	88	87	87	86
Paare ohne Kinder	54	53	50	50	50
Sonstige Haushalte ohne Kinder	14	14	15	16	16
Allein Erziehende	8	8	8	8	7
Paare mit Kindern	30	29	27	25	22
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	5	5	5
Zusammen	199	197	193	189	186
Dortmund, krfr. Stadt					
Allein Lebende	122	122	124	125	127
Paare ohne Kinder	80	79	78	79	81
Sonstige Haushalte ohne Kinder	22	22	23	24	24
Allein Erziehende	12	12	12	12	11
Paare mit Kindern	48	48	47	45	43
Sonstige Haushalte mit Kindern	8	8	8	8	8
Zusammen	292	292	292	294	294
Hagen, krfr. Stadt					
Allein Lebende	43	42	40	39	38
Paare ohne Kinder	26	25	23	22	22
Sonstige Haushalte ohne Kinder	7	7	7	7	7
Allein Erziehende	3	4	4	3	3
Paare mit Kindern	17	17	15	14	12
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	99	96	92	88	85
Hamm, krfr. Stadt					
Allein Lebende	23	23	24	24	24
Paare ohne Kinder	25	25	25	25	26
Sonstige Haushalte ohne Kinder	8	8	8	8	8
Allein Erziehende	2	2	2	2	2
Paare mit Kindern	18	18	17	16	15
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	79	79	78	78	78
Herne, krfr. Stadt					
Allein Lebende	32	31	30	29	29
Paare ohne Kinder	26	26	26	26	26
Sonstige Haushalte ohne Kinder	6	6	6	6	6
Allein Erziehende	4	3	3	3	3
Paare mit Kindern	15	15	14	13	12
Sonstige Haushalte mit Kindern	2	2	2	2	2
Zusammen	85	83	81	79	77
Ennepe-Ruhr-Kreis					
Allein Lebende	60	60	60	60	61
Paare ohne Kinder	49	49	48	49	49
Sonstige Haushalte ohne Kinder	14	13	13	14	14
Allein Erziehende	6	6	6	6	6
Paare mit Kindern	31	30	29	26	24
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	5	6	5
Zusammen	165	164	162	160	159

**Noch: 3. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Lebensformen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Lebensform	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Arnsberg					
Hochsauerlandkreis					
Allein Lebende	41	40	40	40	40
Paare ohne Kinder	33	33	33	34	35
Sonstige Haushalte ohne Kinder	14	14	14	15	15
Allein Erziehende	4	4	4	4	4
Paare mit Kindern	26	25	24	23	21
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	5	5	5
Zusammen	123	122	121	120	120
Märkischer Kreis					
Allein Lebende	65	66	67	69	71
Paare ohne Kinder	61	61	61	62	64
Sonstige Haushalte ohne Kinder	20	20	20	21	21
Allein Erziehende	6	6	6	6	6
Paare mit Kindern	42	42	40	38	36
Sonstige Haushalte mit Kindern	8	8	9	9	8
Zusammen	203	204	204	205	206
Olpe, Kreis					
Allein Lebende	14	15	16	16	17
Paare ohne Kinder	18	18	18	19	20
Sonstige Haushalte ohne Kinder	8	8	8	9	9
Allein Erziehende	1	1	1	1	1
Paare mit Kindern	14	13	13	12	12
Sonstige Haushalte mit Kindern	3	3	3	3	3
Zusammen	57	58	60	60	62
Siegen-Wittgenstein, Kreis					
Allein Lebende	37	36	37	38	38
Paare ohne Kinder	37	38	38	38	39
Sonstige Haushalte ohne Kinder	15	15	15	16	16
Allein Erziehende	4	4	4	4	4
Paare mit Kindern	26	25	23	21	20
Sonstige Haushalte mit Kindern	6	6	6	6	6
Zusammen	125	124	124	123	123
Soest, Kreis					
Allein Lebende	44	45	47	48	50
Paare ohne Kinder	38	38	39	41	44
Sonstige Haushalte ohne Kinder	14	14	14	15	16
Allein Erziehende	3	3	3	3	3
Paare mit Kindern	29	30	30	29	27
Sonstige Haushalte mit Kindern	5	5	6	6	6
Zusammen	133	135	139	142	146
Unna, Kreis					
Allein Lebende	57	59	62	66	69
Paare ohne Kinder	56	57	59	63	67
Sonstige Haushalte ohne Kinder	18	19	20	21	22
Allein Erziehende	5	5	5	5	5
Paare mit Kindern	41	42	42	41	41
Sonstige Haushalte mit Kindern	8	8	9	9	9
Zusammen	186	190	197	205	212
Nordrhein-Westfalen					
Allein Lebende	3 050	3 058	3 095	3 154	3 204
Paare ohne Kinder	2 429	2 428	2 413	2 458	2 540
Sonstige Haushalte ohne Kinder	746	747	773	812	836
Allein Erziehende	277	280	281	270	256
Paare mit Kindern	1 570	1 556	1 503	1 416	1 337
Sonstige Haushalte mit Kindern	286	296	317	328	317
Insgesamt	8 357 ¹⁾	8 365	8 383	8 439	8 490

1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt					
unter 3	13	13	12	12	12
3 – 6	10	10	9	9	9
6 – 10	12	12	11	11	10
10 – 18	20	20	19	18	17
ohne Kind	253	251	250	250	249
Zusammen	308	305	302	300	297
Duisburg, krfr. Stadt					
unter 3	13	13	12	12	11
3 – 6	10	10	9	9	8
6 – 10	11	11	10	9	9
10 – 18	21	21	20	18	17
ohne Kind	192	190	188	187	184
Zusammen	248	244	239	234	229
Essen, krfr. Stadt					
unter 3	13	13	12	12	11
3 – 6	10	10	9	9	8
6 – 10	12	12	11	10	9
10 – 18	24	23	22	20	18
ohne Kind	237	234	232	230	225
Zusammen	297	292	286	280	272
Krefeld, krfr. Stadt					
unter 3	6	6	5	5	5
3 – 6	5	5	4	4	4
6 – 10	6	6	5	5	4
10 – 18	10	10	9	8	7
ohne Kind	89	88	88	87	87
Zusammen	115	114	111	109	106
Mönchengladbach, krfr. Stadt					
unter 3	7	6	6	6	6
3 – 6	5	5	5	4	4
6 – 10	6	6	5	5	5
10 – 18	12	12	12	11	10
ohne Kind	93	94	96	98	99
Zusammen	123	123	124	124	124
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt					
unter 3	4	4	4	3	3
3 – 6	3	3	3	3	3
6 – 10	4	4	4	3	3
10 – 18	7	7	6	6	5
ohne Kind	67	67	67	66	66
Zusammen	85	84	83	81	80
Oberhausen, krfr. Stadt					
unter 3	6	6	6	5	5
3 – 6	4	4	4	4	3
6 – 10	5	5	4	4	4
10 – 18	10	10	10	9	8
ohne Kind	78	78	79	79	79
Zusammen	104	103	103	101	99

Noch: **4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Remscheid, krfr. Stadt					
unter 3	3	3	3	3	3
3 – 6	3	2	2	2	2
6 – 10	3	3	3	2	2
10 – 18	5	5	4	4	4
ohne Kind	44	43	43	43	43
Zusammen	57	56	56	55	53
Solingen, krfr. Stadt					
unter 3	5	4	4	4	4
3 – 6	3	3	3	3	3
6 – 10	4	4	4	3	3
10 – 18	7	7	6	6	5
ohne Kind	60	60	60	61	61
Zusammen	78	78	78	77	77
Wuppertal, krfr. Stadt					
unter 3	9	8	8	7	7
3 – 6	7	7	6	6	5
6 – 10	8	8	7	6	6
10 – 18	15	15	14	12	11
ohne Kind	140	138	135	133	129
Zusammen	178	175	169	164	158
Kleve, Kreis					
unter 3	8	8	8	8	8
3 – 6	7	6	6	6	6
6 – 10	7	7	7	7	7
10 – 18	15	15	15	14	14
ohne Kind	88	90	96	101	105
Zusammen	125	128	132	136	140
Mettmann, Kreis					
unter 3	13	12	12	11	11
3 – 6	10	10	9	9	8
6 – 10	13	13	12	11	10
10 – 18	21	21	20	19	18
ohne Kind	178	179	181	182	182
Zusammen	235	235	234	232	229
Rhein-Kreis Neuss					
unter 3	11	11	11	10	10
3 – 6	10	10	9	9	9
6 – 10	10	10	10	9	9
10 – 18	20	20	20	19	18
ohne Kind	147	149	154	158	160
Zusammen	199	201	204	205	205
Viersen, Kreis					
unter 3	8	7	7	7	7
3 – 6	7	7	6	6	6
6 – 10	9	9	8	8	7
10 – 18	13	14	14	13	12
ohne Kind	96	99	104	108	112
Zusammen	132	135	139	143	145

**Noch: 4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: **Regierungsbezirk Düsseldorf**

Wesel, Kreis

unter 3	11	11	10	10	10
3 – 6	9	9	8	8	8
6 – 10	12	11	11	10	9
10 – 18	24	24	23	21	20
ohne Kind	147	150	157	161	164
Zusammen	203	206	209	211	211

Regierungsbezirk Köln

Aachen, krfr. Stadt

unter 3	7	7	6	6	6
3 – 6	5	5	4	4	4
6 – 10	4	4	4	3	3
10 – 18	9	9	9	8	7
ohne Kind	111	110	111	112	113
Zusammen	136	134	134	133	133

Bonn, krfr. Stadt

unter 3	9	9	9	9	9
3 – 6	6	6	6	6	6
6 – 10	7	7	6	6	6
10 – 18	12	12	12	12	11
ohne Kind	124	125	128	131	135
Zusammen	157	158	160	163	166

Köln, krfr. Stadt

unter 3	25	24	23	23	22
3 – 6	18	18	17	17	16
6 – 10	20	20	19	18	18
10 – 18	36	36	35	34	32
ohne Kind	405	404	407	410	413
Zusammen	504	502	502	502	502

Leverkusen, krfr. Stadt

unter 3	4	4	4	4	4
3 – 6	3	3	3	3	2
6 – 10	4	3	3	3	3
10 – 18	6	6	6	6	5
ohne Kind	60	60	60	60	60
Zusammen	77	77	76	75	74

Aachen, Kreis

unter 3	8	8	8	8	7
3 – 6	6	6	6	5	5
6 – 10	8	8	8	7	7
10 – 18	14	14	14	13	12
ohne Kind	100	101	105	107	109
Zusammen	136	138	139	141	141

Düren, Kreis

unter 3	7	7	7	7	7
3 – 6	6	6	6	6	5
6 – 10	7	7	6	6	6
10 – 18	12	13	12	12	11
ohne Kind	84	87	91	95	99
Zusammen	117	119	123	126	129

Noch: **4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Rhein-Erft-Kreis					
unter 3	13	13	12	12	12
3 – 6	9	9	9	9	8
6 – 10	11	11	10	10	9
10 – 18	19	19	19	18	17
ohne Kind	149	152	159	164	168
Zusammen	200	204	209	213	215
Euskirchen, Kreis					
unter 3	5	5	4	5	5
3 – 6	4	4	3	3	3
6 – 10	5	5	5	5	4
10 – 18	9	9	9	9	8
ohne Kind	57	59	63	66	69
Zusammen	79	81	85	88	90
Heinsberg, Kreis					
unter 3	8	8	8	8	8
3 – 6	5	5	5	5	5
6 – 10	7	7	6	6	6
10 – 18	12	13	13	12	12
ohne Kind	70	73	78	83	87
Zusammen	102	105	110	114	117
Oberbergischer Kreis					
unter 3	7	7	7	7	7
3 – 6	7	6	6	6	6
6 – 10	8	8	7	7	7
10 – 18	14	14	14	14	13
ohne Kind	87	89	93	97	100
Zusammen	123	125	128	131	134
Rheinisch-Bergischer Kreis					
unter 3	7	7	7	7	6
3 – 6	7	7	6	6	6
6 – 10	7	7	7	6	6
10 – 18	11	11	11	11	10
ohne Kind	91	92	95	98	100
Zusammen	122	124	126	128	128
Rhein-Sieg-Kreis					
unter 3	16	16	16	16	16
3 – 6	13	13	13	13	13
6 – 10	15	15	15	15	15
10 – 18	26	27	27	27	26
ohne Kind	181	188	200	212	222
Zusammen	251	259	272	283	292
Regierungsbezirk Münster					
Bottrop, krfr. Stadt					
unter 3	3	3	2	2	2
3 – 6	2	2	2	2	2
6 – 10	3	3	3	3	2
10 – 18	5	5	5	5	5
ohne Kind	43	43	44	45	45
Zusammen	56	57	57	57	57

**Noch: 4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: Regierungsbezirk Münster

Gelsenkirchen, krfr. Stadt

unter 3	7	6	6	6	5
3 – 6	6	5	5	5	4
6 – 10	6	6	6	5	5
10 – 18	11	11	10	9	8
ohne Kind	105	103	102	100	98
Zusammen	135	132	129	125	121

Münster, krfr. Stadt

unter 3	7	6	6	6	6
3 – 6	4	4	4	4	4
6 – 10	5	5	5	5	4
10 – 18	10	10	10	10	9
ohne Kind	114	114	116	118	120
Zusammen	141	140	141	142	142

Borken, Kreis

unter 3	12	11	11	12	12
3 – 6	9	8	8	8	8
6 – 10	9	9	9	9	8
10 – 18	16	16	16	16	15
ohne Kind	97	101	107	114	120
Zusammen	143	146	152	158	163

Coesfeld, Kreis

unter 3	6	6	6	6	6
3 – 6	5	5	4	4	4
6 – 10	5	5	5	5	4
10 – 18	11	11	11	11	10
ohne Kind	58	60	65	68	72
Zusammen	85	87	91	94	97

Recklinghausen, Kreis

unter 3	17	16	15	15	14
3 – 6	13	12	12	11	11
6 – 10	15	15	13	13	12
10 – 18	31	31	29	27	25
ohne Kind	222	224	229	231	231
Zusammen	298	298	298	296	293

Steinfurt, Kreis

unter 3	13	13	12	13	13
3 – 6	10	10	9	9	9
6 – 10	11	11	11	10	10
10 – 18	21	22	23	22	21
ohne Kind	120	123	131	139	146
Zusammen	174	179	186	193	199

Warendorf, Kreis

unter 3	8	8	7	7	7
3 – 6	6	6	6	6	6
6 – 10	7	7	7	7	7
10 – 18	13	13	13	12	12
ohne Kind	81	83	87	90	93
Zusammen	116	117	120	122	124

Noch: **4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Detmold					
Bielefeld, krfr. Stadt					
unter 3	8	8	8	8	8
3 – 6	6	6	5	5	5
6 – 10	7	7	7	6	6
10 – 18	13	13	12	12	11
ohne Kind	128	127	127	127	128
Zusammen	162	160	159	158	158
Gütersloh, Kreis					
unter 3	11	11	11	12	12
3 – 6	7	7	7	7	7
6 – 10	9	10	10	9	9
10 – 18	15	15	16	16	15
ohne Kind	100	103	109	115	121
Zusammen	143	146	153	159	164
Herford, Kreis					
unter 3	7	7	7	7	7
3 – 6	5	5	5	5	5
6 – 10	6	6	6	6	6
10 – 18	12	12	12	11	11
ohne Kind	85	86	89	91	94
Zusammen	115	116	118	120	122
Höxter, Kreis					
unter 3	4	4	4	4	4
3 – 6	4	4	3	3	3
6 – 10	4	4	4	4	4
10 – 18	8	8	8	7	7
ohne Kind	44	45	47	48	50
Zusammen	64	64	65	66	67
Lippe, Kreis					
unter 3	10	10	10	10	10
3 – 6	7	7	6	6	6
6 – 10	10	10	10	10	9
10 – 18	15	15	15	15	14
ohne Kind	119	121	126	130	133
Zusammen	162	163	167	171	173
Minden-Lübbecke, Kreis					
unter 3	9	9	9	9	9
3 – 6	8	8	7	7	8
6 – 10	7	7	7	7	7
10 – 18	15	15	15	14	14
ohne Kind	106	109	114	118	123
Zusammen	144	147	152	156	161
Paderborn, Kreis					
unter 3	8	8	8	8	9
3 – 6	6	6	6	6	6
6 – 10	7	7	7	7	7
10 – 18	15	15	15	15	15
ohne Kind	87	90	96	102	108
Zusammen	124	127	133	139	144

**Noch: 4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Arnsberg					
Bochum, krfr. Stadt					
unter 3	9	8	8	7	7
3 – 6	7	7	7	6	6
6 – 10	8	8	7	7	6
10 – 18	16	16	15	14	12
ohne Kind	156	155	155	154	153
Zusammen	196	194	191	188	184
Dortmund, krfr. Stadt					
unter 3	15	15	15	15	14
3 – 6	12	11	11	11	10
6 – 10	13	13	13	12	12
10 – 18	24	24	23	22	21
ohne Kind	228	229	232	235	237
Zusammen	292	292	294	295	295
Hagen, krfr. Stadt					
unter 3	5	5	4	4	4
3 – 6	4	4	3	3	3
6 – 10	5	5	4	4	4
10 – 18	9	9	8	7	7
ohne Kind	74	73	71	70	67
Zusammen	97	95	91	88	84
Hamm, krfr. Stadt					
unter 3	5	5	5	5	4
3 – 6	4	4	3	3	3
6 – 10	5	5	4	4	4
10 – 18	8	8	8	7	7
ohne Kind	57	57	58	59	59
Zusammen	79	78	78	78	78
Herne, krfr. Stadt					
unter 3	4	4	4	4	3
3 – 6	4	4	3	3	3
6 – 10	4	4	4	3	3
10 – 18	7	7	7	6	6
ohne Kind	65	65	64	64	63
Zusammen	84	83	82	80	79
Ennepe-Ruhr-Kreis					
unter 3	9	8	8	8	7
3 – 6	7	6	6	6	5
6 – 10	8	8	7	7	6
10 – 18	16	16	15	14	13
ohne Kind	125	126	127	128	128
Zusammen	164	164	163	162	159
Hochsauerlandkreis					
unter 3	8	7	7	7	7
3 – 6	6	6	6	5	5
6 – 10	7	7	7	6	6
10 – 18	13	13	12	12	11
ohne Kind	87	88	90	92	93
Zusammen	121	121	122	122	122

Noch: **4. Haushalte in den kreisfreien Städten und Kreisen nach der Altersgruppe des jüngsten Kindes**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Jüngstes Kind im Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

Märkischer Kreis

unter 3	12	12	11	11	11
3 – 6	9	9	9	8	8
6 – 10	11	11	10	10	10
10 – 18	21	21	20	19	18
ohne Kind	150	151	155	158	160
Zusammen	203	204	206	207	207

Olpe, Kreis

unter 3	4	4	4	4	4
3 – 6	3	2	2	2	2
6 – 10	4	3	3	3	3
10 – 18	7	8	7	7	7
ohne Kind	39	40	42	43	44
Zusammen	57	57	59	60	60

Siegen-Wittgenstein, Kreis

unter 3	8	7	7	7	7
3 – 6	6	5	5	5	5
6 – 10	7	7	6	6	5
10 – 18	14	14	13	13	12
ohne Kind	90	90	92	93	93
Zusammen	124	124	124	123	122

Soest, Kreis

unter 3	9	8	8	8	8
3 – 6	6	6	6	6	6
6 – 10	7	7	7	7	6
10 – 18	14	15	14	14	13
ohne Kind	96	98	104	109	113
Zusammen	132	135	139	143	147

Unna, Kreis

unter 3	11	11	11	12	12
3 – 6	9	9	8	9	9
6 – 10	10	10	10	9	10
10 – 18	21	22	22	21	21
ohne Kind	135	139	148	155	162
Zusammen	186	191	199	207	213

Nordrhein-Westfalen

unter 3	474	460	448	444	435
3 – 6	366	357	339	328	320
6 – 10	425	422	400	379	364
10 – 18	787	791	769	733	690
ohne Kind	6 238	6 294	6 448	6 578	6 672
Insgesamt	8 290¹⁾	8 325	8 404	8 461	8 482

1) Die geringen Abweichungen bei der Gesamtzahl der Haushalte resultieren aus den unterschiedlichen zugrunde liegenden Quotengerüsten.

**5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt					
unter 60	72	71	70	69	69
60 – 90	117	116	114	113	112
90 – 120	54	54	53	53	52
120 und mehr	53	53	52	52	51
Zusammen	297	293	290	287	284
Duisburg, krfr. Stadt					
unter 60	52	51	50	50	48
60 – 90	91	90	88	86	84
90 – 120	45	44	43	42	41
120 und mehr	46	45	44	43	42
Zusammen	234	231	226	221	216
Essen, krfr. Stadt					
unter 60	66	65	63	62	60
60 – 90	112	110	107	105	102
90 – 120	54	53	52	50	49
120 und mehr	54	53	52	51	49
Zusammen	286	281	274	268	260
Krefeld, krfr. Stadt					
unter 60	24	24	23	23	22
60 – 90	42	41	41	40	39
90 – 120	21	20	20	19	19
120 und mehr	21	21	20	20	19
Zusammen	108	106	104	102	99
Mönchengladbach, krfr. Stadt					
unter 60	26	26	26	26	26
60 – 90	44	44	45	45	45
90 – 120	22	22	22	22	22
120 und mehr	23	23	23	23	23
Zusammen	115	115	115	116	115
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt					
unter 60	18	18	18	18	17
60 – 90	31	31	31	30	30
90 – 120	15	15	15	15	14
120 und mehr	16	16	15	15	14
Zusammen	81	80	79	78	76
Oberhausen, krfr. Stadt					
unter 60	23	22	22	22	22
60 – 90	39	38	38	38	37
90 – 120	19	19	18	18	18
120 und mehr	19	19	19	18	18
Zusammen	99	98	98	97	95
Remscheid, krfr. Stadt					
unter 60	14	13	13	13	13
60 – 90	22	22	22	22	21
90 – 120	11	11	11	10	10
120 und mehr	11	11	11	11	10
Zusammen	58	58	57	56	54

**Noch: 5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Solingen, krfr. Stadt					
unter 60	15	15	15	15	15
60 – 90	26	26	26	26	26
90 – 120	13	13	13	13	12
120 und mehr	13	13	13	13	12
Zusammen	68	67	67	66	65
Wuppertal, krfr. Stadt					
unter 60	39	38	37	36	35
60 – 90	67	65	63	61	59
90 – 120	32	32	31	29	28
120 und mehr	33	32	31	30	28
Zusammen	171	167	161	156	150
Kleve, Kreis					
unter 60	23	24	24	25	26
60 – 90	42	43	45	46	48
90 – 120	22	22	23	24	24
120 und mehr	23	24	25	25	25
Zusammen	110	113	117	121	123
Mettmann, Kreis					
unter 60	47	47	47	47	47
60 – 90	84	84	84	84	83
90 – 120	42	42	42	42	41
120 und mehr	44	44	44	43	42
Zusammen	217	218	217	216	213
Rhein-Kreis Neuss					
unter 60	41	42	42	43	44
60 – 90	73	74	75	76	77
90 – 120	37	37	38	38	38
120 und mehr	38	39	39	39	39
Zusammen	189	191	194	196	197
Viersen, Kreis					
unter 60	25	25	26	27	27
60 – 90	45	46	47	49	50
90 – 120	23	24	24	25	25
120 und mehr	24	25	25	26	26
Zusammen	117	119	123	126	128
Wesel, Kreis					
unter 60	38	39	39	40	40
60 – 90	71	71	73	74	74
90 – 120	37	37	38	38	38
120 und mehr	39	39	40	40	39
Zusammen	184	186	189	191	191
Regierungsbezirk Köln					
Aachen, krfr. Stadt					
unter 60	33	32	31	31	31
60 – 90	48	48	47	47	47
90 – 120	22	21	21	21	21
120 und mehr	21	21	21	20	20
Zusammen	123	122	120	119	119

**Noch: 5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Bonn, krfr. Stadt					
unter 60	36	36	37	38	38
60 – 90	56	56	57	58	59
90 – 120	26	26	26	26	27
120 und mehr	25	25	25	26	26
Zusammen	143	143	145	148	150
Köln, krfr. Stadt					
unter 60	118	116	116	116	116
60 – 90	186	185	184	184	184
90 – 120	86	86	85	85	85
120 und mehr	84	85	84	84	83
Zusammen	474	471	469	469	468
Leverkusen, krfr. Stadt					
unter 60	15	15	15	15	15
60 – 90	26	26	25	25	25
90 – 120	12	12	12	12	12
120 und mehr	13	13	12	12	12
Zusammen	66	66	65	65	63
Aachen, Kreis					
unter 60	25	25	26	26	26
60 – 90	45	46	46	47	47
90 – 120	23	23	23	24	24
120 und mehr	24	24	25	25	24
Zusammen	117	118	120	121	121
Düren, Kreis					
unter 60	22	23	23	24	25
60 – 90	41	42	43	45	46
90 – 120	21	22	23	23	24
120 und mehr	23	23	24	25	25
Zusammen	108	110	113	117	119
Rhein-Erft-Kreis					
unter 60	38	39	40	41	42
60 – 90	69	70	72	74	75
90 – 120	35	36	37	37	38
120 und mehr	37	38	39	39	39
Zusammen	180	183	187	191	194
Euskirchen, Kreis					
unter 60	14	14	15	16	16
60 – 90	27	27	29	30	31
90 – 120	14	14	15	15	16
120 und mehr	15	15	16	16	17
Zusammen	70	72	75	77	80
Heinsberg, Kreis					
unter 60	19	19	20	21	22
60 – 90	34	36	37	39	40
90 – 120	18	18	19	20	20
120 und mehr	19	20	20	21	21
Zusammen	90	93	97	100	103

**Noch: 5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche**

Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Köln					
Oberbergischer Kreis					
unter 60	25	25	26	27	27
60 – 90	44	45	46	47	48
90 – 120	22	23	23	24	24
120 und mehr	23	24	24	25	25
Zusammen	114	116	119	122	125
Rheinisch-Bergischer Kreis					
unter 60	24	24	25	26	26
60 – 90	44	44	45	46	47
90 – 120	23	23	23	24	24
120 und mehr	24	24	24	25	25
Zusammen	115	116	118	120	121
Rhein-Sieg-Kreis					
unter 60	48	49	52	54	56
60 – 90	85	88	93	97	101
90 – 120	44	45	47	49	51
120 und mehr	46	48	50	52	53
Zusammen	223	230	241	252	261
Regierungsbezirk Münster					
Bottrop, krfr. Stadt					
unter 60	11	11	11	11	11
60 – 90	20	20	20	20	20
90 – 120	10	10	10	10	10
120 und mehr	10	10	10	10	10
Zusammen	51	51	51	51	51
Gelsenkirchen, krfr. Stadt					
unter 60	28	27	26	26	25
60 – 90	49	48	46	45	44
90 – 120	24	24	23	22	21
120 und mehr	25	24	24	23	22
Zusammen	125	123	119	116	111
Münster, krfr. Stadt					
unter 60	35	34	34	34	34
60 – 90	51	50	50	50	50
90 – 120	23	23	23	23	23
120 und mehr	23	23	23	23	23
Zusammen	132	130	130	130	130
Borken, Kreis					
unter 60	28	28	29	31	32
60 – 90	50	52	54	56	58
90 – 120	26	27	28	29	30
120 und mehr	28	29	30	31	31
Zusammen	132	135	141	146	151
Coesfeld, Kreis					
unter 60	16	16	17	18	18
60 – 90	29	29	30	32	33
90 – 120	15	15	16	16	17
120 und mehr	15	16	17	17	17
Zusammen	75	77	80	82	85

**Noch: 5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Münster					
Recklinghausen, Kreis					
unter 60	59	59	59	59	58
60 – 90	105	105	105	105	104
90 – 120	53	53	53	53	52
120 und mehr	56	56	56	55	54
Zusammen	273	273	273	272	269
Steinfurt, Kreis					
unter 60	32	32	33	35	36
60 – 90	58	60	62	64	66
90 – 120	30	31	32	33	34
120 und mehr	32	33	34	35	36
Zusammen	152	156	162	168	173
Warendorf, Kreis					
unter 60	21	22	22	22	23
60 – 90	38	39	40	41	41
90 – 120	20	20	20	21	21
120 und mehr	21	21	21	22	22
Zusammen	100	101	104	106	107
Regierungsbezirk Detmold					
Bielefeld, krfr. Stadt					
unter 60	35	35	34	34	34
60 – 90	57	56	56	55	55
90 – 120	27	27	26	26	26
120 und mehr	27	27	27	26	26
Zusammen	146	145	143	142	141
Gütersloh, Kreis					
unter 60	28	28	30	31	32
60 – 90	50	51	53	55	57
90 – 120	26	26	27	28	29
120 und mehr	27	28	29	30	31
Zusammen	130	134	139	145	149
Herford, Kreis					
unter 60	24	24	25	25	25
60 – 90	41	42	42	43	44
90 – 120	21	21	21	21	22
120 und mehr	21	21	22	22	22
Zusammen	107	108	109	112	113
Höxter, Kreis					
unter 60	13	13	13	14	14
60 – 90	25	25	25	25	26
90 – 120	13	13	13	13	13
120 und mehr	14	14	14	14	14
Zusammen	65	65	66	66	67
Lippe, Kreis					
unter 60	33	33	34	35	35
60 – 90	57	57	59	60	61
90 – 120	29	29	30	30	31
120 und mehr	30	30	31	31	32
Zusammen	149	150	153	156	159

**Noch: 5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				
noch: Regierungsbezirk Detmold					
Minden-Lübbecke, Kreis					
unter 60	26	26	27	28	28
60 – 90	46	46	48	49	50
90 – 120	23	23	24	25	25
120 und mehr	24	24	25	26	26
Zusammen	118	120	123	127	130
Paderborn, Kreis					
unter 60	25	25	26	27	28
60 – 90	42	42	44	46	48
90 – 120	21	22	23	23	24
120 und mehr	22	23	24	25	26
Zusammen	110	112	117	122	126
Regierungsbezirk Arnberg					
Bochum, krfr. Stadt					
unter 60	42	42	41	40	39
60 – 90	71	70	69	68	67
90 – 120	34	34	33	33	32
120 und mehr	34	34	34	33	32
Zusammen	182	180	177	173	170
Dortmund, krfr. Stadt					
unter 60	67	67	67	68	67
60 – 90	110	110	110	111	111
90 – 120	52	52	53	53	53
120 und mehr	53	53	53	53	53
Zusammen	281	282	283	285	285
Hagen, krfr. Stadt					
unter 60	21	20	20	19	18
60 – 90	36	35	34	33	32
90 – 120	18	17	17	16	15
120 und mehr	18	18	17	16	15
Zusammen	93	91	87	84	80
Hamm, krfr. Stadt					
unter 60	17	17	17	17	17
60 – 90	31	31	31	31	31
90 – 120	16	16	16	16	15
120 und mehr	16	16	16	16	16
Zusammen	80	80	80	80	79
Herne, krfr. Stadt					
unter 60	16	16	16	15	15
60 – 90	29	28	28	27	26
90 – 120	14	14	14	13	13
120 und mehr	14	14	14	14	13
Zusammen	73	72	71	69	68
Ennepe-Ruhr-Kreis					
unter 60	35	35	35	35	34
60 – 90	62	61	61	61	60
90 – 120	30	30	30	30	29
120 und mehr	31	31	31	30	30
Zusammen	159	158	157	156	153

**Noch: 5. Bedarf an bewohnten Wohneinheiten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Größe der Wohnfläche
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Bewohnte Wohneinheiten				
	2002	2005	2010	2015	2020
	1 000				

noch: Regierungsbezirk Arnsberg

Hochsauerlandkreis

unter 60	24	24	24	24	24
60 – 90	44	44	44	44	44
90 – 120	22	22	22	22	22
120 und mehr	23	23	23	23	23
Zusammen	113	113	113	114	114

Märkischer Kreis

unter 60	39	40	40	41	41
60 – 90	71	71	72	73	73
90 – 120	36	36	37	37	37
120 und mehr	38	38	38	38	38
Zusammen	184	185	187	188	188

Olpe, Kreis

unter 60	11	11	11	11	11
60 – 90	20	20	20	21	21
90 – 120	10	11	11	11	11
120 und mehr	11	11	12	12	12
Zusammen	52	53	54	55	55

Siegen-Wittgenstein, Kreis

unter 60	25	25	25	25	25
60 – 90	46	46	46	45	45
90 – 120	23	23	23	23	23
120 und mehr	25	25	24	24	24
Zusammen	120	119	118	118	116

Soest, Kreis

unter 60	25	25	26	27	27
60 – 90	44	45	46	48	49
90 – 120	22	23	24	24	25
120 und mehr	24	24	25	25	26
Zusammen	115	117	121	124	127

Unna, Kreis

unter 60	36	37	39	41	43
60 – 90	66	68	71	74	77
90 – 120	33	34	36	37	38
120 und mehr	35	36	37	39	39
Zusammen	171	176	183	191	197

Nordrhein-Westfalen

unter 60	1 715	1 714	1 725	1 744	1 747
60 – 90	2 959	2 966	2 988	3 014	3 028
90 – 120	1 463	1 472	1 481	1 487	1 487
120 und mehr	1 506	1 518	1 528	1 530	1 523
Insgesamt	7 643	7 670	7 722	7 775	7 785

**6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
Regierungsbezirk Düsseldorf						
Düsseldorf, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	14	13	14	13	12
	b	53,8	49,4	49,1	48,8	49,2
25 – 40	a	64	62	53	52	54
	b	92,2	93,0	92,4	92,1	92,2
40 – 55	a	54	58	63	60	52
	b	94,8	93,7	93,6	93,2	92,9
55 – 65	a	25	20	19	21	24
	b	62,3	60,5	63,4	64,1	64,6
Weiblich						
15 – 25	a	11	12	13	13	12
	b	44,7	43,1	44,4	45,8	45,2
25 – 40	a	52	51	46	47	49
	b	76,4	75,5	76,2	77,1	78,3
40 – 55	a	47	49	55	55	50
	b	76,7	77,6	80,4	83,0	83,3
55 – 65	a	16	15	15	15	17
	b	39,8	40,6	42,7	42,8	43,4
Zusammen	a	283	281	277	276	271
	b	73,2	73,0	74,0	74,2	73,9
Duisburg, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	13	15	16	16	15
	b	55,0	54,8	56,9	60,7	63,0
25 – 40	a	53	46	39	37	38
	b	91,4	90,7	89,7	88,9	88,4
40 – 55	a	48	51	53	49	41
	b	90,9	90,9	90,9	90,6	90,3
55 – 65	a	14	13	14	16	17
	b	42,1	44,4	49,7	49,5	49,3
Weiblich						
15 – 25	a	9	10	12	12	11
	b	38,2	38,0	40,7	44,3	46,4
25 – 40	a	37	32	28	28	29
	b	67,9	65,7	65,2	64,9	64,9
40 – 55	a	34	36	36	33	29
	b	64,4	65,2	64,9	64,2	64,1
55 – 65	a	9	9	12	13	14
	b	26,5	30,9	41,5	40,1	40,1
Zusammen	a	218	213	211	204	194
	b	65,3	65,6	66,7	66,1	65,7
Essen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	16	15	16	15	13
	b	53,4	49,5	50,1	51,5	51,6
25 – 40	a	58	52	45	44	45
	b	91,3	90,4	88,9	87,7	87,0
40 – 55	a	56	59	60	54	47
	b	92,1	90,6	89,8	89,1	88,8
55 – 65	a	19	18	20	21	23
	b	47,5	51,9	57,8	57,4	57,4
Weiblich						
15 – 25	a	12	12	11	10	8
	b	42,0	39,6	36,6	34,0	33,9
25 – 40	a	46	41	36	36	37
	b	72,7	73,1	73,5	73,8	74,3
40 – 55	a	48	52	53	48	42
	b	73,8	80,4	80,3	80,0	79,8
55 – 65	a	14	14	17	20	21
	b	33,2	37,9	47,6	52,1	51,8
Zusammen	a	268	265	258	249	236
	b	68,4	70,0	70,7	70,3	69,9

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: **Regierungsbezirk Düsseldorf**

Krefeld, krfr. Stadt

Männlich					
15 – 25	a	5	6	6	7
	b	47,7	46,6	48,0	52,4
25 – 40	a	20	21	17	17
	b	90,9	91,6	90,3	89,5
40 – 55	a	28	26	27	25
	b	93,7	94,9	95,5	95,5
55 – 65	a	9	7	7	8
	b	53,3	51,1	53,7	54,2
Weiblich					
15 – 25	a	4	5	6	6
	b	36,2	41,8	44,9	49,4
25 – 40	a	16	15	13	13
	b	65,4	66,6	68,3	69,3
40 – 55	a	21	20	22	20
	b	74,7	74,7	76,7	78,6
55 – 65	a	5	5	5	5
	b	32,8	31,2	32,9	32,7
Zusammen	a	108	106	103	100
	b	68,0	68,2	69,4	69,6

Mönchengladbach, krfr. Stadt

Männlich					
15 – 25	a	7	8	8	9
	b	45,2	50,8	52,8	55,4
25 – 40	a	24	23	20	21
	b	89,9	88,7	89,7	89,8
40 – 55	a	27	26	28	26
	b	91,2	90,0	89,8	89,2
55 – 65	a	8	8	9	10
	b	48,5	53,4	57,0	57,3
Weiblich					
15 – 25	a	6	6	7	7
	b	42,4	42,5	42,8	43,3
25 – 40	a	17	17	15	15
	b	65,5	66,9	65,8	64,4
40 – 55	a	21	21	22	20
	b	71,2	71,4	70,8	70,5
55 – 65	a	6	5	5	6
	b	31,6	30,4	33,1	32,5
Zusammen	a	115	115	114	112
	b	65,8	66,9	67,0	66,2

Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt

Männlich					
15 – 25	a	3	4	4	4
	b	47,7	42,9	43,7	44,9
25 – 40	a	17	15	12	12
	b	95,1	93,7	93,1	92,7
40 – 55	a	15	18	18	16
	b	91,8	91,6	91,4	90,8
55 – 65	a	7	6	6	7
	b	54,6	60,0	63,7	63,3
Weiblich					
15 – 25	a	3	3	3	3
	b	42,8	39,3	39,9	41,3
25 – 40	a	12	12	11	11
	b	69,6	73,6	78,8	78,8
40 – 55	a	13	15	16	14
	b	74,1	77,6	77,6	76,8
55 – 65	a	4	5	5	5
	b	29,8	40,1	46,1	45,0
Zusammen	a	76	77	76	73
	b	68,1	70,7	71,8	71,0

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht		Erwerbspersonen				
Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		2002	2005	2010	2015	2020
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf						
Oberhausen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	5	7	8	7	7
	b	51,7	54,7	57,8	60,5	60,8
25 – 40	a	23	20	17	16	17
	b	90,9	91,1	90,8	90,6	90,6
40 – 55	a	21	23	23	21	17
	b	91,4	89,3	89,0	88,3	88,5
55 – 65	a	5	5	6	7	8
	b	36,2	42,3	47,5	48,3	51,0
Weiblich						
15 – 25	a	3	5	5	5	4
	b	36,5	39,7	40,0	41,4	41,6
25 – 40	a	18	16	14	14	14
	b	70,4	74,2	73,8	73,6	73,6
40 – 55	a	17	20	21	19	16
	b	67,8	76,5	79,7	79,2	79,1
55 – 65	a	3	4	6	6	7
	b	24,6	33,1	41,3	40,0	39,8
Zusammen	a	96	99	98	95	90
	b	65,8	68,7	69,8	69,0	68,7
Remscheid, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	5	4	4	4	4
	b	62,6	57,9	58,8	60,3	60,2
25 – 40	a	12	11	9	9	9
	b	98,3	97,5	97,0	96,6	96,5
40 – 55	a	11	12	12	11	9
	b	95,5	93,7	93,3	93,0	93,2
55 – 65	a	5	4	4	5	5
	b	64,8	60,9	64,3	65,5	66,3
Weiblich						
15 – 25	a	3	3	4	3	3
	b	47,6	50,5	51,0	52,1	51,7
25 – 40	a	7	7	6	6	7
	b	62,3	65,7	66,0	67,0	67,5
40 – 55	a	8	9	10	9	8
	b	70,2	72,4	73,4	75,8	76,2
55 – 65	a	3	4	4	4	5
	b	38,4	50,6	55,2	55,2	55,5
Zusammen	a	54	54	53	52	50
	b	71,1	72,1	73,0	73,5	73,2
Solingen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	6	6	6	6	6
	b	69,9	61,8	62,6	63,8	65,2
25 – 40	a	16	16	13	13	14
	b	94,6	96,4	96,1	95,9	95,9
40 – 55	a	16	17	18	17	14
	b	94,5	92,3	92,6	93,2	93,0
55 – 65	a	7	6	6	7	8
	b	65,0	62,5	68,6	69,7	69,2
Weiblich						
15 – 25	a	4	4	4	4	4
	b	46,5	45,4	46,5	47,8	48,2
25 – 40	a	13	13	11	11	12
	b	76,0	81,4	79,6	78,9	79,3
40 – 55	a	11	14	16	15	13
	b	75,5	77,3	78,9	80,8	80,8
55 – 65	a	4	5	5	6	6
	b	37,7	47,9	51,8	52,5	52,7
Zusammen	a	76	80	79	79	76
	b	74,3	75,3	76,1	76,2	75,7

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: **Regierungsbezirk Düsseldorf**

Wuppertal, krfr. Stadt

Männlich						
15 – 25	a	9	10	10	10	9
	b	42,1	47,3	49,9	53,3	55,0
25 – 40	a	33	32	26	26	27
	b	90,9	91,1	90,0	89,7	89,8
40 – 55	a	38	36	37	33	26
	b	93,9	93,1	92,9	92,4	92,2
55 – 65	a	14	13	12	13	15
	b	58,1	60,6	63,0	64,6	64,2
Weiblich						
15 – 25	a	8	8	8	8	7
	b	37,9	38,8	40,0	40,8	41,1
25 – 40	a	26	27	23	22	23
	b	74,5	76,6	75,4	74,6	74,8
40 – 55	a	28	29	30	27	23
	b	72,1	73,5	73,3	72,7	72,6
55 – 65	a	7	7	7	8	9
	b	28,9	31,9	35,5	35,2	35,7
Zusammen						
	a	162	162	154	147	138
	b	67,6	69,4	69,7	69,3	68,8

Kleve, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	8	10	11	11	10
	b	48,1	53,1	54,1	55,8	56,1
25 – 40	a	29	29	25	26	28
	b	95,0	95,3	94,3	93,7	93,8
40 – 55	a	31	35	38	36	31
	b	97,4	96,8	96,8	96,5	96,4
55 – 65	a	11	11	13	15	18
	b	55,6	62,2	72,0	71,4	71,7
Weiblich						
15 – 25	a	7	8	9	9	9
	b	46,6	45,5	47,1	49,2	50,1
25 – 40	a	21	22	20	20	22
	b	68,5	73,9	76,0	75,2	75,5
40 – 55	a	25	27	30	29	25
	b	73,5	77,8	77,8	77,8	77,3
55 – 65	a	5	5	8	9	10
	b	27,8	32,3	41,2	40,1	40,6
Zusammen						
	a	138	147	154	156	154
	b	69,9	73,0	74,3	73,7	73,3

Mettmann, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	14	14	15	15	14
	b	55,3	51,2	54,4	57,2	57,7
25 – 40	a	46	47	39	38	39
	b	95,3	95,8	95,1	94,9	95,0
40 – 55	a	48	54	58	54	46
	b	95,5	95,5	95,5	95,5	95,5
55 – 65	a	20	18	18	20	22
	b	54,7	56,0	62,8	63,5	63,7
Weiblich						
15 – 25	a	10	11	12	12	12
	b	38,9	41,3	43,9	47,4	50,6
25 – 40	a	33	35	31	31	33
	b	68,3	71,0	72,7	74,6	76,9
40 – 55	a	40	45	50	47	42
	b	74,1	77,1	80,9	80,6	80,9
55 – 65	a	12	12	13	14	16
	b	30,5	34,2	39,6	40,7	42,3
Zusammen						
	a	224	235	235	232	224
	b	68,1	70,6	73,3	73,5	73,6

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf						
Rhein-Kreis Neuss						
Männlich						
15 – 25	a	10	11	12	11	10
	b	45,8	46,1	45,1	44,6	43,5
25 – 40	a	43	42	36	35	37
	b	94,3	93,9	93,2	92,9	92,9
40 – 55	a	47	49	53	49	42
	b	94,4	95,3	95,1	94,9	94,4
55 – 65	a	17	16	17	20	23
	b	53,9	58,9	67,1	69,8	69,9
Weiblich						
15 – 25	a	9	10	11	11	10
	b	41,4	40,6	43,3	43,8	44,4
25 – 40	a	34	34	30	30	31
	b	71,5	75,4	75,3	75,1	75,0
40 – 55	a	36	38	43	42	38
	b	71,0	73,5	75,9	78,5	79,7
55 – 65	a	9	9	11	14	15
	b	29,9	33,2	40,5	44,5	45,2
Zusammen	a	206	210	212	213	207
	b	68,6	70,5	72,0	72,6	72,2
Viersen, Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	8	8	9	9	9
	b	45,3	46,0	46,6	48,1	48,8
25 – 40	a	28	28	24	24	27
	b	94,7	93,7	93,1	92,8	92,9
40 – 55	a	32	35	39	37	31
	b	95,4	96,2	96,3	96,5	96,7
55 – 65	a	11	10	11	14	16
	b	55,1	57,4	63,2	64,8	66,5
Weiblich						
15 – 25	a	6	6	7	7	6
	b	39,2	38,0	36,2	38,3	38,6
25 – 40	a	25	25	22	23	24
	b	76,5	81,1	83,8	83,7	83,7
40 – 55	a	26	28	32	31	28
	b	75,4	77,4	80,2	81,1	81,1
55 – 65	a	6	7	9	10	12
	b	30,3	36,3	47,3	46,4	47,4
Zusammen	a	141	146	152	155	153
	b	70,2	72,4	74,0	73,8	73,6
Wesel, Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	12	14	15	15	13
	b	48,6	49,3	51,8	54,1	54,9
25 – 40	a	47	43	36	36	38
	b	94,7	93,7	93,0	92,7	92,9
40 – 55	a	47	51	54	49	41
	b	90,1	90,7	90,4	89,7	89,1
55 – 65	a	14	14	15	18	20
	b	45,9	52,0	53,7	53,3	53,1
Weiblich						
15 – 25	a	11	12	13	12	11
	b	43,3	45,2	46,2	47,7	47,8
25 – 40	a	33	34	29	29	30
	b	70,5	73,9	72,7	71,5	71,2
40 – 55	a	37	40	43	40	35
	b	67,0	70,3	71,9	70,5	69,8
55 – 65	a	8	8	10	11	12
	b	25,7	29,5	31,9	30,8	31,0
Zusammen	a	209	217	216	211	201
	b	66,5	68,6	68,5	67,2	66,3

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
Regierungsbezirk Köln						
Aachen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	4	3	3	3	3
	b	27,5	22,0	22,8	23,5	24,2
25 – 40	a	31	26	22	22	22
	b	85,8	86,7	87,5	89,0	90,3
40 – 55	a	21	29	32	29	23
	b	94,8	93,8	94,4	95,0	94,9
55 – 65	a	8	7	7	9	12
	b	52,2	55,7	57,7	58,3	58,7
Weiblich						
15 – 25	a	7	5	5	5	5
	b	40,0	38,7	38,8	39,7	40,2
25 – 40	a	18	19	17	17	18
	b	67,4	70,8	71,8	73,2	73,3
40 – 55	a	17	20	21	20	17
	b	72,4	73,8	73,7	73,4	73,3
55 – 65	a	5	5	5	6	8
	b	31,2	33,6	39,3	41,6	45,4
Zusammen	a	110	114	113	112	108
	b	64,7	67,7	68,5	68,4	67,9
Bonn, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	4	6	6	6	6
	b	30,6	35,1	34,1	33,6	33,2
25 – 40	a	32	32	29	30	32
	b	86,7	87,8	86,6	86,2	86,4
40 – 55	a	28	33	36	34	30
	b	94,1	94,4	94,3	94,2	94,4
55 – 65	a	10	9	10	11	14
	b	64,3	60,7	63,3	63,7	64,2
Weiblich						
15 – 25	a	8	8	8	8	8
	b	46,4	43,8	45,1	44,7	44,3
25 – 40	a	27	27	26	28	30
	b	72,5	74,2	73,7	76,1	76,4
40 – 55	a	23	26	27	26	24
	b	74,7	74,1	72,0	70,2	70,9
55 – 65	a	6	6	6	7	9
	b	34,0	35,8	38,8	38,5	39,2
Zusammen	a	139	147	149	151	151
	b	69,5	70,1	69,8	69,2	68,8
Köln, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	24	23	25	25	24
	b	48,4	47,7	48,4	49,7	50,1
25 – 40	a	106	108	94	93	97
	b	90,6	90,8	90,3	90,1	90,2
40 – 55	a	98	99	110	106	94
	b	93,9	93,5	93,4	93,2	92,9
55 – 65	a	32	31	29	33	38
	b	54,3	55,1	57,8	59,0	59,1
Weiblich						
15 – 25	a	20	23	24	25	25
	b	42,0	44,2	46,7	49,3	51,8
25 – 40	a	88	90	86	86	88
	b	72,5	76,1	80,7	80,5	80,4
40 – 55	a	74	80	92	89	81
	b	73,4	76,2	80,6	79,6	78,8
55 – 65	a	21	23	27	29	33
	b	35,6	39,7	49,2	49,1	50,2
Zusammen	a	462	477	487	486	479
	b	70,3	72,0	74,8	74,6	74,1

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
noch: Regierungsbezirk Köln						
Leverkusen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	4	4	5	5	4
	b	60,8	50,0	53,0	53,8	55,6
25 – 40	a	18	15	12	12	13
	b	93,2	93,1	92,1	91,7	91,9
40 – 55	a	17	17	18	16	14
	b	94,6	95,0	94,9	94,9	94,6
55 – 65	a	5	5	5	6	7
	b	50,6	51,1	57,9	59,8	59,9
Weiblich						
15 – 25	a	3	5	5	5	4
	b	50,1	55,4	55,7	56,5	57,0
25 – 40	a	13	12	10	10	11
	b	68,2	73,9	73,5	73,1	73,1
40 – 55	a	11	13	14	14	12
	b	72,8	73,4	75,1	77,5	78,0
55 – 65	a	3	3	3	4	4
	b	26,7	32,6	36,2	36,1	36,5
Zusammen	a	74	73	72	72	69
	b	70,1	70,7	72,1	72,0	71,3
Aachen, Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	7	9	9	9	9
	b	46,7	48,4	49,6	50,7	51,4
25 – 40	a	28	28	24	24	25
	b	96,0	94,2	94,5	94,7	94,8
40 – 55	a	28	32	34	31	26
	b	90,3	90,5	90,5	90,4	90,1
55 – 65	a	10	9	10	12	14
	b	46,9	51,7	56,6	57,2	58,5
Weiblich						
15 – 25	a	6	7	8	8	7
	b	38,9	42,6	42,7	43,1	43,2
25 – 40	a	19	20	17	17	18
	b	68,5	66,4	64,4	62,8	61,4
40 – 55	a	22	24	26	25	22
	b	65,1	69,8	69,9	70,1	68,7
55 – 65	a	6	5	6	7	7
	b	26,7	29,3	31,4	30,8	30,9
Zusammen	a	126	135	134	133	127
	b	64,4	67,1	66,9	65,9	64,8
Düren, Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	7	8	8	8	7
	b	44,5	50,1	49,7	51,4	51,6
25 – 40	a	25	27	23	23	23
	b	97,3	95,9	95,7	95,6	95,6
40 – 55	a	27	30	33	31	28
	b	88,7	90,5	90,3	89,4	88,9
55 – 65	a	10	8	9	11	12
	b	50,2	51,4	54,9	54,0	54,3
Weiblich						
15 – 25	a	6	7	8	8	8
	b	51,1	46,9	48,2	49,3	50,0
25 – 40	a	16	20	19	20	21
	b	62,7	71,7	73,9	73,6	73,4
40 – 55	a	22	23	25	24	22
	b	70,5	72,7	72,8	73,1	72,8
55 – 65	a	3	4	5	5	6
	b	18,0	26,6	28,4	27,8	27,8
Zusammen	a	116	127	130	130	127
	b	65,1	69,6	69,6	68,5	67,6

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: **Regierungsbezirk Köln**

Rhein-Erft-Kreis

Männlich					
15 – 25	a	12	14	14	14
	b	54,6	51,8	52,1	52,5
25 – 40	a	44	45	39	38
	b	94,7	95,0	94,6	94,5
40 – 55	a	46	51	55	52
	b	93,3	93,3	93,3	92,7
55 – 65	a	16	15	16	17
	b	48,1	53,3	56,1	56,0
Weiblich					
15 – 25	a	8	11	12	12
	b	42,5	45,1	47,6	47,8
25 – 40	a	35	33	30	30
	b	71,2	69,5	69,5	69,4
40 – 55	a	34	38	44	43
	b	66,7	71,0	75,0	75,5
55 – 65	a	9	8	9	10
	b	26,0	28,6	30,2	29,6
Zusammen	a	204	216	219	218
	b	67,3	69,1	70,1	69,3

Euskirchen, Kreis

Männlich					
15 – 25	a	5	6	6	6
	b	43,4	47,7	46,6	45,8
25 – 40	a	17	18	16	17
	b	95,9	95,0	94,6	94,6
40 – 55	a	23	22	24	23
	b	95,9	95,9	96,3	96,4
55 – 65	a	6	5	6	7
	b	48,0	50,2	51,8	49,0
Weiblich					
15 – 25	a	3	4	5	5
	b	33,3	38,9	40,1	41,4
25 – 40	a	12	13	11	12
	b	68,3	68,1	68,5	68,7
40 – 55	a	17	16	17	17
	b	72,7	71,2	71,2	71,0
55 – 65	a	3	3	3	4
	b	27,0	26,6	28,6	27,9
Zusammen	a	86	87	89	90
	b	67,2	68,4	68,0	66,6

Heinsberg, Kreis

Männlich					
15 – 25	a	7	9	10	10
	b	54,2	53,6	55,8	58,0
25 – 40	a	22	24	21	22
	b	95,0	94,1	93,7	94,0
40 – 55	a	24	28	30	29
	b	92,9	92,1	91,8	90,9
55 – 65	a	7	6	7	9
	b	43,6	45,2	48,7	47,5
Weiblich					
15 – 25	a	5	8	9	9
	b	39,7	50,5	50,9	52,5
25 – 40	a	15	16	15	16
	b	62,2	63,4	64,5	65,3
40 – 55	a	15	19	22	21
	b	57,5	63,4	68,3	68,3
55 – 65	a	3	3	4	5
	b	20,5	23,9	25,9	25,4
Zusammen	a	101	112	118	120
	b	62,5	66,3	67,3	66,4

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
noch: Regierungsbezirk Köln						
Oberbergischer Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	8	10	10	10	9
	b	50,4	52,1	52,8	53,3	53,5
25 – 40	a	26	27	25	26	27
	b	92,4	91,3	90,7	90,5	90,6
40 – 55	a	28	30	33	32	29
	b	94,0	93,5	93,4	93,1	92,9
55 – 65	a	11	9	10	12	15
	b	59,2	59,3	64,9	65,7	67,0
Weiblich						
15 – 25	a	6	8	8	9	9
	b	36,9	42,6	46,0	49,2	52,1
25 – 40	a	24	24	22	23	24
	b	76,6	82,6	81,9	81,8	82,0
40 – 55	a	21	23	25	24	21
	b	73,5	72,8	72,7	72,4	72,1
55 – 65	a	6	5	6	7	8
	b	33,2	34,6	38,9	37,7	37,7
Zusammen	a	130	136	140	142	142
	b	69,9	71,5	72,4	72,1	72,1
Rheinisch-Bergischer Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	6	8	8	8	8
	b	52,5	50,9	51,2	52,2	53,2
25 – 40	a	27	24	21	21	22
	b	94,2	93,8	93,4	93,3	93,5
40 – 55	a	28	30	33	31	27
	b	94,7	95,1	95,4	94,9	94,5
55 – 65	a	12	10	10	12	14
	b	58,1	62,0	65,2	65,5	65,5
Weiblich						
15 – 25	a	5	7	8	8	7
	b	46,9	48,2	49,2	50,0	51,0
25 – 40	a	20	21	18	18	19
	b	74,4	76,1	76,1	76,2	76,2
40 – 55	a	22	25	29	29	26
	b	72,5	76,6	79,8	82,9	83,9
55 – 65	a	8	8	9	10	12
	b	41,5	45,4	50,5	51,3	52,7
Zusammen	a	130	133	135	137	135
	b	71,8	73,3	74,7	74,9	74,6
Rhein-Sieg-Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	15	18	20	21	20
	b	50,1	50,2	52,4	55,2	55,6
25 – 40	a	53	55	49	51	55
	b	92,8	92,0	90,9	90,6	90,5
40 – 55	a	62	66	74	72	65
	b	95,3	95,4	95,2	94,9	95,0
55 – 65	a	23	20	22	26	30
	b	52,1	56,6	63,3	63,3	63,5
Weiblich						
15 – 25	a	10	13	14	14	14
	b	37,3	37,8	38,2	38,9	39,4
25 – 40	a	44	45	42	44	47
	b	73,9	74,2	75,8	75,4	75,5
40 – 55	a	51	57	64	63	58
	b	76,1	82,6	82,6	82,2	81,8
55 – 65	a	13	11	13	15	18
	b	30,1	31,3	34,9	35,7	35,9
Zusammen	a	271	285	298	307	307
	b	68,7	71,4	72,5	72,0	71,2

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
Regierungsbezirk Münster						
Bottrop, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	2	3	3	3	3
	b	34,9	43,8	44,8	46,1	46,4
25 – 40	a	11	11	10	10	10
	b	93,9	94,7	94,3	94,1	94,1
40 – 55	a	11	12	12	11	10
	b	86,9	84,0	83,5	82,1	81,5
55 – 65	a	4	3	3	4	4
	b	42,5	45,1	46,7	46,4	45,9
Weiblich						
15 – 25	a	3	3	3	3	3
	b	42,6	44,2	46,7	49,4	49,3
25 – 40	a	8	8	7	7	7
	b	63,2	66,0	66,3	66,7	67,2
40 – 55	a	8	10	10	9	8
	b	65,2	68,6	68,6	68,4	68,8
55 – 65	a	2	2	3	3	3
	b	20,6	32,2	36,5	34,0	34,2
Zusammen	a	49	52	52	51	49
	b	61,7	65,4	65,3	64,3	64,0
Gelsenkirchen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	7	7	8	7	6
	b	53,0	47,8	47,8	48,4	48,2
25 – 40	a	24	24	20	20	20
	b	89,0	89,4	89,6	89,7	89,6
40 – 55	a	27	26	26	24	20
	b	88,8	86,0	86,3	86,6	87,5
55 – 65	a	7	5	5	5	5
	b	35,2	34,8	32,8	30,1	30,2
Weiblich						
15 – 25	a	5	7	7	7	6
	b	43,1	45,7	46,7	49,5	52,0
25 – 40	a	16	16	14	13	14
	b	61,4	62,0	61,7	61,3	61,4
40 – 55	a	19	19	20	18	15
	b	62,7	63,3	65,7	64,0	63,0
55 – 65	a	4	3	4	4	4
	b	19,4	22,2	23,5	23,0	22,8
Zusammen	a	109	108	104	98	92
	b	60,8	62,0	61,7	60,3	59,5
Münster, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	7	6	6	6	6
	b	42,4	38,2	38,4	39,0	39,7
25 – 40	a	28	28	24	24	25
	b	83,3	85,8	85,1	85,6	86,5
40 – 55	a	23	26	28	27	23
	b	93,6	91,5	91,0	91,4	91,6
55 – 65	a	11	8	8	9	11
	b	59,1	60,4	63,2	62,8	63,4
Weiblich						
15 – 25	a	9	9	11	12	11
	b	44,0	49,0	60,4	60,8	61,7
25 – 40	a	23	26	23	23	24
	b	73,1	75,5	77,6	77,7	77,7
40 – 55	a	21	24	28	27	23
	b	79,8	82,4	82,6	81,9	80,6
55 – 65	a	8	5	5	6	8
	b	37,2	34,7	39,2	38,2	38,6
Zusammen	a	130	131	134	135	132
	b	67,2	71,0	72,8	72,0	71,2

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: Regierungsbezirk Münster

Borken, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	10	13	14	14	13
	b	55,3	51,1	51,6	53,2	53,8
25 – 40	a	43	38	33	33	36
	b	93,7	94,4	94,0	94,0	94,0
40 – 55	a	34	40	45	44	39
	b	95,4	96,1	95,9	95,3	95,1
55 – 65	a	11	10	12	14	16
	b	56,2	55,8	58,5	57,8	58,2
Weiblich						
15 – 25	a	11	12	12	12	11
	b	53,5	49,5	47,2	48,0	48,3
25 – 40	a	29	28	27	28	30
	b	73,8	75,0	79,4	79,3	79,4
40 – 55	a	27	29	34	34	30
	b	76,0	75,0	75,8	76,2	76,1
55 – 65	a	6	6	7	9	11
	b	29,3	32,8	37,3	37,9	39,4
Zusammen	a	171	175	183	188	187
	b	73,0	72,4	72,9	72,3	71,8

Coesfeld, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	8	8	9	9	8
	b	56,6	55,5	57,0	58,7	60,3
25 – 40	a	20	20	18	18	19
	b	91,5	92,4	90,8	89,8	89,5
40 – 55	a	22	24	27	26	23
	b	96,3	95,0	95,2	95,4	95,3
55 – 65	a	8	7	8	9	11
	b	61,4	60,2	62,9	61,8	62,0
Weiblich						
15 – 25	a	7	6	7	7	7
	b	51,5	48,0	48,5	49,9	51,2
25 – 40	a	16	15	14	14	15
	b	68,3	68,8	69,4	69,9	69,8
40 – 55	a	17	18	21	20	18
	b	69,2	72,0	73,2	73,9	74,5
55 – 65	a	5	6	7	8	10
	b	36,8	49,5	54,6	53,2	52,4
Zusammen	a	102	105	109	112	110
	b	70,4	72,2	72,7	72,2	71,8

Recklinghausen, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	19	19	19	18	16
	b	49,2	50,5	49,9	50,4	49,6
25 – 40	a	60	57	49	47	48
	b	90,5	90,3	89,3	88,9	88,8
40 – 55	a	65	66	69	64	56
	b	89,6	87,9	88,5	89,3	90,1
55 – 65	a	18	16	18	20	21
	b	40,7	42,6	45,1	44,4	44,0
Weiblich						
15 – 25	a	14	14	14	13	12
	b	40,2	38,6	37,2	38,3	38,6
25 – 40	a	45	47	42	42	44
	b	70,1	74,7	76,3	76,1	76,2
40 – 55	a	47	54	56	52	45
	b	66,3	72,1	72,1	72,3	71,9
55 – 65	a	11	12	16	18	19
	b	24,3	30,7	40,1	38,7	38,2
Zusammen	a	278	285	282	274	261
	b	63,9	66,8	67,2	66,4	65,8

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: Regierungsbezirk Münster

Steinfurt, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	13	15	16	17	16
	b	51,2	51,0	52,0	52,9	53,9
25 – 40	a	45	46	40	42	45
	b	95,5	95,9	96,2	96,1	96,1
40 – 55	a	46	47	54	53	47
	b	94,5	94,0	93,7	93,1	92,9
55 – 65	a	12	12	13	16	19
	b	48,0	51,5	54,8	54,4	54,7
Weiblich						
15 – 25	a	9	11	13	13	12
	b	36,7	42,7	43,4	44,1	44,9
25 – 40	a	34	34	30	31	34
	b	74,6	74,6	74,9	75,0	74,9
40 – 55	a	35	38	45	45	41
	b	75,0	79,3	82,3	82,7	82,5
55 – 65	a	6	7	8	10	12
	b	24,2	32,0	33,9	33,5	33,6
Zusammen						
	a	200	210	220	226	226
	b	69,3	71,9	72,5	71,7	70,9

Warendorf, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	8	9	10	10	9
	b	49,9	50,5	51,4	52,0	52,5
25 – 40	a	29	29	25	26	27
	b	95,3	96,1	95,7	95,6	95,6
40 – 55	a	30	29	32	31	28
	b	91,3	92,3	92,3	92,3	92,2
55 – 65	a	8	8	9	10	11
	b	52,0	52,5	55,6	55,1	55,0
Weiblich						
15 – 25	a	7	7	8	8	7
	b	42,4	42,6	43,3	44,1	44,8
25 – 40	a	17	21	19	19	20
	b	71,6	74,4	74,7	74,8	75,1
40 – 55	a	26	25	27	27	24
	b	77,3	78,7	80,4	82,6	82,4
55 – 65	a	4	5	6	7	8
	b	29,8	34,3	37,4	36,3	36,4
Zusammen						
	a	130	133	136	137	135
	b	70,5	71,3	71,8	71,4	70,8

Regierungsbezirk Detmold

Bielefeld, krfr. Stadt

Männlich						
15 – 25	a	8	9	8	8	7
	b	47,2	47,6	45,2	43,3	43,5
25 – 40	a	34	32	28	28	29
	b	91,9	90,9	90,0	89,9	89,9
40 – 55	a	30	31	33	32	28
	b	94,3	94,3	94,2	93,6	93,3
55 – 65	a	12	10	10	11	13
	b	52,7	57,1	61,8	62,6	63,7
Weiblich						
15 – 25	a	8	9	9	9	8
	b	47,7	46,2	46,7	47,1	47,8
25 – 40	a	28	26	24	25	26
	b	75,8	76,1	76,6	77,3	78,1
40 – 55	a	27	28	30	29	26
	b	82,5	82,8	82,7	82,2	82,0
55 – 65	a	9	7	8	9	10
	b	38,3	38,7	44,1	43,8	44,0
Zusammen						
	a	155	151	151	150	148
	b	71,4	72,5	73,2	72,4	72,1

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: Regierungsbezirk Detmold

Gütersloh, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	12	14	15	15	15
	b	63,9	61,0	61,6	62,3	63,1
25 – 40	a	39	36	33	34	37
	b	95,3	96,1	96,0	95,9	95,9
40 – 55	a	36	38	43	42	38
	b	96,6	95,9	95,5	95,1	95,0
55 – 65	a	14	11	12	15	17
	b	60,3	62,2	66,2	65,4	64,8
Weiblich						
15 – 25	a	8	9	10	10	10
	b	39,0	42,2	42,8	43,1	44,1
25 – 40	a	29	30	28	29	31
	b	76,9	80,0	82,1	82,4	82,2
40 – 55	a	26	30	34	34	31
	b	78,5	78,4	78,3	77,8	77,5
55 – 65	a	8	7	8	9	11
	b	37,6	35,5	39,1	39,2	39,9
Zusammen	a	172	175	183	188	190
	b	74,0	74,9	75,5	74,6	74,1

Herford, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	6	8	9	9	9
	b	51,8	53,5	54,9	55,3	56,0
25 – 40	a	25	24	22	23	24
	b	95,0	95,5	95,2	95,0	95,0
40 – 55	a	23	27	29	28	25
	b	95,2	96,3	96,4	96,3	96,3
55 – 65	a	9	8	9	10	11
	b	55,1	58,4	62,5	61,9	61,8
Weiblich						
15 – 25	a	6	7	8	8	7
	b	47,5	48,1	49,0	49,5	50,5
25 – 40	a	22	20	19	19	20
	b	79,5	80,7	80,5	79,9	79,7
40 – 55	a	19	24	26	25	23
	b	83,7	84,5	84,9	85,2	86,2
55 – 65	a	5	7	7	9	10
	b	32,1	46,0	51,7	51,1	50,9
Zusammen	a	116	125	128	130	130
	b	73,0	75,9	76,7	76,0	75,7

Höxter, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	4	4	4	4	4
	b	41,3	41,6	42,1	42,7	43,1
25 – 40	a	14	15	13	13	14
	b	94,1	93,6	91,7	91,5	91,7
40 – 55	a	17	17	18	17	15
	b	93,3	94,1	94,0	93,6	93,4
55 – 65	a	4	4	5	6	6
	b	49,3	51,9	56,0	54,5	54,1
Weiblich						
15 – 25	a	3	4	4	4	4
	b	35,6	37,9	42,6	43,9	44,6
25 – 40	a	12	11	10	11	11
	b	72,6	75,1	78,5	78,2	78,1
40 – 55	a	12	13	14	13	11
	b	73,1	76,3	76,1	75,4	75,0
55 – 65	a	1	2	2	3	3
	b	18,4	24,1	27,6	27,5	27,6
Zusammen	a	67	69	70	70	69
	b	66,8	68,7	69,3	68,1	67,5

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: Regierungsbezirk Detmold

Lippe, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	11	11	12	11	10
	b	51,3	48,1	47,3	46,7	45,4
25 – 40	a	34	33	30	31	34
	b	94,3	94,2	93,1	92,7	93,1
40 – 55	a	34	38	41	39	34
	b	95,5	95,5	95,3	94,9	94,9
55 – 65	a	14	12	13	15	17
	b	56,9	61,0	66,7	65,8	65,5
Weiblich						
15 – 25	a	9	11	12	12	12
	b	48,6	50,9	52,0	53,0	53,6
25 – 40	a	30	26	24	26	28
	b	75,0	75,0	76,2	77,0	77,2
40 – 55	a	27	34	36	35	31
	b	80,5	86,1	85,8	84,9	84,5
55 – 65	a	9	8	9	11	12
	b	38,9	40,3	44,3	43,1	43,2
Zusammen						
	a	169	173	178	180	178
	b	71,9	74,1	74,6	73,7	73,1

Minden-Lübbecke, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	9	10	11	11	10
	b	50,3	51,7	52,8	53,8	54,5
25 – 40	a	32	31	29	30	32
	b	91,5	92,9	93,2	93,9	93,9
40 – 55	a	30	33	36	36	33
	b	90,4	91,2	91,0	90,5	90,3
55 – 65	a	9	9	10	12	13
	b	44,4	49,6	54,0	53,1	52,9
Weiblich						
15 – 25	a	7	9	11	11	11
	b	41,1	46,7	52,5	54,6	56,1
25 – 40	a	26	25	24	26	28
	b	76,7	78,1	78,6	78,8	78,9
40 – 55	a	23	27	29	29	27
	b	75,5	77,0	77,1	77,3	77,5
55 – 65	a	6	6	7	8	9
	b	30,6	35,1	37,9	37,4	37,1
Zusammen						
	a	142	149	157	162	162
	b	68,7	71,2	72,3	71,8	71,4

Paderborn, Kreis

Männlich						
15 – 25	a	9	10	11	11	11
	b	51,9	50,8	51,4	51,2	51,4
25 – 40	a	31	31	29	31	32
	b	94,6	93,5	93,3	93,4	93,7
40 – 55	a	30	32	36	35	32
	b	94,8	94,1	93,9	93,5	93,5
55 – 65	a	9	9	11	14	16
	b	56,9	63,6	69,8	69,4	69,6
Weiblich						
15 – 25	a	9	9	10	10	9
	b	48,0	47,3	48,1	48,7	48,8
25 – 40	a	21	25	23	24	26
	b	69,0	76,4	75,9	75,8	76,0
40 – 55	a	25	26	28	28	26
	b	75,4	78,6	78,6	78,5	77,8
55 – 65	a	6	6	8	9	11
	b	33,9	43,6	48,6	47,0	46,6
Zusammen						
	a	140	149	156	161	162
	b	70,8	74,0	74,5	73,8	73,4

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
Regierungsbezirk Arnsberg						
Bochum, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	9	9	9	8	7
	b	45,6	44,1	42,6	42,4	40,6
25 – 40	a	37	38	33	32	33
	b	88,4	89,6	90,8	91,2	91,6
40 – 55	a	39	42	44	41	34
	b	90,7	91,8	91,2	90,2	89,0
55 – 65	a	12	11	13	15	17
	b	49,0	50,6	58,4	59,3	60,7
Weiblich						
15 – 25	a	9	9	8	8	7
	b	45,4	44,6	42,9	44,2	44,1
25 – 40	a	30	28	24	24	24
	b	71,9	69,9	69,6	69,5	69,6
40 – 55	a	29	30	33	31	27
	b	68,2	69,5	72,9	73,2	73,5
55 – 65	a	7	7	8	9	10
	b	27,7	30,8	34,7	35,5	37,0
Zusammen	a	172	175	173	168	160
	b	66,7	67,8	69,0	68,5	68,0
Dortmund, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	15	14	14	14	13
	b	47,9	44,2	44,2	44,9	45,3
25 – 40	a	63	56	50	49	50
	b	87,3	87,1	86,4	86,2	86,3
40 – 55	a	54	61	66	64	58
	b	91,6	91,2	91,2	90,8	90,5
55 – 65	a	16	15	17	19	22
	b	43,4	44,7	49,3	49,0	49,0
Weiblich						
15 – 25	a	16	14	14	14	13
	b	45,4	43,6	43,8	44,4	44,7
25 – 40	a	45	38	35	35	37
	b	64,5	65,1	64,8	64,7	64,7
40 – 55	a	42	45	49	47	43
	b	67,5	69,6	73,1	73,3	73,4
55 – 65	a	9	12	16	17	18
	b	26,8	34,0	44,6	43,3	43,6
Zusammen	a	259	256	262	260	254
	b	65,0	65,8	67,6	67,0	66,5
Hagen, krfr. Stadt						
Männlich						
15 – 25	a	5	5	6	5	5
	b	45,0	48,7	49,8	51,8	52,5
25 – 40	a	19	17	14	14	14
	b	92,9	94,4	94,1	94,0	94,0
40 – 55	a	21	20	20	18	14
	b	93,4	92,9	92,8	92,7	92,7
55 – 65	a	4	5	5	5	5
	b	38,4	42,8	46,0	43,9	43,1
Weiblich						
15 – 25	a	4	5	5	5	5
	b	44,6	43,9	46,8	50,9	53,8
25 – 40	a	13	13	11	11	12
	b	70,0	71,6	74,1	74,3	74,1
40 – 55	a	17	16	17	16	13
	b	70,7	76,5	78,9	81,2	81,5
55 – 65	a	4	4	4	4	5
	b	35,0	32,8	36,4	35,6	35,8
Zusammen	a	88	86	83	79	73
	b	67,7	68,4	69,7	69,4	68,7

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

Hamm, krfr. Stadt

Männlich						
15 – 25	a	6	5	5	5	4
	b	53,5	48,7	48,9	50,4	50,8
25 – 40	a	21	19	17	16	16
	b	95,6	94,6	94,5	94,5	94,5
40 – 55	a	18	18	19	19	17
	b	87,6	86,2	86,1	85,8	85,7
55 – 65	a	4	4	5	5	6
	b	37,1	41,6	43,3	43,0	43,2
Weiblich						
15 – 25	a	4	5	5	5	4
	b	45,5	46,1	46,9	47,9	48,6
25 – 40	a	13	14	12	12	13
	b	70,2	75,7	74,5	73,8	74,1
40 – 55	a	15	15	16	15	14
	b	73,2	75,9	79,0	78,5	78,6
55 – 65	a	2	3	3	3	3
	b	19,1	24,4	26,6	25,4	25,5
Zusammen						
	a	83	82	81	80	77
	b	67,3	68,3	68,6	67,6	67,1

Herne, krfr. Stadt

Männlich						
15 – 25	a	3	4	4	4	4
	b	43,5	43,5	46,5	48,3	48,4
25 – 40	a	19	17	14	13	13
	b	93,4	91,8	91,1	91,0	91,0
40 – 55	a	15	18	18	17	14
	b	88,5	88,3	88,1	87,6	87,1
55 – 65	a	4	5	5	5	6
	b	37,6	45,4	46,7	46,6	46,6
Weiblich						
15 – 25	a	3	5	5	5	4
	b	49,0	54,1	54,1	55,9	56,1
25 – 40	a	13	12	11	11	11
	b	68,7	74,6	75,9	77,6	77,6
40 – 55	a	11	13	14	13	12
	b	66,1	68,8	73,9	73,4	73,5
55 – 65	a	3	3	3	3	3
	b	29,3	27,6	29,3	28,7	28,7
Zusammen						
	a	71	76	75	72	68
	b	66,0	67,6	68,4	67,8	66,9

Ennepe-Ruhr-Kreis

Männlich						
15 – 25	a	8	8	9	8	8
	b	44,4	44,6	45,3	46,4	46,8
25 – 40	a	33	31	26	25	26
	b	93,6	93,9	93,2	93,0	93,1
40 – 55	a	38	37	39	36	30
	b	93,9	93,7	93,6	93,5	93,5
55 – 65	a	14	12	12	14	15
	b	59,4	57,8	60,8	60,7	60,9
Weiblich						
15 – 25	a	8	7	7	7	7
	b	42,1	39,5	40,0	41,0	41,2
25 – 40	a	26	25	22	21	22
	b	75,7	74,1	74,2	74,3	74,5
40 – 55	a	27	31	33	31	27
	b	72,6	76,5	78,6	78,7	78,0
55 – 65	a	8	9	10	11	13
	b	32,0	38,4	44,2	46,2	50,0
Zusammen						
	a	161	160	158	154	148
	b	69,7	70,6	71,5	71,3	71,1

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
noch: Regierungsbezirk Arnsberg						
Hochsauerlandkreis						
Männlich						
15 – 25	a	8	8	8	8	7
	b	41,5	45,1	41,2	42,1	42,2
25 – 40	a	27	27	23	23	24
	b	97,1	94,6	93,9	93,4	93,5
40 – 55	a	28	29	31	28	24
	b	94,8	94,5	94,3	93,8	93,4
55 – 65	a	8	8	9	10	11
	b	54,2	55,4	57,4	57,0	56,8
Weiblich						
15 – 25	a	5	7	7	7	6
	b	38,2	42,3	42,5	42,9	42,4
25 – 40	a	21	20	19	19	20
	b	72,0	76,3	78,9	78,9	78,7
40 – 55	a	21	22	24	23	20
	b	70,3	73,5	76,9	77,2	77,4
55 – 65	a	5	5	6	7	7
	b	27,8	32,7	36,9	35,8	35,5
Zusammen	a	122	126	126	124	119
	b	68,3	70,1	70,4	69,5	68,9
Märkischer Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	13	13	13	12	11
	b	50,0	46,9	44,1	45,0	45,2
25 – 40	a	45	43	36	36	37
	b	95,7	95,1	94,7	94,5	94,6
40 – 55	a	44	48	52	48	40
	b	93,8	94,4	94,0	93,2	92,5
55 – 65	a	17	14	15	17	20
	b	50,5	54,9	59,2	58,9	58,7
Weiblich						
15 – 25	a	11	12	13	13	12
	b	45,1	45,0	46,0	47,7	47,8
25 – 40	a	32	32	29	30	32
	b	71,2	71,8	71,3	71,3	71,4
40 – 55	a	36	41	44	42	37
	b	77,0	82,8	82,8	82,7	82,6
55 – 65	a	10	9	10	11	13
	b	32,0	34,6	38,2	37,4	37,7
Zusammen	a	209	213	212	209	202
	b	69,0	71,5	71,6	70,8	69,9
Olpe, Kreis						
Männlich						
15 – 25	a	5	6	6	6	5
	b	59,6	59,1	58,2	57,9	58,0
25 – 40	a	15	15	13	13	14
	b	94,5	95,5	94,8	94,7	94,9
40 – 55	a	14	15	17	16	14
	b	95,2	94,4	93,3	92,5	91,5
55 – 65	a	4	4	4	5	6
	b	48,2	51,1	55,4	55,0	55,6
Weiblich						
15 – 25	a	4	5	5	4	4
	b	47,0	51,8	50,2	50,8	48,7
25 – 40	a	11	11	10	10	11
	b	82,1	78,6	78,8	78,9	78,9
40 – 55	a	12	12	13	13	12
	b	73,3	79,9	79,9	80,0	80,2
55 – 65	a	2	3	3	4	4
	b	31,0	36,1	42,2	40,7	40,6
Zusammen	a	68	70	71	71	70
	b	72,2	74,6	74,4	73,3	72,4

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote	Erwerbspersonen				
	2002	2005	2010	2015	2020

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

Siegen-Wittgenstein, Kreis

Männlich					
15 – 25	a	9	11	11	10
	b	51,4	57,5	58,2	59,0
25 – 40	a	30	28	24	24
	b	94,0	93,4	93,2	93,6
40 – 55	a	32	31	33	30
	b	94,5	93,4	93,3	92,7
55 – 65	a	10	9	11	13
	b	60,3	58,4	64,5	66,1
Weiblich					
15 – 25	a	7	8	8	8
	b	41,2	44,4	47,1	47,9
25 – 40	a	22	21	19	19
	b	73,4	75,3	74,5	74,2
40 – 55	a	20	22	24	22
	b	68,1	69,0	70,7	69,6
55 – 65	a	4	5	6	7
	b	27,3	31,0	35,7	36,6
Zusammen	a	135	136	136	133
	b	69,6	70,5	71,4	70,9

Soest, Kreis

Männlich					
15 – 25	a	8	9	9	9
	b	44,8	44,8	46,1	47,2
25 – 40	a	32	31	28	28
	b	95,8	96,8	96,6	96,4
40 – 55	a	32	33	36	34
	b	93,5	91,8	91,6	91,2
55 – 65	a	10	9	9	11
	b	54,1	52,5	52,9	52,2
Weiblich					
15 – 25	a	7	7	8	8
	b	40,8	40,6	41,5	43,5
25 – 40	a	22	22	20	21
	b	73,2	72,4	72,7	72,8
40 – 55	a	23	26	28	28
	b	74,7	74,7	74,7	74,4
55 – 65	a	6	6	7	8
	b	31,3	33,9	37,1	36,1
Zusammen	a	140	143	146	148
	b	69,2	69,8	69,7	68,9

Unna, Kreis

Männlich					
15 – 25	a	11	13	13	12
	b	49,2	48,2	44,8	42,8
25 – 40	a	39	41	38	40
	b	91,7	92,5	91,0	90,5
40 – 55	a	43	47	50	49
	b	91,2	92,0	91,9	91,6
55 – 65	a	12	11	12	13
	b	40,2	41,8	45,0	44,4
Weiblich					
15 – 25	a	10	11	13	14
	b	39,5	44,2	48,9	51,7
25 – 40	a	28	29	26	27
	b	69,6	66,1	63,0	60,2
40 – 55	a	34	35	39	39
	b	66,5	69,4	73,4	75,3
55 – 65	a	5	5	6	7
	b	17,6	20,5	22,1	21,5
Zusammen	a	184	191	198	201
	b	63,1	65,5	65,9	64,7

**Noch: 6. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen
nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020 nach der Trendvariante**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren a = 1 000 b = Erwerbsquote		Erwerbspersonen				
		2002	2005	2010	2015	2020
Nordrhein-Westfalen						
Männlich						
15 – 25	a	472	512	539	534	492
	b	49,3	49,0	49,5	50,5	50,9
25 – 40	a	1 792	1 733	1 505	1 507	1 584
	b	92,6	92,6	92,1	91,9	92,0
40 – 55	a	1 787	1 901	2 047	1 930	1 673
	b	93,2	92,9	92,8	92,5	92,3
55 – 65	a	600	545	584	668	763
	b	51,1	53,4	57,3	57,4	57,7
Weiblich						
15 – 25	a	398	444	477	476	444
	b	42,5	43,6	44,9	46,2	46,9
25 – 40	a	1 353	1 342	1 215	1 233	1 300
	b	71,4	73,2	73,9	73,9	74,1
40 – 55	a	1 387	1 514	1 656	1 592	1 416
	b	72,1	75,0	76,6	76,8	76,7
55 – 65	a	355	358	414	469	530
	b	30,0	34,0	38,9	38,7	39,2
Insgesamt	a	8 142	8 348	8 437	8 410	8 202
	b	68,3	70,1	71,0	70,5	70,0

**7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				
Regierungsbezirk Düsseldorf					
Düsseldorf, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	1 171	1 100	1 100	1 100	1 100
65 – 75	962	1 000	1 100	1 000	900
75 – 85	1 205	1 300	1 600	1 900	2 100
85 und mehr	778	800	900	1 300	1 600
Weiblich					
unter 65	1 128	1 100	1 000	1 000	1 000
65 – 75	1 049	1 100	1 200	1 100	1 000
75 – 85	3 296	3 300	3 000	3 200	3 600
85 und mehr	4 106	4 000	4 400	5 000	5 000
Zusammen	13 695	13 600	14 300	15 500	16 200
Duisburg, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	1 700	1 500	1 400	1 400	1 400
65 – 75	1 326	1 200	1 300	1 100	1 000
75 – 85	1 660	1 700	2 000	2 300	2 300
85 und mehr	711	700	1 000	1 500	1 900
Weiblich					
unter 65	1 627	1 400	1 300	1 400	1 300
65 – 75	1 645	1 600	1 600	1 300	1 300
75 – 85	4 301	4 200	4 100	4 200	4 300
85 und mehr	3 891	3 800	4 500	5 300	5 500
Zusammen	16 861	16 000	17 200	18 500	19 000
Essen, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	1 672	1 600	1 500	1 500	1 500
65 – 75	1 419	1 500	1 600	1 400	1 300
75 – 85	1 888	2 100	2 400	2 700	2 900
85 und mehr	846	900	1 200	1 900	2 200
Weiblich					
unter 65	1 512	1 400	1 300	1 300	1 300
65 – 75	1 677	1 700	1 800	1 600	1 500
75 – 85	5 100	5 400	5 000	5 100	5 400
85 und mehr	5 360	5 300	6 100	7 100	7 000
Zusammen	19 474	19 800	21 100	22 600	23 200
Krefeld, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	663	600	500	500	500
65 – 75	518	500	500	500	400
75 – 85	614	700	800	1 000	1 100
85 und mehr	346	300	400	600	800
Weiblich					
unter 65	589	500	500	500	500
65 – 75	622	600	700	600	600
75 – 85	1 767	1 700	1 600	1 700	1 900
85 und mehr	1 841	1 700	1 900	2 100	2 200
Zusammen	6 960	6 500	6 900	7 500	7 900

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				
noch: Regierungsbezirk Düsseldorf					
Mönchengladbach, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	759	700	700	700	700
65 – 75	576	600	700	600	600
75 – 85	705	800	1 000	1 200	1 300
85 und mehr	343	400	600	900	1 100
Weiblich					
unter 65	643	600	600	600	600
65 – 75	688	800	800	700	700
75 – 85	1 986	2 000	2 000	2 100	2 400
85 und mehr	1 967	2 200	2 600	3 100	3 300
Zusammen	7 667	8 100	8 900	10 000	10 700
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	463	500	400	400	400
65 – 75	350	400	400	400	300
75 – 85	456	500	600	700	800
85 und mehr	251	300	400	600	700
Weiblich					
unter 65	365	400	300	400	300
65 – 75	390	400	500	400	400
75 – 85	1 156	1 300	1 200	1 300	1 400
85 und mehr	1 330	1 500	1 800	2 100	2 200
Zusammen	4 761	5 200	5 700	6 200	6 500
Oberhausen, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	755	700	700	700	700
65 – 75	642	700	700	600	600
75 – 85	730	800	1 000	1 100	1 200
85 und mehr	277	300	500	800	1 000
Weiblich					
unter 65	650	600	600	600	600
65 – 75	739	600	600	600	700
75 – 85	1 942	1 100	1 300	1 500	2 200
85 und mehr	1 654	400	700	1 100	2 800
Zusammen	7 389	5 200	6 200	7 100	9 700
Remscheid, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	296	300	200	200	200
65 – 75	261	300	300	300	200
75 – 85	294	300	400	500	500
85 und mehr	153	200	200	300	400
Weiblich					
unter 65	284	200	200	200	200
65 – 75	284	300	300	300	200
75 – 85	869	800	800	800	900
85 und mehr	921	1 000	1 100	1 200	1 200
Zusammen	3 362	3 300	3 500	3 800	4 000

**Noch: 7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: Regierungsbezirk Düsseldorf

Solingen, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	376	300	300	300	300
65 – 75	311	300	300	300	200
75 – 85	350	400	500	600	700
85 und mehr	197	200	300	400	600
Weiblich					
unter 65	338	300	300	300	300
65 – 75	323	300	400	300	300
75 – 85	1 057	1 200	1 100	1 200	1 300
85 und mehr	1 293	1 400	1 600	1 900	1 900
Zusammen	4 245	4 400	4 800	5 300	5 700

Wuppertal, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	872	800	700	700	700
65 – 75	699	700	800	700	600
75 – 85	846	900	1 000	1 200	1 300
85 und mehr	515	500	700	1 000	1 200
Weiblich					
unter 65	796	800	700	700	700
65 – 75	754	800	900	800	700
75 – 85	2 403	2 500	2 300	2 300	2 600
85 und mehr	2 817	2 900	3 200	3 600	3 600
Zusammen	9 702	9 800	10 200	11 000	11 400

Kleve, Kreis

Männlich					
unter 65	998	1 000	1 000	1 000	1 100
65 – 75	676	700	800	800	800
75 – 85	839	1 000	1 200	1 500	1 700
85 und mehr	415	500	800	1 200	1 500
Weiblich					
unter 65	791	800	800	800	900
65 – 75	705	800	900	800	800
75 – 85	2 265	2 400	2 400	2 600	3 000
85 und mehr	2 144	2 300	3 100	3 700	4 000
Zusammen	8 833	9 500	10 900	12 500	13 800

Mettmann, Kreis

Männlich					
unter 65	1 061	1 000	900	900	900
65 – 75	808	800	900	800	700
75 – 85	1 030	1 200	1 500	1 900	2 200
85 und mehr	531	600	900	1 400	1 800
Weiblich					
unter 65	963	900	800	800	800
65 – 75	749	800	1 000	900	800
75 – 85	2 562	2 800	2 900	3 300	4 000
85 und mehr	3 233	3 300	4 000	4 900	5 300
Zusammen	10 937	11 400	12 900	14 900	16 500

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: **Regierungsbezirk Düsseldorf**

Rhein-Kreis Neuss

Männlich					
unter 65	952	900	800	900	900
65 – 75	707	700	800	700	700
75 – 85	925	1 100	1 400	1 700	1 900
85 und mehr	454	500	800	1 300	1 700
Weiblich					
unter 65	863	800	800	800	800
65 – 75	757	800	1 000	900	800
75 – 85	2 455	2 600	2 700	3 200	3 700
85 und mehr	2 461	2 700	3 500	4 400	4 900
Zusammen	9 574	10 100	11 800	13 800	15 300

Viersen, Kreis

Männlich					
unter 65	790	700	700	800	800
65 – 75	595	600	700	600	600
75 – 85	725	800	1 000	1 300	1 400
85 und mehr	381	400	600	1 000	1 300
Weiblich					
unter 65	741	700	700	700	800
65 – 75	673	700	800	800	700
75 – 85	1 998	2 200	2 200	2 400	2 800
85 und mehr	2 051	2 100	2 700	3 400	3 700
Zusammen	7 954	8 300	9 500	11 000	12 100

Wesel, Kreis

Männlich					
unter 65	1 341	1 300	1 200	1 300	1 300
65 – 75	1 068	1 100	1 200	1 100	1 100
75 – 85	1 368	1 500	2 000	2 300	2 500
85 und mehr	554	600	1 000	1 700	2 200
Weiblich					
unter 65	1 191	1 200	1 200	1 200	1 200
65 – 75	1 216	1 300	1 500	1 300	1 300
75 – 85	3 338	3 700	3 900	4 400	4 800
85 und mehr	3 091	3 300	4 500	5 900	6 500
Zusammen	13 167	14 100	16 600	19 200	21 000

Regierungsbezirk Köln

Aachen, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	567	500	500	500	600
65 – 75	413	400	500	400	400
75 – 85	601	600	700	800	900
85 und mehr	339	300	400	600	700
Weiblich					
unter 65	504	500	500	500	500
65 – 75	504	500	600	500	500
75 – 85	1 635	1 700	1 600	1 700	1 900
85 und mehr	1 842	1 700	2 000	2 300	2 300
Zusammen	6 405	6 400	6 800	7 400	7 800

**Noch: 7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: **Regierungsbezirk Köln**

Bonn, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	595	600	600	600	600
65 – 75	388	400	400	400	400
75 – 85	588	700	700	800	900
85 und mehr	476	500	500	700	800
Weiblich					
unter 65	563	600	600	600	600
65 – 75	464	500	600	500	500
75 – 85	1 644	1 700	1 500	1 500	1 800
85 und mehr	2 148	2 100	2 400	2 600	2 500
Zusammen	6 866	7 100	7 300	7 800	8 100

Köln, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	2 011	2 100	2 000	2 000	2 000
65 – 75	1 415	1 500	1 800	1 500	1 400
75 – 85	1 897	2 100	2 500	3 000	3 400
85 und mehr	1 120	1 200	1 600	2 300	2 800
Weiblich					
unter 65	1 736	1 800	1 700	1 800	1 800
65 – 75	1 559	1 700	1 900	1 700	1 600
75 – 85	4 892	4 900	4 600	4 900	5 500
85 und mehr	5 439	5 400	6 300	7 200	7 300
Zusammen	20 069	20 700	22 300	24 400	25 800

Leverkusen, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	330	300	300	300	300
65 – 75	267	300	300	200	200
75 – 85	335	400	500	600	600
85 und mehr	192	200	300	400	500
Weiblich					
unter 65	265	200	200	200	200
65 – 75	271	300	300	300	200
75 – 85	781	900	900	1 000	1 100
85 und mehr	1 050	1 100	1 300	1 600	1 700
Zusammen	3 491	3 600	4 000	4 500	4 900

Aachen, Kreis

Männlich					
unter 65	883	800	800	800	800
65 – 75	733	800	800	700	700
75 – 85	982	1 100	1 300	1 500	1 700
85 und mehr	411	400	700	1 100	1 400
Weiblich					
unter 65	837	800	800	800	800
65 – 75	842	900	900	800	800
75 – 85	2 717	2 700	2 700	2 800	3 100
85 und mehr	2 047	2 100	2 900	3 600	3 800
Zusammen	9 452	9 500	10 900	12 300	13 200

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
Anzahl					
noch: Regierungsbezirk Köln					
Düren, Kreis					
Männlich					
unter 65	858	800	800	900	900
65 – 75	642	700	800	700	800
75 – 85	867	1 000	1 200	1 500	1 600
85 und mehr	384	400	700	1 200	1 500
Weiblich					
unter 65	708	700	700	800	800
65 – 75	804	800	900	800	900
75 – 85	2 274	2 500	2 500	2 700	3 000
85 und mehr	1 886	2 000	2 700	3 400	3 700
Zusammen	8 423	8 900	10 400	12 000	13 100
Rhein-Erft-Kreis					
Männlich					
unter 65	1 078	1 000	1 000	1 000	1 000
65 – 75	732	800	900	800	800
75 – 85	986	1 100	1 400	1 800	2 000
85 und mehr	464	500	900	1 400	1 800
Weiblich					
unter 65	967	900	900	1 000	1 000
65 – 75	856	1 000	1 100	1 100	1 000
75 – 85	2 639	2 900	2 900	3 400	3 900
85 und mehr	2 401	2 600	3 700	4 600	5 000
Zusammen	10 123	10 800	12 800	15 000	16 600
Euskirchen, Kreis					
Männlich					
unter 65	740	700	700	800	800
65 – 75	479	600	600	600	600
75 – 85	636	700	900	1 100	1 200
85 und mehr	254	300	500	800	900
Weiblich					
unter 65	618	600	600	700	700
65 – 75	555	600	700	600	700
75 – 85	1 687	2 000	1 900	2 100	2 400
85 und mehr	1 426	1 600	2 200	2 700	2 900
Zusammen	6 395	7 100	8 300	9 400	10 300
Heinsberg, Kreis					
Männlich					
unter 65	712	700	700	800	800
65 – 75	617	700	700	700	700
75 – 85	769	900	1 100	1 300	1 400
85 und mehr	309	300	600	1 000	1 300
Weiblich					
unter 65	630	600	600	600	700
65 – 75	578	600	700	600	700
75 – 85	1 854	2 000	2 100	2 300	2 600
85 und mehr	1 567	1 700	2 400	3 100	3 400
Zusammen	7 036	7 500	9 000	10 500	11 600

**Noch: 7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: **Regierungsbezirk Köln**

Oberbergischer Kreis

Männlich					
unter 65	926	900	900	1 000	1 000
65 – 75	632	700	700	700	600
75 – 85	760	900	1 200	1 400	1 600
85 und mehr	435	500	700	1 000	1 300
Weiblich					
unter 65	722	700	700	700	700
65 – 75	694	700	800	700	700
75 – 85	2 215	2 300	2 300	2 500	2 800
85 und mehr	2 250	2 400	3 100	3 700	4 000
Zusammen	8 634	9 200	10 400	11 800	12 800

Rheinisch-Bergischer Kreis

Männlich					
unter 65	677	600	600	600	600
65 – 75	440	500	600	500	400
75 – 85	641	700	900	1 100	1 200
85 und mehr	398	400	600	900	1 100
Weiblich					
unter 65	585	600	600	600	600
65 – 75	476	500	600	600	500
75 – 85	1 585	1 700	1 700	1 900	2 300
85 und mehr	1 905	1 900	2 400	3 000	3 200
Zusammen	6 707	7 000	7 900	9 100	9 900

Rhein-Sieg-Kreis

Männlich					
unter 65	1 357	1 400	1 400	1 500	1 500
65 – 75	1 036	1 100	1 300	1 200	1 200
75 – 85	1 213	1 400	1 700	2 200	2 600
85 und mehr	709	800	1 100	1 600	2 000
Weiblich					
unter 65	1 287	1 300	1 300	1 400	1 500
65 – 75	976	1 100	1 400	1 400	1 300
75 – 85	3 261	3 600	3 500	4 100	5 000
85 und mehr	3 444	3 700	4 900	6 000	6 300
Zusammen	13 283	14 400	16 700	19 300	21 500

Regierungsbezirk Münster

Bottrop, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	313	300	300	300	300
65 – 75	317	300	300	300	300
75 – 85	454	500	600	700	700
85 und mehr	192	200	300	500	700
Weiblich					
unter 65	330	300	300	300	300
65 – 75	362	400	400	300	300
75 – 85	1 241	1 200	1 200	1 200	1 300
85 und mehr	963	1 000	1 300	1 600	1 700
Zusammen	4 172	4 200	4 800	5 300	5 700

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				
noch: Regierungsbezirk Münster					
Gelsenkirchen, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	706	700	700	700	700
65 – 75	622	600	600	600	600
75 – 85	846	900	1 100	1 100	1 100
85 und mehr	358	400	600	1 000	1 100
Weiblich					
unter 65	608	600	600	600	600
65 – 75	717	800	800	600	600
75 – 85	2 231	2 500	2 300	2 200	2 100
85 und mehr	2 068	2 200	2 700	3 300	3 300
Zusammen	8 156	8 700	9 500	10 100	10 200
Münster, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	415	500	500	500	500
65 – 75	299	300	300	300	300
75 – 85	492	500	600	700	800
85 und mehr	388	400	500	600	700
Weiblich					
unter 65	400	400	400	400	400
65 – 75	344	400	400	400	300
75 – 85	1 184	1 200	1 200	1 200	1 300
85 und mehr	1 665	1 600	1 700	1 900	1 900
Zusammen	5 187	5 300	5 500	6 000	6 300
Borken, Kreis					
Männlich					
unter 65	753	900	900	900	1 000
65 – 75	608	700	800	700	800
75 – 85	780	1 000	1 200	1 600	1 700
85 und mehr	362	400	700	1 100	1 400
Weiblich					
unter 65	642	700	800	800	900
65 – 75	564	700	800	700	700
75 – 85	1 941	2 200	2 400	2 700	2 900
85 und mehr	1 872	2 100	2 700	3 500	3 900
Zusammen	7 522	8 800	10 300	12 000	13 300
Coesfeld, Kreis					
Männlich					
unter 65	438	500	500	500	500
65 – 75	304	300	400	400	400
75 – 85	468	500	700	900	1 000
85 und mehr	238	300	400	700	900
Weiblich					
unter 65	376	400	400	400	400
65 – 75	329	400	400	400	400
75 – 85	1 259	1 400	1 400	1 500	1 800
85 und mehr	1 330	1 500	1 900	2 400	2 600
Zusammen	4 742	5 300	6 200	7 200	8 000

**Noch: 7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: Regierungsbezirk Münster

Recklinghausen, Kreis

Männlich					
unter 65	1 776	1 800	1 800	1 800	1 800
65 – 75	1 572	1 600	1 700	1 600	1 600
75 – 85	2 117	2 500	3 000	3 300	3 500
85 und mehr	825	1 000	1 700	2 700	3 300
Weiblich					
unter 65	1 619	1 700	1 700	1 700	1 700
65 – 75	1 864	2 000	2 100	1 800	1 900
75 – 85	5 498	6 100	6 100	6 200	6 600
85 und mehr	4 893	5 200	6 900	8 800	9 300
Zusammen	20 164	21 800	24 900	28 000	29 600

Steinfurt, Kreis

Männlich					
unter 65	892	1 000	1 000	1 100	1 100
65 – 75	745	800	900	800	800
75 – 85	1 011	1 100	1 500	1 800	2 000
85 und mehr	537	600	900	1 300	1 700
Weiblich					
unter 65	806	900	900	900	1 000
65 – 75	672	800	900	800	800
75 – 85	2 282	2 500	2 600	2 900	3 200
85 und mehr	2 538	2 700	3 400	4 300	4 700
Zusammen	9 483	10 400	11 900	13 900	15 300

Warendorf, Kreis

Männlich					
unter 65	536	600	600	600	600
65 – 75	411	400	500	500	500
75 – 85	562	600	800	900	1 000
85 und mehr	348	400	500	800	1 000
Weiblich					
unter 65	429	500	500	500	500
65 – 75	464	500	500	500	500
75 – 85	1 364	1 600	1 600	1 700	1 900
85 und mehr	1 587	1 700	2 100	2 600	2 700
Zusammen	5 701	6 300	7 100	8 100	8 800

Regierungsbezirk Detmold

Bielefeld, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	618	700	600	600	700
65 – 75	506	500	600	500	400
75 – 85	782	800	900	1 000	1 100
85 und mehr	519	500	600	800	900
Weiblich					
unter 65	540	600	500	600	600
65 – 75	553	600	600	500	500
75 – 85	1 797	1 800	1 700	1 700	1 900
85 und mehr	2 317	2 300	2 400	2 700	2 800
Zusammen	7 632	7 700	7 900	8 500	8 800

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: **Regierungsbezirk Detmold**

Gütersloh, Kreis

Männlich					
unter 65	605	700	700	700	700
65 – 75	485	500	600	500	500
75 – 85	664	700	900	1 100	1 200
85 und mehr	390	400	600	900	1 200
Weiblich					
unter 65	527	600	600	600	700
65 – 75	477	500	600	500	500
75 – 85	1 669	1 700	1 700	1 900	2 200
85 und mehr	2 021	2 000	2 400	2 900	3 100
Zusammen	6 838	7 100	7 900	9 100	10 100

Herford, Kreis

Männlich					
unter 65	403	400	400	500	500
65 – 75	340	400	400	300	300
75 – 85	483	500	600	700	800
85 und mehr	347	400	500	700	800
Weiblich					
unter 65	385	400	400	400	400
65 – 75	368	400	400	400	400
75 – 85	1 208	1 300	1 300	1 400	1 400
85 und mehr	1 773	1 800	2 000	2 300	2 500
Zusammen	5 307	5 600	6 000	6 700	7 100

Höxter, Kreis

Männlich					
unter 65	357	400	400	400	400
65 – 75	269	300	400	300	300
75 – 85	410	500	600	700	700
85 und mehr	272	300	400	600	700
Weiblich					
unter 65	284	300	300	300	300
65 – 75	295	300	400	300	300
75 – 85	1 036	1 100	1 000	1 100	1 200
85 und mehr	1 165	1 200	1 500	1 800	1 800
Zusammen	4 088	4 400	4 900	5 400	5 700

Lippe, Kreis

Männlich					
unter 65	690	700	700	800	800
65 – 75	443	500	600	500	500
75 – 85	694	800	1 000	1 200	1 300
85 und mehr	547	600	700	1 000	1 200
Weiblich					
unter 65	546	600	600	700	700
65 – 75	579	700	700	600	600
75 – 85	2 014	2 100	2 000	2 100	2 300
85 und mehr	2 602	2 800	3 200	3 700	3 800
Zusammen	8 115	8 900	9 600	10 600	11 200

**Noch: 7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: Regierungsbezirk Detmold

Minden-Lübbecke, Kreis

Männlich					
unter 65	692	700	700	800	800
65 – 75	529	600	600	500	600
75 – 85	791	800	900	1 100	1 200
85 und mehr	496	500	700	1 000	1 200
Weiblich					
unter 65	593	600	600	700	700
65 – 75	527	600	700	600	600
75 – 85	1 977	2 000	1 900	2 000	2 200
85 und mehr	2 364	2 600	2 900	3 400	3 600
Zusammen	7 969	8 400	9 100	10 200	10 800

Paderborn, Kreis

Männlich					
unter 65	578	700	700	800	800
65 – 75	393	400	500	500	500
75 – 85	520	600	700	900	1 000
85 und mehr	296	300	500	800	900
Weiblich					
unter 65	495	600	600	600	700
65 – 75	395	400	500	500	500
75 – 85	1 327	1 500	1 500	1 600	1 800
85 und mehr	1 502	1 600	2 100	2 600	2 700
Zusammen	5 506	6 200	7 100	8 100	8 800

Regierungsbezirk Arnsberg

Bochum, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	912	1 000	900	1 000	1 000
65 – 75	962	1 000	1 000	900	900
75 – 85	1 224	1 400	1 600	1 800	1 900
85 und mehr	503	600	900	1 400	1 600
Weiblich					
unter 65	828	800	800	800	800
65 – 75	1 024	1 100	1 100	1 000	900
75 – 85	3 154	3 400	3 200	3 200	3 400
85 und mehr	3 277	3 300	4 000	4 700	4 800
Zusammen	11 884	12 500	13 600	14 800	15 300

Dortmund, krfr. Stadt

Männlich					
unter 65	1 574	1 700	1 700	1 700	1 800
65 – 75	1 247	1 300	1 400	1 300	1 300
75 – 85	1 485	1 700	2 000	2 300	2 500
85 und mehr	732	800	1 200	1 900	2 200
Weiblich					
unter 65	1 301	1 500	1 400	1 500	1 500
65 – 75	1 324	1 500	1 600	1 400	1 400
75 – 85	3 841	4 400	4 200	4 300	4 600
85 und mehr	3 921	4 100	4 900	5 800	6 000
Zusammen	15 425	17 000	18 500	20 200	21 200

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				
noch: Regierungsbezirk Arnsberg					
Hagen, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	405	500	400	400	400
65 – 75	341	400	400	400	300
75 – 85	482	500	600	700	800
85 und mehr	268	300	400	500	600
Weiblich					
unter 65	383	400	400	400	400
65 – 75	405	400	500	400	400
75 – 85	1 254	1 300	1 200	1 300	1 400
85 und mehr	1 438	1 400	1 600	1 800	1 800
Zusammen	4 976	5 400	5 600	5 900	6 000
Hamm, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	453	500	400	500	500
65 – 75	408	400	500	400	400
75 – 85	488	600	700	700	800
85 und mehr	270	300	400	600	700
Weiblich					
unter 65	336	300	300	400	300
65 – 75	381	400	400	400	400
75 – 85	1 184	1 300	1 200	1 300	1 300
85 und mehr	1 175	1 200	1 500	1 800	1 800
Zusammen	4 695	4 900	5 400	6 000	6 300
Herne, krfr. Stadt					
Männlich					
unter 65	450	500	500	500	500
65 – 75	420	500	500	400	400
75 – 85	595	700	800	800	900
85 und mehr	237	300	400	700	800
Weiblich					
unter 65	457	500	500	500	500
65 – 75	513	500	500	500	500
75 – 85	1 613	1 700	1 600	1 500	1 500
85 und mehr	1 349	1 400	1 700	2 000	2 000
Zusammen	5 634	5 900	6 400	6 900	7 000
Ennepe-Ruhr-Kreis					
Männlich					
unter 65	831	900	800	800	800
65 – 75	692	700	800	700	700
75 – 85	923	1 100	1 300	1 500	1 700
85 und mehr	490	500	800	1 200	1 500
Weiblich					
unter 65	701	800	700	700	700
65 – 75	761	800	900	800	800
75 – 85	2 414	2 500	2 400	2 600	2 900
85 und mehr	2 764	3 000	3 600	4 300	4 500
Zusammen	9 576	10 300	11 400	12 700	13 500

**Noch: 7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: Regierungsbezirk Arnsberg

Hochsauerlandkreis

Männlich					
unter 65	538	600	600	600	600
65 – 75	418	500	500	500	500
75 – 85	630	700	900	1 000	1 100
85 und mehr	341	400	600	800	1 000
Weiblich					
unter 65	492	700	600	600	500
65 – 75	398	600	700	600	400
75 – 85	1 418	2 100	2 000	2 200	1 800
85 und mehr	1 651	2 700	3 200	3 800	2 900
Zusammen	5 886	8 300	9 100	10 200	8 800

Märkischer Kreis

Männlich					
unter 65	942	1 100	1 000	1 100	1 100
65 – 75	675	800	900	800	800
75 – 85	905	1 100	1 300	1 700	1 900
85 und mehr	477	600	800	1 200	1 500
Weiblich					
unter 65	884	900	900	1 000	1 000
65 – 75	734	900	1 000	900	800
75 – 85	2 330	2 600	2 500	2 800	3 200
85 und mehr	2 701	3 000	3 500	4 300	4 500
Zusammen	9 648	10 900	12 100	13 600	14 600

Olpe, Kreis

Männlich					
unter 65	302	300	300	300	300
65 – 75	233	300	300	300	300
75 – 85	337	400	400	500	600
85 und mehr	174	200	300	400	600
Weiblich					
unter 65	268	300	300	300	300
65 – 75	243	300	300	200	200
75 – 85	833	900	900	900	1 000
85 und mehr	856	900	1 200	1 400	1 500
Zusammen	3 246	3 500	4 000	4 500	4 800

Siegen-Wittgenstein, Kreis

Männlich					
unter 65	625	700	600	700	700
65 – 75	460	500	500	500	500
75 – 85	608	700	800	1 000	1 000
85 und mehr	343	300	500	800	900
Weiblich					
unter 65	477	600	500	600	600
65 – 75	509	600	600	500	500
75 – 85	1 734	1 800	1 700	1 800	2 000
85 und mehr	1 734	1 800	2 300	2 800	2 800
Zusammen	6 490	6 900	7 700	8 500	9 000

Noch: **7. Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten und Kreisen nach Geschlecht und Altersgruppen**
Ergebnisse für 2003 und die Modellrechnungsjahre 2005, 2010, 2015 und 2020

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				
	2003	2005	2010	2015	2020
	Anzahl				

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

Soest, Kreis

Männlich					
unter 65	793	900	900	1 000	1 000
65 – 75	588	700	800	700	700
75 – 85	723	900	1 100	1 400	1 500
85 und mehr	402	500	700	1 100	1 500
Weiblich					
unter 65	624	700	700	700	800
65 – 75	577	700	800	700	700
75 – 85	1 899	2 200	2 200	2 400	2 700
85 und mehr	2 067	2 400	3 100	3 800	4 000
Zusammen	7 673	8 800	10 200	11 700	12 800

Unna, Kreis

Männlich					
unter 65	1 123	1 200	1 200	1 300	1 300
65 – 75	914	1 000	1 100	1 100	1 100
75 – 85	1 357	1 600	2 000	2 300	2 600
85 und mehr	557	600	1 000	1 600	2 100
Weiblich					
unter 65	970	1 000	1 100	1 100	1 200
65 – 75	1 088	1 200	1 300	1 200	1 200
75 – 85	3 268	3 600	3 700	4 000	4 400
85 und mehr	3 032	3 200	4 300	5 500	6 000
Zusammen	12 309	13 400	15 600	18 100	19 800

Nordrhein-Westfalen¹⁾

Männlich					
unter 65	43 323	43 700	42 700	43 900	44 600
65 – 75	33 913	36 300	39 800	35 400	34 400
75 – 85	44 741	50 000	60 800	72 200	79 400
85 und mehr	23 152	25 000	36 000	54 400	67 600
Weiblich					
unter 65	38 204	38 300	37 800	39 200	39 700
65 – 75	37 317	40 100	44 400	39 600	38 300
75 – 85	116 649	123 700	120 200	129 200	143 100
85 und mehr	122 190	127 000	155 400	186 500	195 200
Insgesamt	459 489	484 000	537 200	600 300	642 200

1) Für die Modellrechnungsjahre weicht die Summe der Werte auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise geringfügig vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil in der Modellrechnung nicht die kreisspezifischen Pflegequoten, sondern die Quoten auf Landesebene zugrunde gelegt wurden.

**8. Bevölkerung, stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Merkmal	2002	2010	2020	2030	2040
	Anzahl	1 000			
Alter von ... bis unter ... Jahr(en)					
unter 1					
Männlich					
Bevölkerung	86 076	79	83	76	71
Stationär behandelte Kranke	43 143	40	42	38	36
Berechnungs- und Belegungstage	386 539	354	372	341	318
Weiblich					
Bevölkerung	81 585	75	79	72	67
Stationär behandelte Kranke	33 733	31	33	30	28
Berechnungs- und Belegungstage	309 030	284	298	273	255
1 – 5					
Männlich					
Bevölkerung	374 100	318	332	315	287
Stationär behandelte Kranke	48 785	41	43	41	38
Berechnungs- und Belegungstage	211 898	180	188	178	163
Weiblich					
Bevölkerung	355 314	302	315	299	273
Stationär behandelte Kranke	35 633	30	32	30	27
Berechnungs- und Belegungstage	154 949	132	138	131	119
5 – 10					
Männlich					
Bevölkerung	495 612	428	407	414	373
Stationär behandelte Kranke	39 907	35	33	33	30
Berechnungs- und Belegungstage	233 803	202	192	195	176
Weiblich					
Bevölkerung	471 335	407	387	394	355
Stationär behandelte Kranke	30 479	26	25	25	23
Berechnungs- und Belegungstage	157 259	136	129	131	118
10 – 20					
Männlich					
Bevölkerung	1 031 918	1 019	851	849	832
Stationär behandelte Kranke	86 613	86	72	71	70
Berechnungs- und Belegungstage	635 987	635	530	526	517
Weiblich					
Bevölkerung	982 055	971	812	810	793
Stationär behandelte Kranke	104 565	106	89	87	86
Berechnungs- und Belegungstage	717 554	730	610	600	595
20 – 30					
Männlich					
Bevölkerung	1 017 124	1 100	1 112	945	943
Stationär behandelte Kranke	99 568	108	109	93	92
Berechnungs- und Belegungstage	918 599	993	1 005	855	851
Weiblich					
Bevölkerung	1 003 689	1 099	1 114	955	952
Stationär behandelte Kranke	209 718	229	233	200	199
Berechnungs- und Belegungstage	1 401 901	1 532	1 559	1 337	1 330

**Noch: 8. Bevölkerung, stationär behandelte Kranke und Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Merkmal	2002	2010	2020	2030	2040
	Anzahl	1 000			
noch: Alter von ... bis unter ... Jahren					
30 – 40					
Männlich					
Bevölkerung	1 531 171	1 089	1 132	1 144	979
Stationär behandelte Kranke	166 584	119	122	124	106
Berechnungs- und Belegungstage	1 543 759	1 098	1 134	1 151	985
Weiblich					
Bevölkerung	1 464 654	1 097	1 162	1 177	1 018
Stationär behandelte Kranke	268 615	201	215	216	187
Berechnungs- und Belegungstage	2 057 552	1 540	1 640	1 654	1 432
40 – 50					
Männlich					
Bevölkerung	1 353 110	1 545	1 067	1 110	1 121
Stationär behandelte Kranke	208 997	240	167	172	175
Berechnungs- und Belegungstage	1 986 605	2 283	1 585	1 635	1 661
Weiblich					
Bevölkerung	1 330 094	1 504	1 104	1 169	1 183
Stationär behandelte Kranke	210 230	239	176	185	188
Berechnungs- und Belegungstage	1 982 723	2 253	1 660	1 746	1 777
50 – 60					
Männlich					
Bevölkerung	1 042 735	1 223	1 469	1 011	1 054
Stationär behandelte Kranke	246 669	289	350	243	250
Berechnungs- und Belegungstage	2 307 484	2 706	3 278	2 271	2 339
Weiblich					
Bevölkerung	1 054 113	1 244	1 470	1 078	1 143
Stationär behandelte Kranke	224 752	266	315	232	244
Berechnungs- und Belegungstage	2 184 696	2 581	3 062	2 256	2 374
60 – 65					
Männlich					
Bevölkerung	609 806	455	599	676	435
Stationär behandelte Kranke	192 087	143	189	213	137
Berechnungs- und Belegungstage	1 888 337	1 410	1 853	2 094	1 347
Weiblich					
Bevölkerung	634 038	479	625	706	490
Stationär behandelte Kranke	163 701	124	161	182	127
Berechnungs- und Belegungstage	1 680 442	1 269	1 656	1 871	1 300
65 – 70					
Männlich					
Bevölkerung	463 960	483	482	625	451
Stationär behandelte Kranke	191 011	199	199	257	186
Berechnungs- und Belegungstage	2 004 422	2 087	2 084	2 700	1 947
Weiblich					
Bevölkerung	511 331	533	544	677	520
Stationär behandelte Kranke	166 402	173	177	220	169
Berechnungs- und Belegungstage	1 859 484	1 937	1 978	2 463	1 890

**Noch: 8. Bevölkerung, stationär behandelte Kranke und Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Merkmal	2002	2010	2020	2030	2040
	Anzahl	1 000			
noch: Alter von ... bis unter ... Jahren					
70 – 75					
Männlich					
Bevölkerung	367 815	465	364	480	543
Stationär behandelte Kranke	186 450	236	185	244	275
Berechnungs- und Belegungstage	2 070 853	2 620	2 049	2 705	3 056
Weiblich					
Bevölkerung	455 334	549	430	561	634
Stationär behandelte Kranke	177 853	214	168	219	248
Berechnungs- und Belegungstage	2 162 875	2 608	2 041	2 665	3 010
75 – 80					
Männlich					
Bevölkerung	225 062	296	344	346	449
Stationär behandelte Kranke	135 529	178	207	208	271
Berechnungs- und Belegungstage	1 583 410	2 084	2 418	2 432	3 160
Weiblich					
Bevölkerung	414 280	387	440	451	562
Stationär behandelte Kranke	201 638	188	214	220	274
Berechnungs- und Belegungstage	2 643 033	2 468	2 805	2 877	3 587
80 – 85					
Männlich					
Bevölkerung	108 120	194	276	217	286
Stationär behandelte Kranke	76 204	137	195	153	201
Berechnungs- und Belegungstage	929 569	1 667	2 376	1 869	2 457
Weiblich					
Bevölkerung	257 926	321	393	308	402
Stationär behandelte Kranke	159 898	199	243	191	249
Berechnungs- und Belegungstage	2 161 362	2 691	3 290	2 584	3 365
85 – 90					
Männlich					
Bevölkerung	51 106	82	130	149	152
Stationär behandelte Kranke	36 235	58	92	106	108
Berechnungs- und Belegungstage	448 491	723	1 138	1 306	1 331
Weiblich					
Bevölkerung	162 175	214	211	238	247
Stationär behandelte Kranke	101 589	134	132	149	155
Berechnungs- und Belegungstage	1 369 341	1 809	1 784	2 008	2 086
90 und mehr					
Männlich					
Bevölkerung	24 637	27	68	100	88
Stationär behandelte Kranke	15 811	17	44	64	56
Berechnungs- und Belegungstage	184 211	198	510	750	654
Weiblich					
Bevölkerung	91 817	90	151	181	158
Stationär behandelte Kranke	59 473	58	98	117	102
Berechnungs- und Belegungstage	743 578	730	1 220	1 462	1 276
Insgesamt					
Männlich					
Bevölkerung	8 782 352	8 803	8 716	8 457	8 064
Stationär behandelte Kranke	1 773 593	1 926	2 047	2 060	2 030
Berechnungs- und Belegungstage	17 333 967	19 240	20 712	21 008	20 961
Weiblich					
Bevölkerung	9 269 740	9 272	9 237	9 076	8 797
Stationär behandelte Kranke	2 148 279	2 219	2 310	2 304	2 306
Berechnungs- und Belegungstage	21 585 779	22 700	23 870	24 058	24 514

**9. Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie Varianten
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Variante	Berechnungs- und Belegungstage				
	2002	2010	2020	2030	2040
	Anzahl	1 000			
Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahr(en)					
unter 1					
Männlich					
Basisvariante		354	372	341	318
Variante I ¹⁾	386 539	325	342	313	292
Variante II ²⁾		297	313	286	267
Weiblich					
Basisvariante		284	298	273	255
Variante I ¹⁾	309 030	261	274	251	234
Variante II ²⁾		238	251	229	214
1 – 5					
Männlich					
Basisvariante		180	188	178	163
Variante I ¹⁾	211 898	166	173	164	150
Variante II ²⁾		151	158	150	137
Weiblich					
Basisvariante		132	138	130	119
Variante I ¹⁾	154 949	121	126	120	109
Variante II ²⁾		111	115	110	100
5 – 10					
Männlich					
Basisvariante		202	192	195	176
Variante I ¹⁾	233 803	186	177	180	162
Variante II ²⁾		170	161	164	148
Weiblich					
Basisvariante		136	129	131	118
Variante I ¹⁾	157 259	125	119	121	109
Variante II ²⁾		114	108	110	99
10 – 20					
Männlich					
Basisvariante		634	530	525	517
Variante I ¹⁾	635 987	584	488	484	476
Variante II ²⁾		533	445	442	435
Weiblich					
Basisvariante		730	610	599	594
Variante I ¹⁾	717 554	672	561	552	547
Variante II ²⁾		614	512	503	499
20 – 30					
Männlich					
Basisvariante		993	1 005	854	851
Variante I ¹⁾	918 599	913	924	786	783
Variante II ²⁾		834	844	718	715
Weiblich					
Basisvariante		1 532	1 559	1 337	1 330
Variante I ¹⁾	1 401 901	1 410	1 435	1 230	1 224
Variante II ²⁾		1 287	1 309	1 122	1 117

1) Verweildauer reduziert um 8% bis 2010 – 2) Verweildauer reduziert um 16% bis 2010

**Noch: 9. Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie Varianten
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Variante	Berechnungs- und Belegungstage				
	2002	2010	2020	2030	2040
	Anzahl	1 000			

noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren

30 – 40

Männlich					
Basisvariante		1 098	1 134	1 151	984
Variante I ¹⁾	1 543 759	1 010	1 043	1 059	906
Variante II ²⁾		922	953	967	827
Weiblich					
Basisvariante		1 540	1 640	1 654	1 432
Variante I ¹⁾	2 057 552	1 417	1 508	1 522	1 317
Variante II ²⁾		1 294	1 377	1 389	1 202

40 – 50

Männlich					
Basisvariante		2 283	1 585	1 635	1 661
Variante I ¹⁾	1 986 605	2 100	1 458	1 504	1 528
Variante II ²⁾		1 918	1 331	1 373	1 395
Weiblich					
Basisvariante		2 253	1 660	1 746	1 777
Variante I ¹⁾	1 982 723	2 073	1 527	1 606	1 634
Variante II ²⁾		1 893	1 395	1 467	1 493

50 – 60

Männlich					
Basisvariante		2 706	3 278	2 271	2 339
Variante I ¹⁾	2 307 484	2 489	3 016	2 090	2 153
Variante II ²⁾		2 273	2 753	1 908	1 965
Weiblich					
Basisvariante		2 580	3 062	2 256	2 374
Variante I ¹⁾	2 184 696	2 374	2 817	2 076	2 184
Variante II ²⁾		2 168	2 572	1 895	1 994

60 – 65

Männlich					
Basisvariante		1 410	1 853	2 094	1 347
Variante I ¹⁾	1 888 337	1 297	1 704	1 926	1 239
Variante II ²⁾		1 184	1 557	1 760	1 132
Weiblich					
Basisvariante		1 269	1 656	1 870	1 300
Variante I ¹⁾	1 680 442	1 168	1 522	1 720	1 195
Variante II ²⁾		1 066	1 390	1 571	1 091

65 – 70

Männlich					
Basisvariante		2 087	2 084	2 700	1 947
Variante I ¹⁾	2 004 422	1 920	1 917	2 483	1 791
Variante II ²⁾		1 753	1 750	2 267	1 635
Weiblich					
Basisvariante		1 937	1 978	2 463	1 890
Variante I ¹⁾	1 859 484	1 782	1 820	2 266	1 739
Variante II ²⁾		1 627	1 662	2 070	1 588

Anmerkungen S. 193

**Noch: 9. Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie Varianten
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Variante	Berechnungs- und Belegungstage				
	2002	2010	2020	2030	2040
	Anzahl	1 000			
noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren					
70 – 75					
Männlich					
Basisvariante		2 620	2 049	2 705	3 056
Variante I ¹⁾	2 070 853	2 410	1 886	2 489	2 812
Variante II ²⁾		2 201	1 721	2 272	2 567
Weiblich					
Basisvariante		2 608	2 041	2 665	3 010
Variante I ¹⁾	2 162 875	2 399	1 878	2 452	2 769
Variante II ²⁾		2 190	1 715	2 240	2 529
75 – 80					
Männlich					
Basisvariante		2 084	2 418	2 432	3 160
Variante I ¹⁾	1 583 410	1 917	2 225	2 238	2 908
Variante II ²⁾		1 751	2 031	2 042	2 653
Weiblich					
Basisvariante		2 468	2 805	2 877	3 587
Variante I ¹⁾	2 643 033	2 270	2 580	2 647	3 301
Variante II ²⁾		2 073	2 356	2 417	3 013
80 – 85					
Männlich					
Basisvariante		1 667	2 376	1 869	2 457
Variante I ¹⁾	929 569	1 533	2 185	1 719	2 260
Variante II ²⁾		1 400	1 997	1 571	2 064
Weiblich					
Basisvariante		2 691	3 290	2 584	3 365
Variante I ¹⁾	2 161 362	2 476	3 028	2 378	3 097
Variante II ²⁾		2 260	2 762	2 170	2 826
85 – 90					
Männlich					
Basisvariante		723	1 138	1 305	1 331
Variante I ¹⁾	448 491	665	1 047	1 201	1 224
Variante II ²⁾		607	956	1 097	1 118
Weiblich					
Basisvariante		1 809	1 784	2 008	2 086
Variante I ¹⁾	1 369 341	1 664	1 642	1 847	1 919
Variante II ²⁾		1 519	1 499	1 687	1 752
90 und mehr					
Männlich					
Basisvariante		198	509	750	654
Variante I ¹⁾	184 211	182	469	690	602
Variante II ²⁾		166	428	630	550
Weiblich					
Basisvariante		730	1 220	1 462	1 276
Variante I ¹⁾	743 578	671	1 122	1 345	1 174
Variante II ²⁾		613	1 025	1 228	1 072
Insgesamt					
Männlich					
Basisvariante		19 238	20 712	21 007	20 961
Variante I ¹⁾	17 333 967	17 699	19 055	19 326	19 284
Variante II ²⁾		16 160	17 399	17 646	17 607
Weiblich					
Basisvariante		22 699	23 870	24 057	24 514
Variante I ¹⁾	21 585 779	20 386	21 959	21 689	22 552
Variante II ²⁾		19 067	20 049	20 207	20 591

Anmerkungen S. 193

**10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		2002	2010	2020	2030	2040
		Anzahl				
Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahr(en)						
unter 1						
Männlich						
Chirurgie	a	3 279	3 000	3 200	2 900	2 700
	b	23 315	21 300	22 400	20 500	19 200
Innere Medizin	a	1 017	900	1 000	900	800
	b	9 040	8 300	8 700	8 000	7 400
Kinderheilkunde	a	34 345	31 400	33 000	30 300	28 200
	b	327 934	300 000	315 500	288 900	269 600
Weiblich						
Chirurgie	a	2 281	2 100	2 200	2 000	1 900
	b	15 529	14 200	15 000	13 700	12 800
Innere Medizin	a	767	700	700	700	600
	b	8 265	7 600	8 000	7 300	6 800
Kinderheilkunde	a	26 411	24 200	25 500	23 300	21 800
	b	261 729	240 100	252 500	231 200	215 800
1 – 5						
Männlich						
Chirurgie	a	5 059	4 300	4 500	4 300	3 900
	b	22 176	18 800	19 700	18 700	17 000
Innere Medizin	a	1 478	1 300	1 300	1 200	1 100
	b	8 473	7 200	7 500	7 100	6 500
Kinderheilkunde	a	33 624	28 600	29 800	28 300	25 800
	b	147 763	125 500	131 100	124 400	113 500
Weiblich						
Chirurgie	a	2 803	2 400	2 500	2 400	2 200
	b	10 926	9 300	9 700	9 200	8 400
Innere Medizin	a	1 379	1 200	1 200	1 200	1 100
	b	8 283	7 000	7 400	7 000	6 400
Kinderheilkunde	a	25 911	22 000	23 000	21 800	19 900
	b	114 645	97 400	101 700	96 500	88 100
5 – 10						
Männlich						
Chirurgie	a	8 769	7 600	7 200	7 300	6 600
	b	33 646	29 000	27 600	28 100	25 300
Innere Medizin	a	1 428	1 200	1 200	1 200	1 100
	b	8 369	7 200	6 900	7 000	6 300
Kinderheilkunde	a	18 877	16 300	15 500	15 800	14 200
	b	87 881	75 900	72 200	73 400	66 100
Weiblich						
Chirurgie	a	6 167	5 300	5 100	5 100	4 600
	b	23 021	19 900	18 900	19 200	17 300
Innere Medizin	a	1 035	900	900	900	800
	b	6 614	5 700	5 400	5 500	5 000
Kinderheilkunde	a	15 282	13 200	12 600	12 800	11 500
	b	73 690	63 600	60 500	61 500	55 500
10 – 15						
Männlich						
Chirurgie	a	15 443	14 000	11 700	12 200	11 500
	b	66 138	59 800	50 100	52 400	49 400
Innere Medizin	a	2 056	1 900	1 600	1 600	1 500
	b	11 738	10 600	8 900	9 300	8 800
Kinderheilkunde	a	14 843	13 400	11 200	11 800	11 100
	b	73 568	66 500	55 800	58 300	55 000

**Noch: 10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		2002	2010	2020	2030	2040
		Anzahl				
noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren noch: 10 – 15						
Weiblich						
Chirurgie	a	13 099	11 800	9 900	10 400	9 800
	b	57 226	51 700	43 400	45 300	42 700
Innere Medizin	a	2 065	1 900	1 600	1 600	1 500
	b	11 330	10 200	8 600	9 000	8 500
Kinderheilkunde	a	13 977	12 600	10 600	11 100	10 400
	b	75 102	67 900	56 900	59 400	56 100
Frauenheilkunde	a	743	700	600	600	600
	b	2 998	2 700	2 300	2 400	2 200
15 – 20						
Männlich						
Chirurgie	a	19 294	20 800	17 300	16 500	16 800
	b	103 661	111 600	93 000	88 700	90 100
Innere Medizin	a	7 033	7 600	6 300	6 000	6 100
	b	36 142	38 900	32 400	30 900	31 400
Weiblich						
Chirurgie	a	17 863	19 300	16 100	15 400	15 600
	b	86 917	93 900	78 300	74 700	75 900
Innere Medizin	a	9 274	10 000	8 400	8 000	8 100
	b	45 363	49 000	40 900	39 000	39 600
Frauenheilkunde	a	16 379	17 700	14 800	14 100	14 300
	b	80 733	87 200	72 700	69 400	70 500
20 – 25						
Männlich						
Chirurgie	a	18 515	20 700	19 500	16 600	17 200
	b	107 017	119 400	112 500	95 800	99 700
Innere Medizin	a	9 582	10 700	10 100	8 600	8 900
	b	54 700	61 000	57 500	49 000	51 000
Weiblich						
Chirurgie	a	15 380	17 300	16 400	14 000	14 600
	b	79 227	89 200	84 200	72 200	75 000
Innere Medizin	a	10 926	12 300	11 600	10 000	10 300
	b	61 974	69 800	65 900	56 500	58 700
Frauenheilkunde	a	51 469	58 000	54 700	46 900	48 700
	b	262 031	295 000	278 600	238 900	248 100
25 – 30						
Männlich						
Chirurgie	a	17 802	18 700	20 200	17 100	16 400
	b	109 558	115 000	124 100	105 400	101 100
Innere Medizin	a	10 777	11 300	12 200	10 400	9 900
	b	66 503	69 800	75 300	64 000	61 400
Weiblich						
Chirurgie	a	14 435	15 400	16 700	14 300	13 700
	b	82 886	88 300	95 600	81 900	78 800
Innere Medizin	a	10 814	11 500	12 500	10 700	10 300
	b	64 800	69 000	74 800	64 100	61 600
Frauenheilkunde	a	70 232	74 800	81 000	69 400	66 800
	b	377 865	402 600	435 900	373 600	359 300

**Noch: 10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		2002	2010	2020	2030	2040
		Anzahl				
noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren						
30 – 35						
Männlich Chirurgie	a	24 507	17 400	19 900	18 800	16 200
	b	161 404	114 500	131 000	124 000	106 700
Innere Medizin	a	17 282	12 300	14 000	13 300	11 400
	b	110 749	78 600	89 900	85 100	73 200
Weiblich Chirurgie	a	19 524	14 500	16 800	15 900	13 900
	b	117 477	87 500	101 100	95 900	83 400
Innere Medizin	a	14 390	10 700	12 400	11 700	10 200
	b	94 119	70 100	81 000	76 800	66 800
Frauenheilkunde	a	84 551	63 000	72 800	69 000	60 000
	b	478 637	356 700	411 800	390 700	339 700
35 – 40						
Männlich Chirurgie	a	30 820	22 000	20 800	22 400	19 100
	b	217 785	155 200	147 000	158 600	134 900
Innere Medizin	a	25 071	17 900	16 900	18 300	15 500
	b	165 632	118 100	111 800	120 600	102 600
Weiblich Chirurgie	a	23 954	18 000	17 600	19 000	16 300
	b	153 642	115 600	112 600	121 600	104 800
Innere Medizin	a	18 327	13 800	13 400	14 500	12 500
	b	129 913	97 700	95 200	102 800	88 600
Frauenheilkunde	a	55 117	41 500	40 400	43 600	37 600
	b	321 232	241 600	235 400	254 300	219 000
40 – 45						
Männlich Chirurgie	a	31 363	33 400	21 700	24 900	23 500
	b	243 347	259 200	168 500	192 900	182 400
Innere Medizin	a	32 315	34 400	22 400	25 600	24 200
	b	229 091	244 000	158 600	181 600	171 800
Weiblich Chirurgie	a	24 109	25 800	17 900	20 700	19 600
	b	168 659	180 200	125 500	144 500	137 200
Innere Medizin	a	21 795	23 300	16 200	18 700	17 700
	b	165 552	176 900	123 200	141 800	134 700
Frauenheilkunde	a	29 976	32 000	22 300	25 700	24 400
	b	195 239	208 600	145 300	167 300	158 800
45 – 50						
Männlich Chirurgie	a	30 852	38 000	27 800	26 300	28 400
	b	260 186	320 200	234 100	221 800	239 300
Innere Medizin	a	39 668	48 800	35 700	33 800	36 500
	b	290 784	357 800	261 600	247 900	267 400
Weiblich Chirurgie	a	25 534	30 700	23 700	23 100	24 900
	b	197 481	237 300	183 000	178 500	192 500
Innere Medizin	a	26 654	32 000	24 700	24 100	26 000
	b	218 204	262 200	202 200	197 200	212 800
Frauenheilkunde	a	23 425	28 100	21 700	21 200	22 800
	b	169 969	204 200	157 500	153 600	165 700

**Noch: 10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		2002	2010	2020	2030	2040
Anzahl						
noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren						
50 – 55						
Männlich						
Chirurgie	a	33 514	39 400	44 500	28 800	33 000
	b	308 858	363 100	409 700	265 700	304 500
Innere Medizin	a	49 626	58 300	65 800	42 700	48 900
	b	372 026	437 400	493 400	320 000	366 800
Weiblich						
Chirurgie	a	29 588	34 500	38 900	27 100	31 200
	b	247 991	289 000	326 100	227 500	261 800
Innere Medizin	a	33 165	38 600	43 600	30 400	35 000
	b	277 535	323 400	364 900	254 600	293 000
Frauenheilkunde	a	18 608	21 700	24 500	17 100	19 600
	b	133 696	155 800	175 800	122 700	141 200
55 – 60						
Männlich						
Chirurgie	a	34 526	40 400	52 000	37 900	35 900
	b	347 901	407 000	523 900	381 600	361 500
Innere Medizin	a	57 433	67 200	86 500	63 000	59 700
	b	455 382	532 800	685 700	499 500	473 200
Klinische Geriatrie	a	555	600	800	600	600
	b	7 066	8 300	10 600	7 800	7 300
Weiblich						
Chirurgie	a	31 189	37 300	46 300	35 700	34 800
	b	282 973	338 600	420 500	324 000	315 900
Innere Medizin	a	38 184	45 700	56 700	43 700	42 600
	b	325 832	389 900	484 100	373 000	363 800
Frauenheilkunde	a	14 260	17 100	21 200	16 300	15 900
	b	108 051	129 300	160 500	123 700	120 600
Klinische Geriatrie	a	362	400	500	400	400
	b	4 325	5 200	6 400	5 000	4 800
60 – 65						
Männlich						
Chirurgie	a	49 066	36 600	48 200	54 400	35 000
	b	550 621	411 100	540 400	610 700	392 800
Innere Medizin	a	91 429	68 300	89 700	101 400	65 200
	b	787 288	587 800	772 700	873 200	561 700
Klinische Geriatrie	a	1 209	900	1 200	1 300	900
	b	18 860	14 100	18 500	20 900	13 500
Weiblich						
Chirurgie	a	44 335	33 500	43 700	49 300	34 300
	b	452 061	341 400	445 400	503 200	349 700
Innere Medizin	a	61 042	46 100	60 100	67 900	47 200
	b	568 202	429 100	559 800	632 500	439 500
Frauenheilkunde	a	18 592	14 000	18 300	20 700	14 400
	b	147 003	111 000	144 800	163 600	113 700
Klinische Geriatrie	a	915	700	900	1 000	700
	b	14 989	11 300	14 800	16 700	11 600

**Noch: 10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		2002	2010	2020	2030	2040
Anzahl						
noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren						
65 – 70						
Männlich						
Chirurgie	a	45 230	47 100	47 000	60 900	43 900
	b	555 864	578 700	578 000	748 800	540 000
Innere Medizin	a	97 026	101 000	100 900	130 700	94 300
	b	915 091	952 600	951 500	1 232 800	889 000
Klinische Geriatrie	a	1 943	2 000	2 000	2 600	1 900
	b	31 986	33 300	33 300	43 100	31 100
Weiblich						
Chirurgie	a	43 296	45 100	46 100	57 300	44 000
	b	511 003	532 400	543 700	676 800	519 500
Innere Medizin	a	69 484	72 400	73 900	92 000	70 600
	b	708 722	738 300	754 000	938 700	720 500
Frauenheilkunde	a	14 668	15 300	15 600	19 400	14 900
	b	126 042	131 300	134 100	166 900	128 100
Klinische Geriatrie	a	1 740	1 800	1 900	2 300	1 800
	b	31 069	32 400	33 100	41 200	31 600
70 – 75						
Männlich						
Chirurgie	a	40 600	51 400	40 200	53 000	59 900
	b	533 486	675 000	527 900	696 800	787 200
Innere Medizin	a	99 596	126 000	98 600	130 100	147 000
	b	1 029 815	1 302 900	1 019 000	1 345 000	1 519 500
Klinische Geriatrie	a	3 284	4 200	3 200	4 300	4 800
	b	55 372	70 100	54 800	72 300	81 700
Weiblich						
Chirurgie	a	44 352	53 500	41 800	54 600	61 700
	b	594 586	716 900	561 000	732 600	827 400
Innere Medizin	a	83 467	100 600	78 800	102 800	116 100
	b	939 571	1 132 800	886 500	1 157 600	1 307 400
Frauenheilkunde	a	10 545	12 700	9 900	13 000	14 700
	b	99 182	119 600	93 600	122 200	138 000
Klinische Geriatrie	a	3 615	4 400	3 400	4 500	5 000
	b	66 491	80 200	62 700	81 900	92 500
75 – 80						
Männlich						
Chirurgie	a	27 842	36 600	42 500	42 800	55 600
	b	379 328	499 300	579 300	582 600	757 100
Innere Medizin	a	75 103	98 900	114 700	115 300	149 900
	b	840 877	1 106 800	1 284 200	1 291 400	1 678 200
Klinische Geriatrie	a	3 665	4 800	5 600	5 600	7 300
	b	65 833	86 700	100 500	101 100	131 400
Weiblich						
Chirurgie	a	46 993	43 900	49 900	51 200	63 800
	b	697 964	651 700	740 600	759 800	947 300
Innere Medizin	a	104 217	97 300	110 600	113 400	141 500
	b	1 295 968	1 210 100	1 375 200	1 410 700	1 759 000
Frauenheilkunde	a	8 298	7 700	8 800	9 000	11 300
	b	89 913	84 000	95 400	97 900	122 000
Klinische Geriatrie	a	7 523	7 000	8 000	8 200	10 200
	b	142 863	133 400	151 600	155 500	193 900

**Noch: 10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		2002	2010	2020	2030	2040
		Anzahl				
noch: Alter der Patienten von ... bis unter ... Jahren						
80 – 85						
Männlich						
Chirurgie	a	14 150	25 400	36 200	28 500	37 400
	b	203 473	364 800	520 100	409 200	537 700
Innere Medizin	a	44 915	80 500	114 800	90 300	118 700
	b	536 157	961 400	1 370 500	1 078 200	1 416 900
Klinische Geriatrie	a	3 381	6 100	8 600	6 800	8 900
	b	60 791	109 000	155 400	122 200	160 700
Weiblich						
Chirurgie	a	35 587	44 300	54 200	42 500	55 400
	b	555 320	691 400	845 300	663 900	864 600
Innere Medizin	a	90 824	113 100	138 200	108 600	141 400
	b	1 188 201	1 479 300	1 808 600	1 420 500	1 850 000
Frauenheilkunde	a	4 136	5 100	6 300	4 900	6 400
	b	47 897	59 600	72 900	57 300	74 600
Klinische Geriatrie	a	9 869	12 300	15 000	11 800	15 400
	b	186 669	232 400	284 100	223 200	290 600
85 – 90						
Männlich						
Chirurgie	a	6 215	10 000	15 800	18 100	18 400
	b	86 953	140 100	220 600	253 100	258 000
Innere Medizin	a	22 837	36 800	57 900	66 500	67 700
	b	280 518	452 100	711 800	816 500	832 200
Klinische Geriatrie	a	2 299	3 700	5 800	6 700	6 800
	b	40 839	65 800	103 600	118 900	121 200
Weiblich						
Chirurgie	a	23 053	30 400	30 000	33 800	35 100
	b	355 684	469 800	463 500	521 600	541 900
Innere Medizin	a	62 638	82 700	81 600	91 900	95 400
	b	815 682	1 077 400	1 062 900	1 196 300	1 242 700
Frauenheilkunde	a	1 622	2 100	2 100	2 400	2 500
	b	18 752	24 800	24 400	27 500	28 600
Klinische Geriatrie	a	8 414	11 100	11 000	12 300	12 800
	b	156 787	207 100	204 300	229 900	238 900
90 und mehr						
Männlich						
Chirurgie	a	2 939	3 200	8 100	12 000	10 400
	b	37 575	40 400	103 900	153 000	133 400
Innere Medizin	a	10 289	11 100	28 500	41 900	36 500
	b	120 821	130 000	334 200	491 800	429 000
Klinische Geriatrie	a	1 224	1 300	3 400	5 000	4 300
	b	20 452	22 000	56 600	83 300	72 600
Weiblich						
Chirurgie	a	15 004	14 700	24 600	29 500	25 800
	b	211 215	207 200	346 600	415 400	362 600
Innere Medizin	a	37 673	37 000	61 800	74 100	64 700
	b	451 481	443 000	740 900	887 900	775 000
Frauenheilkunde	a	720	700	1 200	1 400	1 200
	b	7 341	7 200	12 000	14 400	12 600
Klinische Geriatrie	a	5 603	5 500	9 200	11 000	9 600
	b	97 056	95 200	159 300	190 900	166 600

**Noch: 10. Stationär behandelte Kranke sowie Berechnungs- und Belegungstage
nach Altersgruppen und Geschlecht der Patienten sowie ausgewählten Fachabteilungen
Ergebnisse für 2002 und die Modellrechnungsjahre 2010, 2020, 2030 und 2040**

Geschlecht Fachabteilung		2002	2010	2020	2030	2040
a = Stationär behandelte Kranke b = Berechnungs- und Belegungstage		Anzahl				
Insgesamt						
Männlich						
Chirurgie	a	459 785	490 000	508 300	505 700	491 800
	b	4 352 292	4 803 500	5 133 800	5 208 400	5 137 300
Innere Medizin	a	695 961	796 400	880 100	902 800	904 900
	b	6 329 196	7 465 300	8 442 100	8 758 900	8 954 300
Kinderheilkunde¹⁾	a	101 689	101 689	89 700	89 500	86 200
	b	637 146	637 146	567 900	574 600	545 000
Klinische Geriatrie²⁾	a	17 560	23 600	30 600	32 900	35 500
	b	301 199	409 300	533 300	569 600	619 500
Weiblich						
Chirurgie	a	478 546	499 800	520 400	523 300	523 200
	b	4 901 788	5 225 500	5 560 000	5 681 500	5 819 500
Innere Medizin	a	698 120	751 800	808 900	826 900	853 600
	b	7 385 611	8 048 500	8 749 500	8 978 800	9 440 400
Kinderheilkunde¹⁾	a	81 581	72 000	71 700	69 000	63 600
	b	525 166	469 000	471 600	448 600	415 500
Frauenheilkunde³⁾	a	423 341	412 200	416 200	394 700	376 100
	b	2 666 581	2 621 200	2 653 000	2 546 400	2 442 700
Klinische Geriatrie²⁾	a	38 041	43 200	49 900	51 500	55 900
	b	700 249	797 200	916 300	944 300	1 030 500

1) nur Patienten im Alter von unter 15 Jahren – 2) nur Patienten im Alter von 55 und mehr Jahren – 3) nur weibliche Patienten im Alter von 10 und mehr Jahren



Index 2002 – 2005

Ausgaben des Jahres 2005

- Band 25**
Z 08 1 2005 57
11,00 EUR
- Auswirkungen des demografischen Wandels, Teil I**
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH; Dipl.-Mathematiker Paul Berke
- Band 24**
Z 08 1 2005 56
3,00 EUR
- Bildungsmobilität:
Wie weit fällt der Apfel vom Stamm?**
Dr. Wolfgang Seifert
- Räumliche Mobilität und Übergänge
von Erwerbslosigkeit in Erwerbstätigkeit**
Katja Möhring, Dr. Sylvia Zühlke
- Zeitverwendung der privaten Haushalte
– Vergleich der Zeitbudgeterhebungen 2001/02 gegenüber 1991/92**
Heike Schrankel
- Band 23**
Z 08 1 2005 55
2,50 EUR
- Ein sachgebietsübergreifendes Berichtskreismanagement
bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen
in den Finanz- und Personalstatistiken**
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich
- Erstmalige Verarbeitung der Dateien
der Industrie- und Handelskammern
im nordrhein-westfälischen Unternehmensregister**
Dipl.-Soziologe Matthias Wieckmann
- Ausmaß und Folgen unbeobachteter Übergänge
im Rahmen des Mikrozensus-Panels
Ergebnisse empirischer Analysen**
Dipl.-Soziologe Michael Konold
- Band 22**
Z 08 1 2005 54
3,00 EUR
- Indikatoren der Erwerbstätigkeit
Ergänzung der Erwerbstätigen-„Kopfzahlen“ durch „Vollzeit-Äquivalente“
und „Standard-Arbeitsvolumen“ – Modellrechnungen für die Kreise in NRW**
Diplom-Ingenieur Hans Menge
- Pendlerverflechtungen in Nordrhein-Westfalen
– Analyse der revidierten Ergebnisse**
Dr. Marco Scharmer
- Band 21**
Z 08 1 2005 53
2,50 EUR
- Auswirkungen des demografischen Wandels
– Kurzfassung – Teil I**
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH
- Band 20**
Z 08 1 2005 52
2,50 EUR
- Nordrhein-westfälisches Unternehmensregister im Einsatz
Eine Methodenbeschreibung mit ersten Auswertungsergebnissen**
Diplom-Volkswirtin Doris Blechinger
- Datenqualität bei Online-Erhebungen in privaten Haushalten**
Diplom-Soziologin Anke Gerhardt

noch: **Ausgaben des Jahres 2005**

Band 19 **Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) Nordrhein-Westfalens**
Z 08 1 2005 51 **– Basisdatenanalyse –**
3,40 EUR Dr. Leontine von Kulmiz

Geheimhaltung mit Makrodaten
Das Beispiel der Beherbergungsstatistik
Dipl.-Volkswirt Nils Radmacher-Nottelmann

Die erste Online-Erhebung der amtlichen Statistik bei Privathaushalten
– ein Projektbericht
Dipl.-Soziologin Anke Gerhardt

Arbeitsplatz- und Berufswechsel
Dr. Wolfgang Seifert

Ausgaben des Jahres 2004

Band 18 **Gesamtwirtschaftliche Investitionen: Schlüssel zur ökonomischen Leistungs-**
Z 08 1 2004 56 **fähigkeit von Regionen?** Ein Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit
2,10 EUR Dr. Marco Scharmer

Arbeitsuchende und Methoden der Arbeitsuche in NRW
Dipl.-Mathematiker Paul Berke

Band 17 **Von der Volkszählung 1987 zum registergestützten Zensus 2010?**
Z 08 1 2004 55
3,00 EUR Dipl.-Volkswirt Helmut Eppmann

Die Qualität der kommunalen Melderegister in Nordrhein-Westfalen
– Ergebnisse des Zensus-tests
Dr. Michael Forster

Ergänzende Verfahren für einen künftigen registergestützten Zensus
Dipl.-Statistiker Josef Schäfer

Ergebnisse des Zensus-tests
Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Band 16 **Die Entwicklung der kreisfreien Städte und Kreise**
Z 08 1 2004 54 **in Nordrhein-Westfalen**
6,10 EUR

Band 15 **Die Umsatzsteuerstatistik als Quelle wirtschaftsstatistischer Analysen**
Z 08 1 2004 53
2,10 EUR Dipl.-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

noch: **Ausgaben des Jahres 2004**

Noch: **Band 15**
Z 08 1 2004 53
2,10 EUR

Chefin oder Chef: Neu zu gründende Gewerbebetriebe im Jahre 2003 unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten

Dipl.-Volkswirtin Doris Blechinger

Aspekte des Erwerbsverhaltens älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Ergebnisse des Mikrozensus 1996 und 2003

Daniel Lois, Dipl.-Soziologin Anke Gerhardt

Band 14
Z 08 1 2004 52
2,10 EUR

Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 bis 2020/2040

Dipl.-Ökonom Udo Nockemann

Die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Jahr 2000

Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Kaufmann Hermann Marré

Band 13
Z 08 1 2004 51
2,10 EUR

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Dr. Sylvia Zühlke, Dipl.-Volkswirt Markus Zwick,
Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst, Dipl.-Soziologe Thomas Wende

Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus

Dr. Johannes Stauder, Wolfgang Hüning

Ausgaben des Jahres 2003

Band 12
Z 08 1 2003 56
3,00 EUR

Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002

Heike Schrankel

Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve – unterschiedliche Messkonzepte zur Beschreibung der Beschäftigungslücke

Dr. Wolfgang Seifert

Der Verbraucherpreisindex – Inflationsmessung in NRW und in der EU

Dipl.-Kaufmann Bernd Kreuels

Rentner sein und Rentner werden: Rentnereinkommen und private Altersvorsorge – Ergebnisse des Mikrozensus

Dr. Olivia Wüthrich-Martone

Band 11
Z 08 1 2003 55
3,00 EUR

Räumliche Mobilität und Familienzyklus – Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels

Dr. Johannes Stauder

Band
Bestell-Nr.
Preis

Thema

noch: **Ausgaben des Jahres 2003**

Noch: **Band 11**
Z 08 1 2003 55
3,00 EUR

Lebenslagen älterer Menschen
Dr. Johannes Stauder

Entwicklung des Gastgewerbes 1998 bis 2002
Dipl.-Soziologin Petra Rose

Band 10
Z 08 1 2003 54
3,50 EUR

Ausgaben im Schulwesen – Eine schulformbezogene Untersuchung
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich, Werner Fleischmann, Joachim Hohmeyer,
Gerd Körner, Frank Breuers

Band 9
Z 08 1 2003 53
4,00 EUR

Soziale und wirtschaftliche Situation allein Erziehender
Dipl.-Sozialwiss. Gerhard Lenz, Yvonne Bergmann

Band 8
Z 08 1 2003 52
2,00 EUR

**Strukturdaten zur Entstehung der Gewerbesteuer 1998
– Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik**
Dipl.-Ökonom Lars Stegenwaller

Die Arbeitsmarktintegration ausländischer Selbstständiger
Veysel Özcan, Dr. Wolfgang Seifert

**Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt
am Jahresende 2001 im Querschnitt**
Dipl.-Volkswirt Klaus Joggerst

Band 7
Z 08 1 2003 51
4,70 EUR

**Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis
– Entwicklungen und Trends 1998 bis 2001**
Dipl.-Sozialwiss. Alfred Hullmann, Dr. Wolfgang Seifert und Bertram Cloos

**Arbeitsplatzstrukturen und Tätigkeiten der Erwerbstätigen
– Ergebnisse des Mikrozensus 2000**
Dipl.-Mathematiker Paul Berke, Günter Scheibel

Ausgaben des Jahres 2002

Band 6
Z 08 1 2002 56
1,30 EUR

**Datenbedarf der Wissenschaft – Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums
der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung**
Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

Band 5
Z 08 1 2002 55
2,30 EUR

Die neue Insolvenzstatistik im Licht der Ergebnisse 1999– 2001
Dipl.-Ökonom Lars Stegenwaller

Neue Typisierungen von Haushalten und Lebensformen für den Mikrozensus
Dr. Johannes Stauder

noch: **Ausgaben des Jahres 2002**

Noch: **Band 5**
Z 08 1 2002 55
2,30 EUR

**Wenn sich Paare trennen – die Bedeutung der Arbeitsteilung
in Beruf und Haushalt für die Ehestabilität**

Dr. Johannes Stauder

Treibhausgase und ozonschichtschädigende Stoffe

Erik Lungen

Band 4
Z 08 1 2002 54
4,50 EUR

Die Mehrfachfallprüfung im Zensusstest 2001 – Konzeption und Ablaufplan

Dr. Marco Scharmer

**Die Statistikauglichkeit der Einwohnermelderegister
– Untersuchungen im Rahmen des Zensusstests 2001**

Dr. Michael Forster

**Postalische Gebäude- und Wohnungszählung im Zensusstest 2001
– Erfahrungen in NRW**

Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst und Dr. Henrik Egbert

**Die Haushaltegenerierung im Zensusstest 2001
– Eine neue Methode in der amtlichen Statistik**

Dr. Marco Scharmer

Die Rolle der Haushaltebefragung im Zensusstest 2001

Dipl.-Statistiker Josef Schäfer

Band 3
Z 08 1 2002 53
10,00 EUR

**Mobilität und Verkehrsverhalten
der Ausbildungs- und Berufspendlerinnen und -pendler**

Dipl.-Sozialwiss. Alfred Hullmann und Bertram Cloos

Band 2
Z 08 1 2002 52
2,50 EUR

**Testerhebung 2000: „Statistische Erfassung von Wohnungslosigkeit“
– Erfahrungsbericht**

Dipl.-Statistikerin Katharina Götz und Bernd Goritzka

**Anpassung der Kreisberechnungen der Bruttowertschöpfung
an das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen**

Dipl.-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

Band 1
Z 08 1 2002 51
3,20 EUR

Haushaltstypisierung im Rahmen des registergestützten Zensusstests

Dr. Marco Scharmer

**Die Ermittlung des Wohnungsinhabers im Rahmen der Gebäude- und
Wohnungszählung (GWZ) und deren Bedeutung für die Haushaltegenerierung**

Dr. Henrik Egbert und Dr. Marco Scharmer

**Räumliche Mobilität und Arbeitsmarktprozesse
– Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels**

Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

Band
Bestell-Nr.
Preis

Thema

noch: **Ausgaben des Jahres 2002**

Noch: **Band 1**
Z 08 1 2002 51
3,20 EUR

Sicherung persönlicher Angaben in Tabellendaten
Dipl.-Physiker Rüdiger Dietz Repsilber

Das Personal des Landes am 30. Juni 2000
– Regionalisierte Ergebnisse der Personalstandstatistik
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich